

Kulturfinanzkrise

Wie stellt sich für Länder und Kommunen die Kulturfinanzkrise dar? Welche Erwartungen haben die kommunalen Spitzenverbände an die Gemeindefinanzkommission? Welche Perspektiven gibt es, in der Kulturfinanzierung zu entwickeln?

Seiten 3 bis 10

Internet-Enquete

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ nimmt ihre Arbeit auf. Welche Schwerpunkte wollen die Abgeordneten setzen, die der Kommission angehören? Welcher Themen wollen sie sich besonders annehmen?

Seiten 11 bis 14

Arbeitsmarkt Baukultur

Welche Anforderungen werden an Architekten und Denkmalpfleger gerichtet? Wie werden sie ausgebildet? Welche Chancen haben sie auf dem Arbeitsmarkt? Welchen Stellenwert hat Kunst am Bau für bildende Künstler? Wie kann Baukultur vermittelt werden?

Seiten 15 bis 18

Europa

Wie wird die EU-Kulturagenda umgesetzt? Welche Gremien und Arbeitskreise wurden eingerichtet? Welche Auswirkungen hat dies auf die Kulturpolitik in Deutschland? Welche Umsetzungsschritte stehen auf europäischer und nationaler Ebene an? Welche Gremien werden beteiligt?

Seite 24

Beilage Interkultur

Transkultur oder Interkultur – die Diskussion über Begriffe und Ideen zur Sicherung der kulturellen Vielfalt wird fortgesetzt. Die Ergebnisse einer Befragung des Deutschen Kulturrates zur Relevanz der Interkulturellen Bildung in den Bundeskulturellen Verbänden werden vorgestellt.

Beilage Seiten 1 bis 6

Editorial

Prügeln

Kann eine ganze Gesellschaft unter Amnesie leiden. Sie kann, das haben wir in der jüngeren Geschichte immer wieder erleben müssen. Gerade hat die deutsche Gesellschaft mal wieder einen schweren Krankheitsschub. Oh Gott, soll es wirklich Gewalt in Schulen von Lehrern, Pfarrern und anderen Verantwortlichen gegen Schüler gegeben haben? Wir schütteln uns angewidert.

Natürlich muss man unterscheiden zwischen sexueller Nötigung und sogar Vergewaltigung und den damals vollkommen üblichen und normalen körperlichen Züchtigungen an vielen Schulen. Ja, weit verbreitet war die Ohrfeige, die Kopfnuss und der „leichte“ Schlag auf den Hinterkopf. Üblich und normal war dieses an vielen Schulen, es war deshalb aber trotzdem eindeutig und unmissverständlich falsch.

Gesellschaftlich und juristisch war körperliche Züchtigung aber sanktioniert. Wie viele Eltern erlaubten den Lehrern letztlich auch mit körperlicher Gewalt zu erziehen entweder durch direkte Aufforderung oder zumindest durch stillschweigendes Dulden. Auch mitten auf der Straße konnte es einem passieren, dass man, wenn man als Schüler von einem wildfremden Menschen mit einer Zigarette im Mund erwischt wurde, eine Backpfeife einstecken musste. Erst 1973 wurden in der alten Bundesrepublik die „schulischen Körperstrafen“ umfassend verboten. Und erst seit zehn Jahren haben Kinder laut Bürgerlichem Gesetzbuch ein „Recht auf gewaltfreie Erziehung“. Und ins Grundgesetz haben die „Kinderrechte“ bislang ebenso wenig Einzug gehalten wie das „Staatsziel Kultur“.

Letztlich begann erst Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts im Westen Deutschlands ein

langsamer Wandel in den Schulen. Dieser Wandel wurde aber nicht alleine von der Pädagogik und der Justiz herbeigeführt, sondern auch durch ein renitentes Aufbegehren der Schülerinnen und Schüler selbst.

1972, in dem Jahr, in dem das vielleicht berühmteste Kindertheater der Welt, GRIPS, seinen Namen erhält, schreiben Volker Ludwig und Reiner Lückner für das gleichnamige Theaterstück den Titelsong: Mannomann.

„... Man muss sich nur wehren
Man muss sich nur wehren
Und die Fragen stell'n,
Die die anderen stören.“

Man muss sich nur wehren
Man muss sich nur wehren
Und auf Gebrüll
Am besten gar nicht hören.“

Für mich ist dieses Lied auch heute noch die Hymne des Aufbruches. Den Kindern und Jugendlichen wurde Mut gemacht, sich nicht alles gefallen zu lassen, sich zu wehren und Fragen zu stellen. Und sie stellten Fragen, forderten Veränderungen ein, ließen sich nicht mehr alles gefallen.

Und heute, 38 Jahre nach dem Verbot der Prügelstrafe in Schulen, prügelt man erneut, wieder mit Billigung oder sogar ausdrücklicher Forderung der Erziehungsberechtigten, auf Schülerinnen und Schüler ein, durch vollkommen übertriebenen Leistungsdruck, zu frühes Einschulen, zu kurze Schulzeit, zu wenig Freizeit. Das für mich Erschreckendste ist aber, dass man an deutschen Schulen viel zu selten den Aufschrei von Schülerinnen und Schüler hört: „Man muss sich nur wehren“.

Olaf Zimmermann, Herausgeber
von politik und kultur ■

Baukultur geht alle an

Von Peter Ramsauer

Baukultur prägt das Gesicht eines Landes. Es geht dabei um weit mehr, als nur um ästhetische Aspekte. Nachhaltigkeit, Nutzbarkeit, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz spielen ebenso eine bedeutende Rolle wie Geschichte und Tradition. Baukultur beeinflusst Stadtentwicklung und Landschaftsplanung, sie umfasst Architektur, Ingenieurbauten und Infrastrukturprojekte genauso wie den Denkmalschutz. Kurzum: Baukultur ist alles andere als ein rein fachspezifisches Thema, sondern ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Stadt- und Landschaftsbild prägende Bauten sowie hochwertige und nachhaltige Architektur ermöglichen die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld. Zugleich ist die Baukultur ein Spiegel unserer Gesellschaft. Der Zustand eines Gemeinwesens lässt sich auch an der Sorgfalt im Umgang mit dem gebauten Erbe sowie der Kreativität und Qualität ihrer jüngeren Bauten ablesen. Bund und Länder, Städte und Gemeinden, Bauwirtschaft und private Bauherren stehen dabei vor vielfältigen Herausforderungen: Der demografische Wandel, die Anforderungen des Klimaschutzes und ein sich immer schneller veränderndes soziales und wirtschaftliches Umfeld bestimmen auch in baulicher Hinsicht die Zukunft unseres Landes.

Der Bund hat als Bauherr eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Bundesbauten stehen im Blickpunkt der Öffentlichkeit und repräsentieren den Gesamtstaat nach innen und außen. Sie veranschaulichen das baukulturelle Niveau und Selbstverständnis unseres Staates. Dadurch sind sie gleichsam nationale und internationale Visitenkarte. In

der Bundeshauptstadt kommt bei einigen Regierungsbauten eine historische Herausforderung hinzu. Vor dem Umzug der Bundesregierung und des Parlaments von Bonn nach Berlin wurde entschieden, überwiegend vorhandene Altbauten zu beziehen. Dabei wurden auch historisch belastete Gebäude mit neuem, demokratischem Leben gefüllt. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist das Bundesfinanzministerium. Wie kaum ein anderes Gebäude steht es für die wechselvolle Geschichte Deutschlands: Errichtet wurde es als „Reichsluftfahrtministerium“ von Hermann Göring. Während der NS-Zeit war es aber auch Wirkungsstätte von Mitgliedern der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“. Nach dem Krieg beherbergte das Gebäude die provisorische Volkskammer. Zu DDR-Zeiten war es das „Haus der Ministerien“ und stand am 17. Juni 1953 im Mittelpunkt des Volksaufstandes. Es war richtig, den gesamten Baukomplex zu sanieren und die eigene Geschichte als Mahnung und Erinnerung für die nächsten Generationen zu erhalten – auch das ist ein Beitrag zur Baukultur unseres Landes.

Öffentliche Bauten sind überdies wesentlicher Teil des Stadtbildes. Gerade durch sie werden Orte geschaffen, die identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend wirken. Dass sie der Erfüllung wichtiger staatlicher Aufgaben dienen, soll unter anderem durch eine anspruchsvolle Architektur vermittelt werden. Dabei ist Baukultur nicht zuletzt eine Frage des Bewusstseins und der Qualitätsmaßstäbe an all jene, die an Planung und Bau beteiligt sind.

Gemeinsam mit Ländern und Kommunen will die Bundesregierung für ein positives baukulturelles Klima in Deutschland sorgen. Der Bund hat mit der „Initiative Architektur und Baukultur“ zahlreiche Partner aus Ländern und Gemeinden sowie aus Initiativen und Verbänden der planenden Berufe in einen Dialog über die Baukultur in Deutschland einbezogen. Mit der Gründung der Bundesstiftung Baukultur hat die Initiative bereits eines ihrer wesentlichen Ziele erreicht. Ebenso wie in den Bereichen Umweltschutz, Kultur oder Denkmalschutz gibt es nun auch für die Baukultur eine zentrale und unabhängige Institution auf Bundesebene. Die Stiftung hat vor allem die Aufgabe, die Möglichkeiten guten Planens und Bauens einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen. Auch die hohe Leistungsfähigkeit von Architekten und Ingenieuren in Deutschland soll national und international noch besser dargestellt werden. Als bundesweite Kommunikationsplattform vertritt die Stiftung die Anliegen der



Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
© Udo Giesen

Baukultur auf Bundesebene und versucht, die auf Länder- und Gemeindeebene vorhandenen Initiativen und Strömungen zu bündeln. Die Diskussionen mit Fachleuten und Öffentlichkeit sollen in einen Bericht zur Lage der Baukultur in Deutschland münden. Dieser soll auch dem Bundeskabinett und dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden.

Die Gestaltung ihrer Umwelt prägt das alltägliche Leben der Menschen und auch die Wahrnehmung von Heimat. Daher wollen wir Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten der Entwicklung von Stadt und Land machen und bürgerschaftliches Engagement fördern. Rathäuser, Kirchen, Kultureinrichtungen – sie alle können Identität stiftende Beiträge von großer historischer, städtebaulicher und politischer Bedeutung sein. Dies gilt besonders für Rekonstruktionen von historischen Gebäuden, wie das in jeder Hinsicht bemerkenswerte Beispiel der Dresdner Frauenkirche zeigt. Die Wiedererrichtung des Dresdner Wahrzeichens steht exemplarisch für eine lobenswerte Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement und baukulturellem Anspruch.

Baukultur fußt ganz wesentlich auf dem, was in einem Land über Jahrhunderte an gebauter Umwelt gewachsen ist; unsere baukulturelle Tradition gibt Aufschluss über Herkunft und Entwicklung, über Traditionen und Innovationen. Ein besonderer Teil dieses baukulturellen Erbes sind dabei die von der UNESCO ausgezeichneten Stätten

Kultur-Mensch

Stephan Schaede

Die Evangelische Akademie Loccum ist bereits seit Jahrzehnten ein Ort, an dem über kulturpolitische und kulturelle Fragen diskutiert, mitunter auch gestritten wird. Geografisch eher abgelegen bietet die Akademie die Möglichkeit, abseits des Lärms von Großstädten und der Geschäftigkeit der Kulturpolitiker Ideen zu entwickeln. Zugleich haftet ihr aber auch der Ruf der Behäbigkeit, der Beschaulichkeit und des Ausruhens auf dem Erreichten an.

Als neuer Akademiedirektor wird Stephan Schaede beides leisten müssen,

an die Erfolge der Vergangenheit anzuknüpfen und nach vorne zu schauen. Ihm kommt es zu, die Akademie kulturpolitisch in das 21. Jahrhundert zu führen.

Als gelernter Pfarrer, Hobbymusiker, Wissenschaftler mit einem eigenen Kopf und sehr genauer Beobachter von Diskursen wird er einen eigenständigen Weg für die Akademie Loccum entwickeln müssen, bei dem Kultur und Kulturpolitik eine wesentliche Wegmarke sein sollten.

Foto: Reinhard Behnisch



Weiter auf Seite 2



4 195981 603008

Fortsetzung von Seite 1

Baukultur geht alle an

des Weltkulturerbes in Deutschland. Sie bieten herausragende Orte der Identifikation und stehen beispielhaft für die kulturelle Entwicklung unseres Landes. Mit dem Sonderförderprogramm „Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten“ unterstützen wir die Länder und Gemeinden in ihrem Bemühen, dieses wertvolle Erbe für kommende Generationen zu bewahren. Insgesamt fördern wir 119 Projekte in 50 Kommunen, darunter die Instandsetzung der Steinernen Brücke in Regensburg, die Sanierungsarbeiten beim Industriekomplex Zeche Zollverein in Essen oder auch die Förderung der Welterbestätte Quedlinburg.

Über diese baukulturellen „Leuchttürme“ hinaus unterstützt der Bund die Länder und Kommunen im Bereich der Städtebauförderung in vielfältiger Weise: So wurde etwa das in den neuen Bundesländern sehr erfolgreiche Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ im Jahr 2009 auch in den alten Bundesländern eingeführt. Auch die Stadtbauprogramme des Bundes laufen in Ost und West mit großem Erfolg. Dabei ist es mir besonders wichtig, Altbausubstanz zu retten und die städtebaulich bedeutsamen inneren Strukturen zu stärken. Darüber hinaus müssen wir für eine leistungsfähige soziale Infrastruktur insbesondere in benachteiligten Stadtteilen sorgen. Genau hier setzt das Programm „Soziale Stadt“ an. Ein Beispiel ist die Gestaltung der östlichen Innenstadt von Offenbach. Hier leben rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner aus rund 50 verschiedenen Nationen.



Das heutige Bundesfinanzministerium: ein Beispiel für die wechselvolle Geschichte der Bundesbauten in Berlin

© Bundesfinanzministerium

Zu den gravierendsten Problemen gehören hohe Arbeitslosigkeit und eine instabile Wirtschaftsstruktur. Mit Hilfe des Bundes wurden hier in den vergangenen Jahren ein Gründerzentrum, Hochschuleinrich-

tungen, eine Musikschule und ein Bürgertreff errichtet. Mittlerweile hat das neue Quartierszentrum eine große Ausstrahlung entfaltet, von der auch die anliegenden Straßenzüge profitieren.

Zukunftsorientierte Baukultur bedeutet auch, verantwortungsvoll mit unserer Umwelt umzugehen. Energieeffizienz ist in Zeiten steigender Energiepreise und zunehmender Anforderungen des Klimaschutzes

zu einem zentralen Qualitätsmerkmal von Wohnhäusern geworden. Eine nachhaltige Energieversorgung ist für Stadtentwicklung und Baukultur Herausforderung und Chance zugleich. Rund 40 Prozent der Energie werden in Deutschland für die Beheizung von Gebäuden und die Warmwasserbereitung eingesetzt. Der Anteil des Gebäudebereichs an den CO₂-Emissionen beträgt etwa 20 Prozent. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm gehört neben der Energieeinsparverordnung zu den zentralen Instrumenten der Klimaschutzpolitik der Bundesregierung im Gebäudebereich. Auch 2010 stehen (trotz knapper Haushaltsmittel) wieder rund 1,5 Milliarden Euro für energieeffizientes Bauen und Sanieren zur Verfügung. Ich setze mich dafür ein, dass dieses Erfolgsprogramm über 2010 hinaus in angemessenem Umfang weitergeführt wird.

Als Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung weiß ich, dass sich das Thema Baukultur auch auf die Errichtung und Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur erstreckt. Das Erscheinungsbild der Bahnhöfe, Straßen und Brücken und ihre zumeist technisch anmutenden Gestaltungsdetails – zum Beispiel für Lärmschutz- oder Hochwasserschutzmaßnahmen – sind von großer Bedeutung für die Wahrnehmung von Stadt- und Kulturlandschaften. Das lässt sich besonders gut am Beispiel herausragender historischer Ingenieurbauwerke erkennen. So erlangten etwa Brückenbauwerke vergangener Jahrhunderte nicht selten den Status eines Wahrzeichens. Heutzutage muss die städtebauliche und landschaftsorientierte Integration von Autobahnen oder ICE-Neubautrassen baukulturellen Qualitätsmaßstäben genügen.

Wir müssen die Baukultur in Deutschland in ihrem ganzen Umfang begreifen – als zentralen Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung von Stadt und Land, als Instrument des sozialen Zusammenhalts und als Teil der kulturellen Identität. In einem Satz: Baukultur geht alle an.

Der Verfasser ist Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ■

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Prügel
Von [Olaf Zimmermann](#) 1

KULTUR-MENSCH

Stephan Schaede 1

LEITARTIKEL

Baukultur geht alle an
Von [Peter Ramsauer](#) 1

KULTURFINANZKRISE

An der Grenze der Handlungsfähigkeit
Von [Petra Roth](#) 3

Es trifft nicht die Kultur allein
Von [Christian Schramm](#) 4

Verachtet mir die Kreise nicht und ehret ihre Werke
Von [Hans-Jörg Duppré](#) 4

In der Krise wächst die Kreativität
Von [Jens Bullerjahn](#) 5

Extremes Auf und Ab ausgleichen
Von [Carsten Kühl](#) 6

Nothilfefonds Kultur löst Debatte aus
Von [Olaf Zimmermann](#) und [Gabriele Schulz](#) 7

Kulturpolitische Begründungen in der Krise
Von [Max Fuchs](#) 8

Kulturförderung ist eine Haltungsfrage
Von [Carmen Emigholz](#) 10

MOMMERT MEINT

Klare Worte sind vonnöten
Von [Wilfried Mommert](#) 10

INTERNET-ENQUETE

Internet-Enquete: Hohe Erwartungen oder Skepsis
Von [Olaf Zimmermann](#) und [Gabriele Schulz](#) 11

Internet und digitale Gesellschaft
Stefanie Ernst im Gespräch mit [Axel E. Fischer](#) 12

Kurzstatements von Mitgliedern der Internet-Enquete 13

ARBEITSMARKT BAUKULTUR

Arbeitsmarkt Baukultur: Wie sieht er wirklich aus?
Von [Thomas Welter](#) 15

Freiraum zum Denken!
Von [Olaf Bahner](#) und [Andreas Emminger](#) 16

Arbeitsmarkt Denkmalpflege
Von [Nicoline-Maria Bauers](#) und [Titus Kockel](#) 16

Erhaltung und Pflege des Kulturerbes
Von [Mechthild Noll-Minor](#) 17

Kunst für die Öffentlichkeit
Von [Werner Schaub](#) 18

ARBEITSMARKT SOZIOKULTUR

Soziokultur – eine Frage der Qualifikation?
Von [Wolfgang Schneider](#) 19

KULTURELLE BILDUNG

Modell-Land Nordrhein-Westfalen
Von [Eva Adelt](#) und [Brigitte Schorn](#) 20

Der Bildungsföderalismus in der Vertrauenskrise
Von [Olaf Zimmermann](#) 21

Kreativitätserziehung: ihre Relevanz – ihr Potenzial
Von [Christoph Schäfer](#) 22

Netzwerkkampagne bauTraum 2010
Von [Michael Braum](#) und [Anneke Holz](#) 23

EUROPA

Gemeinsame Anstrengungen für gemeinsame Ziele
Von [Alison Crabb](#) 24

ÜBER DEN TELLERRAND

Boomendes Brasilien
Von [Christine M. Merkel](#) 25

GOETHE WELT

The Promised City und die Deutsch-Wagen-Tour
Von [Gabriele Lesser](#) 26

RUHR 2010

Zwischen Konsolidierung und Innovation
Von [Andreas Volke](#) 27

KULTUR UND KIRCHE

Forschung mit Praxisfeldern verknüpfen
Gabriele Schulz im Gespräch mit [Stephan Schaede](#) 27

LUTHER 2017

Thron und Altar
Von [Georg Ruppelt](#) 28

KULTURLANDSCHAFT DEUTSCHLAND

Regionales Erbe – ein Konzept beginnt zu wirken!
Von [Axel Redmer](#) 29

Eine Region, die polarisiert
Von [Volker Böhning](#) 29

„Da rocken ja die Hühner“
Von [Christiane Krüger](#) 30

PORTRAIT

Wie Kunst und Kultur die Wirtschaft fördern können
Von [Andreas Kolb](#) 31

REZENSION

Wertvoller Blick
Von [Gabriele Schulz](#) 31

KURZ-SCHLUSS

Beichte: Wie ich einmal auf vielen Umwegen zum richtigen Glauben fand
Von [Theo Geißler](#) 32

BEILAGE INTERKULTUR

Transkulturalität: Fata Morgana oder Realität?
Von [Christian Höppner](#) 1

Ringeln um Anerkennung
Von [Jutta Weduwen](#) 2

Vereint für Eltern und Kinder
Von [Berrin Alpbek](#) 3

International, binational und multikulturell
Von [Maria Ringler](#) 4

„Closed Shop“ oder interkulturelle Öffnung?
Von [Kristin Bäßler](#) 5

An der Grenze der Handlungsfähigkeit

Finanznot der Kommunen im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise • Von Petra Roth

Die Kommunen befinden sich in der schwersten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte. Nie zuvor sind so viele Kommunen an die äußersten Grenzen ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit gelangt. Mit dem Anhalten der Krise werden immer mehr Ausgabebereiche den stetig steigenden Druck auf die Kommunalhaushalte zu spüren bekommen. Diese Entwicklung wird zwangsläufig auch den Kunst- und Kulturbereich einholen. Die Erwartungen der Kommunen an die Gemeindefinanzkommission sind daher mehr als groß. Aus Sicht der Kommunen muss es das vorrangige Reformziel sein, die kommunalen Handlungsspielräume im Bereich der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben zu sichern.

Ein integraler Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben ist wegen ihres Gemeinschaft bildenden Charakters seit jeher die Kulturförderung. Sie ist als solche in den Landesverfassungen und Gemeindeordnungen geregelt. Daraus ergibt sich ein eigenständiger Gestaltungsauftrag der Städte- und Gemeinden, den diese auch ausfüllen müssen.

Die Kommission hat ihren Arbeitsschwerpunkt aber bisher auf die Strukturierung des kommunalen Steuersystems gelegt. Dieses Thema ist wichtig, doch darf darüber nicht in Vergessenheit geraten, dass es längst um weit mehr geht. In den Städten und Gemeinden wollen deren Vertretungsorgane wieder selbst über die Finanzen und damit das örtliche Angebot an öffentlichen Leistungen entscheiden. Vor allem in der Kommune wird der demokratische Staat für die Bürger erfahrbar, gerade hier zeigt sich die vielfältige Überlegenheit von Partizipation und Bürgernähe. Nicht zuletzt darum ist Kulturförderung kommunale Aufgabe: Kultur in der Stadt ist eben wesentlich mehr als Kultur von der Stadt. Und was immer wieder in Vergessenheit gerät: Kulturelle Einrichtungen sind zugleich Bildungseinrichtungen. Sie sind eine der Grundlagen für die Verwirklichung verstärkter Bemühungen in der Bildungspolitik, die Deutschland dringend braucht.

Das System Stadt ist auf dauernde Veränderung, auf ständige Anpassung und Entwicklung ausgelegt. Die Stadt ist Labor und Bühne für politische, gesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Innovationen. Über die Städte gelang es unserem Land, mit der geistigen Kraft und dem Erfindergeist ihrer Bürgerinnen und Bürger zu wachsen und zu prosperieren. Das kreative Potential unserer Städte ist eine der großen Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft.

Am Willen, die Kulturaufgaben wahrzunehmen, hat es den Städten daher auch nie gemangelt. Die schwierige Haushaltssituation zu Beginn der 1990er Jahre und zu Beginn der 2000er Jahre hat zwar bei den Städten zu einer kurzfristigen Kürzung der Kulturetats geführt. Sobald aber Spielräume in den Haushalten vorhanden waren, wurden diese von den Kommunen genutzt, um die vermeintlich freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kulturförderung wieder stärker in Angriff zu nehmen.

Die Sicherung der kulturellen Infrastruktur beschränkt sich nicht allein auf eine Bereitstellung durch öffentliche Einrichtungen, sondern umfasst auch den Anstoß von Aktivitäten engagierter Bürger und Unternehmen. Ohne einen Anstoß durch die Kulturförderung geht es allerdings nur selten. Das gilt umso mehr in der Wirtschaftskrise, von der auch die privaten Förderer und die fördernden Unternehmen betroffen sind. Dies ist bereits mehr als deutlich in den großen Häusern bei Kunstmuseen, Theatern und Festivals spürbar. Der hohe Staatsanteil an der Kulturfinanzierung wirkt hier als eine der notwendigen finanziellen Grundlagen noch stabilisierend.

Damit die Städte ihre Aufgaben bei der Erledigung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft verlässlich ausfüllen können, benötigen sie dauerhaft ein stabiles finanzielles Fundament. Die Kommunen müssen darüber hinaus wieder selbst entscheiden können, wie sie den für die örtlichen Aufgaben verfügbaren Anteil der Steuern ausgeben wollen. Das gilt auch in Bezug auf die Kulturfinanzierung.

In beiden vorgenannten Punkten, der finanziellen Ausstattung und der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit, lag schon vor der Finanzkrise Vieles im Argen. Die Krise der Kommunalfinanzien ist zwar auch die Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Finanzkrise hat aber zudem die Fehler der Vergangenheit im Umgang mit der kommunalen Finanzautonomie vielmehr auf einen Schlag schonungslos offengelegt. Die Kommission muss diese Fehlentwicklungen nunmehr beim Namen nennen und sich der Probleme annehmen.

Kurzfristig erforderlich ist die rasche Aufstockung der insgesamt viel zu niedrigen Finanzausstattung der Kommunen. Viele Kommunen können inzwischen selbst unter Schuldenaufnahme nur noch die Leistungen erbringen, die ihnen Bund und Länder verpflichtend auferlegt haben. Dies führt dazu, dass viele Städte nur noch in wirtschaftlichen Boomzeiten Spielräume



Petra Roth

Foto: Deutscher Städtetag

haben, die sogenannten „freiwilligen“ Selbstverwaltungsaufgaben gestaltend wahrzunehmen. Auf längere Sicht ist eine Aufstockung der Finanzmittel aber nur hilfreich, wenn sich die Art und Weise ändert, in der Bund und Länder auf die kommunale Finanzsituation Einfluss nehmen. Kommunalrelevante Entscheidungen von Bund und Ländern werden nur allzu oft in Unkenntnis der kommunalen Besonderheiten oder aus fiskalischem Eigeninteresse getroffen. Die Kommunen erwarten daher eine intensive Einbindung in alle für sie finanzrelevanten Entscheidungsprozesse.

Unverzichtbar ist zudem auch eine Umgestaltung der verfassungsrechtlichen Förderinstrumente des Bundes, damit eine bessere Kooperation der Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden möglich wird.

Bund und Länder bleiben in der Pflicht

Wir sehen den Bund primär in der Pflicht, kulturfreundliche Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler, das zivilgesellschaftliche Engagement in Vereinen und durch Mäzene und Sponsoren zu schaffen. Hilfreich wären weitere Erleichterungen im Gemeinnützigkeitsrecht, bei Spenden und dem Sponsoring, bei der sozialen Sicherung von Kunstschaffenden und den Abschreibungsmöglichkeiten für Denkmaleigentümer sowie bei der Förderung klimaschützender Maßnahmen an Baudenkmalern (z.B. über KfW-Mittel). All dies kann kurzfristig umgesetzt werden und würde zur Entlastung der Kommunen beitragen.

In besonderen Fällen sind aber auch – unter Beachtung der Kulturhoheit der Länder – Förderungen durch die Bundeskulturstiftung sowie Förderungen von innovativen Programmen wünschenswert. Dies gilt es auch bei Anschubfinanzierungen wie für das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ in Nordrhein-Westfalen. Wir begrüßen solche Programmsätze, doch muss von Länderseite

Bereich nicht durch kommunale Mittel kompensiert werden.

Kahlschlag vermeiden

Der Kulturausschuss des Deutschen Städtetages hat sich bereits im Jahr 2009 eingehend mit den hier diskutierten Fragen beschäftigt. Er war sich dabei bewusst, dass es angesichts der Verschärfung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden keinen monetären Schutzschirm für die Kultur geben würde. Das Volumen der Kulturhaushalte von Bund und Ländern steht unter keinem geringeren Druck und selbst die bisher verlässliche Kulturförderung der Sparkassen kann durch die Abfinanzierung der Bankenkrise in Bedrängnis geraten. Die mittelfristige Perspektive sieht nicht besser aus. Infolge dramatisch anwachsender Zinslasten, einer längerfristig unterdurchschnittlichen Steueraufkommensentwicklung und erhöhter Sozialtransfers werden alle öffentlichen Haushalte noch über Jahre hinweg erhebliche Defizite aufweisen.

Gleichwohl erachtet der Städtetag auch die Kultur für gesellschaftspolitisch „systemrelevant“. Kunst- und Kulturförderung sind unter den Gesichtspunkten Identitätsbildung, Integration, Chancengleichheit und Erwerb kognitiver Kompetenzen wichtig für die Abfederung der gesellschaftspolitischen Folgen allgemeiner Wirtschaftskrisen. Bei notwendigen kommunalen Einsparungen sollte von überproportionalen Kürzungen im Kulturbereich allein unter Hinweis auf den rechtlich freiwilligen Aufgabencharakter abgesehen werden. Ziel sollte sein, die kulturelle Infrastruktur und die Vielfalt der Kulturlandschaft auch bei schwieriger Finanzlage zu erhalten. Die Länder sollten bei Kürzungen ihrer Kulturetats ebenfalls keine überproportionalen Kürzungen der den Kommunen zugute kommenden Förderungen vornehmen.

Alle kulturfördernden Gebietskörperschaften sollten bestrebt sein, die grundlegende Förderstruktur im Hinblick auf institutionelle Förderung, laufende Maßnahmen und Projektförderung möglichst konstant zu halten. Im Zuge von Kürzungen sollten weder einzelne Sparten noch Förderungsempfänger so stark betroffen sein, dass ihre Existenz gefährdet wird. Denn realistischerweise sollte Folgendes bedacht werden: Die wirtschaftliche Entwicklung und die Ertragssituation von privatwirtschaftlichen Unternehmen stabilisiert sich nach Krisen in der Regel schnell. Das gilt aber nicht für in der Wirtschaftskrise verlorene kulturelle Infrastruktur. Materielle Werte können nach deren Verlust leicht reproduziert werden, immaterielle Werte und Strukturen hingegen meist nicht. Solche Basisstrukturen zu sichern sollte auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

Die Verfasserin ist Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages ■

Kulturfinanzkrise

Was erwarten die Kommunen von der Gemeindefinanzkommission? Welche Erfordernisse sehen sie, damit sie wieder finanzielle Handlungsspielräume gewinnen? Welche Rolle spielen Kunst und Kultur in diesem Zusammenhang? Auf diese Fragen geben Petra Roth, Präsidentin des Deutschen Städtetags, Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans-Jörg Duppré, Präsident des Deutschen Landkreistags, Antwort. Jens Bullerjahn, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt und Carsten Kühl, Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz stellen vor, wie sie versuchen, in ihren Ländern die Kommunalfinanzien zu stabilisieren. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Gabriele Schulz, Stellvertretende

Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates berichten über Debatten im Deutschen Bundestags zur Kulturfinanzkrise. Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates setzt sich mit kulturpolitischen Begründungen in der Krise auseinander. Carmen Emigholz, Staatsrätin für Kultur in Bremen sieht in der Kulturförderung eine Handlungsfrage. Mommert meint, klare Worte sind vonnöten. Die Beiträge setzen die Diskussion zur Kulturfinanzkrise in politik und kultur fort, die bereits seit mehr als einem Jahr in dieser Zeitung geführt und in der aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet wird, wie sich die Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Kulturbereich auswirkt.

Die Redaktion ■

Max Fuchs: Kulturpolitik und Zivilgesellschaft

Analysen und Positionen - Aus politik und kultur 4

Das Buch enthält Beiträge von Prof. Dr. Max Fuchs, dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates, aus politik und kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates. Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler 184 Seiten ISBN 97839334868212, € 12,90

Erhältlich in allen Buchhandlungen oder unter www.kulturrat.de/shop.php



Es trifft nicht die Kultur allein

Erwartungen an die Gemeindefinanzreformkommission • Von Christian Schramm

Die kommunale Kassenlage ist nicht nur dramatisch, sie ist katastrophal. Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinanzen im Jahr 2009 zeigen die ernsthafte Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung mit aller Deutlichkeit: Der Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben ist gegenüber 2008 um fast 15 Milliarden Euro abgestürzt. Die Kommunen verloren 8 Milliarden Euro ihrer Steuereinnahmen. Im Schnitt gingen die Einnahmen der Kommunen um rund 20 Prozent zurück. Diese Zahlen lassen Schlimmes für das Jahr 2010 und die Folgejahre erwarten. In diesem Jahr werden wir voraussichtlich auf ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro zusteuern. Die Schere zwischen geringeren Einnahmen durch das Wegbrechen der Gewerbesteuer und höheren Ausgaben durch die steigenden Sozialkosten wird uns massiv belasten. In Nordrhein-Westfalen haben nur noch rund fünf Prozent der 396 Städte und Gemeinden einen ausgeglichenen Haushalt.

Allein das in diesem Jahr in Kraft getretene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bringt den Kommunen 1,6 Milliarden Euro Mindereinnahmen. Auch die grundgesetzliche „Schuldenbremse“ wird nicht ohne Auswirkungen auf die Kommunen bleiben. Bund und Länder müssen ab 2011 zwingend ihre Ausgaben reduzieren. Die Länder werden vor diesem Hintergrund vor einer Kürzung der Mittel für den kommunalen Finanzausgleich nicht zurückschrecken, einige Bundesländer haben dies bereits angekündigt.

Die seit dem Kriegsende dramatischste Finanzsituation der Kommunen in Deutschland bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die kommunalen Aufgaben. Und es trifft die Kultur nicht allein. Auch der Sport und viele andere Bereiche, die zu den sogenannten freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen gehören, ächzen unter den notwendigen Einsparbemühungen der Städte und Gemeinden. Die kommunalen Spitzenverbände erreichen fast täglich Schreiben von Fachorganisationen mit dem dringenden Appell, in ihren Bereichen nicht den Rotstift anzusetzen.

Der Kulturbereich gehört dabei zu den kommunalen Aufgabefeldern, die in besonderer Weise von der aktuellen Finanzkrise betroffen sind. Kommunen und Länder sind die Hauptfinanziers der Kultur. Nach den Zahlen des Kulturfinanzberichts 2008 gaben die Kommunen 3,6 Mrd. Euro für die Kultur aus, die Länder 3,3 Mrd. Euro. Setzt man diese Zahlen in Relation zum Volumen des Gesamthaushalts, wird die Rolle der Kommunen als bedeutendster Finanzier noch deutlicher. Umso klarer ist, dass die finanzielle Lage der Kultur einrichtungen vor Ort unmittelbar verknüpft ist mit der finanziellen Lage der Kommunen. So gaben die Städte und Gemeinden in den Jahren 2006 bis 2008 bei steigenden Einnahmen auch mehr für die Kultur aus. Und dabei geht es nicht nur um die Aufrechterhaltung oder Schließung von Theatern, Museen oder Orchestern, sondern es geht um das, was ich als Grundversorgung im kulturellen Bereich ansehe, nämlich um die Finanzierung der Musikschulen oder der örtlichen Bibliotheken. Insbesondere die Kürzungen bei der kulturellen Bildung sehe ich sehr kritisch.

Dem Kulturbereich geht es allerdings nicht schlechter als anderen kommunalpolitischen Aufgabefeldern. Auch Schwimmbäder, Freizeit- und Jugendeinrichtungen und

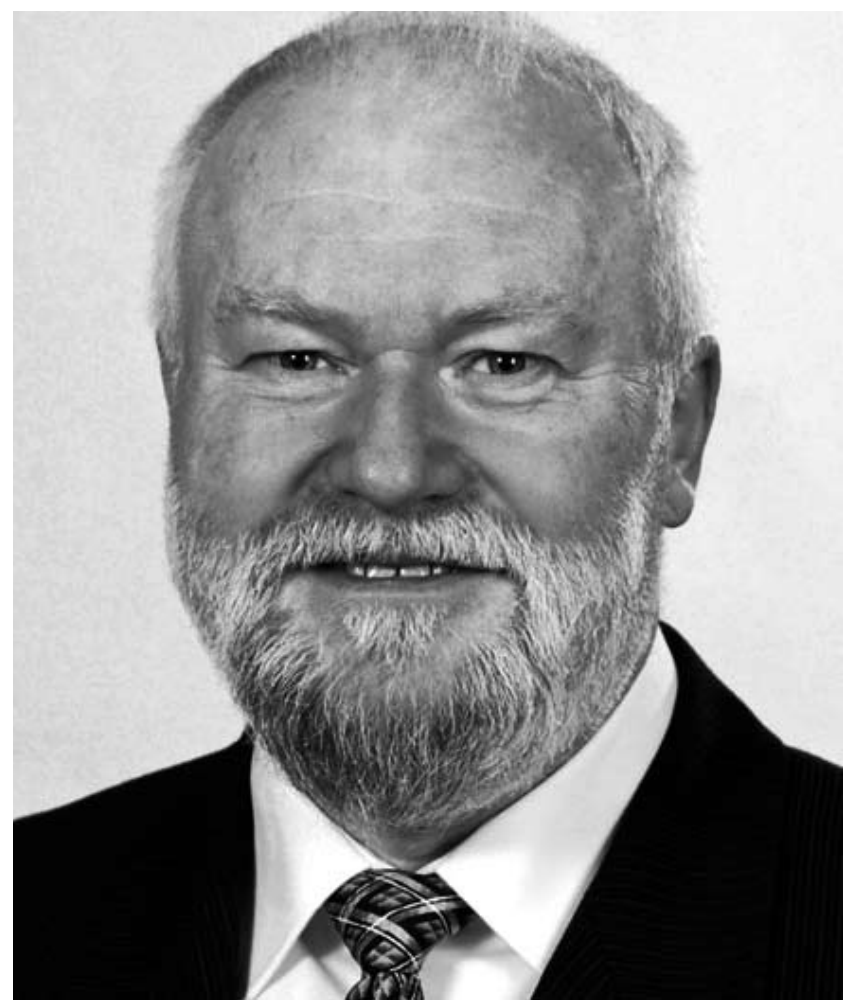
Bildungseinrichtungen stehen zur Disposition. Kommunalpolitik muss allen Interessen gerecht werden. Von daher kann es auch keine Sonderwege für die Kultur geben. Deshalb stehe ich auch Vorschlägen skeptisch gegenüber, die Kultur oder auch nur Teilbereiche, z.B. Bibliotheken oder die kulturelle Bildung, als Pflichtaufgabe zu normieren. Dies führt nicht automatisch zu mehr Finanzmitteln und würde auf der anderen Seite die gemeindliche Eigenverantwortung beschränken. Für mich ist Kultur als „freiwillige Aufgabe“ ein hohes Gut, denn es eröffnet Gestaltungsspielräume. Natürlich kann man diese nur ausfüllen, wenn man über die Finanzmittel verfügt. Die Umwandlung einer freiwilligen Aufgabe in eine Pflichtaufgabe ohne zusätzliches Geld würde uns aber ebenfalls nicht weiterhelfen. Auch das sächsische Kulturraumgesetz ist nicht ohne weiteres auf die anderen Bundesländer übertragbar, weil die kommunalen Finanzierungssystematiken in den Ländern zum Teil sehr unterschiedlich sind. Das Kulturraumgesetz ist auch kein klassisches Pflichtgesetz, sondern ein Gesetz, in der primär die Pflicht zur kommunalen Zusammenarbeit geregelt wird.

Vielmehr brauchen wir eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage insgesamt, um den vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können. Es ist dringend notwendig, die Finanzlage der Kommunen dauerhaft auf eine solide Basis zu stellen. Wollen wir die Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden verhindern, muss die Gemeindefinanzreformkommission zweierlei erreichen: Zum einen brauchen die Kommunen verlässliche nachhaltige Einnahmen, auf der anderen Seite müssen die Kommunen insbesondere bei den Sozialaus-

gaben von gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben entlastet werden. Ich nenne hier nur die Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger und die Eingliederung für Behinderte. Die Kosten der sozialen Leistungen sowie die Ausgaben für Ausbau und Betrieb der Kindertageseinrichtungen steigen seit Jahren so rasch wie kein anderer Ausgabenbereich. Das Tempo dieses Anstieges erhöht sich dramatisch. Während er in den 10 Jahren zwischen 1992 und 2006 6,2 Mrd. Euro betrug, machte er in den letzten 6 Jahren 10 Mrd. Euro aus. Seit der Wiedervereinigung haben sich die Sozialausgaben verdoppelt. Deshalb erwarte ich, dass die Gemeindefinanzreformkommission sich zwingend mit dieser Ausgabenlast auseinandersetzt. Die Kommunen finanzieren seit Jahren gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgaben. Hiervon müssen sie entlastet werden. Entlastungen im Sozialbereich setzen Mittel für andere wichtige kommunale Aufgaben frei.

Kurzfristige Lösungen helfen dagegen weder den Kommunen noch der Kultur. Der immer wieder ins Gespräch gebrachte Nothilfefonds Kultur ist losgelöst von verfassungsrechtlichen Bedenken schon deshalb nicht geeignet, weil er nur kurzfristig, nicht aber langfristig und dauerhaft wirkt. Soweit dadurch Projekte angestoßen werden, werden diese schon daran scheitern, dass die Städte und Gemeinden nicht einmal mehr in der Lage sind, Kofinanzierungen aufzubringen. Auch die Übernahme von Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung durch den Bund hilft der „kulturellen Grundversorgung“ in den Städten und Gemeinden nicht weiter.

Und man sollte auch nicht zu schwarz malen. Zwar wird von der



Christian Schramm

© Dietmar Schröder

Zukunft von Theatern und Museen, von Orchestern und Musikschulen geredet, tatsächlich werden aber auch in Zeiten der finanziellen Krise Theater neu eröffnet, wie erst kürzlich in Gütersloh. Wir sollten die Finanzkrise auch als Chance begreifen. Einsparungen eröffnen ebenso neue Chancen der Gewichtung, der Prioritätensetzung und eröffnet möglicherweise Synergien, z.B. für interkommunale Kooperationen, Fusi-

onen, aber ebenfalls für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements usw.. Die Kulturpolitik selbst sollte sich der Frage stellen, welche kulturellen Leistungen es in den Städten und Gemeinden auch in Zukunft in welcher Form geben soll.

Der Verfasser ist Oberbürgermeister der Stadt Bautzen und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ■

Verachtet mir die Kreise nicht und ehret ihre Werke

Auch für Weltbürger: Der Landkreis als Lebensraum • Von Hans-Jörg Duppré

Sieben von zehn Bundesbürgern leben in Deutschland in Landkreisen. Von Aachen bis Görlitz, von Sylt bis zum Berchtesgadener Land haben sie häufig dort ihre ersten Begegnungen mit einem breitgefächerten Kulturangebot. Das schafft Identifikation mit dem unmittelbaren Lebensraum, prägt das Heimatgefühl und bildet vielfach den Nukleus für das spätere umfassende Interesse an Kultur in allen ihren Facetten.

Auch und gerade der Weltbürger in der globalisierten Welt sucht diese Identität und die Rückzugsmöglichkeiten in einen überschaubaren, vertrauten und lebenswerten Kreis, wenn sich das Rad des Lebens heute mehr denn je mit rasanter Geschwindigkeit weiter dreht.

Kultureinrichtungen gehören zu den sogenannten weichen Standortfaktoren, die bei der Suche und der Entscheidung für die Verlagerung eines Lebensmittelpunktes oder auch der Ansiedlung eines Unternehmens eine wichtige Rolle spielen.

Dabei sind es gar nicht die Megaevents, die zwar für medien-trächtige Schlagzeilen sorgen und insofern auch Impulse geben, aber nicht die wichtige kulturelle Grundversorgung in unseren 301 Landkreisen und ihren über 10.000 Gemeinden sicherstellen können. Es sind vielmehr „die stillen Worte, die den Sturm bringen“, wie es Friedrich Nietzsche einmal formuliert hat. Der erste eigene öffentliche Auftritt auf der Bühne einer der vielen Musikschulen in der Trägerschaft unserer Kommunen wird nicht

nur unvergessen bleiben, sondern auch den Weg in die Musiksäle der Hochkultur weisen. Gleiches gilt für andere Kunstformen, die aus dem stillen Kämmerlein ins Rampenlicht führen. Der Besuch eines Museums, die Ausleihe eines Buches in der

Fahrbücherei oder der Kurs bei der Volkshochschule des Landkreises vermitteln kulturelle Bildung auf deutlich höherem Niveau als die die zunehmend fragwürdigeren TV-Angebote. In leichter Abwandlung der Quintessenz aus den Meistersingern

würde ich gern die Forderung erheben: verachtet mir die Kreise nicht, und ehret ihre Werke.

In einer Serie in dieser Zeitung *politik und kultur* über Kulturlandschaften in Deutschland sind über einen Zeitraum von zwei Jahren die sehr unterschiedlichen Formen von Kulturarbeit in Landkreisen dargestellt worden. Im Rahmen dieser Deutschlandreise, die in Landkreise aller 13 Flächenländer geführt hat, sind die verschiedenen Möglichkeiten, Herangehensweisen und Konzepte zum Teil kontrastierend gegenübergestellt worden. Einem dieser Beiträge aus dem Burgenlandkreis an Saale, Unstrut und Elster ist auch das Nietzsche-Zitat entlehnt.

Wer die Serie verfolgt, ist immer wieder aufs Neue von der Kreativität der handelnden Personen überrascht, die mit großem Engagement und sehr begrenzten Etats Kulturlandschaften zum Blühen gebracht haben. Natürlich ließ die Serie es nur zu, einen sehr begrenzten Ausschnitt der umfassenden Angebotspalette von Kulturarbeit auf der Kreisebene bundesweit zu präsentieren. Aber letztlich sind die Kulturangebote aller deutschen Landkreise etabliert und entfalten eine Wirkung, die oft weit über die eigenen Kreisgrenzen hinaus geht.

Und niemand hat den Eindruck, dass die kulturelle Infrastruktur der Landkreise Ballast enthält, den man nach Belieben abwerfen kann, um noch höher aufzusteigen. Das



Hans-Jörg Duppré

Foto: Deutscher Landkreistag

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Gegenteil ist der Fall, eine Einschränkung des Angebots würde die Standortqualität verschlechtern und damit einen circulus vitiosus in Gang setzen, dessen Ergebnis letztendlich von keinem verantwortungsbewussten Kommunalpolitiker gewollt ist und bei dem es nur Verlierer geben würde.

Die tief greifende Wirtschafts- und Finanzkrise fordert zum Teil schmerzhaftes Opfer in allen Bereichen der Daseinsvorsorge. Schutzgürtel kann kein Sektor für sich reklamieren und St. Florian wird Umleitungen wohl auch nicht akzeptieren. Insofern ist bei allen Konsolidierungsmaßnahmen Augenmaß und eine ganzheitliche Betrachtung gefor-

dert. Wer regelmäßig das Folterwerkzeug aus Einsparungen, Kürzungen, Streichungen oder Schließungen im Steinbruch der freiwilligen Kulturausgaben zum Einsatz bringt, handelt zwar der Not gehorchend, von Weitsicht und Innovation zeugt dieses Vorgehen aber nicht.

Das gilt in ganz besonderer Weise für die kulturelle Infrastruktur der Landkreise, die ohnehin nur im Rahmen der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion vorgehalten werden kann. Über dieses gesetzliche Regulativ hinaus steht das Angebot der Landreise seit jeher unter einem doppelten Korrektiv: neben der Haushaltsgenehmigung durch die staatlichen Aufsichtsbehörden stehen die Leistungen zusätzlich unter der ständigen Beobachtung der kreisangehörigen Gemeinden,

die mit Argusaugen darauf achten, dass die überwiegend umlagefinanzierten Kultureinrichtungen auf der Kreisebene wirtschaftlich betrieben werden.

Der Deutsche Landkreistag hat stets die Bedeutung von Kultur und Bildung als wichtige Säulen für die Zukunftsgestaltung in den Landkreisen hervorgehoben. Die Kreise tragen sowohl als Träger kultureller Einrichtungen als auch in Wahrnehmung der Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion maßgeblich dazu bei, die einzigartige Kulturlandschaft und beispiellose kulturelle Vielfalt in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erhalten und zu fördern. Dieser gesellschaftspolitische Auftrag darf nicht zur Leerformel werden, sondern ist mit Leben zu erfüllen.

Durch die galoppierende Schwindsucht der öffentlichen Haushalte steht diese Rolle der Kreise als Initiator kultureller Aktivitäten und als Drehscheibe und Mediator für verschiedene Akteure allerdings auf dem Spiel. Für rein kosmetische Maßnahmen ist kein Spielraum mehr vorhanden. Alle weiteren Einschnitte in einen über Generationen aufgebauten und gepflegten Bestand gefährden und zerstören eine Kulturlandschaft mit langer Tradition.

Die Botschaft scheint bei den Verantwortlichen auf der Bundes- und Landesebene verstanden worden sein, aber auf eine präzise Diagnose muss auch eine konsequente Therapie folgen. Mittlerweile sind in den Kreishaushalten 70 bis 80 Prozent der Ausgaben für soziale Leistungen gebunden. Vor dem Hintergrund dieser

strukturellen Probleme dürfen sich Lösungen nicht darauf beschränken, den Patienten dauerhaft an den Tropfen zu legen, was mit einem kontrovers diskutierten Nothilfefonds geschehen würde. Im Zuge der Gemeindefinanzkommission geht es entscheidend darum, zu einer aufgabengerechten kommunalen Finanzausstattung zu gelangen, die Gestaltungsräume eröffnet, in denen auch eine an den berechtigten Interessen der Bürger orientierte Kommunalpolitik möglich ist. Die Kultur ist immanenter Bestandteil dieser Politik vor Ort, die von den Landkreisen auf rund 96 Prozent der Fläche Deutschlands gestaltet wird.

Der Verfasser ist Landrat des Landkreises Südwestpfalz und Präsident des Deutschen Landkreistages ■

In der Krise wächst die Kreativität

STARK II: ein Teilentschuldungsprogramm für Kommunen • Von Jens Bullerjahn

Der stärkste Steuereinkbruch seit Jahrzehnten verschärfte die Finanznot von Städten und Gemeinden dramatisch. Das Defizit der Kommunen wuchs nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2009 auf 7,1 Mrd. Euro. Mit einem Teilentschuldungsprogramm für Kommunen geht das Land Sachsen-Anhalt einen eigenständigen Weg, um die Haushaltskonsolidierung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden voranzutreiben.

Städte und Gemeinden sind durch die Finanzkrise besonders gebeutelt. Es bestehen kaum Spielräume, die leeren Kassen hoch verschuldeter Kommunen in Deutschland kurzfristig zu füllen. Schließlich ist auch die Finanzlage des Bundes durch Steuerausfälle, durch die Hilfen für angeschlagene Banken, durch die Konjunkturpakete und andere Abwehrmaßnahmen gegen die Krise außerordentlich angespannt.

Der Bund hat in diesem Jahr eine Rekord-Verschuldung in Höhe von 80,2 Mrd. beschlossen. Das Land Sachsen-Anhalt ist dank intensiver Konsolidierungsanstrengungen drei Jahre ohne die Aufnahme neuer Schulden ausgekommen. Im kommenden Doppelhaushalt werden wir jedoch wieder neue Kredite in Höhe von 739 Mio. Euro (in 2010) und 540 Mio. Euro (2011) aufnehmen müssen.

In dieser Situation erweisen sich deshalb die von der Bundesregierung zwar verschoben, aber dennoch in Aussicht gestellten Steuersenkungen als unrealistisch. Sie sind politisch unsinnig und finanzpolitisch nicht umsetzbar.

Wer in dieser finanzpolitischen Lage ernsthaft darüber nachdenkt, noch Steuern zu senken, hat die tatsächliche Situation der öffentlichen Kassen nicht begriffen. Wie im Übrigen alle Umfragen zeigen, denken hier die Bürgerinnen und Bürger realistischer als mancher Politiker.

Aber selbst wenn es gelingen sollte, die Steuersenkungspläne abzuwehren, werden die teuren Schuldenberge nicht in absehbarer Zukunft abzutragen sein. Allein die Kassenkredite der Kommunen in Sachsen-Anhalt sind von 76 Mio. Euro im Jahre 2000 auf 967 Mio. Euro im Jahre 2008 angestiegen.

Dass eine staatliche Ebene zugunsten einer anderen noch zusätzliches Geld aufbringen würde, erscheint unrealistisch. Die gerne verwandte Taktik, den Schwarzen Peter hin und her zu schieben, wird niemandem etwas bringen, wenn nicht mehr Geld ins System kommt. Einen wirklichen Systemwechsel wird auch die Gemeindefinanzkommission nicht zustande bringen. Bund, Länder und Kommunen müssen daher Wachstum und langsam wieder

steigende Steuereinnahmen nutzen, um ihre eigenen Haushalte in den kommenden Jahren schrittweise in Ordnung zu bringen.

Diese Konsolidierung der öffentlichen Kassen kann nur im Miteinander funktionieren, in einem finanzpolitischen Dialog aller Beteiligten. Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt hat einen solchen Dialog seit Jahren institutionalisiert und sich einer „Konsolidierungspartnerschaft“ verschrieben. Schließlich treffen die Probleme von Infrastruktur und Demografie, Steuereinnahmen und Stadt-Umland-Problematik, Daseinsvorsorge und Kulturetats alle Beteiligten. Nur im Ausgleich können wir zu ausgewogenen Lösungen kommen. Und nur partnerschaftliche Lösungen bieten die Chance zu einer breiten Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen.

Auch in Partnerschaften ist die Wahrheit immer konkret: Neben zahlreichen anderen Maßnahmen, mit denen besonders finanzschwache Kommunen unterstützt werden, hat die Landesregierung Sachsen-Anhalt in Abstimmung mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund ein eigenes Teilentschuldungsprogramm für Kommunen eingeführt.

Abgewickelt wird das Programm unter dem Namen STARK II von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) als Vertragspartnerin der Kommunen. Das Land stellt zu diesem Zweck innerhalb von zehn Jahren 629 Mio. Euro zur Verfügung; die Schuldenlast der Kommunen kann damit bis 2024 von ca. 2,9 Mrd. um ca. 1,3 Mrd. verringert werden. Mit Hilfe von STARK II können laufende, auf dem freien Finanzmarkt aufgenommene kommunale Kredite zinsgünstig getilgt werden.

Art und Ausgestaltung des Programms stellen ein neues, kreatives Instrument dar. STARK II beseitigt zwar nicht die Folgen der Krise, es bietet kein „frisches Geld“, aber es ist geeignet, den Kommunen Luft zu verschaffen, um in den kommenden Jahren ihre Konsolidierungsanstrengungen zu verstärken.

Und so funktioniert's: Die Investitionsbank übernimmt die abzulösenden Darlehen der Kommunen mittels Darlehensvertrag über 100 Prozent der ausstehenden Darlehensschuld. Grundsätzlich förderfähig sind alle Kapitalmarktdarlehen, deren Zinsbindungsfrist zwischen 2010 und 2014 ausläuft. Eine Umschuldung laufender Kredite ist nicht vorgesehen. Nicht berücksichtigt werden Kassenkredite sowie ausgelagerte Darlehen (Eigenbetriebe, Zweckverbände, public-private-partnership).

Am Tag der Übernahme eines abzulösenden Darlehens erfolgt eine sofortige Teilentschuldung der Kommune über 30 Prozent des Darlehensbeitrages durch Tilgungs-



Jens Bullerjahn, MdB

Foto: Wolf Lux

zuschuss. Neben der Reduzierung der Restschuld um 30 Prozent spart die Kommune auch die Zinsen auf den erlassenen Betrag. Kassenkredite sind vom Darlehensprogramm ausgenommen.

Die Darlehen bei der IB über 70 Prozent Restschuld haben eine Laufzeit von max. 10 Jahren. Durch Teilentschuldung, Zinsverbilligung und Zinsersparnis kann im Vergleich zu den bisherigen Zahlungen der Kommune wesentlich mehr der jährlichen Zahlungsleistungen in die Tilgung fließen und die Vollentschuldung schneller erreicht werden. Anhand der Beispielrechnung für eine Einheitsgemeinde, die insgesamt Darlehen in Höhe von 5,5 Mio. Euro über die IB ablöst, beläuft sich die gesamte Zinsersparnis auf ca. 4,3 Mio. Euro, das entspricht nochmals 78% der ursprünglichen Darlehenssumme.

Größter Vorteil für die Kommunen: 30 Prozent der eigentlichen Tilgungssumme werden aus der Landeskasse beglichen. 70 Prozent muss die Gemeinde innerhalb von zehn Jahren zurückzahlen. Mit dieser zügigen Tilgung sollen die vom Land unterstützten Kommunen mittelfristig wieder handlungsfähig

sein und somit nicht länger unter der Kreditlast leiden.

Allerdings müssen sich die STARK II-Gemeinden einer Reihe von klaren Auflagen unterwerfen. Sie sind mit der Ausreichung der Gelder verbunden und sollen die weitere Konsolidierung der Haushalte überwachen. Bestandteil des Darlehensvertrages ist daher auch eine Vereinbarung zur Konsolidierungspartnerschaft, die mit dem Innen- und dem Finanzministerium abgestimmt werden müssen. Die Investitionsbank verlangt regelmäßige Fortschrittsberichte, die anhand von „Indikatoren“ die Haushaltsentwicklung deutlich machen. Indikatoren sind u.a. das voraussichtliche Jahr des Haushaltsausgleichs, die Kassenkreditquote, ein Personalentwicklungskonzept, die Verbindlichkeiten, die Zuführungsquote vom Verwaltungszum Vermögenshaushalt.

Ebenso wie bei den Auflagen werden im STARK II-Programm auch Sanktionen vereinbart, sollten die Indikatoren nicht eingehalten werden. Weicht eine Gemeinde von den Vorgaben ab, wird für das laufende Jahr ein Strafzins (2,5 Prozent p.a.) erhoben.

Ziel des Teilentschuldungsprogramms ist es nicht, die Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Sie müssen – ebenso wie das Land – auch weiterhin einen erheblichen Eigenbeitrag zu ihrer Entschuldung erbringen und ihre Leistungsfähigkeit dauerhaft sichern. Zur „Aufgabenkritik“ und zur weiteren Konsolidierung ihrer Finanzen gibt es keine Alternative.

Was STARK II aber leisten kann, ist eine sofortige und signifikante Entlastung der kommunalen Schuldenbilanz. Diese Entlastung schafft Spielräume für die Rückgewinnung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Sie bietet auch die Gelegenheit, die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte einzubinden in die Maßnahmen der Länder für den beschlossenen Schuldenstopp. Der gilt ab dem Jahre 2020. In diesem Jahr läuft auch der Solidarpakt II aus. Trotz der Finanzkrise bleibt es der Ehrgeiz der Landesregierung, bis zu diesem Jahr finanzpolitisch und wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Dazu gehört auch eine auskömmliche und gesunde Struktur der kommunalen Haushalte. STARK II leistet dazu einen Beitrag.

Der Verfasser ist Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt ■

Extremes Auf und Ab ausgleichen

Der Stabilisierungsfonds für die kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz • Von Carsten Kühl

Himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt. Dieser Satz spiegelt nicht nur die Gefühlswelt vieler Künstler und Kulturschaffender wider, sondern auch die Stimmungslage vieler Bürgermeister und Kämmerer.

Wenn die Konjunktur läuft und die Steuereinnahmen sprudeln, hängt in vielen Städten und Gemeinden der Himmel voller Geigen. Die Kontostände wachsen, die Kassen füllen sich, vor allem Einnahmen aus der Gewerbesteuer scheinen nur noch einen Weg zu kennen – nach oben. Projekte werden angeschoben, lange Aufgeschobenes aus der Schublade gekramt, die Gedankengänge werden kühner, die angedachten Lösungen teurer. Wer jetzt mit hohen Folgekosten argumentiert, findet im Rat und in den Fraktionen nur noch schwer Gehör.

Dann kommt der Konjunkturreinbruch. Den Firmen geht es schlechter, die Steuerzahlungen sinken, vor allem die Einkünfte aus der Gewerbesteuer brechen ein. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Sozialleistungen. In vielen kommunalen Haushalten tun sich jetzt Abgründe auf. Hier gibt es nur noch eine Richtung: abwärts. In den städtischen Verwaltungen herrscht Depression. Verbissen wird um die knappen Mittel gerungen, Schmalhans ist wieder Küchenmeister. Wichtige und zukunftsweisende Projekte bleiben auf der Strecke. Besonders häufig wird dann der Kulturetat gekürzt, weil es hier weniger gesetzliche Vorgaben zu erfüllen gibt und es sich aus der Sicht der Kommunalaufsicht um „freiwillige“ Aufgaben der Kulturförderung handelt.

Das oft extreme Auf und Ab bei den kommunalen Einnahmen – ins-

besondere die Schwankungen des Gewerbesteueraufkommens, aber auch der Landeszuweisungen, deren Gesamthöhe von den (ebenfalls konjunkturereagiblen) Steuereinnahmen des Landes abhängen – muss das wirklich hingenommen werden? Ließe sich der Strom der Gelder, die die Kommunen zur Verfügung haben, nicht zumindest teilweise glätten?

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich dieses Problems angenommen und eine Lösung ausgearbeitet. Sie hat dieses Vorhaben dann mit den Kommunen abgestimmt, im Jahr 2003 hat es der Landtag beschlossen – es war der sogenannte Beistandspakt. Als sich zeigte, dass der Ansatz der richtige war und sich in der Praxis bewährte, hat die Landesregierung das Modell mit dem Stabilisierungsfonds weiter ausgebaut. Im Jahr 2004 beschlossen, wirkt er seit 2007.

Welche Überlegungen stecken hinter dem „Stabilisierungsfonds für den kommunalen Finanzausgleich“?

Der Landesregierung war von Anfang an klar, dass sie nur helfen könnte, einen Teil der kommunalen Einnahmen zu stabilisieren, nämlich die Landeszuweisungen. Als Ansatz wählte sie den sogenannten kommunalen Finanzausgleich (KFA), gesetzlich geregelt durch das Landesfinanzausgleichsgesetz. Er umfasst in Rheinland-Pfalz rund ein Viertel der kommunalen Nettoeinnahmen („laufende Rechnung“). Das heißt, ein Viertel der Einnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen wird durch das Land über den kommunalen Finanzausgleich bereitgestellt.

Das exakte Volumen des kommunalen Finanzausgleichs wird



Carsten Kühl

Foto: Finanzministerium Rheinland-Pfalz

bestimmt durch die so genannte Finanzausgleichsmasse. Entscheidend für den Umfang der Finanzausgleichsmasse im traditionellen System ist im Wesentlichen die Höhe der Steuern, die dem Land zufließen. In Rheinland-Pfalz gehen fast alle Steuereinnahmen des Landes in die Finanzausgleichsmasse ein, mit einem Anteil von 21 Prozent. Die Einnahmen des Landes aus dem

bundesstaatlichen Finanzausgleich fließen auch in die Finanzausgleichsmasse, ebenfalls zu 21 Prozent. Diese beiden Ströme lassen sich unter Landesleistungen zusammenfassen.

Dazu addieren sich zwei Umlagen: die Finanzausgleichsumlage und die Umlage zur Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit. Beide Umlagen müssen die Kommunen selbst aufbringen.

Weil die Finanzausgleichsmasse sich aus Steuern speist, schwankt sie naturgemäß ebenfalls. Hier setzt der Mechanismus des Stabilisierungsfonds an. Er reduziert die Schwankungen, indem er die „Ausschläge“ der Landesleistungen ober- und unterhalb einer zulässigen Schwan-

Weiter auf Seite 7

Zwischen Anspruch, Erwartung und Wirklichkeit:

Studie des Deutschen Kulturrates »Der WDR als Kulturakteur«

Der WDR ist die größte ARD-Anstalt. Er verfügt über das größte Budget, er hat die meisten Mitarbeiter, er versorgt das bevölkerungsreichste Sendegebiet, er repräsentiert die ARD auf internationaler Ebene. Er ist ein Sender der Superlative!

Trotzdem wird der WDR auch aus dem Kulturbereich heraus kritisiert.

- Sinkt das Niveau wirklich ins Bodenlose?
- Gewinnt die seichte Unterhaltung wirklich die Oberhand über die seriöse Information und die ernste Kultur?
- Beutet der Sender die freiberuflichen Kulturschaffenden wirklich immer mehr aus?
- Werden die Kultursendungen wirklich immer mehr in die Spartenprogramme oder in die späten Nachtstunden verschoben?

Der gefühlten Wahrheit Fakten gegenüberzustellen, die die Gefühle bestätigen oder widerlegen, ist das Ziel der Studie. Gerade der Kulturbereich, der vom Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unmittelbar betroffen ist, kann es sich nicht leisten, seine Beurteilungen zu einem nicht geringen Anteil aus dem Bauch heraus zu treffen.

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder unter: <http://www.kulturrat.de/shop.php>



Der WDR als Kulturakteur Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit

Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat
Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst,
Olaf Zimmermann
Berlin 2009. 464 Seiten.
24,90 Euro

ISBN 978-3-934868-22-9

Fortsetzung von Seite 6

kungsbreite von plus/minus drei Prozent um den fortgeschriebenen Trend der Landesleistungen der vergangenen Jahre glättet und eine „Verstetigungssumme“ innerhalb dieses Korridors festlegt. Er garantiert den Kommunen überdies einen jährlichen Mindestaufwuchs der Verstetigungssumme um ein Prozent. Ermöglicht wird dies alles durch Darlehen vom Land (bzw. seit 2007 Darlehen aus dem Fonds), die die Landesleistungen in schlechten Zeiten bis zur Höhe der Verstetigungssumme aufstocken und die in guten Zeiten aus überdurchschnittlichen Einnahmen getilgt werden. Diese Darlehen, die das Land zu günstigen Staatskonditionen aufnehmen kann, werden marktüblich verzinst, ebenso das positive Vermögen, das der Stabilisierungsfonds für zukünftige Krisenzeiten aufbauen wird, wenn nach Tilgung des Verstetigungsdar-

lehens die ergiebige Quelle des kommunalen Finanzausgleichs (21 Prozent der Steuereinnahmen des Landes) wieder überdurchschnittlich stark sprudelt.

Der kommunale Finanzausgleich umfasst in Rheinland-Pfalz, wie oben erläutert, ein Viertel der kommunalen Finanzen. Der Stabilisierungsfonds trägt also dazu bei, dass ein Viertel des Geldes, das in Rheinland-Pfalz den Kommunen zur Verfügung steht, eine verlässliche, leicht steigende Größe ist.

Wir alle wissen, dass viele Städte und Gemeinden große Probleme mit ihrer Finanzierung haben. Wir alle wissen aber auch, dass die Kommunen ein zentraler Bestandteil des öffentlichen Lebens sind, nicht nur, damit die Grundversorgung der Bürger sichergestellt ist und das Leben der Menschen lebenswert ist, sondern auch, weil ein großer Teil der öffentlichen Investitionen von den Kommunen in Angriff genommen wird. Die Kassenlage der Kommunen

ist von entscheidender Bedeutung dafür, ob investiert und gebaut wird, und das wiederum ist von enormer Wichtigkeit für die Auftragslage von Handwerk und Bauindustrie. Rheinland-Pfalz sendet deshalb durch den Stabilisierungsfonds auch ein klares Signal an Wirtschaft und Handwerk: Wir sorgen dafür, dass es den Kommunen leichter möglich ist, mit einer stabilen Nachfrage dazu beizutragen, dass Freiberufler und Betriebe möglichst kontinuierlich über Aufträge verfügen und prosperieren. Eine florierende Wirtschaft wiederum führt dazu, dass Steuern fließen und sich die öffentlichen Kassen füllen.

Dem kulturellen Leben kommt der Stabilisierungsfonds damit indirekt auf zwei Wegen zugute: Erstens stabilisiert er die Einnahmen der Kommunen, die in konjunkturell schwachen Zeiten in geringerem Umfang „Notkürzungen“ im Kulturretat vornehmen müssen und zweitens stabilisiert er die regionale Wirtschaft, die wiederum als (Gewerbe-)Steuer-

zahler zur finanziellen Konsolidierung der kommunalen Haushalte beitragen.

Aber auch in Boomzeiten spielt der Stabilisierungsfonds eine wichtige Rolle. Er hilft, den Überschwang in den Ratssitzungen und bei den kommunalen Verwaltungen zu bremsen, um keine hohen Ausgaben mit Folgekosten zu beschließen, die in der nächsten Rezession nicht mehr finanzierbar sind. Auch auf diesem Weg unterstützt der Stabilisierungsfonds für den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz eine kontinuierliche, stetige Kulturförderung der Städte und Landkreise. Den Kulturschaffenden können stabilere Perspektiven geboten werden, was langfristig für die Kommune billiger sein dürfte, als jedes Jahr aufs Neue ihr Kulturangebot nach der aktuellen Kassenlage vollkommen neu ausrichten zu müssen.

Doch – hält der Stabilisierungsfonds sein Versprechen auch in der schwersten Rezession der bundes-

deutschen Geschichte? Ja, in vollem Umfang! In Rheinland-Pfalz wuchs die Finanzausgleichsmasse auch in den Jahren 2009 und 2010 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr deutlich, obwohl die Landeseinnahmen im gleichen Zeitraum erheblich sanken bzw. weiterhin sanken. Die Finanzausgleichsmasse betrug in 2009 1.812 Mio. Euro und in 2010 1.831 Mio. Euro, das sind 5,1 Prozent mehr als in 2008, während die Steuereinnahmen des Landes in 2009 gegenüber den Einnahmen 2008 um rund 635 Mio. Euro sanken und im laufenden Jahr 2010 weitere Minder-einnahmen in Höhe von 255 Mio. Euro zu verkraften sind. In anderen Ländern wird die Finanzausgleichsmasse gekürzt, um einen Konsolidierungsbeitrag für den Landeshaushalt zu leisten – mit den entsprechenden Folgen auch für die Kulturretats der betroffenen Kommunen.

Der Verfasser ist Minister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz ■

Nothilfefonds Kultur löst Debatte aus

Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Wenige Tage nach Erscheinen dieser Zeitung findet die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen statt. Es ist anzunehmen, dass danach die Grausamkeiten an das Tageslicht kommen. Die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister werden nicht müde zu betonen, dass sie erst nach der Steuerschätzung im Mai Aussagen darüber treffen können, ob die angekündigten Steuersenkungen tatsächlich umgesetzt werden können. Wer aufmerksam die Aussagen der Wirtschaftsweisen verfolgt, die im April dieses Jahres ihr Gutachten vorgelegt haben, konnte lesen und hören, dass sie keineswegs von Steuererleichterungen sondern im Gegenteil von Steuererhöhungen beispielsweise der Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes sprechen. – Gerade die ermäßigte Mehrwertsteuer für Kulturgüter ist aber eine wichtige indirekte Kulturfördermaßnahme. – Und auch die Unionsmitglieder in der Bundesregierung halten sich auffallend zurück, wenn es um das Thema Steuersenkungen geht. Das scheint eine realistische Einschätzung der Ausgangslage zu sein.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten immense Schuldenberge aufgehäuft und zwar auf allen staatlichen Ebenen, also dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Situation wurde in der letzten Wahlperiode im Grundgesetz die sogenannte Schuldenbremse eingeführt, um die Verschuldung zu stoppen und die Kreditlast zurückzuführen. Noch während der Diskussion um die Schuldenbremse begann die Wirtschafts- und Finanzkrise. Die in den Vorjahren begonnene Konsolidierung der Staatsfinanzen musste zu Gunsten von immer neuen Rettungspaketen aufgegeben werden.

In den öffentlichen Haushalten zeigen sich bereits jetzt die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Form von sinkenden Gewerbesteuererträgen der Kommunen. Aber auch Bund und Länder werden die Einnahmeausfälle zu spüren bekommen zusammen mit einer gestiegenen Schuldenlast.

Es bedarf daher keineswegs prophetischer Gaben, wenn Einsparungen in den Kulturretats prognostiziert werden und die in dieser Ausgabe von *politik und kultur* veröffentlichten Beiträge der Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache.

Bereits im September letzten Jahres hat der Deutsche Kulturrat in seinem 7-Punkte-Programm zur

Kulturpolitik nach der Bundestagswahl einen Nothilfefonds Kultur gefordert. Dabei war von vorneherein klar, dass dieser Nothilfefonds nicht dazu geeignet sein kann, die gesamte Kulturfinanzierung in Deutschland zu stützen oder gar zu übernehmen. Hinter dem Nothilfefonds Kultur steht die Idee, dass für eine Übergangszeit der Bund bei der Finanzierung von Kultureinrichtungen bzw. Kulturprojekten auf der kommunalen Ebene einspringt, um die kulturelle Infrastruktur zu sichern. Nach einer Übergangszeit sollte die Finanzierung wieder von den jeweiligen Kommunen übernommen werden. In den Vergabebedingungen sollte festgelegt werden, dass der Nothilfefonds nur einspringt, wenn eine unverschuldete Notlage vorliegt. Damit sollte verhindert werden, dass an den Kulturretats gespart wird, um in den Genuss der Nothilfefondsmittel zu kommen. Um den Aufbau einer neuen Vergabestruktur und damit Bürokratie zu vermeiden, ist die Idee, den Nothilfefonds den bestehenden Stiftungen – Kulturstiftung des Bundes oder Kulturstiftung der Länder – anzugliedern.

Von vorneherein war klar, dass ein Nothilfefonds Kultur kein Allheilmittel zur Sicherung der kommunalen Kulturfinanzierung ist, sondern es hierfür struktureller Veränderungen in der Gemeindefinanzierung bedarf. Die Idee hatte offensichtlich doch soviel Charme, dass Kulturstaatminister Bernd Neumann in der ersten öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien zwar seine Zurückhaltung und Skepsis gegenüber diesem Vorschlag formulierte, aber immerhin anregte, dass der Ausschuss doch ein Expertengespräch hierzu durchführen sollte. Die Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag ging noch einen Schritt weiter und legte einen Antrag für ein „Soforthilfeprogramm Kultur zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur“ (Bundestagsdrucksache 17/552) vor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag regte in ihrem Antrag „Kulturelle Infrastruktur sichern – Substanzerhaltungsprogramm Kultur auflegen“ (Bundestagsdrucksache 17/789) einen Kreditfonds bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau an.

Am 24. Februar dieses Jahres fand, ausgelöst durch den Vorschlag des Deutschen Kulturrates, eine öffentliche Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags zum Nothilfefonds Kultur statt. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Klaus Hebborn Beigeordneter für Kultur

des Deutschen Städtetags und Jörg Freese, Beigeordneter für Kultur des Deutschen Landkreistags, schilderten unmissverständlich wie schwierig die Situation in den Städten und Gemeinden ist und appellierten für eine bessere Finanzausstattung. Als dringlichste Aufgabe nannten sie, dass den Kommunen nicht ständig neue Aufgaben aufgebürdet werden dürfen, wenn nicht zugleich die Finanzierung gesichert wird. Im Nothilfefonds Kultur sahen sie eine Chance zur Überbrückung akuter Engpässe. Spannend waren insbesondere die Aussagen der Ländervertreter aus Hamburg, Brandenburg und Sachsen. Zum einen erfuhren die Zuhörer, dass sich der Kulturausschuss der Kultusministerkonferenz bei seiner Frühjahrssitzung erstmals mit dem Thema befassen will. Es ist sehr zu begrüßen, dass, nachdem die Debatten auf Bundesebene bereits seit einem Jahr geführt werden, nunmehr auch die Länder, die für sich das Recht beanspruchen, eigentlich zuständig zu sein, sich mit dem Thema befassen. Darüber hinaus wurde jeweils darauf hingewiesen, dass im eigenen Land die Situation nicht so schlimm sei und sich die anderen doch daran ein Beispiel nehmen sollten. Rein formal haben die beiden Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dr. Hans Meyer (Humboldt-Universität zu Berlin) und Prof. Dr. Christian Waldhoff (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) argumentiert. Sie verwiesen darauf, dass ein Nothilfefonds Kultur insbesondere seit den Grundgesetzänderungen der letzten beiden Föderalismusreformen mit der Verfassung nicht zu vereinbaren seien. Hans Meyer wies zwar darauf hin, dass wo kein Kläger auch kein Richter sei, dennoch war die Absage fundamental. Genauso fundamental war aber auch die Ratlosigkeit. Immer wieder wurde von den Abgeordneten der Oppositionsfractionen nachgebohrt, welche anderen Chancen es doch gäbe, um die kommunale Kulturfinanzierung zu stärken. Hierauf wurde mit Schweigen geantwortet.

Erwartungsgemäß wurde in der Bundestagsdebatte am 25. Februar dieses Jahres, in der die erwähnten Anträge der Fraktionen Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen zur Debatte standen, von Seiten der Regierung auf die mangelnde verfassungsrechtliche Grundlage verwiesen und von Seiten der Opposition Handeln angemahnt.

Am 04. März schließlich wurde der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion für einen Rettungsschirm für Kommunen im Deutschen Bundestag behandelt. Dieser Antrag zielt

darauf ab, die Kommunen kurzfristig mit Hilfe des Rettungsschirms in die Lage zu versetzen, ihrer Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung nachzukommen. In diesem Zusammenhang wird auch gefordert, dass der Bund als kurzfristige Maßnahme im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten kulturelle Projekte und Initiativen in den Kommunen fördern sollte, damit die kulturelle Infrastruktur gesichert wird.

Fest steht, bisher wurde der Vorschlag eines Nothilfefonds Kultur von der Bundesregierung nicht aufgenommen. Ebenso fest steht, dass bislang keine alternativen Modelle vorgelegt wurden. Der Kulturstaatminister hat in diesem Jahr bei seinem Haushalt seine Hausaufgaben gemacht. Er konnte seinen Etat erneut steigern und hat damit ein Signal an Länder und Kommunen gerichtet.

Die Debatte um den Nothilfefonds Kultur zeigt zweierlei: zum einen, dass es dem Bund nicht egal ist, wie es um die Kultur auf der kommunalen Ebene bestellt ist. Eine spezielle Anhörung und Bundestagsdebatte zu dem Thema und eine weitere Bundestagsdebatte, in der die

kommunale Kulturfinanzierung eine wichtige Rolle spielt, sind ein Erfolg. Zum anderen wurde einmal mehr offenkundig, dass die in der letzten Legislaturperiode getroffenen Regelungen in den Föderalismusreformen den Bund in seinen Möglichkeiten beschränken und die Länder in ihrer Gesamtheit keine gesamtstaatliche Verantwortung übernehmen. Es ist eben nicht so, dass die Länder anbieten, einen Nothilfefonds Kultur einzurichten, sondern die Verantwortung endet an der jeweiligen Ländergrenze.

Dennoch, aufgeben gilt nicht. Wenn nach der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres das ganze Ausmaß der Krise der öffentlichen Finanzen deutlich wird, wenn bei der Aufstellung der Kulturhaushalte 2011/12 das Ausmaß der geplanten Einsparungen sichtbar wird, wird sich mancher an die Idee des Nothilfefonds Kultur erinnern.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Experten, die bei der Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 24.2.2010 angehört wurden:

Rolf Bolwin

Geschäftsführender Direktor, Deutscher Bühnenverein, Bundesverband der Theater und Orchester, Köln

Hajo Cornel

Abteilungsleiter, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Potsdam

Jörg Freese

Beigeordneter, Deutscher Landkreistag, Berlin, Leiter des Dezernats Gesundheit, Jugend und Bildung

Klaus Hebborn

Beigeordneter, Deutscher Städtetag, Berlin, Leiter des Dezernats Bildung, Kultur und Sport

Dr. Nikolas Hill

Staatsrat, Behörde für Kultur, Sport und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg

Peter Lönnecke

Referatsleiter, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Dresden

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Meyer

Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät

Prof. Dr. Christian Waldhoff

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät

Olaf Zimmermann

Geschäftsführer, Deutscher Kulturrat e.V., Berlin

Jetzt Cicero **gratis*** testen!

Entdecken Sie das Magazin für politische Kultur



Illustration: Cicero-Titel 04/2010: Jeygeni, Semjon und Michail Posin

Ja, ich möchte Cicero gratis* testen!

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ich habe die Angebotsbedingungen* gelesen und akzeptiert.

Datum, Unterschrift _____

Ich bin damit einverstanden, dass Cicero und der Ringier Verlag mich künftig per Telefon oder E-Mail über aktuelle Angebote des Verlages informieren.

In dieser Ausgabe:

- **Ein Kampf um Strom**
Wie soll unsere Energie in Zukunft produziert werden?
- **Deutsche Jahrestage**
90 Jahre Weizsäcker, 80 Jahre Kohl, 10 Jahre Merkel
- **Wenn die Dinge zurückschauen**
Siri Hustvedt über die Stilleben des Giorgio Morandi

Entdecken Sie diese und weitere Themen in **Cicero, dem Magazin für politische Kultur**. Lassen Sie sich überraschen und finden Sie außergewöhnliche Akzente zu den wichtigsten Themen der Zeit aus **Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**.



Bestellnr.: 707526

Cicero-Leserservice
20080 Hamburg

Schicken Sie ein Fax:
0800 77 88 790

Besuchen Sie uns online:
www.cicero.de/abo

Schreiben Sie eine E-Mail:
abo@cicero.de



Rufen Sie jetzt **kostenfrei** an:

0800 282 20 04

*Angebotsbedingungen: Bitte senden Sie mir zunächst ein kostenloses Abo-Probeheft. Wenn mir Cicero gefällt, brauche ich nichts weiter zu tun. Ich erhalte Cicero dann monatlich frei Haus zum Abo-Vorzugspreis von zur Zeit 6,25 EUR pro Ausgabe und spare somit über 10% gegenüber dem Einzelkauf. Falls ich Cicero nicht weiterlesen möchte, teile ich Ihnen dies innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt des Gratisheftes mit. Auch danach gehe ich kein Risiko ein, denn ich kann mein Abonnement jederzeit kündigen. Preis im Inland inkl. MwSt. und Versand, Abrechnung als Jahresrechnung über zwölf Ausgaben, Auslandspreise auf Anfrage. Cicero ist eine Publikation der Ringier Publishing GmbH, Lennéstraße 1, 10785 Berlin, Geschäftsführer Martin Paff.

Kulturförderung ist eine Haltungsfrage

Ein Plädoyer • Von Carmen Emigholz

Wir leben in einer Gegenwartsgesellschaft – ohne Gestern und Morgen. Die Richtigkeit dieser Feststellung ist in ihrer Dimension begrenzt, weil sie in nahezu jedem historischen Kontext möglich ist. Doch derzeit betrachten wir Phänomene, die uns verdichtete Anhaltspunkte einer solch assoziativen Wahrnehmung liefern – insbesondere Schnellebigkeit und Orientierungsverlust, der mit der zunehmenden Individualisierung einhergehen und als wahrhafte Gefährdung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft erkannt werden müssen. Entsolidarisierung ist eine Folge. Das flüchtige Ereignis prägt die öffentliche Aufmerksamkeit.

Überlebenskunst für den Menschen heißt heute: Viele „Neuerungen“ der modernen Gesellschaft bewältigen. Der technologische Fortschritt schreitet unaufhaltsam voran. Flexibilität und Mobilität sind gefordert. Die Möglichkeiten des Innehaltens sind begrenzt. Im besten Fall bleibt es das Privileg einzelner, alle von ihnen genutzten Instrumentarien hinreichend zu reflektieren und verantwortungsvoll einzusetzen. Demgegenüber stellt sich die Frage, wie wir vor dem Hintergrund immer komplexer werdender Herausforderungen nachhaltige Voraussetzungen für lebenslanges Lernen schaffen können.

Hier bedarf es nicht nur einer umfangreichen Grundbildung, sondern auch kreativer Denkansätze und der Ausbildung von Kommunikationsfähigkeit. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, hat als hoch industrialisierter Staat vergleichsweise schlecht bei der PISA-Studie abgeschnitten. Eine Erkenntnis, die nicht nur individuelle Folgen hat, sondern auch – wie aktuelle Studien belegen – einen immensen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht.

Zukunftsfähigkeit entscheidet – individuell wie gesamtgesellschaftlich

Die politische Konsequenz, Bildung zu stärken, ist ohne Zweifel folgerichtig und seit langem überfällig. Kritisch betrachtet werden muss jedoch, dass es seit geraumer Zeit eine Entkopplung von schulischer und kultureller Bildung gibt. Gilt ersteres Feld als existenziell für die Zukunftsfähigkeit junger Menschen, werden im zweiten Bereich in Zeiten dramatischer öffentlicher Haushaltsnöte kulturelle Leistungen und Bildung in musischen Fächern als abdingbar eingestuft oder gar zum Luxus degradiert.

Gesellschaftliche Trends werden zunehmend über Meinungsforschung erfasst. So dienen Umfragen den politisch Verantwortlichen immer wieder als Vergewisserung, dass sie richtig liegen, wenn sie Entscheidungen treffen. Dabei ist häufig leicht nachzuweisen, dass statistische Daten nur wenig aussagefähig sind, vor allem auch deswegen, weil Fragen nicht hinreichend konkret gestellt wurden. Ein Beispiel: Es ist leicht, Kulturförderung überhaupt als nachrangig zu betrachten, so wie es umgekehrt schwer ist, dem Bibliothekswesen keinen hohen Stellenwert einzuräumen.

Unabhängig davon, ob wir jeweils – bewusst oder unbewusst – einen verengten oder erweiterten Kulturbegriff verfolgen, betätigen wir uns täglich kulturell und treffen ästhetische Wertentscheidungen – positive oder negative. Die Gestaltung des eigenen Lebensbereichs liefert dafür täglich neue Argumente. Umso erstaunlicher ist es, dass hier keine Verbindung zu der damit verbundenen Notwendig-

keit von Kulturförderung hergestellt wird. Die Entkopplung von Bildung und Kultur zeigt sich hier schon in besonderer Weise folgenscher.

Dieser Umstand wird dem gesellschaftspolitischen Potenzial dieser Disziplin nicht gerecht; denn die Beschäftigung mit Kunst und Kultur wirkt in vielerlei Hinsicht inspirierend. Sie prägt Werte, sie befördert die Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit der Menschen und bildet damit auch grundlegende Schlüsselqualifikationen für lebenslanges Lernen. Sie liefert Denkanstöße für die Wissenschaft und Wirtschaft – gibt dem Gemeinwesen ein Gesicht.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass gerade die Kunst einen Eigenwert besitzt, der sich jeglicher Messbarkeit entzieht.

Kunst als Gradmesser für die Verfasstheit eines Gemeinwesens

So ist es sicher kein Zufall, dass in totalitären Systemen auch die Kultur besonderen Restriktionen unterworfen ist. Die Akteure der Kultur sind kritische Geister mit einem seismographischen Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen. Ihre Arbeit wird häufig von diesen Einflüssen geprägt. Sie fordert heraus. Sie stellt in Frage.

Möge in diesem Zusammenhang die Staatskultur der Nationalsozialisten mit ihrer Verfolgung von Künstlern für immer ein abschreckendes Beispiel sein.

Es zeigt sich, dass die Einschränkung der Kunstfreiheit in der Gesellschaft viele Facetten hat. Dort, wo Kunstwächter Zensur ausüben und nur das fördern, was im Sinne der Staatsräson genehm ist, ist es auch um die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger nicht gut bestellt. Die Haltung zur Kunst ist damit nicht nur eine Privatangelegenheit, sondern öffentliche Angelegenheit und ein Gradmesser für Humanität und Demokratie.

Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Kunst. Leider ist es bisher nicht gelungen, die Förderung von Kunst und Kultur in den staatlichen Pflichtleistungskatalog aufzunehmen. So müssen wir in Zeiten der Wirtschaftskrise und damit zunehmend eingeschränkter politischer Gestaltungsspielräume um die Förderung der Kultur fürchten. Sie steht in Konkurrenz mit anderen Politikfeldern und muss sich ihren Stellenwert immer wieder erkämpfen. Kulturpolitiker aller Parteien haben es in diesen Zeiten schwer.

Verfolgt man die in den Medien dokumentierte Debatte über Einsparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte, so taucht der Bereich Kulturförderung immer wieder auf. Die Ratlosigkeit der Politik ist groß, die Handlungsspielräume werden stetig kleiner.

Überlegungen, Theater zusammenzulegen oder zu schließen, sind an der Tagesordnung. Viele Einrichtungen müssen Kürzungsquoten nach dem Rasenmäherprinzip hinnehmen. In öffentlichen Spardebatten scheint fast alles möglich zu sein.

Kulturförderung ist eine Haltungsfrage

Wie schon anhand einzelner Aspekte dargelegt, scheint es erforderlich, den Produktivitätsbegriff der Gegenwart kritisch zu hinterfragen. Wir leben in einer Gesellschaft, die überwiegend akzeptiert, dass Konsum an sich einen hohen Stellenwert einnimmt, dass wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmer ihre Position auch dann nicht rechtfertigen müssen, wenn sie hohe Gewinne machen, ihre Mitar-



Kunst und Kultur liefern Denkanstöße für Wissenschaft und Wirtschaft: Science Center Bremen © Maren Beßler/PIXELIO

beiter am Erfolg aber nicht beteiligen, dass Produzenten sich ethisch nicht legitimieren müssen, auch wenn sie ganz banal mit Waffen oder Eiern aus Legebatterien handeln. Und auch im öffentlichen Sektor geben wir heute noch eine Menge Geld aus für Maßnahmen, die man besser gründlicher überprüft hätte. Längst nicht alle Entscheidungen erweisen sich als nachhaltig und vernünftig.

An die Kulturförderung als so genanntem freiwilligem Leistungsbereich des Staates werden dagegen hohe Ansprüche gestellt. Einrichtungen müssen Leistungsvereinbarungen treffen. Ihre Wirtschaftlichkeit definiert sich wie die anderer öffentlicher Unternehmen über Kennzahlen. So richtig es ist, verantwortlich mit ökonomischen Ressourcen umzugehen, so wenig lässt sich das Wesen von Kunst und Kultur ausschließlich über Leistung und Kennziffern abbilden.

Die Beschäftigung mit Kunst und Kultur ist sinnstiftendes Lebens-

element. Dies zeigt sich gerade in Notlagen. In der entbehrungsreichen Nachkriegszeit haben Menschen Briketts gesammelt, um einen Abend im Theater verbringen zu können. Wie könnten wir diese Tatsache in Kennzahlen fassen? Eine große Herausforderung für mögliche wissenschaftliche Arbeiten moderner Ökonomen.

Eine noch größere Herausforderung ist es jedoch, Kunst und Kultur in Zeiten der Bedrohung zu schützen. Dies verkennt die schwierige ökonomische Lage nicht, der sich auch die Akteure der Kultur stellen müssen. Es bedarf kluger Konzepte, in welcher Weise und zu welchen Bedingungen öffentliche Kulturförderung stattfinden kann. Hier ist ein intensiver Diskurs nötig, der die gesellschaftspolitische Dimension berücksichtigen muss und fachliche Fragen ernst nimmt. Willkürliche Rotstiftpolitik hat hier – gerade vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrung – nichts zu suchen.

Es ist an der Zeit, dass wir die Arbeit von Kulturschaffenden angemessen wertschätzen. Dafür brauchen wir Netzwerke, die über den Bereich Kultur hinausgehen und ein breites Bündnis aller, die bereit sind, Kunst und Kultur zu schützen.

Wir verteidigen mit der Förderung von Kunst und Kultur nicht alleine die Kreativen, sondern uns selbst und unsere Freiheitsrechte. Die Verfasstheit eines demokratischen Gemeinwesens wird durch das immer gültig bleibende Wort Friedrich Schillers: „Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“, treffend beschrieben. So ist die Frage, ob Kulturförderung in den Rahmen öffentlicher Zweckmäßigkeitserwägungen passt, kein Ansatz für eine Politik, der es um eine humane und zukunftsorientierte Gesellschaft geht.

Kulturförderung ist eine Haltungsfrage!

Die Verfasserin ist Staatsrätin für Kultur in Bremen ■

Mommert meint

Klare Worte sind vonnöten

Alle Welt wartet auf ein deutliches Wort von Horst Köhler, sozusagen als staatliches Donnerwetter für alle Lebenslagen – von den Finanzen bis zum Krieg in Afghanistan. Da sollte die Kultur nicht zurückstehen. Kein geringer Anspruch an ein Staatsoberhaupt, das nach unserer Verfassung vor allem eher repräsentative Aufgaben wahrzunehmen hat. Aber es stimmt schon, auch die deutsche Kulturlandschaft steht vor ungeahnten Herausforderungen angesichts eines sich dramatisch verschuldenden Staates. Und wenn die Künstler schon selbst auf die Straße gehen wie jetzt in Wuppertal und anderen Städten, dann brennt die Lunte auch am kulturpolitischen Fass der Republik und dazu sollte auch der Bundespräsident nicht schweigen. Vielleicht erinnert sich Horst Köhler noch an seine Eröffnungsrede zur Kulturhauptstadt Europas in Essen zu Beginn des Jahres, als er im Schneetreiben tapfer ausharrte die Kultur als „lebensgestaltende Kraft für alle“

gewürdigt hat. Schon bald danach brannten die finanzpolitischen Feuer an allen Ecken und Enden der Kommunen auch im Ruhrgebiet und dort besonders, wie immer deutlicher wird.

Das Wort vom Land der „Dichter und Denker“ sei in der Vergangenheit zunehmend ironisch gebraucht worden, hatte Köhler schon im Schillerjahr 2005 gesagt. Vielleicht hält ihn das Echo auf seine damaligen anderen Bemerkungen jetzt davon ab, sich wieder allzulaut mit Kulturthemen zu Wort zu melden, als er seinerzeit „einen ganzen Tell, einen ganzen Don Carlos!“ forderte und gegen das allzu ausufernde Regietheater zu Felde zog. Aber das Theater überhaupt ist doch so wichtig wie das Atmen für unser Leben, hatte doch einer der größten Kulturfreunde unter Köhlers Amtsvorgängern, der mittlerweile 90-jährige Richard von Weizsäcker, immer wieder betont. Und „Deutschland wird nicht am Hindukusch, sondern in den Theatern, Konzerthäusern, Museen und

natürlich in den Schulen verteidigt“, meinte erst unlängst der frühere Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD).

Klare Worte, die man sich in diesen Tagen erst recht vom Staatsoberhaupt erwartet. Denn eine Zahl sollte auch er im Auge behalten: Die deutschen Theater und Orchester haben noch immer wesentlich mehr Besucher als alle Bundesligaspiele zusammengekommen. Und die 3,6 Milliarden Euro für die Rettung der Bayerischen Landesbank würden ausreichen, alle deutschen Theater und Orchester zwei Jahre lang zu finanzieren, wie Rolf Bolwin kürzlich vorrechnete. Von Subventionen sollte dabei nicht gesprochen werden, wie ja auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) nicht müde wird zu betonen – Kulturausgaben seien schließlich Investitionen in die Zukunft.

Wilfried Mommert ■

Internet-Enquete: Hohe Erwartungen oder Skepsis

Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Am 4. März dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (Bundestagsdrucksache 17/950) eingesetzt. Die Internet-Enquete soll laut Einsetzungsbeschluss bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 ihre Ergebnisse im Deutschen Bundestag zur Diskussion stellen. Bereits bis Ostern 2011 sollen erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zu einzelnen Teilbereichen der behandelten Themen vorgelegt werden. Ein ehrgeiziger Zeitplan also, der allerdings vom Enquete-Kommissionsvorsitzenden Axel E. Fischer, MdB im Interview in dieser Ausgabe von politik und kultur bereits relativiert wurde. Er verweist darauf, dass Enquete-Kommissionen zumeist länger dauern und obendrein sich aus einer Enquete-Kommission oftmals gleich der Handlungsbedarf für eine neue, daran anschließende ergibt. Ein erfischender Realismus angesichts der Komplexität des Themas.

Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags dienen dazu, sich abseits des parlamentarischen Arbeitsalltags mit grundlegenden Fragestellungen zu befassen. Eine Enquete-Kommission hat die Aufgabe auf der Grundlage des im Einsetzungsbeschluss formulierten Auftrags Handlungsempfehlungen zu formulieren. Diese Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an den Gesetzgeber.

Mitglieder einer Enquete-Kommission sind Abgeordnete des Deutschen Bundestags sowie in gleicher Anzahl sachverständige Mitglieder. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben jeweils Stellvertreter. Der Internet-Enquete gehören insgesamt 34 Mitglieder an. Sie verteilen sich auf die Fraktionen wie folgt:

- CDU/CSU-Fraktion: sechs Abgeordnete und sechs Sachverständige
- SPD-Fraktion: vier Abgeordnete und vier Sachverständige
- FDP-Fraktion: drei Abgeordnete und drei Sachverständige
- Fraktion Die Linke: zwei Abgeordnete und zwei Sachverständige
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: zwei Abgeordnete und zwei Sachverständige

Die Namen der Sachverständigen sind auf der folgenden Seite aufgeführt sowie Kurzstatements der Abgeordneten zu ihren Arbeitsschwerpunkten.

Dünnes Eis

Wer die Fragen, die im Einsetzungsbeschluss der Internet-Enquete unter II. Auftrag formuliert sind, genauer betrachtet, sieht, auf welch dünnem Eis sich diese Enquete-Kommission bewegt bzw. welche Sprengkraft in dem Einsetzungsbeschluss liegt.

Da wird beispielsweise unter dem Stichwort Bildung und Forschung u.a. formuliert, dass es um „Open Access-Initiativen zum freien Zugang zu den Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung“ geht. Eine Aussage, die im Wissenschaftsbereich und bei den Vertretern der Bibliotheken auf große Zustimmung stoßen wird. Gibt es hier doch bereits seit langem Bestrebungen, die ohnehin bestehenden Regelungen Ergebnisse aus Forschungsprojekten online zugänglich zu machen, noch weiter auszudehnen. In Teilen der Verlagswirtschaft werden die Formulierungen Sorgen auslösen, denn der Markt der wissenschaftlichen Publikationen wird empfindlich gestört werden, wenn die bestehenden Regelungen zur online-Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen noch weiter ausgedehnt werden.

Unter der Überschrift Verbraucherschutz wird die Forderung nach

der „Sicherstellung des Verbraucherschutzes bei missbräuchlichen massenhaften Abmahnungen“ eingefordert. Ein Thema, das vermutlich insbesondere beim Sachverständigen Dieter Gorny, Bundesverband Musikindustrie, ganz andere Assoziationen wecken wird, ist es doch die Musikindustrie, die immer wieder angeführt wird, wenn es um Abmahnungen geht. Und es nicht diese Branche, die aus dem Kulturbereich massiver als jede andere die Einschränkung der Privatkopie fordert. Cornelia Tausch, verbraucherzentrale bundesverband, ebenfalls Sachverständiges Mitglied wird sicherlich ganz andere Positionen vertreten.

Das sind nur zwei Beispiele, die die im Einsetzungsbeschluss bereits vorformulierten Konflikte charakterisieren. Und wenn Petra Sitte, MdB (Die Linke) in ihrer Antwort in dieser Zeitung schreibt, dass sie sicherstellen will, dass die Urheber abgesichert werden und in gleichem Atemzug für die Entkriminalisierung von Tauschbörsen eintritt, bleiben zumindest Fragen offen.

Kulturwirtschaft

Bedauerlich ist, dass unter der Überschrift Wirtschaft, Umwelt die Kulturwirtschaft keinerlei Erwähnung findet. Kontrastiert doch zu den Bemühungen aller im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen gerade diese Branche zu stärken. Viele Hoffnungen wurden von Seiten der Politik in der letzten Legislaturperiode gerade hierauf gesetzt und nahezu beschworen, dass die Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen denen der Chemie- und der Automobilindustrie liegen. Hieraus erwuchs die Erwartung, dass das Thema jenseits von Großveranstaltungen und Hochglanzbroschüren in der Politik angekommen ist und vor allem gesehen wird, dass sich durch die Digitalisierung die Märkte grundlegend verändern und es darum geht, neue Marktbedingungen zu schaffen. Insbesondere die Massenmärkte künstlerischer Inhalte im Musik-, im Film- und im Verlagsbereich stehen vor der Herausforderung, wie sie gegen die illegalen Umsonstangebote konkurrieren können sollen.

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung dieser Veränderung wäre es wünschenswert gewesen, wenn außer dem Hinweis auf die „Veränderungen der Produktion, Distribution und Nutzung von künstlerischen Werken und kreativen Inhalten“ unter der Überschrift Kultur und Medien klarer formuliert würde, dass es auch im Kulturbereich um wirtschaftliche Interessen geht. Der kulturelle Wandel durch die Digitalisierung ist nicht nur eine soziologische Fragestellung, sondern eine existentielle Frage für Künstler und Unternehmen der Kulturwirtschaft. Für die Abgeordneten, die der Enquete-Kommission angehören, scheint das Thema aber kein Herzensanliegen zu sein. – Es bleibt abzuwarten, welche Sachverständigen Mitglieder sich dieses Themas annehmen werden.

Angesichts der Zusammensetzung der Enquete-Kommission werden sich die Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunk wahrscheinlich schon einmal warm anziehen, denn viele Freunde werden sie unter den Mitgliedern nicht vermuten dürfen. Da können Formulierungen wie „Folgen der Digitalisierung für den Rundfunk und die Printmedien und die Herausforderung für die Medien- und Kommunikationsordnung“ unter der Überschrift Kultur und Medien schon fast als Drohung klingen.

Rechtspolitik und Medienkompetenz als Kernthemen

Den Antworten ist zu entnehmen, dass zwei Themen im Vordergrund stehen, die Rechtspolitik und die Medienkompetenz. In der Rechtspolitik

reicht die Spannweite vom Eintreten für möglichst Freiheit im Netz bis hin zur Durchsetzung von Rechtsgütern. Hier wird wahrscheinlich am meisten Sprengstoff bei den Enquete-Debatten entstehen. Insbesondere mit Blick auf die Sachverständigen Mitglieder. Hier haben alle Fraktionen Experten aus der sogenannten Netzcommunity berufen, sodass lebhaft Diskussionen zu erwarten sind. Im Gegensatz dazu ist die Stärkung von Medienkompetenz ein ähnlich positiv besetztes Thema wie die kulturelle Bildung. Hier wird wahrscheinlich sehr rasch Übereinstimmung zu erzielen sein.

Hohe Erwartungen oder Skepsis

Wer hohe Erwartungen hat, kann umso stärker enttäuscht werden. Insofern ist eine gesunde Skepsis zu Beginn dieser Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wahrscheinlich angebracht. Kulturthemen werden qua Einsetzungsbeschluss eine Rolle spielen. Insofern wird sich die Enquete-Kommission hierzu positionieren und Handlungsempfehlungen formulieren müssen. Es bleibt abzuwarten, ob Gutachten in diesem Bereich vergeben und welche Anhörungen durchgeführt werden. Es bleibt zu hoffen, dass dabei die Bandbreite der Positionen aus dem Kulturbereich Berücksichtigung finden wird.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Insgesamt wurden seit 1969 35 Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags eingerichtet. In einigen Fällen * wurde in der folgenden Wahlperiode eine Enquete-Kommission erneut eingesetzt, weil die Arbeit noch nicht abgeschlossen war oder eine erweiterte Thematik behandelt werden sollte.

06. Wahlperiode 1969 – 1972	· Auswärtige Kulturpolitik · Fragen zur Verfassungsreform
07. Wahlperiode 1972 – 1976	· Auswärtige Kulturpolitik * · Verfassungsreform * · Frau und Gesellschaft
08. Wahlperiode 1976 – 1980	· Frau und Gesellschaft * · Zukünftige Kernenergiepolitik
09. Wahlperiode 1980 – 1983	· Neue Informations- und Kommunikationstechniken · Jugendprotest im demokratischen Staat · Zukünftige Kernenergiepolitik *
10. Wahlperiode 1983 – 1987	· Chancen und Risiken der Gentechnologie · Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung von Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung · Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung
11. Wahlperiode 1987 – 1990	· Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung · Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre · Gestaltung der technischen Entwicklung; Technikfolgenabschätzung und -bewertung * · Zukünftige Bildungspolitik
12. Wahlperiode 1990 – 1994	· Schutz der Erdatmosphäre · Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft · Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur · Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik
13. Wahlperiode 1994 – 1998	· Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsträchtigen Entwicklung * · Demographischer Wandel – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik * · Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit * · Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft · Sogenannte Sektoren und Psychogruppen
14. Wahlperiode 1998 – 2002	· Recht und Ethik der modernen Medizin · Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten · Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements · Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik * · Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung
15. Wahlperiode 2002 – 2005	· Ethik und Recht der modernen Medizin * · Kultur in Deutschland
16. Wahlperiode 2005 – 2009	· Kultur in Deutschland*
17. Wahlperiode 2009 – 2013	· Internet und digitale Gesellschaft

Auftrag der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission insbesondere folgende Schwerpunkte – unabhängig von und zusätzlich zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren – zu untersuchen:

Kultur und Medien

- Erhaltung und Sicherung von Medien- und Meinungsfreiheit und –vielfalt und der Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit
- Stärkung der Medienverantwortung und Medienkompetenz bei Anbietern und Nutzern
- Folgen der Digitalisierung für den Rundfunk und die Printmedien und die Herausforderungen für die Medien- und Kommunikationsordnung
- Veränderungen der Produktion, Distribution und Nutzung von künstlerischen Werken und kreativen Inhalten
- Maßnahmen zur digitalen Sicherung und langfristigen Archivierung des kulturellen Erbes und seiner Nutzung

Wirtschaft, Umwelt

- Auswirkungen der Entwicklung großer globaler Internetkonzerne
- Klima-, umwelt- und ressourcenschonende Gestaltung der Informationstechnik
- Beitrag der Informationstechnik zum Umwelt- und Klimaschutz
- Veränderungen der Arbeitswelt durch neue Medien

Bildung und Forschung

- Verbesserung der Medienkompetenz, Medienerziehung in Schule, Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung im Sinne eines lebenslangen Lernens
- Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft
- Strategien zur Vermeidung der digitalen Spaltung
- Open-Access-Initiativen zum freien Zugang zu den Ergebnissen staatlich finanzierter Forschung
- Weiterentwicklung und Definition offener Standards und Normen, Bedeutung von Open Source, freier Software und Interoperabilität

Verbraucherschutz

- Verbraucherschutzpolitik in der digitalen Gesellschaft und Anforderungen an einen internationalen Verbraucherschutz
- Rechtssicherheit im elektronischen, auch grenzüberschreitenden Handel
- Sicherstellung des Verbraucherschutzes bei missbräuchlichen massenhaften Abmahnungen

Recht und Innen

- Wahrung des Grundrechtsschutzes, insbesondere des Persönlichkeitsrechts
- Zukunft des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung
- Rechtliche und technische Voraussetzungen für Datenschutz und Datensicherheit
- Auswirkungen und Perspektiven neuer Protokolle in digitalen Netzen
- Anonymität, Pseudonymität und Identitätsmanagement im Internet
- Bedeutung der Netzneutralität für eine neutrale Datenübermittlung und einen freien und ungehinderten Zugang zum Internet
- Maßnahmen zum Schutz der Funktionalität kritischer Netzinfrastrukturen
- Bedrohungen durch Computer- und Internetkriminalität, -terrorismus, -spionage und -sabotage
- Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums; Entwicklungen des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft
- Jugendschutz in den neuen Medien
- Konsequenzen aus der Konvergenz von Medien- und Telekommunikationsanbietern
- Möglichkeiten und Grenzen der Rechtsdurchsetzung in weltweiten Netzen

Gesellschaft und Demokratie

- Weiterentwicklung der eGovernmentdienstleistungen und des eParlamentarismus des Deutschen Bundestages
- Open-Data-Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen
- Soziologische Auswirkungen der Digitalisierung auf den Einzelnen und die Gesellschaft
- Möglichkeiten für neue Formen der Teilhabe, der Bürgerbeteiligung und Nutzung neuer Partizipationsformen

Internet und digitale Gesellschaft

Stefanie Ernst im Gespräch mit dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, Axel E. Fischer

Im April nimmt die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ ihre Arbeit auf. politik und kultur fragte den Vorsitzenden der Enquete-Kommission nach den Schwerpunkten der Arbeit.

politik und kultur: Herr Fischer, Sie sind der neue Vorsitzende der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, die Anfang März vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde. Wie wurden Sie über Ihre neue Aufgabe in Kenntnis gesetzt?

Axel E. Fischer: Als innerhalb der CDU-Fraktion die Diskussion über den Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ begann, wurde nach geeigneten Persönlichkeiten für die Wahrnehmung dieser Aufgabe gesucht. In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass ich den Vorsitz übernehmen werde.

puk: Ein Klassiker in Bewerbungsgesprächen ist die Frage nach den Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten, die der Stellenanwärter mitbringt. Was ist das Pfund, mit dem Sie wuchern können?

Fischer: Ausschlaggebend für meine Wahl sind zum einen die Erfahrungen, die ich als ehemaliges Mitglied einer Enquete-Kommission sammeln konnte. Mit der Arbeitsweise und dem Ablauf einer Enquete-Kommission bin ich bestens vertraut. Zum anderen beschäftige ich mich seit Jahren im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Europarat mit Themen wie E-Learning, Ubiquitäres Computing und Netzbasierte Kommunikation.

puk: Worin besteht die Hauptaufgabe der Internet-Enquete?

Fischer: Die Enquete-Kommission ist ein Gremium, in dessen Mittelpunkt längerfristige Entwicklungen stehen. Dreh- und Angelpunkt der Arbeit ist die Frage danach, wie unsere Gesellschaft vor dem Hintergrund der Digitalisierung in 20 oder 30 Jahren aussehen könnte. Die digitale Revolution, die unsere Gesellschaft momentan durchläuft, ist von ihren Auswirkungen mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Unser Zusammenleben wird sich in vielen Bereichen grundlegend verändern. Die 34 Mitglieder der Kommission entwickeln während der nächsten Jahre Ziele und Wege

für die digitale Zukunft unserer Gesellschaft. Die Enquete-Kommission ist auf Konsens und auf das Bohren dicker Bretter angelegt. Belange der Tagespolitik sind dabei weniger relevant. Konkrete gesetzgeberische Auseinandersetzungen über unsere Themen werden von daher weniger in der Kommission als vielmehr in zukünftigen Parlamentsausschüssen stattfinden.

puk: Das digitale Zeitalter, in dem wir uns befinden, zeichnet sich im Besonderen durch seine Rasanz aus. Wie aktuell und richtungweisend können die von der Enquete zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen sein, wenn das Medium, auf das sie sich beziehen, so schnellen Veränderungen unterliegt?

Fischer: Die Enquete-Kommission befasst sich weniger mit technischen Details. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen der Digitalisierung auf unser gesellschaftliches Zusammenleben, auf unser Arbeiten, auf unser Wirtschaften, auf die Gestaltung unseres Alltags. Wir werden von daher Handlungsempfehlungen erarbeiten, die weit über Verfallsdaten einzelner Techniken hin Bestand haben werden. Wir werden auf die Frage antworten müssen, welche Rahmenbedingungen wir benötigen, damit sich das Internet positiv für unser Zusammenleben, unsere Wirtschaft, den Arbeitsmarkt sowie auf das soziale und private Umfeld auswirkt.

Die Geschwindigkeit, mit der sich das Internet in alle Bereiche der Gesellschaft verbreitet, wird von vielen bislang unterschätzt. Sehr viele Menschen nutzen das Internet vor allem zuhause. Dabei fühlen sie sich in ihren eigenen vier Wänden geborgen und sicher. Doch genau diese Sicherheit kann trügerisch sein. Denn beim Surfen befindet man sich nicht in einer abgeschlossenen Privatsphäre, sondern betritt durch den Browser das World Wide Web und damit einen öffentlichen Raum. Diese Tatsache wird allzu häufig ausgeblendet und die Nutzer verhalten sich innerhalb des Netzes auf eine Art und Weise, die sie außerhalb des Webs niemals an den Tag legen würden. Aus diesem Grund ist für uns das Thema Medienkompetenz von großer Wichtigkeit.

puk: Der Themenbereich „Kultur und Medien“ bildet den ersten Untersuchungsschwerpunkt im Antrag. Da liegt die Schlussfolgerung nahe, dass



Axel E. Fischer, MdB

Foto: Büro Axel Fischer

der Kultur ein besonderer Stellenwert beigemessen wird.

Fischer: Die Kultur wurde im Antrag explizit genannt. Unsere Kultur prägt nachhaltig unsere Gesellschaft. Die digitale Revolution wird dabei von den Kulturschaffenden immer mehr zum Thema gemacht. Nicht nur unsere Arbeitswelt und die Kunst, sämtliche gesellschaftliche Bereiche werden von den neuen Medien durchdrungen, was unmittelbare Rückwirkungen auf unsere Kultur zeitigt. Das bedeutet, auch kulturelle Fragen werden ihren Raum in der Arbeit der Enquete-Kommission finden.

Diese Themen werden ausgiebig diskutiert werden, zumal mehrere Fachleute aus dem Bereich Kultur und Medien in der Enquete-Kommission sind.

Das Internet steht für neue Wege zur individuellen Teilhabe, für die Vermittlung demokratischer Werte und für eine unabhängige Berichterstattung. Das Internet ist Plattform für viele kreative Ideen und Angebote. Wie deren Schutz auszugestaltet ist, die Interessen der Nutzer gleichzeitig zu berücksichtigen sind, wird Gegenstand einer ausführlichen Abwägung sein. Die Freiheit des Einzelnen endet nämlich auch im Internet dort, wo die Freiheit des Anderen eingeschränkt wird. Das gilt auch für das Urheberrecht.

puk: Im Netz wirken andere Mechanismen als außerhalb. Müssen die Themenfelder Arbeit und Arbeitsbedingungen im Internet nicht stärker berücksichtigt werden?

Fischer: Neue Arbeitsplätze, flexible Arbeitsorte, Arbeitsschutz, Entwicklung der Arbeit, Medienbildung usw. sind Stichworte für den umfassenden Themenkreis, der mit Sicherheit eine wichtige Rolle spielen wird. Allerdings gilt auch in diesem Fall, sich aus der Tagespolitik herauszuhalten. Viele der akuten Probleme werden bereits geregelt sein, wenn die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorlegen wird. Unser Blick muss über den Tellerrand hinausgehen und in die Zukunft gerichtet sein. Wir

werden im Abschlussbericht keine festen Regeln zum Umgang mit dem Internet festlegen. Vielmehr ist er als Handreichung zu verstehen, durch die Handlungsbedarf aufgezeigt und Lösungsstrategien vorgestellt werden.

puk: Welche Themen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Fischer: Wir haben im Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission sechs Themenfelder benannt, von denen aus wir uns unserer Aufgabe nähern wollen. Die Enquete-Kommission ist auf Konsens ausgelegt, geht es doch um die Erörterung grundlegender Fragen und die Erarbeitung von stabilen Leitplanken für längerfristige Entwicklungen in unserer Gesellschaft und unserer Gesellschaft an sich. Deshalb ist mir die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an unserer Arbeit sehr wichtig. Wir werden ein Angebot im Internet bereitstellen, das den Menschen Raum gibt, ihre Meinung zu äußern, Ideen einzubringen und sich an unserer Arbeit zu beteiligen.

puk: Die Miteinbeziehung des „Bürgers als zusätzlichem Kommissions-Mitglied“ folgt der Logik des Internets. Allerdings sind Einträge in Foren schnell getippt und somit oftmals etwas unbedacht formuliert und unausgegoren. Was ist von solchen Einträgen tatsächlich zu erwarten?

Fischer: Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Diskussion wird von uns sehr begrüßt. Die Bürger sollen durch Meinungsäußerungen am Entwicklungsprozess des Abschlussberichts beteiligt werden. Natürlich wird der Bericht letztlich von den Enquete-Mitgliedern zu verfassen sein. Anregungen und Vorschläge im Vorfeld sind aber absolut erwünscht. Die Enquete-Kommission wird eine eigene Seite ins Netz stellen, durch deren Nutzung jeder Bürger die Möglichkeit erhält, seine Meinung kund zu tun und Ideen einzubringen. Die einzelnen Beiträge und Meinungsäußerungen werden dann wie Puzzleteile zusammengesetzt. Und im Zweifel müssen die Mitglieder der Enquete-Kommission dann auch

bewerten, ob ein geposteter Beitrag ernst genommen werden kann oder nicht.

puk: Ein Vertreter der FDP verkündete bereits während der Beschlussfassung der Einsetzung der Enquete Anfang März, dass die Liberalen mit der Seite „open enquete.de“ ein eigenes Forum ins Netz gestellt haben. Ist ein solches Vorgehen nicht eher kontraproduktiv?

Fischer: Zu diesem Vorgehen hat sich die FDP entschieden, ob die anderen Fraktionen nachziehen, wird sich zeigen. Die Enquete-Kommission als Ganzes hat überdies nicht die Aufgabe, die Arbeit einzelner Parteien oder Abgeordneter zu kontrollieren. Wir beraten über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft. Dabei geht es einerseits um grundlegende Fragen wie: Wie kann die Freiheit des Internets als Kommunikationsmedium und der Menschen möglichst weitgehend erhalten werden, welche Ordnung wollen wir uns angesichts vorhandener Sicherheitsbedürfnisse geben? Andererseits kann ich mir auch ganz praktische Fragen vorstellen wie: Welche Chancen haben die neuen Kommunikationsmittel etwa für ältere Menschen oder für Menschen mit Behinderungen? Diese und andere Fragen gilt es zu diskutieren und zu einem Ergebnis zu gelangen. Alles andere ist zweitrangig.

puk: Ein ambitioniertes Programm und wenig Zeit. Sind all die komplexen Themen überhaupt bis Sommer 2012 hinreichend zu bearbeiten?

Fischer: Ob wir unseren straffen Zeitplan einhalten werden, wird sich zeigen. Die Erfahrung lehrt, dass viele Enquete-Kommissionen etwas mehr Zeit benötigten als veranschlagt war. Spätestens im Frühjahr 2013 wird die Internet-Enquete ihre Arbeit beendet haben müssen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, dass in der nächsten Legislaturperiode das ein oder andere Thema von einer Folge-Enquete aufgegriffen wird. In der Vergangenheit war häufiger zu beobachten, dass der Abschlussbericht einer Enquete den Anstoß für eine nachfolgende lieferte. Die Veränderung der Gesellschaft durch die fortschreitende Digitalisierung ist ein Prozess, der mit unserem Abschlussbericht nicht endet, sondern weiter fortschreitet. Bereits heute klagen unter anderem Sportvereine über stark rückläufige Mitgliederzahlen. Die Menschen verbringen mehr Zeit vor dem Computer, und das nicht zuletzt auf Kosten der Vereine. Diese und ähnliche Auswirkungen gilt es natürlich auch nach 2012 in den Blick zu nehmen.

Stefanie Ernst ist freie Kulturjournalistin. Axel E. Fischer ist Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ ■

Axel E. Fischer, MdB (CDU/CSU)

Diplomingenieur, Elektroinstallateur, geb. am 5. Mai 1966 in Karlsruhe; evangelisch; verheiratet, vier Töchter.

Ausbildung zum Elektroinstallateur, Abschluss Gesellenbrief. Ausbildung zum Reserveoffizier. Studium an der Universität Karlsruhe, Abschluss Diplomingenieur. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Karlsruhe (TH).

Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Bezirksverband Nordbaden.

Seit 1993 Bezirksvorstandsmitglied der CDU Nordbaden.

Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1998.

politik/kultur

Oper&Tanz

nmz

JAZZ
ZEITUNG

KULTURAUSTAUSSCHUSS



ConBrio
www.conbrio.de



Reinhard Brandl © ddesign

Die Debatten der letzten Monate um Vorratsdatenspeicherung, Zugangsschwerungsgesetz oder auch Google Street View haben gezeigt, dass der Staat seine Rolle in der Informationsgesellschaft noch nicht ganz gefunden hat. Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ gibt uns die Möglichkeit, einmal losgelöst vom politischen Tagesgeschäft die Rolle und die Aufgaben des Staates in der digitalen Welt genauer zu definieren. Während es in der Offline-Welt zum Beispiel niemand in Frage stellt, dass die Polizei im Falle einer Straftat mit Ermittlungen beginnt, werden analoge Maßnahmen im Internet vielfach als Bedrohung der individuellen Freiheit wahrgenommen. Freiheit braucht aber auch ein Mindestmaß an Sicherheit. An dieser Stelle eine gesellschaftlich akzeptierte Balance zu finden, ist mein zentrales Anliegen für die Arbeit der Enquete-Kommission.

Reinhard Brandl, MdB
(CDU/CSU-Fraktion) ■



Ansgar Heveling © Renate Blanke/
Deutscher Bundestag

Das Internet ist aus unserem gesellschaftlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Immer mehr Menschen haben eine virtuelle Identität in sozialen Netzwerken. Gesellschaftliche Veränderungen finden heute maßgeblich im und mit dem Internet statt. So hat sich unsere gesamte menschliche Wissens- und Informationsverarbeitung in den letzten Jahren radikal verändert. Das birgt große Chancen, aber auch Gefahren. Es ist unter anderem Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu setzen, das Internet als freiheitliches Medium zu schützen und weiterzuentwickeln. Für Bürger, Wirtschaft und Forschung ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von größter Bedeutung. Genauso ist es aber Aufgabe des Staates, Missbrauch und kriminelles Verhalten im Netz zu ahnden und zu verfolgen. Das staatliche Gewaltmonopol gilt in der realen wie in der virtuellen Welt. Ebenso müssen wir auch den Teil der Gesellschaft im Blick haben, der von der digitalen Entwicklung abgehängt oder ausgeschlossen ist. Wie im realen Leben ist dieses Ausräumen der unterschiedlichen Rechtsgüter eine wichtige und schwierige Aufgabe. Aufgrund meiner Verankerung in der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden die rechtlichen Anknüpfungspunkte für mich von besonderem Interesse für die Arbeit in der Enquete-Kommission sein.

Ansgar Heveling, MdB
(CDU/CSU-Fraktion) ■



Jens Koeppen © Jenny Kramer

Die Digitalisierung und das Internet sind die Triebfedern für entscheidende Veränderungen in unserem Leben und in unserer Arbeitswelt. Innerhalb weniger Jahre hat sich das Internet von einem Medium für einige technisch Versierte zu einem gesellschaftlichen Massenphänomen entwickelt. „Gesellschaftliche Veränderungen“, so beschreibt es der Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission, „finden maßgeblich im und mit dem Internet statt“. Die digitale Welt ist bunt, vielfältig, voller Wissen und voller Unterhaltung. Sie ist deshalb ebenso eine Chance wie eine Herausforderung – auch für die Kultur und die Kulturschaffenden.

Ich bin im Osten unserer Republik aufgewachsen und 1989 für politische Freiheitsrechte und gesellschaftliche Offenheit auf die Straße gegangen. Nicht zuletzt deshalb sehe ich die Aufgabe der Enquete-Kommission darin, das Freiheitsversprechen des Internets zu schützen und dafür zu sorgen, dass es weiterentwickelt werden kann. Dazu gehören die Sicherung der Meinungsfreiheit und -vielfalt ebenso wie die Stärkung des Bewusstseins für den Wert kultureller Leistungen. Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille.

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bietet die Chance, diese Fragen grundsätzlich anzugehen. Dabei wollen wir ganz bewusst die Bürger über Blogs, Foren und soziale Netzwerke einbeziehen. Ich wünsche mir, dass wir nicht über, sondern mit den Nutzern sprechen.

Jens Koeppen, MdB
(CDU/CSU-Fraktion) ■



Thomas Jarzombek
© Privat/Nicola Jarzombek

Was waren eigentlich die Fragen der Netzpolitik vor zweieinhalb Jahren? Google Streetview, Facebook, Twitter – niemand hätte damals hier einen bedeutenden politischen Ansatz gesehen. Dies ist heute ganz anders und zeigt die große Entwicklungsdynamik im Internet. Damit ist offensichtlich, was die größte Herausforderung der Enquete-Kommission ist: Trends voraussehen. Wenn die Kommission in zweieinhalb Jahren ihren Bericht vorlegt, wird man Antworten auf Fragen erwarten, die wir heute noch gar nicht kennen. Andererseits wird man vielleicht keine Antworten mehr auf Fragen brauchen, die uns heute noch wichtig erscheinen. Und nicht zuletzt werden wir bis dahin Entscheidungen treffen müssen, ohne auf die Enquete-Kommission warten zu können, siehe Zugangsschwerungsgesetz.

Wichtig ist mir, dass wir vor allem die Chancen des Netzes sehen und fördern.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um auch in Deutschland Web-Gründungen mit internationaler Bedeutung zu bekommen? Wie können wir unsere Kultur auch ins Netz bringen? Wie kann man wertvolle Inhalte fördern, im Netz wie auch bei Computerspielen? Das sind Fragen, die sicher auch 2012 noch aktuell sein werden.

Thomas Jarzombek, MdB
(CDU/CSU-Fraktion) ■



Peter Tauber
© Deutscher Bundestag/H. J. Müller

Das Internet ist für mich das freiheitlichste Medium der Neuzeit. Es bietet viele Chancen nicht nur mit Blick auf wirtschaftliches Handeln. Die Politik kann und darf sich nicht den durch das Internet bedingten kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen verschließen, sondern muss offensiv mit der neuen Technologie und ihren Folgen für alle Lebensbereiche des Menschen umgehen, um den „Draht“ zu den Bürgern zu halten. Die Enquete-Kommission sollte sich nach meiner Auffassung vor allem auf die „Chancen“ konzentrieren, die das Internet bietet und den Bürgern neue Wege der politischen Teilhabe eröffnen. Dabei wird darauf zu achten sein, dass in der Enquete-Kommission nicht nur Politiker und Experten zu Wort kommen, sondern vielmehr eine Diskussionsplattform entsteht, die für alle Interessierte offen ist.

Ich werde mich in der Enquete-Kommission für größtmögliche Transparenz einsetzen und via twitter, soziale Netzwerke, meine Internetseite und die Presse über meine Arbeit und die Enquete berichten. Daher begrüße ich schon jetzt, das große Interesse an der Arbeit der Enquete und freue mich auf den regen Austausch.

Dr. Peter Tauber, MdB
(CDU/CSU-Fraktion) ■



Martin Dörmann
Foto: Büro Martin Dörmann

Das Internet prägt die soziale, kulturelle und berufliche Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen. Mit dem digitalen Wandel sind viele Chancen und Fragen verbunden. Wie können wir allen Menschen die Vorteile des Internets nutzbar machen? Wie sichern wir gesellschaftliche Teilhabe, Angebotsvielfalt, Freiheit und Recht? Wie schützen wir gleichzeitig die Offenheit des Internets, ohne dass wir die Durchsetzung rechtlicher Ansprüche aufgeben? In der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ müssen wir Antworten auf diese Fragen finden, die

von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Die SPD versteht Netzpolitik als Gesellschaftspolitik. Die Kommission bietet eine enorme Chance, eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen, wie wir die Möglichkeiten des Internets richtig nutzen sollten. Die Existenzmöglichkeiten für Kreative müssen gesichert, die Medienkompetenz in allen Altersgruppen verbessert und die neuen Möglichkeiten demokratischer Beteiligung genutzt werden.

Eine Enquete-Kommission bietet die Gelegenheit, durch eine breite öffentliche Debatte und das Hinzuziehen von hochkarätigen Sachverständigen Konzepte und Initiativen zu entwickeln, die über parteipolitische Ansätze hinausreichen und der politischen Dimension des Internets gerecht werden. Diese Chance wollen wir konsequent nutzen.

Martin Dörmann, MdB
(SPD-Fraktion) ■



Johannes Kahrs
Foto: privat

Je intensiver man das Internet nutzt, desto schneller stößt man auf die netzpolitischen Herausforderungen, für die die Enquete-Kommission Lösungsvorschläge erarbeiten soll. Da geht es nicht nur um technische Fragen wie Datensicherheit, Netzneutralität und illegale Downloads. Es finden sich auch viele Probleme aus dem „echten Leben“ im Netz wieder: Mobbing unter Jugendlichen, Verstöße gegen das Urheberrecht etc. Mir ist vor allem auch die bessere soziale Absicherung von Arbeitnehmern und Selbstständigen im Bereich der Neuen Medien wichtig. Auch sollte man langsam aufhören, das Netz als „Parallelwelt“ zu betrachten. Dies verharmlöst oft die wahren Probleme und wenn man bedenkt, dass die Mehrheit der Deutschen sich täglich im Netz bewegt und informiert, ist Netzpolitik schon lange kein Randthema mehr.

Der Gesetzgeber hat zu lange versucht, den Problemen mit zusätzlichen Regularien und Verboten beizukommen. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, so dass illegale Inhalte direkt gelöscht werden können. Da müssen wir auch einmal selbstkritisch sein und das Zugangsschwerungsgesetz gründlich überdenken.

Johannes Kahrs, MdB
(SPD-Fraktion) ■



Lars Klingbeil
Foto: Marco Urban

Nach den Verbots- und Sperrdebatten der Vergangenheit ist es mir besonders wichtig, in der Enquete-Kommission

Nachgefragt...

Was wollen die Mitglieder der Internet-Enquete bewegen? Welchen Themen sind ihnen besonders wichtig und wofür wollen sie sich insbesondere einsetzen? Diese Fragen wurden den Abgeordneten des Deutschen Bundestages gestellt, die als ordentliche Mitglieder der Internet-Enquete angehören.

In der nächsten Ausgabe von *politik und kultur* sollen die Sachverständigen Mitglieder befragt werden.

Die Redaktion

„Internet und digitale Gesellschaft“ die Chancen des Internets für unsere Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Für meine Generation ist das Internet mittlerweile integraler Bestandteil des Lebens und des Alltags, des Arbeitens und des Wirtschaftens sowie des gesellschaftlichen und des kulturellen Engagements. Die Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die wirtschaftliche Produktivität, die sich verändernde Öffentlichkeit sowie Kreativität, Kunst und Kultur zeigen, dass Netzpolitik sich nicht nur mit technischen Details befassen sollte, sondern in einen gesellschaftspolitischen Zusammenhang gehört.

Mein wichtigstes Anliegen ist es in der Enquete-Kommission, die Politik in Deutschland durch digitale Partizipationselemente zu erneuern. Die Chancen für eine Revitalisierung der Demokratie durch eine direkte Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit an der politischen Entscheidungsfindung ist bisher ein unerfülltes Versprechen des Internets. Diese Enquete-Kommission muss durch weitestgehende Transparenz, größtmögliche Offenheit und direkte Beteiligungsmöglichkeiten zum Vorbild für den digitalen Bundestag werden.

Lars Klingbeil, MdB
(SPD-Fraktion) ■



Aydan Özgöz
Foto: Studioline Hamburg GmbH

Neben all den wichtigen Eckpunkten, die im Einsetzungsantrag der Enquete-Kommission formuliert sind, wie zum Beispiel Datenschutz, Netzneutralität oder Verbraucherschutz, ist mir persönlich die Vermittlung von Medienkompetenz sehr wichtig. Seit Beginn dieser Legislaturperiode bin ich im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Berichterstatterin meiner Fraktion für die Themen Jugendschutz und Neue Medien. Hierin sehe ich auch meinen inhaltlichen Schwerpunkt. Die digitale Welt bietet so viele positive Möglichkeiten, befördert aber unter anderem auch eine gewisse Sorglosigkeit im Umgang mit persönlichen Daten und Informationen. Das Schlüsselwort lautet daher Medienkompetenz! Und zwar für Kinder und Jugendliche, wie auch für Eltern und Lehrer. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört in den Schulunterricht, hier gibt es in Deutschland ohne Zweifel noch großen Nachholbedarf – und zwar sowohl bei der technischen Ausstattung der Schulen als auch in der Schulung der Lehrer.

Aydan Özgöz, MdB
(SPD-Fraktion) ■



Sebastian Blumenthal
Foto: Studioline Kiel GmbH

„In welcher Art von Informations- und Kommunikationsgesellschaft möchten wir in Zukunft leben?“ Die Beantwortung dieser Kernfrage steht für mich im Mittelpunkt der Arbeit in der Enquete-Kommission.

Das Internet und die „Neuen Medien“ haben unser aller Leben nicht nur bereichert, sondern sind für viele von uns auch ein fester Bestandteil unseres privaten wie beruflichen Lebens geworden; sei es als Kommunikationsinstrument oder sei es als Medium zur Umsetzung kreativer Schaffenskraft. Für die Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand unserer Gesellschaft – für das Erreichen dieses Ziels möchte ich mich in der Enquete einsetzen.

Um dabei vor allem aufzuzeigen, welche vielfältigen Möglichkeiten das Internet jedem einzelnen Mitglied unserer Gesellschaft bieten kann, müssen wir uns in der Enquete-Kommission mit dem Internet in seiner ganzen Bandbreite beschäftigen, sowie das Thema Medienkompetenz als einen wesentlichen Schwerpunkt beraten. Das ist für mich unerlässlich, damit wir uns unserer Rechte, unserer Verantwortung – zum Beispiel im Umgang mit eigenen persönlichen und auch fremden Daten – und unserer Freiheit in der „digitalen Gesellschaft“ bewusst werden.

Sebastian Blumenthal, MdB
(FDP-Fraktion) ■



Manuel Höferlin © Michael Voigt/
Deutscher Bundestag

Zum einen möchte ich mit der Enquete-Kommission der Öffentlichkeit das Thema Netzpolitik als Querschnittsthema, das alle Bürgerinnen und Bürger direkt betrifft, näherbringen. Die Möglichkeiten des Internets und der Digitalisierung verändern unsere Gesellschaft und unseren Alltag erheblich. In vielen Bereichen, wie beispielsweise im Bereich der Persönlichkeitsrechte, beim Verbraucherschutz, beim Schutz des geistigen Eigentums und auch in der Sicherheitspolitik stehen wir vor großen Herausforderungen. Unsere Gesetzgebung aus dem analogen Zeitalter wird dem vielfach nicht gerecht. Hier müssen wir in der Enquete neue Wege aufzeigen.

Zum anderen möchte ich mit der Enquete völlig neue Wege im Dialog mit

den Bürgerinnen und Bürgern gehen. Die Enquete soll so transparent wie möglich arbeiten. Dazu wird der Deutsche Bundestag auf ausdrücklichen Wunsch der Fraktionen eine eigene Internetpräsenz der Enquete anbieten. Über diese Seite können alle Interessierten Anregungen in die Enquete geben und Beratungen kommentieren. Die Liberalen im Deutschen Bundestag ergänzen dieses Angebot bereits mit einer eigenen Website zur Enquete: Unter www.openenquete.de kann schon heute mit den Vertretern der FDP in der Enquete diskutiert werden.

Manuel Höferlin, MdB
(FDP-Fraktion) ■



Jimmy Schulz
© Bilderdienst Deutscher Bundestag

Ich sehe zwei Themen, die besonders hervorstecken. Das ist zum einen die Medienkonvergenz: Wir stehen mit immer schnellerer und immer breiter verfügbarer Internetanbindung nun endgültig vor der Auflösung klassischer Medientrennung. Die Grenze zwischen Fernseher und PC z.B. wird in Zukunft immer ungenauer definiert werden. Das bedeutet, dass die Medienpolitik sich grundlegend neu orientieren muss. Das andere große Thema, das ich auf die Tagesordnung setzen möchte, ist die Zukunft der Architektur des Internets, also IPv6. Durch IPv6 wird sich von der Adressvergabe bis zum Pakettransport vieles im Internet ändern. Allein die Zahl der verfügbaren WWW-Adressen wird sich von heute 4,3 Milliarden auf 340 Sextillionen (!) erhöhen. Wir haben seitens der Politik nun erstmals die Chance, die Einführung einer neuen Technologie zu begleiten, anstatt wie bisher nur auf Neuentwicklungen zu reagieren. Darauf freue ich mich besonders.

Jimmy Schulz, MdB
(FDP-Fraktion) ■



Petra Sitte
© DIE LINKE im Deutschen Bundestag

Die Enquete-Kommission behandelt zentrale Aspekte der „digitalen Gesellschaft“. Dazu gehören nicht nur Belange des Datenschutzes oder neue Formen politischer Beteiligung im Netz sowie Fragen der Zugänglichkeit von Wissen und digitalen Ressourcen. Dazu gehören insbesondere auch die Arbeitsbedingungen. Mit der Digitalisierung verändern sich ganze Branchen. Uns ist es dabei besonders wichtig, die Beschäftigungsverhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Sittenwidrige Total-

Buy-Out-Verträge für Künstler und Journalisten, die Entstehung neuer künstlerischer Genres und Arbeitsformen, soziale Standards in der Informationsgesellschaft und eine bessere kollektive Absicherung der Beschäftigten müssen auf den Tisch. Wir müssen sicherstellen, dass die Urheber abgesichert werden. Und wir wollen, dass die Nutzerinnen und Nutzer gesetzlich garantierte Freiheiten haben. Mashups, Remixes und die Nutzung von Tauschbörsen dürfen nicht kriminalisiert werden.

Petra Sitte, MdB
(Fraktion Die Linke) ■



Halina Wawzywiak
Foto: DBT/S.E.M. Schmidt

Eines der wichtigsten Themen in der Enquete-Kommission ist für mich der Datenschutz. Um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen und zu stärken, muss es für Wirtschaft und Staat klare Schutzregeln für den Umgang mit persönlichen Daten geben. Nutzer können nur dann aktiv an den Möglichkeiten des Netzes teilhaben, wenn sie sich über den verantwortungsvollen Umgang mit ihren Daten sicher sein können. Dem wilden Speichern, Zusammenführen und Weitergeben von Daten muss ein Riegel vorgeschoben werden. Ebenso wichtig ist mir die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Teilhabe und Nutzung des Internet sind nur möglich, wenn alle Daten in den Netzen gleich behandelt werden. Dazu gehört auch ein ungehinderter Netzzugang für alle Bürger. Eingriffsmöglichkeiten der Wirtschaft wie etwa durch ein „Three-Strikes-Modell“ lehne ich entschieden ab. Regulierungswut und Sicherheitswahn widerspricht meinem Verständnis des Internets. Ich begreife das Internet vielmehr als einen Faktor zur freiheitlichen Entwicklung und Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Halina Wawzywiak, MdB
(Fraktion Die Linke) ■



Konstantin von Notz
Foto: Stefan Kaminski

Angesichts der epochalen Umbrüche im Zuge der Digitalisierung, den im Netz liegenden Potentialen für unsere Gesellschaft, aber auch den netzpolitischen Versäumnissen und Verfehlungen der Vergangenheit, bietet uns die Kommission die große Chance, ein Stück weit umzudenken, politisch gemeinsame Linien zu entwickeln und den für unsere Gesellschaft so essentiellen Fragen der

Netzpolitik endlich mehr Platz einzuräumen. Diese Chance dürfen wir nicht ungenutzt lassen und täten gut daran, alle im Netz Beteiligten dabei mit einzubeziehen.

Ziel der Kommission muss es sein, das digitale Zeitalter mit einer freiheitlichen Netzpolitik aktiv zu gestalten und die vielfältigen Potentiale des Internets und der Digitalisierung zukünftig voll auszuschöpfen.

Um dies zu erreichen, müssen wir die Freiheit des Netzes verteidigen, anstatt sie durch Reglementierung und Überwachung immer weiter zu beschneiden, müssen einen effektiven Schutz unserer Daten in der virtuellen Welt durchsetzen und Netzneutralität gewährleisten sowie einen fairen Interessenausgleich für alle im Netz beteiligten Akteure schaffen. Die vor uns liegenden Aufgaben sind zweifellos gewaltig. Packen wir sie an!

Konstantin von Notz, MdB
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ■



Tabea Rössner
Foto: Stefan Kaminski

Aus medienpolitischer Sicht stellen sich für diese Enquete zwei Fragen: Wie verändert das Netz die Medien und wie reagieren wir als Nutzerinnen und Nutzer darauf? Das Internet hat die Medien nachhaltig beeinflusst: Der Journalismus ist in Zeiten der Digitalisierung ein anderer geworden. Die Berichterstattung ist schneller und multimedial, aber darunter leidet oft die Qualität. Für unsere Demokratie ist eine vielfältige Medienlandschaft die Grundlage, und das gilt online wie offline. Daher müssen wir die Medienvielfalt auch im Netz erhalten und ermöglichen.

Auf der anderen Seite braucht es die interessierten Leserinnen und Leser. Daher dürfen die Entwicklungen im Netz niemanden ausschließen oder abhängen. Eine Förderung der Medienkompetenz bei allen Altersklassen sorgt nicht nur für informierte Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für eine wachsende Akzeptanz und Nutzung der Medien im Netz.

Ich möchte mich in dieser Enquete vor allem dafür einsetzen, dass das Internet als wichtiger Bestandteil unserer Wissens- und Informationsgesellschaft auch von der Politik anerkannt wird. Die Enquete bietet uns die Gelegenheit, über einen längeren Zeitraum und ohne den Erfolgsdruck einer schnellen Schlagzeile mit allen Beteiligten zu diskutieren. Diese Gelegenheit müssen wir nutzen!

Tabea Rössner, MdB
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ■

Mitglieder der Enquete-Kommission

CDU

Mitglieder

- Dr. Reinhard Brandl, MdB
- Axel E. Fischer, MdB
- Ansgar Heveling, MdB
- Thomas Jarzombek, MdB
- Jens Koeppen, MdB
- Dr. Peter Tauber, MdB

Stellvertretende Mitglieder

- Christian Hirte, MdB
- Axel Knoerig, MdB
- Stephan Mayer, MdB
- Nadine Müller, MdB
- Lucia Puttrich, MdB
- Tankred Schipanski, MdB

Sachverständige Mitglieder

- Prof. Dieter Gorny (Bundesverband Musikindustrie)
- Harald Lemke (McKinsey)
- Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring (Bayerische Landeszentrale für Neue Medien)
- Dr. Bernhard Rohleder (Bitkom)
- Nicole Simon (Sozial Media Consultant)
- Prof. Dr. Christof Weinhardt (Karlsruhe Institute of Technology)

SPD

Mitglieder

- Martin Dörmann, MdB
- Lars Klingbeil, MdB
- Johannes Kahrs, MdB
- Aydan Özgöz, MdB

Stellvertretende Mitglieder

- Elvira Drobrinski-Weiß, MdB
- Christian Lange, MdB
- Burckhard Lischka, MdB
- Brigitte Zypries, MdB

Sachverständige Mitglieder

- Alvar C. H. Freude (Arbeitskreis Zensur)
- Lothar Schröder (ver.di Bundesvorstand)
- Dr. Wolfgang Schulz (Hans-Bredow-Institut)
- Cornelia Tausch (verbraucherzentrale bundesverband)

FDP

Mitglieder

- Sebastian Blumenthal, MdB
- Manuel Höferlin, MdB
- Jimmy Schulz, MdB

Stellvertretende Mitglieder

- Florian Bernschneider, MdB
- Sylvia Carmel, MdB
- Stephan Thomae, MdB

Sachverständige Mitglieder

- Prof. Dr. Hubertus Gersdorf (Bucerius Stiftungsprofessur für Kommunikationsrecht an der Universität Rostock)
- Dr. Wolf Osthaus, (Legislative Counsel für Europa, Bereich Government Relations in Deutschland von ebay)
- padeluum (Netzkünstler)

Grüne

Mitglieder

- Dr. Konstantin von Notz, MdB
- Tabea Rössner, MdB

Stellvertretende Mitglieder

- Jerzy Montag, MdB
- Krista Sager, MdB

Sachverständige Mitglieder

- Markus Beckedahl (netzpolitik.org)
- Dr. Jeanette Hofmann (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

Die Linke

Mitglieder

- Dr. Petra Sitte, MdB
- Halina Wawzywiak, MdB

Stellvertretende Mitglieder

- Herbert Behrens, MdB
- Jan Korte, MdB

Sachverständige Mitglieder

- Constanze Kurz (Chaos Computer Club)
- Annette Mühlberg (ver.di Referat Neue Medien)

Arbeitsmarkt Baukultur: Wie sieht er wirklich aus?

Hintergründe und Analysen • Von Thomas Welter

Die öffentliche Wahrnehmung des Arbeitsmarktes Baukultur ist gespalten. Zum einen wird sie geprägt vom eigenverantwortlich und fachlich unabhängig handelnden Architekten, der innovative Projekte im Interesse seines Auftraggeber und der Allgemeinheit realisiert. Zum anderen vom prekär beschäftigten Kreativen, der nachts Taxi fahren oder Zeitungen austragen muss, um tagsüber unbezahlte Planungsleistungen zu erbringen. Doch wie sieht der Arbeitsmarkt Baukultur wirklich aus?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die deutschen Architekturbüros zwar getroffen, aber nicht katastrophal. Doch vor allem den Inhabern vieler kleiner Büros geht es schlecht: Sie verdienen wenig, aber zum Teil kalkulieren und kontrollieren sie ihre Arbeit auch mangelhaft. Das sind Ergebnisse der jüngsten Analyse der Büro- und Kostenstruktur unter den freischaffenden Mitgliedern der Architektenkammern der Länder im Auftrag der Bundesarchitektenkammer.

Knapp die Hälfte aller freischaffenden Architekten hat negative Folgen der Krise gespürt, doch nur zwanzig Prozent beschreibt diese Folgen als beträchtlich. Ein Drittel registriert keine Rückgänge in den Auftragsbüchern; ein weiteres Drittel rechnet auch mittelfristig nicht damit. Und die Konjunkturpakete der Bundesregierung haben offenkundig gewirkt: Bei gut einem Viertel aller Büros und sogar bei der Hälfte der großen Büros haben sich aus den Programmen zusätzliche Projekte ergeben.

Damit konnten viele das verbesserte Auftragsniveau der Vorjahre halten. Nach einem beispiellosen Niedergang der Planungs- und Bauwirtschaft seit Mitte der Neunziger Jahre hat sich seit 2006 die Auftragslage bis zur Wirtschaftskrise deutlich gebessert. Heute gilt die Regel: Je größer das Büro, desto besser bewerten die Inhaber die wirtschaftliche Lage. Große Büros mit mindestens zehn Vollzeitbeschäftigten sind besser ausgelastet als mittlere und kleine.

Einkommen freischaffender Architekten

Nach wie vor kann aber keine Rede davon sein, dass es dem Berufsstand der Architekten unterm Strich gut geht. Der Anteil der freischaffenden Architekten, die lediglich einen Überschuss bis zu 30.000 Euro erreichen, betrug 2008 noch 39 Prozent. 2006 waren es zwar fast 50 Prozent gewesen, doch auch heute ist der Anteil noch zu hoch. 30.000 Euro entsprechen dem Einkommen eines Hausmeisters im öffentlichen Dienst – und viele Architekten verdienen noch weniger. Ein Fünftel aller Büros, unter den Einpersonnbüros sogar ein Vier-

tel, erwirtschaftete auch 2008 nur Überschüsse unter 15.000 Euro. Ihre Situation kann nur als prekär bezeichnet werden. Die Ursachen liegen zum Großteil am Markt, doch einige Schwachstellen sind auch hausgemacht. Eine der größten ist nach wie vor die Unterschätzung betriebswirtschaftlicher Grundlagen. Nur in jedem fünften Architekturbüro werden die Arbeitszeiten der Angestellten erfasst; nur in jedem zehnten Büro die der Inhaber. In weniger als der Hälfte der Architekturbüros in Deutschland wird ein Bürostundensatz kalkuliert. Dabei lässt sich nur damit ermitteln, ob ein Büro rationell arbeitet oder seine Inhaber sich faktisch für wenige Euro pro Stunde aufreihen. Selbst in jedem fünften größeren Büro mit zehn und mehr Vollzeitbeschäftigten weiß man nichts über die Bürostundensätze.

Lage der angestellten Architekten

Und wie geht es den angestellten Architekten? Von den rund 123.000 zu Beginn des Jahres 2010 in die Kammerlisten eingetragenen Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplaner sind rund die Hälfte angestellt tätig. Der Arbeitsmarkt für Architekten ist durch ein starkes Überangebot an Arbeitskräften gekennzeichnet. Die Anzahl der Architekten und Stadtplaner ist seit Mitte der Neunziger Jahre um rund 30.000 Personen gestiegen. Jedes Jahr scheiden zwischen 2.500 und 3.500 Berufsangehörige altersbedingt aus dem Berufsleben aus. Gleichzeitig strömen jährlich zwischen 5.000 und 6.500 Absolventen aus den Universitäten und Fachhochschulen auf einen regional unterschiedlichen Arbeitsmarkt. Die offizielle Arbeitslosenquote ist niedrig, doch die inoffizielle Quote liegt bei rund zehn Prozent. In Ballungszentren liegt sie deutlich darüber. In Berlin ist beispielsweise jeder fünfte Architekt ohne regelmäßige Beschäftigung.

Aufgrund des angespannten Arbeitsmarktes stehen die Gehälter der angestellten Architekten und Stadtplaner seit Jahren unter Druck. Gleichzeitig sind die Angestelltenverdienste in Deutschland regional und nach Berufserfahrung stark differenziert. Verallgemeinernd verdienen angestellte Architekten im Süden Deutschlands mehr als im Norden. Dies gilt ebenso im Vergleich der östlichen mit den westlichen Bundesländern. Wer in der Bauausführung und -überwachung arbeitet oder die Termin- und Kostenkontrolle meistert, verdient mehr als, wer sich auf die Gestaltung konzentrieren möchte.

Die schwierige Arbeitsmarktlage bekommen vor allem Absolventen und ältere oder arbeitslose Architekten und Stadtplaner zu spüren. Die Einstiegsgehälter sind prekär niedrig. Und die Anforderungen an die Qualifikation sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Vor allem Berufserfahrungen, die dem Tätigkeitsbild der zu besetzenden Stelle entsprechen, werden vorausgesetzt. Routinierte Kenntnisse in den gängigen EDV-Anwendungen werden ebenso gefordert wie Teamfähigkeit, selbstständiges und zielorientiertes Arbeiten, Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit bei Termin- und Kostendruck und Durchsetzungsfähigkeit und souveränes Auftreten.

Dies alles führt dazu, dass es mehr als doppelt so viel Menschen gibt, die einen akademischen Abschluss im Bereich der Architektur in der Tasche haben (rund 350.000) als Architekten, die auch in dem Bereich tätig sind oder waren (rund 150.000).



Die Wirtschaftskrise hat auch die deutschen Architekturbüros getroffen

© Slawomir Podsgrob/Pixelio

Ursachen für die schwierige wirtschaftliche Situation

Die Hintergründe der schwierigen wirtschaftlichen Situation sind vielfältig: Architekten und Stadtplaner agieren auf einem durch sehr hohe Konkurrenz und starke Konjunkturabhängigkeit gekennzeichneten Markt, der mittelfristig durch Stagnation und Strukturwandel der Nachfrage nach klassischen Architekturaufgaben geprägt sein wird. Viele Marktsegmente stehen unter Konkurrenzdruck aus anderen Berufen.

Eine Analyse der Determinanten wirtschaftlichen Erfolgs von Architekturbüros zeigt, dass zum einen eine Konzentration auf die klassische Architektentätigkeit im Rahmen der Honorarordnung und zum anderen eine Konzentration auf öffentliche Auftraggeber die Wahrscheinlichkeit höherer Erträge verbessert. Beide Marktsegmente schrumpfen seit Jahren.

Im Umkehrschluss scheinen Architekturbüros und Stadtplanungsbüros in Deutschland bei der Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder nicht erfolgreich zu sein, da die Analyse der Determinanten wirtschaftlichen Erfolgs von Architekturbüros ebenfalls zeigt, dass Büros, die neuen Tätigkeiten nachgehen, weniger erfolgreich sind als Büros mit klassischen Architektentätigkeiten.

Schon erwähnt wurde der Umstand, dass für einen großen Teil der Architektur- und Stadtplanungsbüros die betriebswirtschaftliche Führung des Büros einen geringen Stellenwert hat. Die Architektenkammern der Länder verfolgen zwar seit Längerem das Ziel, bei ihren Mitgliedern das Bewusstsein für notwendige Änderungen im Bürobetrieb und in der Bürostruktur zu fördern und ihre Mitglieder durch Information, Beratung und Fortbildung zu unterstützen.

Doch viel zu häufig werden Seminare und andere Fortbildungsangebote nicht in Anspruch genommen. Auch die – zum Teil durch Landes- und Bundesmittel geförderten – Einzelberatungsangebote werden nur von wenigen Kammermitgliedern genutzt.

Berufspolitische Konsequenzen?

Aus diesem Befund ergeben sich berufspolitische Konsequenzen: Die

Auftragslage der Architekten muss verbessert werden, die Akteure in den Architekturbüros brauchen politische und gesellschaftliche Unterstützung – und als Grundlage für mehr Erfolg künftiger Architekten sind die Ausbildungsinhalte stärker auf die Praxis auszurichten.

Außerdem sind Architekten und Stadtplaner aufgefordert, ihr bisheriges betriebswirtschaftliches Denken und Handeln zu hinterfragen und sich gegebenenfalls neu auszurichten.

Der Verfasser ist Wirtschaftsreferent bei der Bundesarchitektenkammer e. V., der Arbeitsgemeinschaft der Architektenkammern der Länder ■

Links:

Zur Lage der Architekten allgemein: www.bak.de, Rubrik Daten und Fakten
Analyse der Büro- und Kostenstruktur in Architekturbüros: <http://www.bak.de/site/1589/default.aspx>
Informationen zu den Gehältern der Architekten: <http://www.bak.de/site/1067/default.aspx>

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!



KULTURPOLITIK DER PARTEIEN: VISIONEN, PROGRAMMATIK, GESCHICHTE UND DIFFERENZEN

Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler

167 Seiten

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr, inkl. Porto) und erhalte als Geschenk das Buch:

Kulturpolitik der Parteien

Meine Adresse (= Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ

Ort

Unterschrift/Datum

Coupon einsenden/faxen an: Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45

Jenseits aller Klischees

Wie sieht der Arbeitsmarkt Baukultur jenseits der Klischees aus? Wie hat sich das Berufsfeld verändert? Welche Anforderungen werden an die Ausbildung gerichtet und welche Einkommens- und Berufschancen gibt es? Dieses steht im Mittelpunkt des Schwerpunkts Arbeitsmarkt Baukultur. Neben dem Arbeitsmarkt für Architekten wird auch auf die Besonderheiten der Ausbildung für die Denkmalpflege aufmerksam gemacht. Ein weiteres Thema ist Kunst am Bau, eine Einkommens- und Berufschance für Bildende Künstler.

Die Redaktion ■

Freiraum zum Denken

Architektur studieren in Zeiten von Bologna • Von Olaf Bahner und Andreas Emminger

Vor über zehn Jahren starteten Bildungspolitiker optimistisch eine Reform, an deren Ende ein einheitliches europäisches Hochschulsystem stehen sollte. Die Bologna-Ziele – erleichterte Studienwechsel und die Anerkennung von Studienleistungen in den unterschiedlichen Ländern – sind einleuchtend. Jedoch waren sie politisch gedacht, losgelöst von den hierfür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, um die Hochschule für ihre neuen Freiheiten auszustatten. Entsprechend differenziert und stellenweise auch enttäuscht war der Blick der Reformierten auf das Erreichte im Jahr 10 des Bologna-Prozesses.

Die sich damit stellende Frage nach dem weiteren Reformweg darf jetzt nicht zu einem politischen Aktionismus führen, der lediglich vordergründige Defizite behebt und die „Studierbarkeit“ von Bachelor- und Master-Studiengängen verbessert. Vielmehr muss die Reform ihre wirkliche reformistische Kraft erst noch voll entfalten. Drei Punkte erscheinen dabei essentiell für das Weiterdenken des Bologna-Konzeptes, die beispielhaft für das Architekturstudium erläutert werden.

Architekten müssen mehr denn je durch Lehre und Studium befähigt werden, ihren Beruf auf hohem

Niveau auszuüben. Gute Architektur kann begeistern, kann Emotionen wecken, kann das Lernen befördern, kann Antworten auf soziale und ökologische Probleme geben. Das Studium der Architektur muss deshalb als interdisziplinäres Lehrgebiet Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften mit Fächern der Technik und der Kunst vereinen. Die Ausbildung sollte daher auf ein generalistisches, alle relevanten Disziplinen umfassendes Wissen abzielen, um den Architekten zum interdisziplinären Arbeiten an komplexen Aufgaben zu befähigen.

Zwar ist das Studium der Architektur in Deutschland derzeit überwiegend in einen inhaltlich breit angelegten Bachelor-Studiengang und einen wissenschaftlich oder künstlerisch spezialisierenden Master-Studiengang unterteilt und entspricht damit weitestgehend diesem Ausbildungsverständnis. Dennoch sind deutliche Verbesserungen hinsichtlich der Freiräume für das Studieren und der ungehinderten Entfaltung wissenschaftlicher Begabungen zu erreichen. Denn wird das generalistische Ausbildungskonzept für den Aufbau eines Studiums ernst genommen, dann muss das Studium im Bologna-Verständnis mehr als eine effizient ausgestaltete Jagd nach Credit-Points sein: Es muss den Studierenden und den Forschern neuartige Bildungs-

freiräume eröffnen. Studieren in Extremgeschwindigkeit überfordert Studenten psychisch, verschult und verengt das Studium zu Lasten einer fächerübergreifenden Ausbildung und lässt den Studierenden weder Zeit noch Muße zum freien Denken. Ein entschleunigtes Studium und die damit einhergehende Anpassung der Lehrinhalte und der Studienkonzepte sind dringend erforderlich.

In diesem Sinn darf kein Widerspruch zwischen dem Humboldt'schen Studienkonzept und der Bologna-Reform konstruiert werden: Humboldts Bildungsideal steht für eine ganzheitliche Ausbildung des Charakters und die Förderung der Individualität, die durch die allgemeine Bildung erreicht werden kann – und das hat auch heute noch seine volle Berechtigung.

Um dies zu erreichen, ist ein zweiter Punkt für den weiteren Reformprozess entscheidend – die umfänglich praktizierte und finanzierte Autonomie der Hochschulen. Nach Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes wurden die Hochschulen zwar aus der staatlichen Detailsteuerung entlassen und ihnen deutlich mehr Autonomie eingeräumt, jedoch konnten sie diese aufgrund finanzieller und personeller Engpässe gar nicht ausfüllen. Und dies mit negativen Folgen für die neuen Studiengänge: Statt die Studieninhalte ent-

sprechend der neuen Studienstruktur inhaltlich zu reformieren und dabei das Humboldt'sche Ideal eines generalistischen Studiums weiterzutragen, wurden die Lehrinhalte in einem aufwändigen Verwaltungsakt in das zeitliche Bachelor-Master-Raster gepresst. Der Weg zu einer verbesserten Lehre führt aber auch über die verbesserte Mittelausstattung der Hochschulen. Eine so weitreichende Reform, wie sie die Bologna-Beschlüsse formulieren, kann nicht von der Politik verordnet werden und ihre Umsetzung anschließend allein auf dem Rücken der Hochschulen und ihres Lehr- und Verwaltungspersonal abgeladen werden.

Ein letzter Punkt geht damit einher – der einer strukturellen Reform: Deutschland verfügt im europäischen Vergleich über eine der höchsten Hochschuldichten. Allein das Fach Architektur wird in Deutschland an 62 Hochschulen gelehrt. Die Diskrepanz zwischen jährlich rund 6.000 Absolventen der Architektur fakultäten und einem altersbedingten Ausscheiden von jährlich 2.500 bis 3.000 Architekten und Stadtplanern zeigt die Gründe für die strukturelle Bedingtheit der derzeit hohen Arbeitslosenquote angestellter Architekten an. Der Ausweg, als freischaffender Architekt oder in branchenähnlichen Arbeitsfeldern tätig zu werden, bietet nur für eine relativ geringe Anzahl

von Absolventen hinreichende Erfolgchancen.

Eine dem Studienbeginn vorausgehende Aufnahmeprüfung ist daher auch in Verantwortung gegenüber dem einzelnen Abiturienten und seinem zukünftigen Werdegang unabdingbar. Im Sinne einer Reform darf weitergedacht und nach der Reduzierung der Ausbildungskapazität gefragt werden. Ist es nicht sinnvoller, weniger Hochschulen finanziell und personell für eine exzellente Ausbildung zu unterstützen, als weiterhin eine Vielzahl von Hochschulen als Ausdruck einer regionalen Gießkannen-Strukturpolitik zu erhalten?

Reformen erfordern Ausdauer, aber auch Mut, um tiefgreifend Entscheidungen zugunsten des Neuen zu treffen. Dies zu tun, obliegt nicht nur den Hochschulen; hier ist gerade die Politik gefordert, um die Rahmenbedingungen der Reform nachzujustieren – im Sinne der Studierenden, die dem europäischen Hochschulraum eine menschliche Gestalt verleihen.

Olaf Bahner ist Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Bund Deutscher Architekten BDA. Andreas Emminger arbeitet als freischaffender Architekt BDA in Nürnberg und ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter (Teilzeit) an der Fakultät Architektur der Hochschule Regensburg. ■

Arbeitsmarkt Denkmalpflege

Von Nicoline-Maria Bauers und Titus Kockel

180.000 Pfund Sterling kostete die Studie, und ihr Ergebnis war niederschmetternd: Großbritannien, das Land der ungebrochenen Tradition seit Wilhelm dem Eroberer, hat nicht genügend qualifizierte Handwerker, um sein bauliches Kulturerbe zu erhalten. Über Jahrzehnte hinweg hatte man die Aus- und Fortbildung schlicht verschlafen. Die nationale Denkmalbehörde National Heritage und die Bildungsbehörde für die Bauberufe Construction Skills riefen daraufhin eine gemeinsame Ausbildungsplattform ins Leben, um Handwerker für die Denkmalpflege zu qualifizieren. Doch wird es noch Jahre dauern, bis das Land die nötigen Fachkräfte einsetzen kann.

Was in Großbritannien im Hausrückverfahren die öffentliche Hand leisten muss, schafft das Handwerk in Deutschland seit Jahren aus eigener Kraft. Seit 1985 bilden sich Handwerker denkmalfachlich zum „Restaurator im Handwerk“ fort. Mit dem in Großbritannien propagierten Ausbildungsstandard – entsprechend einem Gesellenbrief – wären die deutschen Buchbinder, Gold-/Silberschmiede, Holzbildhauer, Maler und Lackierer, Maurer, Metallbauer, Orgelbauer, Parkettleger, Raumausstatter, Steinmetze, Stuckateure, Tischler, Vergolder und Zimmerer übrigens glatt unterfordert. Wer Restaurator im Handwerk werden will, muss bereits Meister sein. In ca. 600 Stunden werden fachübergreifende und fachspezifische Denkmalinhalte gelehrt. Die Prüfungsordnungen werden von den zuständigen Landesministerien genehmigt.

In ihrer Freizeit und auf eigene Kosten besuchen die Meisterinnen und Meister zwei Jahre lang die Fortbildungszentren. Aber es lohnt sich. Gerade kleineren Betrieben bringt die Spezialisierung im Denkmalbereich einen Wettbewerbsvorteil, denn hier zählen nicht teure Maschinen, sondern Fertigkeiten und Verantwortung im Umgang mit der Bausubstanz. Seit 1985 haben sich rund 5.000 Res-



Lehmbaukurs im Zentrum für Restaurierung und Denkmalpflege Herrstein

© HwK Koblenz/PIELmedia

tauratoren im Handwerk ausbilden lassen. Auf den Denkmalbaustellen nehmen sie die Schlüsselposition bei der Ausführung der Baumaßnahmen ein und arbeiten Hand in Hand mit akademischen Restauratoren und Architekten. Mit ihrer Material- und Technikenkenntnis sind sie es, die die Möglichkeiten für die praktische Umsetzung erarbeiten – wie jüngst bei der Restaurierung des Neuen Museums in Berlin. So tragen sie einen Gutteil dazu bei, dass das bauliche Kulturerbe unseren Nachkommen

in vernünftigen Zustand übergeben wird.

Das war nicht immer so. Nach dem Zweiten Weltkrieg beherrschte das Leitbild der autogerechten modernen Stadt die städtebaulichen Planungen. Abriss, Neubau in Billigbauweise und Verwendung von Industriebauteilen sollten preisgünstigen neuen Wohnraum schaffen. Der Wandel kam schrittweise. Elf Jahre liegen zwischen der Charta von Venedig (1964) und dem Europäischen Jahr des Denkmalschutzes (1975),

doch in diesen elf Jahren vollzog sich ein Paradigmenwechsel. Die Öffentlichkeit begann, die negativen Seiten des Abriß- und Neubaubooms zu erkennen und entdeckte den Wert der historisch gewachsenen Umgebung. Eine Reihe staatlicher Förderungsmaßnahmen rund ums Baudenkmal wurde in Gang gesetzt: Städtebauförderung, Dorferneuerung, Zuschüsse der Denkmalbehörden, Gewährung von Steuervorteilen. Zwar stimmten bald die Rahmenbedingungen, jedoch waren dem Handwerk inzwi-

schen die traditionellen Techniken und das Wissen im Umgang mit historischen Materialien verloren gegangen. Daher wurden im Deutschen Zentrum für Handwerk und Denkmalpflege in der Propstei Johannesberg in Fulda und in der Akademie des Handwerks Schloss Raesfeld erste Fortbildungskurse angeboten. Mitte der 1980er Jahre wurde dann die Fortbildung „Restaurator im Handwerk“

Weiter auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

für Handwerksmeister eingeführt.

Doch während man auswärts neidisch auf unsere Handwerker schaut, haben sie hierzulande mit immer größeren Problemen zu kämpfen. Zum einen schwelt seit Jahren der leidige Abgrenzungsstreit zwischen den Diplomrestauratoren und den Handwerkern. Theoretisch ist es ganz einfach und 1996 in einer Kooperationsvereinbarung zwischen VDR (Verband der Restauratoren) und ZDH (Zentralverband des Deutschen Handwerks) festgehalten: Die akademischen Restauratoren sollen wissenschaftlich arbeiten, die Handwerker praktisch. Trotzdem gibt es Überschneidungen bei den Ausführungsleistungen. Mit Praktikanten als billigen Arbeitskräften liegen Diplomrestauratoren bei den Angeboten dann deutlich günstiger als Restauratoren im Handwerk, die für ihre Fachkräfte höhere Gehälter kalkulieren müssen und nicht von der Gewerbesteuer befreit sind.

Überhaupt bietet die Vergabepaxis bei öffentlichen Bauvorhaben in der Denkmalpflege kaum Anlass zum Jubel. Die VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) schreibt vor, dem „wirtschaftlichsten Angebot“ den Zuschlag zu geben. Angesichts leerer Kassen wird dies in vielen Fällen als das „billigste Angebot“ interpretiert. So werden Betriebe mit fragwürdiger Qualifikation auf das Kulturerbe losgelassen, wo sie dann aus blanker Unkenntnis Schäden verursachen, deren Reparatur enorme Kosten verschlingt, wenn sie denn überhaupt noch möglich ist. So wird billig schnell zu teuer. Für die Restauratoren im Handwerk wirkt sich die gute Qualifikation zum Nachteil aus, weil sie mit ihren realistischen Kalkulationen selten zu den billigsten Anbietern gehören.

Nicht genug, dass solche Marktverzerrungen Existenzen bedrohen. In den letzten Jahren sind auch die Aufgaben der Denkmalämter beschnitten worden. Stellen wurden abgebaut und die Zuschüsse, die die Ämter vergeben, wurden gestrichen.

Diese Politik signalisiert, dass die Denkmalpflege hinter andere Interessen zurückzutreten hat. Noch vor zehn Jahren war es viel attraktiver, sich denkmalfachlich zu qualifizieren. Ohne kontinuierliche Fortbildung können aber die traditionellen Techniken und das Materialwissen irgendwann nicht mehr weitergegeben werden.

Dabei ist die Denkmalpflege ein aussichtsreicher Wirtschaftsfaktor:

- Revitalisierte Altstädte beleben Einzelhandel und Gastronomie und machen Städte attraktiver. Unternehmen siedeln sich an, der Wohnwert steigt. Denkmalerhaltung schafft Standortqualität. Substanz erhaltende Sanierungen steigern außerdem den Wert der Altbauten.
- Die historische Bausubstanz gibt den Städten ein Gesicht. Das lässt sich vermarkten und lockt Touristen an. Jeder zehnte Europäer lebt heute vom Tourismus, und die Branche wächst.
- Dass traditionelle Baumaterialien und Techniken umweltverträglich und nachhaltig sind, haben sie über Jahrhunderte bewiesen. Wer historische Gebäude erhält, nutzt bereits vorhandene Ressourcen und braucht keine Energie, um neue Materialien herzustellen, von denen man nicht weiß, wie schädlich sie vielleicht sind. Restauratoren im Handwerk entwickeln ständig innovative Lösungen, die Einsparung von Energie am Altbau möglich macht, ohne die Substanz zu schädigen.

Besonders positiv aber sind die Auswirkungen der Denkmalpflege auf die Wirtschaft. Öffentliche Investitionen in der Denkmalpflege haben einen starken Multiplikatoreffekt:

Ein Euro öffentlicher Investitionen zieht durchschnittlich 9 Euro privater Investitionen nach sich. Staatliche Ausgaben haben eine wichtige Initialwirkung, sichern und schaffen rund 100.000 Arbeitsplätze pro Jahr – den Markt der Stadterneuerung und Altbausanierung noch nicht einmal berücksichtigt.

Gleiches gilt für die Steuereinsparungen für Denkmaleigentümer. Die Einnahmeverluste des Staates von jährlich rund 119 Millionen Euro werden durch mindestens 260 Millionen Mehreinnahmen aufgrund der durch die stimulierten Investitionen fälligen Umsatz-, Lohn-, Gewerbe- und Einkommenssteuern nicht nur gedeckt, sondern sogar in Mehreinnahmen verwandelt.

Auch dem Handwerk entstehen positive Effekte. In der Denkmalpflege werden 90 Prozent des Bauvolumens für die Herstellungskosten

benötigt, von denen 75 Prozent auf Personalkosten und nur 25 Prozent auf Materialkosten entfallen. Im Neubau dagegen machen die Personalkosten lediglich ca. 50 Prozent der Herstellungskosten aus. Durch die hohe Arbeitsintensität ist die Förderung von denkmalpflegerischen Maßnahmen also ein besonders nachhaltiges Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Investitionen in die Denkmalpflege kommen der einheimischen Bauwirtschaft und dem regionalen Arbeitsmarkt zugute – nach einer Analyse des Landesdenkmalamts Berlin stammen rund 90 Prozent der Rechnungen für denkmalpflegerische Zuwendungen von Handwerksbetrieben, Baufirmen und Architekten aus der Region Berlin-Brandenburg. Nicht nur die Baudenkmale profitieren von der staatlichen Denkmalpflege, sondern vor allem auch die regionale Wirtschaft.

Nur wenn der Denkmalmarkt funktioniert, kann das Fachwissen angewandt und an künftige Generationen weitergegeben werden – das hat die Nachkriegszeit gelehrt. Wird die Nachfrage nicht stimuliert, bricht der Markt ein. Die Folge ist der Verlust von Baudenkmalen, Geschichte, Wissen, Kompetenzen und tausenden von Arbeitsplätzen.

National Heritage und Construction Skills sind bei der systematischen Analyse der Gegenwart nicht stehen geblieben. Sie planen die Ausweitung der denkmalgesetzlichen Qualifikationsbestimmungen für den gesamten vor 1919 entstandenen Altbaubestand. Einen ersten entsprechenden Vorstoß haben sie im vergangenen Jahr im Unterhaus vorgenommen. Sollte der Plan aufgehen, wird dies den britischen Denkmalmarkt und damit die Aussicht auf sichere, nachhaltige

Arbeitsplätze auf einen Schlag verzehnfachen.

In Deutschland ist man dagegen weit davon entfernt, die Denkmalpflege als Zukunftsmarkt wahrzunehmen, geschweige denn zu erforschen und zu fördern. Dabei liegen hier die Dinge weitaus günstiger, und entsprechend größere wirtschaftliche Effekte stehen zu erwarten.

Etwas mehr Weitsicht und Entschlossenheit wäre auch hierzulande zu wünschen. Die Aufgabe, für die Denkmalpflege zu werben, den Markt zu erforschen und zu fördern, betrifft aber die ganze Gesellschaft, nicht nur das Handwerk. Schließlich geht es um unsere Kultur, unsere Geschichte – und unsere Zukunft.

Die Verfasser sind Referenten für Kultur, Messen, Gestaltung und Denkmalpflege beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) ■

Erhaltung und Pflege des Kulturerbes

Der Beruf des Restaurators • Von Mechthild Noll-Minor

Das Berufsbild und das Tätigkeitsfeld des Restaurators werden in der Öffentlichkeit nur sehr verschwommen und oft falsch wahrgenommen. Der Restaurator wird zuweilen als Künstler oder als Handwerker bezeichnet. Während der Künstler jedoch neue künstlerische Objekte erschafft und der Handwerker Objekte herstellt bzw. in funktioneller Hinsicht unterhält oder repariert, deren Gebrauchswert im Vordergrund steht, hat der Restaurator die Aufgabe, Kulturgüter zu erhalten. Kulturgüter bilden ein materielles und kulturelles Erbe, das von Generation zu Generation weitergegeben wird. Da sie von der Gesellschaft der Obhut des Restaurators anvertraut werden, trägt dieser Verantwortung nicht nur für das Kulturgut, sondern auch dem Eigentümer oder Träger, dem Urheber oder Schöpfer sowie der Öffentlichkeit und der Nachwelt gegenüber.

Der Restaurator agiert meistens in einem Team von Fachleuten verschiedener Spezialisierungsrichtungen und kommuniziert mit verschiedenen Interessensgruppen, zu denen neben den Eigentümern und Nutzern auch Vertreter der Denkmalpflege, Museen und Geldgeber gehören. Er übernimmt die Verantwortung für die Untersuchung, die Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten an dem Kulturgut sowie die Dokumentation aller Verfahren und führt sie persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig aus. Weitere Aufgaben des Restaurators sind die Erstellung von Restaurierungskonzepten, die Beratung und technische Unterstützung bei der Restaurierung von Kulturgütern, die Ausarbeitung von technischen Berichten über Kulturgüter ohne Berücksichtigung ihres Marktwerts, die Durchführung von Forschungsarbeiten zum Thema Restaurierung, die Ausbildung im Bereich der Restaurierung und die Publikation von Erkenntnissen aus Untersuchungen, Behandlungen oder Forschungsarbeiten.

Es gibt eine Grundsatzvereinbarung zwischen dem Verband der Restauratoren und dem Zentralverband des Handwerks, in der neben der gegenseitigen Anerkennung der Berufsbezeichnungen die Abgrenzung und Überschneidungen der Tätigkeitsbereiche von Restauratoren und Restauratoren im Handwerk formuliert sind. Rekonstruktionen, Ergänzungen und Neuschöpfungen in historischen oder modernen Techniken, sowie auch die Wiederaneignung und Vermittlungen historischer Techniken und die Dokumentation dieser Aufgaben gehören zu den Schwerpunkttätigkeiten der Restauratoren im Handwerk.

Der Verband der Restauratoren (VDR) ist der Berufs- und Fachverband



Zimmerer bei der Arbeit

© Herbert Piel, PIELmedia

der Restauratoren in Deutschland. Er ist Mitglied im Deutschen Kunstrat. Seine Hauptanliegen sind der Schutz und die sachgerechte Bewahrung des Kunst- und Kulturgutes unter Respektierung seiner materiellen, kunsthistorischen und ästhetischen Bedeutung. Der VDR vertritt zurzeit rund 3.000 Restauratoren, die in verschiedenen Sparten der Denkmalpflege, in Museen, Ausbildungsstätten oder freiberuflich tätig sind. Zu den Zielen und Arbeitsschwerpunkten des Verbandes gehören neben der berufsständischen Interessenvertretung der Restauratoren auf Bundes- und Landesebene vor allem der effektive Schutz und die sachgerechte Bewahrung des Kunst- und Kulturgutes durch eine Verknüpfung des Rechtes auf Führung der Berufsbezeichnung „Restaurator“ mit nachzuweisenden hohen Qualifikationskriterien entsprechend der nationalen und internationalen Berufsrichtlinien und -definitionen.

Der VDR fördert die wissenschaftliche Entwicklung des Berufsfeldes allgemein sowie die fachliche Qualifikation seiner Mitglieder und des beruflichen Nachwuchses sowie insbesondere die Hochschulausbildung für Restauratoren. Er setzt sich zudem für die Pflege und den Ausbau des fachlichen Austausches auf nationaler und internationaler Ebene mit dem Ziel des Berufs- und Kulturgutschutzes sowie für die Förderung des öffentlichen

Verständnisses für Berufsbild und Tätigkeit des Restaurators ein. Der Verband ist Mitglied im Europäischen Dachverband der Restauratorenverbände (E.C.C.O.) und trägt mit bei zum gemeinsamen europäischen Prozess der Weiterentwicklung und Profilierung des Berufs Restaurator (bzw. „Conservator-Restaurator“ im internationalen Sprachgebrauch).

Um den komplexen Anforderungen des Berufs und seinem interdisziplinären Charakter gerecht zu werden, hat sich seit mehreren Jahrzehnten auch international eine umfassende theoretische und praktische Ausbildung des Restaurators mit einem Abschluss auf Hochschulniveau etabliert. Das Studium, dem einschlägige Vorpraktika vorausgehen, erfolgt in den verschiedenen Fachrichtungen entsprechend der Vielzahl von Objektgattungen. Spezialisten gibt es unter anderem für die Konservierung und Restaurierung von Gemälden, Möbeln und Holzobjekten, Wandmalereien und Architekturoberflächen, Textilien, Musikinstrumenten, polychromen Bildwerken, moderner Kunst, technischem Kulturgut, archäologischem Kulturgut, ethnografischen und kunsthandwerklichen Objekten, Grafik, Archiv- und Bibliotheksgut, Glas, Leder und Steinobjekten und für archäologische Ausgrabungen.

Pro Jahr werden in Deutschland ca. 150- 200 Studenten immatri-

kuliert und haben an mindestens acht Hochschuleinrichtungen die Möglichkeit zu einem grundständigen Studium in den verschiedenen Fachrichtungen der Konservierung und Restaurierung von Kunst- und Kulturgut. Die drei universitären Studiengänge in Dresden, Stuttgart und München besitzen seit einigen Jahren das Promotionsrecht. Im Rahmen des Bologna-Prozesses wurden und werden alle Studiengänge modularisiert und mit Ausnahme des Studiengangs Restaurierung an der Akademie der Bildenden Künste in Dresden auch in Bachelor- und Master-Studiengänge umgewandelt. Bei der Umstellung wurde durch den Verband der Restauratoren und den Europäischen Dachverband der Restauratorenverbände E.C.C.O. in Positionspapieren deutlich gemacht, dass in der gesamten Ausbildung praktische und theoretische Lehrinhalte vermittelt werden müssen und erst der Master-Abschluss bzw. eine gleichwertige Qualifikation zur voll verantwortlichen, unabhängigen Tätigkeit auf dem Gebiet der Restaurierung befähigt. Die Studiengänge wurden dementsprechend auch konsekutiv eingerichtet, so dass in der Regel nur der Bachelorabschluss in der Fachrichtung Konservierung/ Restaurierung auch zur Aufnahme

Weiter auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Erhaltung und Pflege des Kulturerbes

eines Masterstudienganges in der Fachrichtung Konservierung/Restaurierung berechtigt. Es gab bisher auch nur eine sehr geringe Zahl von Studienabgängern mit dem Bachelor-Abschluss. Die meisten Studenten streben mit dem Master-Abschluss die volle Anerkennung in ihrem Beruf an.

Dennoch ist damit zu rechnen, dass in Zukunft mehr Bachelor-Absolventen direkt in die Berufspraxis gehen und als günstige Arbeitskräfte sowohl als Angestellte als auch selbstständig arbeiten werden.

Für eine allgemeinere Formulierung und Darstellung der erforderlichen Kompetenzen für den Berufseinstieg und die Berufsaus-

übung des Restaurators wurde vom Europäischen Dachverband der Restauratoren ein Kompetenzprofil in der Sprache des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR /EQF) erarbeitet. In diesem Dokument werden für die Niveaustufen 6 (entspricht dem Bachelor), 7 (entspricht dem Master und dem Berufseinstieg des vollverantwortlichen tätigen Restaurators) und 8 (entspricht der Promotion) die entsprechenden Kompetenzen formuliert, die im komplexen Prozess der Konservierung und Restaurierung erforderlich sind. Dieses Kompetenzprofil wird eine Rolle bei der Konzeption und Überprüfung sowohl grundständiger Studiengänge als auch von Weiterbildungsangeboten spielen. Nicht zuletzt wird es jedem Restaurator – auch langjährig den Beruf ausübenden Restauratoren ohne einschlägige akademische Ausbildung – ermöglichen, sich anhand

der selbstständig erworbenen Kompetenzen innerhalb des Kompetenzprofils einzuordnen.

Im krassen Gegensatz zum Ausbildungsstand und dem Berufsethos der Restauratoren stehen die Bedingungen für die Ausübung des Berufes auf dem Arbeitsmarkt. In Deutschland kann sich noch immer jedermann „Restaurator“ nennen, ohne irgendeine Qualifikation nachweisen zu müssen. Für die Öffentlichkeit ist kaum erkennbar, wer fachlich wirklich qualifiziert ist. Bisher existiert nur ein Gesetz zum Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“ in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Analyse der Gesetzeswerke zum Erhalt des kulturellen Erbes in verschiedenen Ländern Europas weisen Lücken sowohl in Bezug auf die Konzeption, die Durchführung als auch die Qualitätssicherung von Erhaltungsmaßnahmen auf. Im Rah-

men eines europäischen Projektes „Die Akteure in der Denkmalpflege und die Gesetzgebung“ (APEL) wurden daher von den beteiligten Institutionen verschiedener europäischer Länder im Jahr 2001 gemeinsame „Empfehlungen und Richtlinien zur Erlangung gemeinsamer Prinzipien bei der Konservierung und Restaurierung des Kulturerbes Europas“ verabschiedet. Zu den Empfehlungen gehören unter anderem folgende Forderungen:

- Aus dem Projektentwurf für eine Konservierung oder Restaurierung muss klar ersichtlich sein, dass nur Bewerbungen von Restauratoren in Frage kommen sollten, die eine hohe berufliche Qualifikation aufweisen. Konservatorische und restauratorische Leistungen sind freiberufliche Leistungen. Im Falle der Planung, der Ausschreibung und der Vergabe muss gewährleistet sein, dass sowohl während des

Auswahlverfahrens wie auch in der Auftragsformulierung für den Vertragspartner der Qualitätsgedanke über den finanziellen Erwägungen steht. Ein Restaurator muss im Planungsprozess und Vorauswahlverfahren eingebunden sein, um die fachliche Qualität der Ausschreibungen zu gewährleisten.

- Nach Abschluss eines Restaurierungsprojektes sind Maßnahmen der Wartung und Pflege einzuplanen, um durch eine Kontrolle des Zustandes und der Erhaltungsbedingungen kurze Restaurierungszyklen zu vermeiden und die gemeinsame Verantwortung von Eigentümern, Nutzern und Restauratoren wahrzunehmen.

Die Verfasserin ist Europa-Beauftragte des Verbandes der Restauratoren und Vizepräsidentin des Europäischen Dachverbandes der Restauratorenverbände (E.C.C.O.) ■

Kunst für die Öffentlichkeit

Der Bund und die Kunst am Bau • Von Werner Schaub

Im Jahr 2000 startete das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – so die damalige Bezeichnung – die „Initiative Architektur und Baukultur“. Dazu wurde eine Lenkungsgruppe installiert, in der alle am Bau beteiligten Sparten vertreten waren: Architekten, Ingenieure, Landschaftsarchitekten, Denkmalschützer und Künstler, für die der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) und der Deutsche Künstlerbund in dieses Gremium berufen wurden.

Am 10. Januar 2001 organisierte der BBK im Rahmen dieser Initiative im Auftrag des Bauministeriums ein Symposium, bei dem Architekten, Künstler und Vertreter des Ministeriums über verschiedene Aspekte zum Thema Kunst am Bau diskutierten: Über das Wettbewerbswesen ebenso wie über die Frage nach der eigentlichen Intention von Kunst am Bau.

Bereits 1953 hatte Bayern über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die zu der Verordnung K 7 führte, die Kunst am Bau regelte. Ursprüngliche Motivation zu dieser parlamentarischen Initiative war der Gedanke, den finanziell schlecht gestellten Künstlerinnen und Künstlern zu Einnahmen zu verhelfen.

Dieses Verständnis von Kunst am Bau als Fördermaßnahme für darbende Künstler hielt sich in der Folgezeit hartnäckig. Noch auf dem besagten Symposium in Bonn formulierte der im Ministerium zuständige Ministerialdirigent: „Der Förderzweck war und ist bis heute der primäre Ansatz der Mittelbereitstellung für Künstler bei Neu- und Umbauten des Bundes. Dies bedeutet z. B., dass vornehmlich solchen Künstlern eine Möglichkeit geboten werden muss, jeweils zum Zuge zu kommen, die einer Förderung bedürfen: Also junge, noch nicht allseits anerkannte und etablierte Künstler.“

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass Kunst am Bau bisweilen zumindest zwiespältig gesehen wurde:

- von manchen Architekten, die ihr Bauwerk bereits selbst als Kunstwerk sahen,
- von Kunstkritikern, die Kunst am Bau als „Auftragskunst“ abqualifizierten,
- von Künstlern selbst, die ihre künstlerische Leistung nicht als bloße Dekoration verstanden wissen wollten.

In der Realität allerdings steht der Fördergedanke allein schon lange nicht mehr an erster Stelle. Häufig wurden Aufträge „freihändig“ vergeben, also ohne Wettbewerb, zum Zuge kamen nicht selten bereits etablierte Künstler. Und ob bei einem Gebäude

überhaupt Kunst realisiert wurde, hing nicht selten davon ab, ob sich in den Arbeitsetagen des Ministeriums jemand dafür einsetzte. Bisweilen wurden solche zusätzlichen Mittel für die Kunst auch von den Architekten des Gebäudes abgeschöpft, etwa mit der Applikation einer zusätzlichen Säulenreihe vor dem Bau. Oder aber der Bau selbst wurde zu teuer, die Kunst kurzerhand ersatzlos gestrichen. Oder die Mittel für die Kunst wurden eingesetzt, um restauratorische Arbeiten zu finanzieren.

Ein grundsätzliches Umdenken setzte zu Beginn der 1990er Jahre ein: Im Rahmen des Umzugs von Regierung und Parlament nach Berlin berief der seinerzeit zuständige Minister Klaus Töpfer nach einem Fachgespräch mit dem BBK einen Kunstbeirat, der in dreijähriger Arbeit ein Konzept für die Kunst an und in den Regierungsbauten in der neuen Hauptstadt erarbeitete. Der Fördergedanke aus den 1950er Jahren fand dabei insofern Beachtung, als einerseits auch offene Wettbewerbe ausgeschrieben wurden, einer davon ausschließlich für Studenten der deutschen Kunstakademien, und andererseits etwa 10 Prozent des Gesamtvolumens von annähernd 15 Millionen DM für Ankäufe von Arbeiten auf Papier zur Verfügung gestellt wurden. Auch zu den beschränkten Wettbewerben wurden neben bekannten Künstlerpersönlichkeiten auch weniger renommierte eingeladen, und da diese Wettbewerbe anonymisiert waren, bekamen durchaus auch weniger etablierte Künstlerinnen und Künstler den Zuschlag.

Nach dem Abschluss der erfolgreichen Arbeit des Kunstbeirates wurde beim Ministerium ein Sachverständigenkreis „Kunst am Bau“ eingerichtet, in dem neben Vertretern von BBK und Deutschem Künstlerbund zwei Professorinnen von Akademien, der Vertreter eines Museums, ein Architekt und eine Kulturjournalistin vertreten sind, außerdem Mitarbeiterinnen des Ministeriums und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sowie des Kulturstaaatsministers (BKM). Unter der Mitarbeit dieses Gremiums wurden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) bisher acht öffentliche Werkstattgespräche zu spezifischen Fragen zu Kunst am Bau veranstaltet und etliche Studien verschiedener Thematik in Auftrag gegeben, so etwa zur Akzeptanz von Kunst am Bau oder zur historischen Entwicklung oder zu Perspektiven.

Auch das eingangs erwähnte Symposium, das der BBK 2001 in Bonn durchführte, wurde in diesem Sachverständigenkreis angedacht, die Er-

gebnisse später weiter entwickelt, bis schließlich 2005 der „Leitfaden Kunst am Bau“ formuliert wurde, mit dem der Bund erstmals detailliert die Kunst am Bau regelt. In diesem Leitfaden, der ein Erlass und damit verbindlich ist, sind auch die Ziele deutlicher formuliert als in der früheren Verordnung K 7: „Die öffentliche Hand steht mit ihren Bauwerken in besonderer Weise im Blickfeld der Öffentlichkeit. Ihr kommt eine baukulturelle Verantwortung und Vorbildfunktion zu. Der Bund bekennt sich zu dieser Verantwortung. Seine Bauwerke sollen, insbesondere wenn sie herausgehobenen gesamtstaatlichen Funktionen dienen und an exponierten Standorten stehen, das baukulturelle Niveau und Verständnis in unserem Land widerspiegeln und nationale Visitenkarte sein. Kunst am Bau ist ein Element von Baukultur, das deren Qualität und Ausdruckskraft mitprägt. Kunst am Bau ist daher ein integraler Bestandteil der Bauaufgabe und Bauherrenverantwortung.“

Dieses klare Bekenntnis des Bundes zur Kunst am Bau beendet die bisweilen erkennbare Konkurrenzsituation zwischen Architekten und Künstlern, und dies vor allem dadurch, dass bereits im Wettbewerbsverfahren für die Architekten schon darauf hingewiesen wird, dass Kunst am Bau vorgesehen ist; die Architekten sind dann im nachfolgenden Kunstwettbewerb immer im Preisgericht vertreten. Diese Praxis hat mit dazu beigetragen, dass die früheren Vorbehalte mancher Architekten gegenüber der Kunst am Bau nicht nur seltener zu Tage treten, sondern dass sich viele von ihnen aktiv in die Wettbewerbsprozesse zur Kunst in den von ihnen entwickelten und realisierten Bauten einbringen.

Der „Leitfaden Kunst am Bau“ hat nicht nur dann Gültigkeit, wenn der Bund selbst baut, also bei Regierungs- oder Parlamentsgebäuden, bei deutschen Botschaften und Schulen im Ausland, bei zahlreichen Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen, sondern auch dann, wenn der Bund sich an Bauten der Länder finanziell beteiligt.

Vor allem aber sieht sich der Bund in einer Vorbildrolle den Ländern gegenüber und erwartet von dort entsprechende Bemühungen. Etliche der Länder werden dieser Erwartung auch gerecht wie etwa Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg, andere dagegen weniger bis gar nicht.

Das Ergebnis einer Umfrage, die der BBK in den 1990er Jahren zusammen mit dem Münchener ifo-Institut durchgeführt hat, macht deutlich, dass im Vergleich mit anderen künstlerischen Sparten wie etwa Malerei, Grafik oder Fotografie die Künstlerinnen und Künstler im Bereich Kunst



Kunst im Bundestag: Mann auf der Leiter an der Fassade des Paul-Löbe-Hauses von Neo Rauch
Foto: Deutscher Bundestag/Jörg Seiler

am Bau die solidesten Einkünfte haben. Das bedeutet zwar nicht, dass sie sich völlig und ausschließlich darauf spezialisiert haben – Kunst am Bau wird immer nur ein Teilbereich künstlerischer Arbeit sein. Aber die Erkenntnis aus dieser Umfrage zeigt, dass die ursprüngliche Intention der früheren Verordnung K 7 aus den 1950er Jahren, auch wenn sie nicht mehr im Vordergrund steht, doch mit dazu beitragen kann, Künstlerinnen und Künstler in die Lage zu versetzen, nicht ausschließlich abhängig zu sein vom rein kommerziellen Erfolg beim Verkauf ihrer Werke auf dem Kunstmarkt. Und deshalb sind die Maßnahmen von Kunst am Bau in Bund und Ländern auch eine besondere Form der Förderung und Unterstützung der Kulturszene in Deutschland.

Die Teilnahme an einem Wettbewerb zu Kunst am Bau ist für Künstlerinnen und Künstler eine ganz besondere Herausforderung, natürlich immer zielgerichtet in der Hoffnung, am Ende den Zuschlag zu bekommen. Für viele ist aber auch

die Teilnahme schon ein Gewinn, die Auseinandersetzung mit einer besonderen Aufgabe scheint für nicht Wenige auch fruchtbar zu sein für ihre künstlerische Entwicklung. Denn die meisten Beiträge in den Wettbewerben zeigen, dass kaum jemand sich künstlerisch verbiegt, vielmehr stehen die eingereichten Ideen fast immer im Kontext zur übrigen künstlerischen Sprache der Bewerber. Aber im Gegensatz zur sonstigen künstlerischen Produktion wird die Kunst für den Bau nicht für die Abgeschlossenheit eines Museums oder den individuellen Sammler entwickelt. Kunst am Bau steht der Öffentlichkeit zur Verfügung, sie erreicht damit auch ein Publikum, das sonst eher selten mit zeitgenössischer Kunst in Berührung kommt. Und damit verifiziert die Kunst an den öffentlichen Bauten für alle sichtbar das Postulat, Deutschland sei eine Kulturnation.

Der Verfasser ist Künstler und Vorsitzender des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler ■

Soziokultur – eine Frage der Qualifikation?

Kulturpolitische Anmerkungen zum Bedarf am kulturpädagogischen Nachwuchs • Von Wolfgang Schneider

Die Soziokultur ist in die Jahre gekommen. Die Bewegung ist erlahmt, die Konzepte sind angestaubt, die Macher ergraut. Die Methoden sind schon lange nicht mehr Alleinstellungsmerkmal der soziokulturellen Zentren. Soziokultur hat als Prinzip Eingang gefunden in die gesamte Kulturlandschaft: All überall Kultur für alle, immer wieder mal das Bürgerrecht auf Kultur und selbst das Stadttheater in der Provinz akquiriert mittlerweile neue Publika zum „Heimspiel“. Und trotzdem kann die kommunale Kulturpolitik nicht mehr ohne soziokulturelles Angebot eine relevante und nachhaltige Kulturentwicklungsplanung fortschreiben. Fragt sich nur, mit wem? Wer führt die Soziokulturellen Zentren ins fünfte Jahrzehnt? Welche Qualifikationen werden gebraucht? Wie steht es um die Nachwuchsförderung, wie um die Ausbildung, wie um die beruflichen Chancen?

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages empfiehlt der Bundesregierung, „die Arbeit und Wirkungsweise von soziokulturellen Zentren so zu evaluieren, dass daraus Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Studiengänge und Curricula in den Kulturwissenschaften gewonnen werden können“. Mit Mitteln des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien wurde die Kulturpolitische Gesellschaft betraut, mittels Interviews ein Qualifikationsprofil zu erstellen, das Ausbildungsgrundlagen und -erfordernisse für Mitarbeiter in der Soziokultur formuliert. Inhaltlich geht es darum, die soziokulturelle Praxis im Blick auf Programmangebote, Arbeitsabläufe, Organisati-

onsstrukturen, Zielgruppenarbeit und Selbstverständnis zu befragen, um daraus Folgerungen für die Anforderungen derartiger Tätigkeiten gewinnen zu können. Auf einer Fachkonferenz Ende 2009 an der Fachhochschule Potsdam wurden erste Ergebnisse diskutiert.

Was ist der gesellschaftliche Auftrag?

Am Anfang war das Projekt, dann kamen die Zentren und heute geht es vor allem um's Überleben! Ist die Soziokultur noch der Raum für die Selbstverwirklichung von Subkulturen? Ist das soziokulturelle Projekt noch das Modell der Kulturpädagogik? Ist das soziokulturelle Zentrum noch der Ort des Paradigmenwechsels von der Sozial- zur Kulturarbeit? Im Wettbewerb der Freizeitgesellschaft geht mittlerweile dem Publikum die Puste aus; denn so viel Programm war nie. Soziokultur muss mit dem Spaßbad ebenso konkurrieren wie mit der Softwareindustrie. Soziokultur muss sich mit der Inszenierung der Shoppingmalls, Musentempeln, Medien- und Musikbranche messen. Soziokultur muss sich in der Kulturförderung gegen all die Traditionen, die Tanker und die vielen Teilöffentlichkeiten legitimieren. Die Einschätzung der Enquete-Kommission scheint daher doch eher idealistisch als realistisch zu sein. Soziokulturelle Zentren seien als eigenständiger Förderbereich in der Kulturpolitik zu identifizieren, zu institutionalisieren und weiterzuentwickeln, heißt es im Abschlussbericht von 2007. Das war bisher nicht einfach, das wird erst recht nicht einfach sein und schon gar nicht einfach werden. Dazu bedürfte es

nämlich klarer Definitionen, konkreter Konzeptionen und dezidiert kulturpolitischer Aufträge.

Wie war das nochmal mit der Wiedergewinnung des Ästhetischen? Was hatte Hermann Glaser mit der Mitbestimmung des Individuums durch Mitbestimmung in und an der Gesellschaft gemeint? Was wollte Hilmar Hoffmann mit der Kultur für alle von allen? Wenn man diese theoretischen Maßstäbe anlegen würde, müsste man zu der Erkenntnis gelangen, dass die soziokulturelle Praxis gescheitert ist. Aber sie ist im Großen und Ganzen noch immer näher dran, an den Themen der Zeit, an den Menschen vor Ort, an Interdisziplinarität, Internationalität und Interkulturalität als all die anderen öffentlichen geförderten Träger der Kultur. Dort wo die Soziokultur sich der künstlerischen Auseinandersetzung im wahrsten Sinne des Wortes widmet, kann sie wahrhaftig sein; dort wo sie sich ihrer Standortsensibilität gewahr wird, kann sie authentisch sein; und dort wo sie sich als Hort der Alltagskultur versteht, kann sie Impulse für die Gesellschaft geben.

Was dient der Professionalisierung?

Die Wahrnehmung von Soziokultur in der Öffentlichkeit ist unterschiedlich. Das hat auch damit zu tun, dass sie gelegentlich allzu selbstreferenziell im eigenen Saft schmort. Aber auch die gegenläufige Tendenz, auf jeden fahrenden Zug aufzuspringen und systemkonform zum Beispiel beim kulturpolitischen Hype um die kulturelle Bildung dabei zu sein, trägt nicht unbedingt zur Profilbildung bei. Immer mehr Selbstausbeutung und

immer mehr Ehrenamt, gleichzeitig aber auch immer mehr Akquise von Eigeneinnahmen schaffen nicht die Rahmenbedingungen für eine sichere Zukunft. Und das wiederum wirft genau die Frage auf, welche Eignung das Personal von morgen mitbringen muss. Machen alle alles? Braucht es Generalisten oder Spezialisten? Und wie steht es um die Professionalisierung, Qualifizierung und Institutionalisierung? Quo vadis Soziokultur?

Die alten Hasen erwarten selbstverständlich Qualifikationen, die sie selbst haben oder zumindest gerne gehabt hätten; die modernen Kulturmanager erwarten den Kulturbetriebswirt; und die Erwartung aller ist die eierlegende Wollmilchsau, die mit Studienabschluss auch gleichzeitig schon eine 25-jährige Praxiserfahrung mitbringt. Eines dürfte dabei aber klar sein: Ohne eine enge Verzahnung von Studium und Soziokultur kann es zukünftig nicht weitergehen. Beste Voraussetzungen bildet das Freiwillige Soziale Jahr Kultur, mit dem sich so manch einer der Kulturbetriebe mittlerweile personell über Wasser zu halten versucht. Der Einsatzort soziokulturelles Zentrum könnte mit Sicherheit attraktiver sein, wenn sich die Landesverbände als Partner einbringen, Standards für Projektarbeit definieren und spezifische Rahmenbedingungen formulieren würden. Die Verknüpfung von Lehre mit obligatorischen Praktika, ja warum denn auch eigentlich nicht in letzter Konsequenz die Etablierung der kulturellen Praxis als Studienbereich, wird unabdingbar für die Begleitung des Entwicklungsprozesses sein. Völlig unausgereift ist bisher das Angebot von Volontariaten. Hier besteht akuter Handlungsbedarf,

hier bedarf es in den Personalhaushalten geeigneter Festlegungen, hier müssen Landesprogramme flächendeckend Sorge dafür tragen, dass die eigenverantwortliche Einarbeitung zur existentiellen Frage der Struktur gemacht wird.

Wie sollte man Soziokultur studieren?

Modelle der Nachwuchsförderung sind notwendig, sie müssen ausprobiert und evaluiert werden, sie müssen Programmauftrag und Managementaufgabe sein. Und all das bedarf der Spiegelung in den Studiengängen. Soziokultur muss ins Curriculum. Kulturstudiengänge ohne Seminare und Übungen zur Soziokultur sind nicht mehr haltbar, sie gefährden die im Bologna-Prozess geforderten Employability der Absolventen. Wer nichts von Soziokultur weiß, weiß auch nichts in der beruflichen Praxis damit anzufangen. Es braucht Kompetenzen, um in der Soziokultur zu bestehen, künstlerischen Kompetenzen, kulturpädagogische Kompetenzen und kulturmanageriale Kompetenzen. Die Kulturwissenschaften bieten hierfür eine Chance, allerdings nur dann, wenn sie sich auf die Theorie und die Praxis der Künste einlassen, wenn sie Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik verstehen, wenn sie Kulturvermittlung als umfassende ästhetische Kategorie begreifen. Da muss sich an manch einer Hochschule einiges ändern! Es könnte sich auch dadurch etwas ändern, wenn genügend qualifizierte Dozenten aus der soziokulturellen Praxis zur Verfüg-

Weiter auf Seite 20

www.kulturpartner.net

WDR 3

Kulturpartner
Deutscher
Kulturrat e.V.

Ihr Radio für
beste Musik und
aktuelle Kultur

WDR 3. Aus Lust am Hören.

Fortsetzung von Seite 19

Soziokultur

gung stünden. Lehraufträge sollten zum Arbeitsprofil jener nächsten Generation gehören, denen die Leitung von Soziokulturellen Zentren anvertraut wird.

Bedarfes nach all den Argumenten vielleicht sogar eines eigenen Studienganges? Soziokultur als Fach? Eine Art Sozio-Kulturwissenschaft? Nein, das

braucht es nicht! Denn wenn es so ist, wie die Enquete-Kommission es in ihrer Bestandsaufnahme festhält, dass in ganz Deutschland keine zwei Zentren zu finden sind, die in Organisations- und Programmstruktur identisch sind, dann ist Vielfalt keine Beliebigkeit, sondern Prinzip und Methode. Und dies gilt es zu sichern. Soziokultur gestaltet sich insbesondere nach den Erfordernissen und Bedürfnissen der urbanen und regionalen Gegebenheiten, von sozialen und kulturellen Bewegungen, des

ökonomischen und demografischen Wandels. Sie ist geprägt durch die Menschen, die sie machen, sie ist geprägt von den gesellschaftlichen Herausforderungen und gelegentlich auch von der Architektur, in der sie stattfindet. Sie braucht vor allem die Kompetenz der Kommunikationsfähigkeit – und die braucht Anspruch, Empathie und Persönlichkeit.

Offenheit und Neugier schärfen zudem den Blick auf die Veränderungen in der Gesellschaft. Insofern braucht es den neuen Typus des Kul-

turvermittlers, der in der Kulturbetriebslandschaft vielfältig einsetzbar ist. Die Durchlässigkeit im Personalwesen könnte auch der Soziokultur gut tun – als Netzwerk im kommunalen Raum, als Kooperationspartner in der Region, als offenes Kulturzentrum in der Stadt. Die Zukunft der Soziokultur ist demnach also sehr stark mit der Qualifikation der Generation Nachwuchs verbunden. Wenn es gelänge, den Transformationsprozess auch personell zu gestalten, wenn es gelänge, Arbeitsstrukturen zu si-

chern, die künstlerisch und kulturpädagogisch Gewicht haben, wenn es gelänge, nachhaltiges Aus-, Fort- und Weiterbildung zu reformieren, dann müsste es uns um die Soziokultur nicht bange sein.

Der Verfasser ist Direktor des Instituts für Kulturpolitik der Universität Hildesheim und war Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ■

Modell-Land Nordrhein-Westfalen

Kulturelle Bildung in- und außerhalb der Schule • Von Eva Adelt und Brigitte Schorn

Kulturelle Bildung in Nordrhein-Westfalen hat Vorbildfunktion für andere Bundesländer – nicht nur im Kulturhauptstadtjahr 2010. Schulministerin Sommer und Familienminister Laschet betonen in diesem Sinne die hohe Relevanz des Themas für Kinder und Jugendliche: „Bündelung und Vernetzung von Partnern, Moderation von Entwicklungsprozessen, Verständnis zwischen den Systemen Schule, Jugendhilfe und kulturpädagogischen Institutionen entwickeln, all dies geschieht nicht aus Selbstzweck, sondern dient alleine dem Ziel, jedes Kind und jeden Jugendlichen an kultureller Bildung in Nordrhein-Westfalen teilhaben zu lassen.“

Als eine Schulklasse den „Zauberlehrling“ von Johann Wolfgang von Goethe kennenlernte, sahen die Schülerinnen und Schüler zum Abschluss der Unterrichtsreihe den Disney-Film „Fantasia“, in dem Mickey Maus den Zauberlehrling spielt. Der Filmausschnitt ist mit Musik hinterlegt. Es wird kein einziges Wort gesprochen. Eine Schülerin sagte anschließend begeistert: „Ich konnte mir nie vorstellen, dass man einen Film verstehen kann, in dem nicht gesprochen wird. Aber die Musik hat Stimmungen, Gefühle, Situationen und Personen so toll beschrieben, dass ich alles verstanden habe.“ Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, unseren Kindern und Jugendlichen vielfältige kulturelle Erfahrungen mit allen Sinnen zu ermöglichen.

Vielfältige Sinneserfahrungen sind nur im Zusammenspiel aller Institutionen möglich. Kooperationen sind notwendig, um jedem Kind die Chance zu eröffnen, mit möglichst unterschiedlichen Kunstformen in Berührung zu kommen.

Internationale und nationale Initiativen bringen Bewegung

Auch auf internationaler Ebene herrscht Konsens, dass kultureller Bildung eine hohe Bedeutung zukommt. Im Rahmen der UNESCO-Weltkonferenz wurden 2006 in Lissabon kulturelle Bildung und Teilnahme am kulturellen Leben als Menschenrechte benannt. Bundesweit haben die Jugend- und Familienminister sowie die Kultusministerkonferenz mit Beschlüssen die Bedeutung kultureller Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen hervorgehoben und ihren hohen Stellenwert im Bildungssystem verdeutlicht.

Im Zuge dieser Entwicklungen hat Nordrhein-Westfalen bereits am 13. Dezember 2006 die Initiative „Modell-Land Kulturelle Bildung Nordrhein-Westfalen“ ins Leben gerufen. Auf Einladung von Staatskanzlei, Schulministerium und Jugendministerium fand damals eine erste Standortbestimmung mit Land, Kommunen, Einrichtungen, Organisationen und Verbänden der kulturellen Bildung statt. Diese bun-

desweit einmalige Initiative hat in den letzten Jahren viele wegweisende Maßnahmen eingeleitet. Eine erste positive Bilanz konnte am 18. Dezember 2009 in Köln gezogen werden (Ergebnisse unter: www.kulturellebildung-nrw.de > Aktuelles > Nachrichten).

Gerade im Kulturhauptstadtjahr 2010 gilt es, die erreichten Ergebnisse zu stabilisieren und möglichst viele Schulen, Kommunen, Kultur- und kulturpädagogische Einrichtungen in das landesweite Netzwerk einzubeziehen. Inzwischen gibt es im Rahmen der Initiative zahlreiche neue Landesprogramme, die sehr erfolgreich sind:

- Die Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ bietet den Kindern eine intensive Auseinandersetzung mit Musik und Instrumenten. Durch dieses Projekt können im Ruhrgebiet allein bis zum Ende des Schuljahres 2009/2010 fast 43.300 Grundschulkindern ein Instrument erlernt haben.
- Im Programm „Kultur und Schule“ kann sich jede Schule jedes Jahr um Fördergelder für ein gemeinsames Projekt mit Künstlern bewerben.
- Der Landeswettbewerb „Kommunale Gesamtkonzepte“ prämiiert herausragende Netzwerkkonzepte der Kommunen, die den Schulen vor Ort und schulischen Lernorten, wie etwa Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen oder Kunstschulen, Unterstützung bieten.
- Der Preis „Kultur prägt! Künstlerinnen und Künstler begegnen Kindern und Jugendlichen!“ zeichnet die gelungene Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern mit jungen Menschen in den Bildungs- und Kulturreinrichtungen des Landes aus. Alle Schulen können sich bewerben.

Kulturelle Bildung im Ganztag

Alle Schulen, vor allem aber die Ganztagschulen, verfügen mittlerweile über finanzielle Mittel, um Vorhaben der kulturellen Bildung umzusetzen. Seit dem 1. August 2009 stehen neben den offenen Ganztagschulen im Primarbereich auch allen Ganztagschulen der Sekundarstufe I zeitliche und finanzielle Ressourcen für neue Kooperationen mit außerschulischen kulturellen Partnern zur Verfügung. Erfahrungen, wie Kulturangebote einbezogen werden können, gibt es bereits aus der Tradition des Förderprogramms „Dreizehn Plus“ in der pädagogischen Übermittagsbetreuung der Sekundarstufe I. Dabei geht es in der Regel um überschaubare und zeitlich passgenaue Angebote für die Schülerinnen und Schüler.

Flexible Zeitkonzepte in Ganztagschulen bieten Spielräume für verpflichtende und freiwillige Angebote. Diese Entwicklung bietet Platz für neue, attraktive kulturbezogene Schulkonzepte. Die Angebote kultureller Partner der Jugendarbeit, der Künstlerinnen und Künstler sowie der Kulturinstitutionen werden in die Schulen und deren Konzepte in-



Kooperationen sind notwendig, um jedem Kind die Chance zu eröffnen, mit unterschiedlichen Kunstformen in Berührung zu kommen.
© Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und jugendbildung

tegriert, um ganzheitliche Bildung für alle Kinder zu ermöglichen. Hilfreich ist eine Kooperationsvereinbarung, in der beide Partner möglichst genau festlegen, welchen Umfang die Zusammenarbeit haben soll und wozu sie sich verpflichten. Schulen, die viele kulturelle Projekte anbieten, finanzieren diese oft auch zusätzlich über Sponsorengelder vor Ort. Häufig sind dies exponierte Projekte, die der Schule eine gute Außenwirkung in dem Stadtteil oder der Gemeinde ermöglichen.

Kernlehrpläne und kulturelle Bildung – das passt zusammen

Kulturelle Bildung in der Schule hat viele Gesichter: Sie findet in Musik und Kunst, im Unterricht aller Fächer, in eigenen Projektwochen, in Ganztagsangeboten oder auch in Arbeitsgemeinschaften statt. Alle diese Möglichkeiten stehen Schulen für die Gestaltung ihres kulturellen Profils zu Verfügung. Darüber hinaus können kulturelle Projekte problemlos in die kompetenzorientierten (Kern-)Lehrpläne eingebunden werden. Beispiele für eine solche Umsetzung finden sich im Internet unter www.kulturellebildung-nrw.de > Projektpool. Die mehr als 60 Projekte finden zum einen im Fachunterricht und zum anderen in außerschulischen kulturellen Lernorten, etwa in Museen oder Theatern statt. Die Kernlehrpläne, so zeigt sich hier eindrucksvoll, bieten eine Fülle von Anknüpfungspunkten für kulturelle Projekte. Schließlich geben die Empfehlungen zur kulturellen Bildung in der Schule, die im Jahr 2007 von über 70 Verbänden und Institutionen verabschiedet worden sind, zahlreiche Hinweise, wie man

kulturelle Bildung in einer Schule nachhaltig verankern kann (siehe Beilage „Kulturelle Bildung in der Schule“ Schule NRW 07/08 und www.schulministerium.nrw.de > Schulsystem > Kulturelle Bildung).

Besonders außergewöhnliche außerschulische Lernorte bietet in diesem Jahr das Ruhrgebiet als Kulturhauptstadt Europas. Die mehr als 60 Projekte speziell für Kinder und Jugendliche bieten einen spannenden Anlass, den Unterrichtsraum zu verlassen, um die Atmosphäre der RUHR.2010 zu erleben. Informationen sind im Internet unter: www.ruhr2010.de abrufbar.

Auf der Einführungsveranstaltung im Januar betonten führende Politiker die wichtige Rolle der Kultur für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen. „Statt Kohle werden nun Schätze gefördert, die aus den Köpfen und Herzen der Menschen kommen“, so Bundespräsident Horst Köhler in seiner Eröffnungsrede. Er führte weiter aus: „Hier ist Kultur – ganz im Sinne der alten Folkwang-Idee – keine elitäre Veranstaltung, sondern eine lebensgestaltende Kraft für alle. Sie stiftet Gemeinschaft zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebensalter und Interessen. Sie hilft, die Welt von heute zu verstehen und die Möglichkeiten von morgen auszuloten.“ José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission betonte: „Essen für das Ruhrgebiet 2010 – das sind fünf Millionen Menschen, die mit Mut und Kreativität Wandel gestalten. (...) Die Vielfalt des Ruhrgebietes ist heute größer denn je: Bei Industrie und Dienstleistungen, Handel und Gewerbe, Forschung und Bildung, bei Kultur und Kunst – und Fußball wird hier auch gespielt, habe ich gehört.“

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers verwies auf den großen Gewinn, den dieser Ehrentitel für das Land bedeute: „Heute geht ein Traum in Erfüllung: Die Stadt Essen, und mit ihr Europas neue Metropole Ruhr, ist europäische Kulturhauptstadt! Wir in Nordrhein-Westfalen sind stolz darauf. (...) Eine Kultur für alle von allen – das ist die Idee der Kulturhauptstadt.“

Aufgaben der Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in NRW“

Seit 2009 finanzieren Schul- und Jugendministerium die Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW“ mit Sitz an der Akademie Remscheid. Zentrale Aufgabe der Arbeitsstelle ist es, die an der Entwicklung kultureller Bildung beteiligten Systeme zu vernetzen, Kooperationen zu initiieren, Personal zu qualifizieren und die entsprechenden Prozesse zu moderieren. Langfristig geht es darum, ein Netzwerk mit Anbietern und Trägern aus Schule und Jugend(kultur-)arbeit auszubauen, die das Angebot kultureller Bildung aufeinander abstimmen und weiterentwickeln. Dabei erfüllt die Arbeitsstelle ihren Auftrag in enger Abstimmung, insbesondere mit der Staatskanzlei, den beiden Landesmedienzentren als Träger der Vorhaben „Bildungspartner NRW“ und „Film+Schule NRW“, der Serviceagentur „Ganztagig Lernen NRW“ sowie den Verbänden, mit denen das Schul- und Familienministerium Rahmenvereinbarungen zur Zusammenarbeit in Ganztagschulen und

Weiter auf Seite 21

Fortsetzung von Seite 20

Ganztagsangeboten abgeschlossen haben. Dazu gehören insbesondere die Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit NRW, der Landesverband der Musikschulen und die Landesvereinigung der Jugendkunstschulen.

Auf der Internetseite der Arbeitsstelle werden umfangreiche Informationen zur kulturellen Bildung für Schulen, Kommunen, Kultur- und Jugendeinrichtungen angeboten. Neben Informationen über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und über Inhalte kultureller Bildung bieten gute Praxisbeispiele vielfältige Anregungen und qualitativ hochwertige Empfehlungen für die tägliche Arbeit. Das Internet, Broschüren und Arbeitshilfen informieren zudem über Möglichkeiten und geben Hinweise für die Kooperation mit den außerschulischen Partnern. Die Fortbildungsdatenbank „Kulturelle Bildung NRW“ bietet Lehrkräften, pädagogischen Fachkräften sowie Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, sich aktuell und übersichtlich über Fortbildungsangebote im Schnittfeld von Schule, Jugendarbeit und kultureller Bildung zu informieren. Die Arbeitsstelle hat es sich zur Aufgabe gemacht, Konzepte, Materialien und Bausteine für die Fort- und Weiterbildung zu entwickeln und zu erproben. Ziel ist ein Fortbündungsverbund für Lehrkräfte, kulturpädagogische Fachkräfte und

Mitwirkende aus Kultureinrichtungen sowie für pädagogisches Personal in Ganztagschulen.

Die neuen regionalen Bildungszentralen, die bislang in 40 der 53 Kreise und kreisfreien Städte gegründet wurden, bieten auch im Kulturbereich gute Entwicklungsmöglichkeiten. Finanziell und strukturell von Schulministerium und Kommunen unterstützt, existieren dort regionale Bildungsbüros. Deren Aufgabe ist es, gemeinsame Strategien und Strukturen für Austausch, Vernetzung und Entwicklung zu erarbeiten. Die Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW“ wird exemplarisch einige der regionalen Bildungszentralen begleiten, um „vor Ort“ konkrete Kooperationen zwischen Schulen, Kultureinrichtungen und den Einrichtungen der Jugendarbeit anzuregen und zu qualifizieren.

Mehr Kultur in die Schulen

Kooperationsstrukturen zwischen Schulen und ihren kulturellen regionalen und überregionalen Partnern müssen weiterverbessert werden. Denn: Flächendeckende Verzahnung und Verankerung von kultureller Bildung in Schulen ist wichtiger Bestandteil des „Modell-Landes Kulturelle Bildung Nordrhein-Westfalen“. Insbesondere der Ganztagsbildung bietet eine große und einmalige Chance, damit sich Kultur als selbstverständliches Bildungselement für Kinder



Foto: Julia Zitzlperger

und Jugendliche etabliert. Für eine nachhaltige und verlässliche Umsetzung der Modell-Land Initiative in allen Schulen sind drei Faktoren von zentraler Bedeutung: Vernetzung, gemeinsame Qualitätsentwicklung und die Qualifizierung der handelnden Personen vor Ort.

Regionale Bildungsnetzwerke und Qualitätszirkel sollen die Schulen in ihrem Bemühen um kulturelle Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unterstützen. Perspektivisch

sollen sie sich zu zentralen Orten des Austausches und der Vernetzung entwickeln. In den nächsten Jahren gilt es, dauerhafte Strukturen in der Zusammenarbeit der Partner kultureller Bildung und den Bildungseinrichtungen gemeinsam in den Kommunen und Kreisen mit Leben zu füllen und nachhaltig zu gestalten. Letztlich wird kulturelle Bildung in den Schulen auch in schwierigen Zeiten die Präsenz eines guten kulturellen Angebotes in Städten und Gemeinden stärken.

Zum Weiterlesen: Arbeitsstelle Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit NRW (Hrsg.): Werkbuch 01, Kulturelle Bildung für alle. Remscheid: sgp, 2009. oder auch: www.kulturellebildung-nrw.de

Eva Adelt ist Referentin u.a. für Schule und Kultur im Ministerium für Schulen und Weiterbildung NRW. Brigitte Schorn ist Leiterin der Arbeitsstelle Kulturelle Bildung in Schulen und Jugendarbeit an der Akademie Remscheid ■

Der Bildungsföderalismus in der Vertrauenskrise

Ein Zwischenruf von Olaf Zimmermann

Selten sind so große Diskrepanzen zwischen politischen Positionen und der Einschätzung der Bevölkerung anzutreffen wie in der Bildungspolitik. Wer mit ganz normalen Bürgerinnen und Bürgern spricht, wer sich mit Eltern unterhält, wird wenig positive Worte über den Bildungsföderalismus hören. Den meisten ist vollkommen unverständlich, warum es sechzehn verschiedene Bildungssysteme geben muss. Warum jedes Land das Rad neu erfinden und die gemachten Fehler der anderen noch einmal wiederholen muss. Im Zusammenhang mit der Vergabe des „Deutschen Lehrpreises – Unterricht innovativ, der vom Deutschen Philologenverband und der Vodafone Stiftung Deutschland ausgelobt wird, hat der Deutsche Philologenverband beim Institut für Demoskopie Allensbach eine Befragung zum Thema „Bildungsföderalismus“ in Auftrag gegeben.

Die Befragung fand vom 5. Februar bis 7. März 2010 statt. Befragt wurden 2.262 Personen, die einen repräsentativen Durchschnitt der

deutschen Bevölkerung darstellen und älter als 16 Jahre sind. Von diesen 2.262 Interviews wurden 436 mit Eltern von Schulkindern geführt.

Den Bildungspolitikern in den Ländern aber auch im Bund sollte ein zentrales Ergebnis zu denken geben: der überwiegende Teil der Befragten, insgesamt 61%, sprach sich dafür aus, dass der Bund für die Schul- und Bildungspolitik zuständig sein soll. Nur 21% waren dafür, dass die Schul- und Bildungspolitik in die Zuständigkeit der Länder fällt. Insgesamt 18% der Befragten waren unentschieden. Werden die Eltern von Schulkindern befragt, so fällt das Ergebnis noch eindeutiger aus. Immerhin 64% der Befragten sprachen sich für eine Zuständigkeit des Bundes in der Schul- und Bildungspolitik aus. Wird nach Ländern differenziert, so stimmen insbesondere Befragte aus den ostdeutschen Ländern für eine Bundeszuständigkeit in der Schul- und Bildungspolitik, so 84% der Befragten aus Sachsen-Anhalt, 81% der Befragten aus Thüringen, 80% der Befragten aus Brandenburg, 79% der Befragten

aus Sachsen, 72% der Befragten aus Berlin und 69% der Befragten aus Mecklenburg-Vorpommern. Sehr spannend ist, dass selbst von den befragten Hessen, die nur zu 42% eine Bundeszuständigkeit in Fragen der Schul- und Bildungspolitik befürworteten, nur 29% sich für eine Zuständigkeit des Landes entschieden. Hier scheint es viele Unentschiedene zu geben. In keinem Bundesland hat sich die Mehrheit der Befragten für eine Zuständigkeit des Landes in Fragen der Schul- und Bildungspolitik ausgesprochen. Der höchste Wert für eine Länderzuständigkeit ist bei 33% der Befragten aus Hamburg festzustellen. In Bayern, dem Land, das sich ganz besonders dadurch auszeichnet, dass auf der Zuständigkeit in der Schul- und Bildungspolitik bestanden wird, sind nur 22% der Befragten für eine solche Länderzuständigkeit.

Dieses Ergebnis ist geradezu ein klassisches Beispiel dafür, wie an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei regiert wird. Denn die Föderalismusreformen der letzten Legislaturperiode dienten dazu, die

Kompetenzen der Länder gerade auch in der Bildungspolitik zu stärken und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern einzuschränken, wenn nicht gar zu untersagen. Diese Entscheidungen decken sich offenkundig nicht mit den Positionen der Bevölkerung.

Und in der Tat ist es schon beachtlich, dass auf europäischer Ebene mit Blick auf die akademischen Ausbildungen ein Hochschulraum errichtet wird und in der deutschen Schul- und Bildungspolitik die Kleinstaaterei Urstand feiert. Wenn noch ein Schritt weiter mit Blick auf die angestrebte Mobilität der Arbeitnehmer im europäischen Binnenmarkt geschaut wird, wird es noch abstruser, wenn auf einer Höhe der Länder in Fragen der Schul- und Bildungspolitik beharrt wird. Ein wichtiges Ziel der Architekten des europäischen Binnenmarktes zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts war mit Hilfe der Mobilität von Waren, Dienstleistungen aber auch Arbeitskräften einen starken europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, der nicht nur ein Garant

für friedliches Zusammenleben, sondern auch für wirtschaftliche Prosperität ist.

Was steht also an? Würden sie das Ergebnis ernst nehmen, müssten die Kultusminister der Länder an ihrer eigenen Selbstabschaffung arbeiten und dem Bund die Zuständigkeit in der Schul- und Bildungspolitik übertragen. Da eine solche Forderung fast einer Abschaffung eines der 10 Gebote nahekommt, wäre das Mindeste eine stärkere Angleichung der Schulsysteme der 16 Länder. In diesem Zusammenhang sollte das wenig geschätzte G8, also das Abitur nach acht statt nach neun Jahren gleich mit beerdigt werden. Die Einrichtung von mehr Gesamtschulen würde immerhin von einem Drittel der Befragten goutiert werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die Gesellschaft beschworen. Sie wäre mutig, wenn sie dem Taten folgen lassen würde.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.

Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerdereverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerdereverein

Vorstand

Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates

Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerdereverein@kulturrat.de

Kreativitätserziehung: ihre Relevanz – und ihr Potenzial

Neue Projekte sind notwendig • Von Christoph Schäfer

Buchtitel und ihre Untertitel: Das wäre oft ein Fall für die Paarberatung. Denn gar nicht so selten werden völlig unterschiedliche Text-Temperaturen auf dem Einband zusammengepfercht und müssen dann miteinander auskommen. Besonders hart trifft es das eher nüchterne Wort „Kreativität“: Steht es auf einem Buchtitel, wird es häufig von so großspurigen Unterzeilen bedrängt wie „Was wir von Michelangelo, Einstein und Co lernen können“ oder gar: „Wie Sie das Unmögliche schaffen und Ihre Grenzen überwinden“. Ein besonders sensibler Kreativitäts-Autor bewies zwar Gespür für dieses Problem, aber sein Untertitel „Hohe Erwartungen an einen schwachen Begriff“ ist wiederum des Guten zu viel. Denn wer „Kreativität“ als Worthülse abqualifiziert, verkennt ihre bildungspolitische Relevanz: Es ist wichtig und wird künftig noch bedeutsamer, Projekte zur Kreativitätsförderung zu initiieren.

Der Mainzer Erziehungswissenschaftler und Kreativitätsforscher Dr. Markus Höffer-Mehlmer nennt gleich mehrere Bedeutungsstränge, aus denen sich die besondere Position von Kreativität herleitet: Zum einen die ökonomische Dimension. Den wirtschaftlichen Wert neuer Ideen habe bereits vor rund 60 Jahren der amerikanische Psychologe und Pionier der Intelligenzforschung Joy P. Guilford betont. Hinzu kommen jedoch laut Höffer-Mehlmer weitere Bedeutungsebenen, die verhindern, dass ein Plädoyer für die Wertschätzung von Kreativitätserziehung im rituellen Würdigen des „Rohstoffs Innovation als einzige Ressource eines rohstoffarmen Landes“ erstarrt. Ihm zufolge ist zeitgemäße Kreativitätspädagogik vielmehr eine soziale, um nicht zu sagen staatsbürgerliche Erziehung. Und das in doppelter Weise. Zum einen bedeute Kreativitätserziehung, Kindern ein positives Selbstbild zu vermitteln: „Es ist von zentraler Bedeutung für das Gelingen kreativer Prozesse, Ich-Stärke zu entwickeln, seinen Ideen, Gedanken und Gefühlen zu trauen und diese auch zu vertreten.“ Umgekehrt gehe es nicht darum, autoritäre Brachial-Genies heranzuzüchten, sondern im Gegenteil das Zusammenspiel von Eigenleistung und den Vorstellungen anderer beim Erreichen eines gemeinsamen Ziels einzuüben. Höffer-Mehlmer zufolge geht diese komplexe Dimension von Kreativität weit über das hinaus, was



Kreativitätserziehung vermittelt Kindern ein positives Selbstbild.

Foto: tesa/SE/Rothe

die wachsende Zahl von Ratgebern und Programmen im Blick habe, die „Kreativität im Schnelldurchgang“ versprechen. Ebenso sei dieses Kreativitätsverständnis eine „Anfrage an das institutionalisierte Lernen“. Diese Anfrage bedeute keineswegs eine Absage an die Institution Schule, sie fordere jedoch dazu auf, projekt- und teamorientierte Lernformen weit mehr als bislang geschehen umzusetzen.

Wie in anderen pädagogischen Bereichen, etwa der Ernährungserziehung oder der Vermittlung von Medienkompetenz, können hier fächerübergreifend konzipierte Sponsoringprojekte eine wichtige Scharnierfunktion erfüllen: Sie lassen sich in den Unterricht integrieren, und bieten gleichzeitig die Möglichkeit, klassische Unterrichtsformen zu erweitern.

Ein seit vielen Jahren bestehendes „Best Practice“-Beispiel im Feld Krea-

tivitätserziehung wird von der tesa SE und der Stiftung Lesen realisiert: Beide Partner entwickelten Ende der 1990er Jahre ein als „Geschichten-Erfinder-Bastel-Wettbewerb“ konzipiertes bundesweites Grund- und Förderschulprojekt, das weit über das konventionelle Verständnis von „Basteln“ hinaus auch das Drehen von Videos, das Inszenieren von Theaterstücken oder das Verfertigen von Klang-Collagen einschließt. Stefan Grote, Geschäftsführer tesa Consumer, blickt zurück: „Lange bevor Ergebnisse der PISA-Studien in Deutschland diskutiert wurden, gab es bei tesa Überlegungen, wie das Unternehmen im Rahmen eines CSR-Engagements die Kreativität von Schülern fördern könnte. Denn: ohne Kreativität kein Fortschritt. Die Stiftung Lesen war durch ihre pädagogischen Konzepte bekannt, so dass eine gute Basis bestand, etwas gemeinsam auf die Beine zu stellen.“

Die Resonanz war von Anfang an bemerkenswert: Bereits bei der Premiere 1999 beteiligten sich 635 Klassen mit rund 16.000 Jungen und Mädchen. Zehn Jahre später machten 2.300 Klassen mit. In den vergangenen elf Jahren waren insgesamt über 400.000 Kinder aktiv mit dabei. Das Besondere: Schulen in Bezirken mit vielen Kindern aus Migrationsfamilien oder aus so genannten bildungsfernen Schichten sind ausgesprochen eifrige Wettbewerbsteilnehmer – und schneiden sehr erfolgreich ab. Ein weiteres Phänomen: Sehr viele Lehrkräfte sind mehrmals mit dabei und realisieren das Projekt fast jedes Jahr mit ihrer Klasse – etwa Marie-Anne Traub aus Herbolzheim: „Es ist immer wieder wunderbar, zu sehen, mit welcher Begeisterung die Schüler ans Werk gehen, um das Thema vielschichtig erarbeiten zu können. Jeder Schüler, auch der schwächste, hat sich in das Projekt eingebracht.“

Das Prinzip des Projekts: Bekannte Kinderbuchautorinnen und -autoren wie Monika Feth oder Manfred Mai schreiben zu wechselnden Themen je einen Geschichtenanfang, der dann frei weitergeführt werden kann. Einige Wochen lang haben die teilnehmenden Klassen Zeit für ihr jeweiliges kreatives Bastelprojekt, die schönsten Einsendungen werden anschließend prämiert. Als Preise locken Autorenlesungen und Klassenfahrten. Ergänzt werden die Wettbewerbsmaterialien mit didaktischen Tipps und Buchvorstellungen.

So vielfältig die Geschichtenanfänge sind – allen gemeinsam ist, dass die beiden literarischen Helden des Projektes mitwirken: die zwei lesebegeisterten Freunde Tesalino und Tesalina. Sie begegnen in den jeweiligen Abenteuern geheimnisvollen Urzeitwesen oder Außerirdischen, sie tauchen mit Korallenfischen um die Wette oder erforschen den bedrohten Regenwald. Für das aktuelle Projekt im Schuljahr 2009/2010 mit dem Titel „Tesalino und Tesalina – ein tierischer Fall“ hat Achim Bröger, Träger des Deutschen Jugendliteraturpreises, den Geschichtenbeginn verfasst: Ein

Zoo muss schließen und die Tiere brauchen jetzt dringend eine neue Heimat – aber wo? Hier sind jetzt die Kinder gefragt: Sie können schreiben, malen, basteln und so die Story weiterentwickeln. „Ich freue mich auf die Fortsetzungen – und bin sicher, das Projekt trifft den Nerv vieler Kinder“, erklärt Bröger. „Nach meiner Erfahrung schreiben Kinder sogar deutlich lieber als früher eigene Texte“. Bröger führt das auf einen Modernitätsschritt in der Grundschulpädagogik zurück, der beim Verfassen von Texten weniger die Schreibfehler als die Kreativität der Kinder berücksichtigt. Dieser Ansatz führt, ohne die Vermittlung korrekter Rechtschreibung aus dem Blick zu verlieren, zu einem Motivations Schub, der sich auch auf das Leseverhalten auswirkt. „Dieses pädagogische Konzept verfolgt auch dieser Wettbewerb – und deshalb unterstütze ich das Projekt gerne.“

Ein Blick in eine Tesalino-Projektwerkstatt: Mit Feuereifer bastelt die Klasse 3 b der Grund- und Hauptschule Weier bei Offenburg am Welt-Artenschutztag, dem 3. März, unter der Leitung von Lehrerin Simone Goski an einer imposanten, modernen Arche, mit der sie den von Achim Brögers geschilderten Zoo-Tieren ein neues Zuhause bieten wollen. Lehrerin Simone Goski: „Hier kann jedes Kind seine speziellen Fähigkeiten und Interessen ins Spiel bringen, gleichzeitig wird der Teamgeist gefördert.“

Der Pädagoge Dr. Höffer-Mehlmer sieht in solchen Äußerungen den Beleg dafür, dass die Kreativitäts-Debatte kein theoretischer Modediskurs ist, sondern sich immer wieder ganz praktisch erden lässt – wenn man dafür die nötigen Strukturen schafft: „So wichtig es ist, am Lernort Schule über Effizienz nachzudenken, so wichtig sind kreative Biotopie. Denn wenn man über Kreativität spricht, geht das nicht ohne handfestes Tun. Alles andere wäre wie Stricken ohne Wolle.“

Der Verfasser ist Pressesprecher Bildung, Politik, Forschung der Stiftung Lesen ■



Ohne Kreativität kein Fortschritt

Foto: tesa/SE/Rothe

Netzwerkkampagne bauTraum 2010

Baukultur und Schule • Von Michael Braum und Anneke Holz

Die gestaltete Umwelt berührt alle Bereiche unseres Lebens. Gebäude, in denen wir uns aufhalten, Plätze, über die wir gehen, Landschaften, durch die wir streifen, beeinflussen unser alltägliches Leben. Dabei prägen wirtschaftliche und funktionale Anforderungen allzu oft den Charakter dieser Orte. Räume, die unseren praktischen und ästhetischen Ansprüchen gerecht werden und an denen wir uns wohl fühlen, finden sich eher selten. Ob ein Ort unseren Bedürfnissen entspricht, hängt von vielem ab. Um allen Ansprüchen gerecht zu werden, ist es notwendig, alle Beteiligten, die Entwerfenden, die Ausführenden, die Bauherren und nicht zuletzt die Nutzer, zu Wort kommen zu lassen. Nur im Dialog entstehen Orte und Räume, in denen wir leben wollen. Aus diesem Dialog entsteht eine Qualität.

Baukultur ist Ausdruck unseres sozialen Miteinanders und damit ein Spiegel unserer Gesellschaft. Sie kann nur in einem Umfeld gelingen, das von einer hohen Sensibilität für ihre Qualität gekennzeichnet ist. Dabei braucht es das Wissen um das Vergangene, ein Bewusstsein für die Gegenwart sowie die Verantwortung für unsere Zukunft. Die Bundesstiftung Baukultur, die seit 2008 ihre Arbeit mit ihrem Sitz in Potsdam aufgenommen hat, setzt sich dafür ein, ein Bewusstsein für die gestaltete Umwelt und den Dialog über Baukultur mit ihren Veranstaltungen, Initiativen und Publikationen in der Gesellschaft breit zu verankern. Deswegen haben die Bundesstiftung Baukultur, ihr Förderverein, die Bundesarchitektenkammer und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die Netzwerkkampagne bauTraum unter der Schirmherrschaft von Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung als gemeinsame Initiative ins Leben gerufen.

BauTraum? Baut Raum!

Mit der Netzwerkkampagne bauTraum 2010 sollen bundesweit Projekte und Aktivitäten vorgestellt werden, die Kindern und Jugendlichen ihre gebaute Umwelt bewusster machen, sie für Baukultur begeistern und sie einladen, den eigenen „BauTraum“ zu benennen und mit zu gestalten, um daraus eine Vorstellung von Baukultur und ihren Qualitäten zu gewinnen. Indem die Bundesstiftung Baukultur und ihre Partner mit bauTraum die öffentliche und politische Aufmerksamkeit auf vielfältige Aktivitäten im Bereich der Baukulturvermittlung für Kinder und Jugendliche lenkt, möchte sie ihre Wertschätzung gegenüber dem vorhandenen Engagement von Schulen, Eltern und baukulturellen Initiativen ausdrücken und zusätzlich zu weiterem Engagement anstiften. Gleichzeitig möchte bauTraum die verschiedenen Akteure aus Politik, Wirtschaft, Planung und Kultur mit den konkreten Aktivitäten von Schulen, Schülern und Eltern vernetzen und den Erfahrungsaustausch zwischen den Disziplinen und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe möglich machen.

Unsere Partner, die Bundesarchitektenkammer und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, widmen sich seit einigen Jahren der Baukulturvermittlung für Kinder und Jugendliche. Das Programm der Bundesarchitektenkammer „Architektur macht Schule“ und die Initiative der Deutschen Stiftung Denkmalschutz „denkmal aktiv“ erreichen junge Menschen, Planer und Pädagogen in ganz Deutschland. Im Zusammenschluss soll der Netzwerkkampagne bauTraum Nachdruck verliehen und dazu beitragen werden, ein hohes öffentliches und



Eröffnung der Netzwerkkampagne bauTraum in der IBA-Stadt Naumburg, Aktion „Schwebender Raum“, kirchentrotzjaner.de

© Ute Kluge, BAK

politisches Interesse zu bewirken. Denn eine frühzeitige baukulturelle Bildung ist von zentraler Bedeutung, wenn Baukultur in der Gesellschaft Schule machen soll. Demzufolge möchte bauTraum mit vielfältigen Aktivitäten das sinnliche Erleben, das gemeinsame und fächerübergreifende Lernen und ein Verständnis für soziale, historische, gestalterische und ökologische Zusammenhänge der gestalteten Umwelt bei Kindern und Jugendlichen fördern. Dazu eingeladen sind Akteure aus Planung, Bildung, Politik und Kultur im 2. Schulhalbjahr 2009/2010, sich mit schulischen und außerschulischen Aktionen zu beteiligen, in deren Mittelpunkt das alltägliche Lern- und Lebensumfeld der Schülerinnen und Schüler steht – wie thematischer Unterricht, Workshops, Ausstellungen, Diskussionsforen, handwerkliche Aktivitäten, Baubegehungen, Projekttag u.a.

Baukultur im Lehrplan

Aber wie ist bauTraum konkret umsetzbar? Selbstverständlich üben heute Kinder und Jugendliche in der Schule ihre Sprachkenntnisse, ihre naturwissenschaftlichen, sportlichen, künstlerischen, musischen und sozialen Fähigkeiten. Aber wo findet sich Baukultur im Lehrplan? Unser Anliegen ist es, mit bauTraum den Schülern die Prozesse, Zusammenhänge und Ergebnisse unserer gestalteten Umwelt nahe zu bringen. Trotz voller Lehrpläne ließe sich Baukultur im Schulalltag mühelos integrieren: Wie anschaulich lesen wir z.B. über Baukultur in der Weltliteratur, wie einleuchtend werden die Bezüge zwischen Mathematik, Zahlenspiel und (gebautem) Raum bei Pythagoras deutlich, und wie einprägsam finden sich jeher die politischen und historischen Verhältnisse ihrer jeweiligen Epoche räumlichen Ausdruck, seien es die Akropolis, das Forum Romanum, Versailles oder unsere heutigen Berliner Regierungsbauten. Verschiedene Bundesländer erkennen aufgrund der Initiative der Architektenkammern bereits Architektur-Weiterbildungen für Lehrer an. Zahlreich sind die bestehenden Angebote, nur einige Beispiele von vielen sind das Engagement der Montag Stiftung,

der Wüstenrot Stiftung oder des JAS Jugend Architektur Stadt e.V., die mit Beratungen, Unterrichtsmaterialien, Kinderbüchern, Jugendworkshops ein vielseitiges Spektrum bieten. Mit Unterstützung der Politik, Schulträgern und Elterninitiativen ließe sich das bestehende Angebot ausbauen. Gemeinsame Weiterbildungsmöglichkeiten von Planenden und Pädagogen oder bundesweite Leitfäden für den Unterricht wären hier perspektivisch denkbar.

Aktionen von bauTraum

Die Eröffnungsveranstaltung von bauTraum am 1. Februar 2010 in Naumburg gab einen ersten Ausblick auf folgende mögliche Projekte: Die Stadt Naumburg hatte im Rahmen der IBA Stadtumbau 2010 und ihres Projekts „Stadt Bildung“ ca. 250 Schülerinnen und Schüler zu einem Aktionstag eingeladen. Die Bandbreite von anschließenden Schüler-Werkstätten reichte von einem Klima-Forschungslabor bis zum Bau einer begehbaren Idealstadt: Die Schülerinnen und Schüler machten sich im Naumburger Dom, in verschiedenen Schulen und an besonderen Orten der Stadt auf die gemeinsame Spurensuche. Unterstützt von Architekten, Denkmalpflegern, Bauingenieuren und Stadtplanern, entdeckten die Kinder und Jugendlichen ihr Lebensumfeld aus neuen Blickwinkeln und konnten ihre gestalterischen Fähigkeiten erproben. Als Ergebnis trugen die Nachwuchs-Baumeister ihre eigenen Entwürfe am Abend durch die Stadt und präsentierten sie im Naumburger Rathaus. Zur Ankündigung des geplanten Architektur- und Umwelthauses in Naumburg schwebte am Nachmittag ein goldener Raum durch die Naumburger Altstadt. Der schwebende Körper, zuvor von Schülerinnen und Schülern des Naumburger Domgymnasiums und der Partnerstadt Aachen zusammen erbaut, brachte Passanten und die jungen Akteure miteinander ins Gespräch und die engen Gassen zum Leuchten. „Gemeinsam mit den Schülern werden wir zu Akteuren und eignen uns die Stadt als Spielraum an“, erläuterte Gerald Klahr (Kirchentrotzjaner, Büro für interaktive Planungsmethodik, Stutt-

gart) die Absicht seiner spielerischen Aktion. Die Eröffnungsveranstaltung war auch der Startschuss für das gemeinsame Schulprojekt „Entdecke deine Stadt“, ein Schüleraustausch der Städte Hamburg und Naumburg. Das Projekt versetzt die Kinder in die Lage, sich gegenseitig die eigene Stadtgeschichte, die Stadtpolitik und die bauliche Gestaltung des jeweiligen Lernortes zu vermitteln. Bis zu ihrem Abschluss, den die Netzwerkkampagne bauTraum am 12. September 2010, dem „Tag des offenen Denkmals“ findet und an dem dieses Jahr alle bauTraum-Akteure in ganz Deutschland dazu aufgerufen sind, ihre Baukultur-Projekte der Öffentlichkeit vorzustellen, werden noch vielfältige Aktionen folgen. Anmeldungen sind dazu noch laufend möglich und willkommen.

Worauf baut die Bildung?

Darüber hinaus setzt sich die Bundesstiftung Baukultur für die Verbesserung unseres Bildungssystems und einer dementsprechend anspruchsvollen Gestaltung unserer Bildungsbauten ein, die sie als die zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert betrachten. Selten wird das Thema Bildung als Teil der Baukultur diskutiert. Jedoch spiegelt sich vor allem auch in unseren Bildungsbauten ihr Stellenwert in der Gesellschaft. Der Stellenwert der Bildung muss sich nicht zuletzt in der Gestaltung unserer Bildungsbauten, Schulhöfe und Spielflächen und ihrer Vernetzung mit dem Stadtquartier widerspiegeln. Ihren Konvent der Baukultur hatte die Bundesstiftung deswegen am 16. und 17. April 2010 auch zum Anlass genommen, um an konkreten Beispielen über die Rolle des gebauten Raumes als „dritter Lehrer“, über Qualität, Identität und Verantwortung mit einem Forum aus ca. 350 ausgewählten Bauexperten aus dem In- und Ausland sowie Vertretern aus der Politik, der Kultur und den Medien zu diskutieren.

Mit dem Konvent der Baukultur nimmt die Bundesstiftung eine Standortbestimmung zur Lage der gestalteten Umwelt in Deutschland vor, verbunden mit Empfehlungen an die Verantwortlichen aus Politik und Planung, die die Bundesstiftung

in ihrem Bericht der Baukultur zusammenfasst. Im April 2010 sind die ersten drei Bände zu den inhaltlichen Schwerpunkten Bildung, Freiraum und Verkehr im Birkhäuser Verlag erschienen. Der vierte Band wird im Herbst 2010 den Bericht um die Ergebnisse der Konventsdebatte vervollständigen. Mit dem Bericht der Baukultur richten wir uns nicht nur an die verantwortlichen Vertreter aus Politik und Planung, sondern wir wünschen uns auch eine breite Leserschaft in den Schnittstellen-Bereichen und hoffen, zum Thema Bildung vor allem auch Lehrerinnen und Lehrer und Vertreter der Schulverwaltungen und aus der Bildungspolitik zu erreichen.

Michael Braum ist Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur. Anneke Holz ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesstiftung Baukultur ■

Ausblick und Termine

Am 3. Mai lädt die Bundesarchitektenkammer in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW zu ihrer Veranstaltung „Architektur macht Schule“ ein. Im Juni 2010 wird die Bundesstiftung Baukultur in ihrer Veranstaltung „Worauf baut die Bildung? Baukultur aus Nutzersicht“ am Beispiel aktueller Schulbauten baukulturelle Qualitäten mit den beteiligten Netzwerkpartnern und Vertretern aus der Bildungspolitik, der Pädagogik und der interessierten Öffentlichkeit erörtern. Ihren Abschluss findet die Netzwerkkampagne bauTraum am 12. September 2010, dem „Tag des offenen Denkmals“, an dem dieses Jahr alle bauTraum-Akteure in ganz Deutschland dazu aufgerufen sind, ihre Baukultur-Projekte der Öffentlichkeit vorzustellen.

Weitere Informationen über Ländereaktivitäten, Anmeldeöglichkeiten, Schulprojekte, Wettbewerbe, Publikationen, Termine, Akteure und Aktionen zum Thema Baukultur und Schule unter: www.baut-raum.de / www.tag-des-offenen-denkmals.de/bautraum

Gemeinsame Anstrengungen für gemeinsame Ziele

Die europäische Kulturagenda • Von Alison Crabb

Mit der Annahme der europäischen Kulturagenda im Jahr 2007 wurde ein neues Kapitel in der europäischen Kulturzusammenarbeit aufgeschlagen. Zum ersten Mal sind gemeinsame Anstrengungen auf klar definierte gemeinsame Ziele gerichtet: Die Europäische Kommission legte den Vorschlag vor, die Mitgliedstaaten (Entschließung des Rates vom 16. November 2007) und das Europäische Parlament (Graça Moura-Bericht, April 2008) unterstützten ihn und die Zivilgesellschaft sprach sich beim europäischen Kulturforum in Lissabon im Herbst 2007 ebenfalls dafür aus.

Die Agenda definiert nicht nur drei große gemeinsame Ziele – die Stärkung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, die bestmögliche Nutzung von Kultur als Motor für Kreativität, sowie der Ausbau der zentralen Rolle der Kultur in den EU-Außenbeziehungen – sondern sie legt auch den Grundstein für neue Formen der Zusammenarbeit. Der vorliegende Artikel beschreibt diese Arbeitsmethoden, beleuchtet einige politische Entwicklungen seit der Annahme der Agenda und wirft einen Blick auf Eckpunkte für das Jahr 2010.

Offene

Koordinierungsmethode

Als eine der Neuerungen führt die Agenda die „offene Koordinierungsmethode“ (OKM) als ein neues Verfahren für die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Expertinnen und Experten der Mitgliedstaaten ein. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich eine Arbeitsweise, die sich u. a. in den Bereichen Bildung, soziale Sicherheit, Beschäftigung und Jugend bereits bewährt hat. Die offene Koordinierungsmethode ist ein zwischenstaatlicher Rahmen für den Meinungsaustausch und für gemeinsames Handeln, der auf der freiwilligen Teilnahme der Mitgliedstaaten beruht. Ziele und Arbeitsstrukturen werden in den gewohnten politischen Entscheidungsgremien festgelegt, in diesem Fall sind das die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat. Expertengruppen, deren Mitglieder von den Mitgliedstaaten benannt werden, diskutieren gemeinsam Beispiele von good practice, bewerten diese und erstatten den Mitgliedstaaten Bericht in Form von veröffentlichten Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Diese Empfehlungen sind jeweils an die zuständige politische Entscheidungsebene gerichtet, in einigen Fällen ist das die europäische, meistens jedoch die nationale oder regionale Ebene.

Die Mitgliedstaaten haben vier Expertengruppen eingerichtet, um einige der Prioritäten des Arbeitsplans für Kultur 2008-2010 des Rates zu bearbeiten. Die vier Gruppen befassen sich mit folgenden Themengebieten: Verbesserung der Mobilitätsbedingungen für Künstler und andere Kulturakteure, Erleichterung der Mobilität von Kunstsammlungen, Ausbau der Synergien zwischen Kultur und Bildungswesen sowie optimale Nutzung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrie. Ein eigenes Netzwerk, in dem die Mitgliedstaaten und Eurostat, das statistische Amt der EU, zusammengeschlossen sind, verfolgt die Arbeiten zur Verbesserung der Datenerhebungsmethodik im Kultursektor. Jede OKM-Gruppe wird bis Ende Juni 2010 den Politikverantwortlichen einen Bericht mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur Diskussion vorlegen.

Strukturierter Dialog

Mit der Agenda wurde auch ein stärker strukturierter Dialog zwischen der Europäischen Kommission und



© Europäische Kommission

dem Kultursektor eingeleitet. Die Heterogenität des Sektors schwächt seine Stimme auf europäischer Ebene und erschwert es dadurch, praktische Erfahrungen der Basis in die Programm- und Politikplanung einfließen zu lassen. Um die Zusammenarbeit und den Dialog mit dem Sektor zu fördern, hat sich die Europäische Kommission von der „Rainbow Plattform“ inspirieren lassen, die der Kultursektor selbst im Vorfeld des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 gegründet hat. Über einen Aufruf zur Interessenbekundung wurden europäische Verbände eingeladen, sich um zwei weitere Themen herum zusammenzuschließen: Zugang zur Kultur und Potenzial der Kultur- und Kreativindustrie. Jede dieser selbst verwalteten Plattformen umfasst derzeit rund 40 europäische Mitgliedsverbände. Den Vorsitz führt jeweils Interarts (Zugang zur Kultur) und das European Forum for Architectural Policies (Kultur- und Kreativindustrie). Die Rainbow Plattform hat sich zu einer Plattform für ein interkulturelles Europa entwickelt.

Alle drei Plattformen des strukturierten Dialogs haben erste Empfehlungen veröffentlicht, die sich auf die praktische Erfahrung ihrer Mitglieder stützen. Sie „übersetzen“ die Erfahrungen der Basis und die Bedürfnisse von Kulturschaffenden in Empfehlungen für die politische Zusammenarbeit auf EU-Ebene und schaffen damit einen Weg für Kulturakteurinnen und -akteure, aktiv an der Ausgestaltung der Agenda mitzuwirken. Die Plattformen arbeiten sektorübergreifend und verstärken die Stimme des europäischen Kultursektors insgesamt.

Europäische Kulturplattform

Das alle zwei Jahre stattfindende Europäische Kulturforum ist eine besondere Gelegenheit für den Dialog zwischen Politik und Praxis. Am zuletzt im September 2009 in Brüssel abgehaltenen Forum nahmen 1000 Personen teil – eine beispiellose Mobilisierung des Sektors auf europäischer Ebene. Die Botschaft des Forums 2009 war eindeutig: Mithilfe einer erfolgreichen Zusammenar-

beit über die „politische Grenzen“ hinweg können kulturelle Belange in viele damit verbundene Bereiche intensiv einbezogen werden.

Kultur als Querschnittsaufgabe

Bemühungen, Kultur als Querschnittsaufgabe zu behandeln, d. h. sicherzustellen, dass kulturelle Aspekte bei politischen Entscheidungsprozessen in anderen Bereichen mitberücksichtigt werden, sind nicht neu. So steht diese Verpflichtung bereits im EU-Vertrag. Die Annahme der Agenda und der Nachdruck, der darin auf diesen Aspekt gelegt wird, haben zu weiteren Fortschritten geführt. Einige Beispiele wurden auf dem Forum präsentiert: Im Bereich der Regionalpolitik wird der Beitrag, den die Kultur zu strategischen Entwicklungszielen leisten kann, zunehmend anerkannt. Städte und Regionen denken über Investitionen in Infrastruktur und Baudenkmäler hinaus, um das Potenzial zeitgenössischen Schaffens und der dynamischen Kulturindustrie zu erschließen. Kultur kann die Fähigkeiten Lernender verbessern und steht deshalb in der Bildungsagenda weit oben. Durch „kreative Partnerschaften“ mit Kunsteinrichtungen unterstützen Schulen ihre Schüler, die Querschnittskompetenzen zu entwickeln, die heute gefragt sind: sich ausdrücken können, sicher kommunizieren, kreativ denken und Probleme lösen. Über die EU-Grenzen hinaus wird die zentrale Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen in kürzlich angenommenen Initiativen anerkannt. Um die kulturelle Zusammenarbeit mit und zwischen den in die Europäische Nachbarschaftspolitik eingebundenen Ländern zu unterstützen, wird ein neues Finanzierungsinstrument vorbereitet. Zusätzlich soll für die Mittelmeerpartnerländer eine eigene regionale Kulturstrategie vorgeschlagen werden. Kultur spielt auch eine wichtige Rolle in der Zusammenarbeit der EU mit Entwicklungsländern, wobei eine der Prioritäten auf der Entwicklung von Handlungskompetenz liegt, um einen ausgewogeneren Austausch zu ermöglichen.

Grünbuch Kulturwirtschaft

Ein Blick auf die nächsten Monate zeigt, dass 2010 mehrere Initiativen dafür sorgen werden, dass das Thema Kultur weit oben auf der politischen Agenda bleibt. Im Frühjahr wird die Kommission ein Grünbuch zum Thema Erschließung des Potenzials der europäischen Kultur- und Kreativindustrie annehmen, das der Frage nachgeht, welches Umfeld diese Industriezweige brauchen, um florieren zu können. Studien belegen, dass sie bereits jetzt signifikant zur Wirtschaft beitragen, nämlich 2,6 Prozent des BIP laut der 2006 durchgeführten Studie zur Kulturwirtschaft (KEA im Auftrag der Europäischen Kommission), mit höheren Zuwachsraten als viele andere Branchen. Viel zu oft sehen sich die KMU, die in diesem Sektor überwiegen, mit Problemen beim Zugang zu Finanzmitteln sowie bei der Suche nach Personal mit den richtigen, sich rasch weiterentwickelnden Fähigkeiten konfrontiert. Sie haben es deshalb schwer, Innovationen auf den Markt zu bringen. Nach der Veröffentlichung des Grünbuchs startet eine öffentliche Konsultation, um Ideen für Maßnahmen auf allen Ebenen zu sammeln.

EU-Finanzierungsprogramme

In Angriff genommen wird dieses Jahr ebenfalls die Vorbereitung von EU-Finanzierungsprogrammen, welche die derzeitigen, bis 2013 laufenden, Programme ablösen werden, sowie einer für den Herbst geplanten öffentlichen Konsultation zu den Programmen im Bereich Kultur, Lebenslanges Lernen und Jugend. Struktur und Ziele der zukünftigen Programme werden von den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament gemeinsam beschlossen, nachdem die Europäische Kommission entsprechende Vorschläge vorgelegt hat, die ihrerseits auf der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Plattformen, der OKM-Gruppen und den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation aufbauen. Über die von der Generaldirektion Bildung und Kultur verwalteten Programme hinaus sollten kulturelle Aspekte deutlichen Niederschlag in Finanzierungsinstrumenten für

Regionalentwicklung und Kohäsionspolitik, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerische Initiative, soziale Integration sowie Außenbeziehungen – um nur einige zu nennen – finden.

Bericht zur Umsetzung der EU-Kulturagenda

Ein weiterer Eckpunkt für 2010 ist der Bericht der Kommission über die Umsetzung der europäischen Kulturagenda. Der Bericht wird Bilanz über die Fortschritte zur Erreichung der drei strategischen Ziele der Agenda seit ihrer Verabschiedung im Mai 2007 ziehen und die politischen und finanziellen Entwicklungen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zusammenfassen. Die Mitgliedstaaten wurden ersucht, Rückmeldung zu den durch die Agenda eingeführten Arbeitsmethoden zu erstatten, über nationale und regionale Kanäle für den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu berichten und ihre jüngsten Politik- und Finanzierungsinitiativen darzustellen. Der Bericht, der im Juli als Mitteilung der Kommission veröffentlicht werden soll, wird in die Diskussion der Mitgliedstaaten über zukünftige Prioritäten und Arbeitsmethoden sowie in die Annahme des Arbeitsplans für Kultur ab 2011 einfließen.

Ein gutes Stück auf dem Weg zu den Zielen der Agenda bleibt gewiss noch zurückzulegen. Aber erste Schritte seit 2007 haben gezeigt, welches Potenzial für gemeinsames Handeln vorhanden ist, ohne Eingriffe in die Kompetenzen der nationalen und regionalen Politikverantwortlichen und im Rahmen eines offenen Dialogs mit der europäischen Zivilgesellschaft. In Zeiten einer wirtschaftlichen – und möglicherweise sozialen – Krise ist ein solches konzertiertes Vorgehen besonders wichtig. Vor dem Hintergrund schrumpfender öffentlicher Haushalte besteht die Herausforderung für die kulturpolitisch Verantwortlichen und die Zivilgesellschaft darin, sich zusammenzuschließen und das Potenzial der Kultur als einen Weg aus der Krise aufzuzeigen.

Die Verfasserin ist stellvertretende Leiterin des Referats Kulturpolitik und interkultureller Dialog der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. ■

Boomendes Brasilien

Champion der „Diversidade Cultural“ • Von Christine M. Merkel

Brasilien, „das boomende Land, das eine zunehmend wichtige Rolle bei allen weltpolitischen Fragen spielt, ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner in der Region, die Metropole Sao Paulo der größte deutsche Industriestandort im Ausland“, so meldete kürzlich die Financial Times Deutschland aus Anlass der Lateinamerikareise des deutschen Außenministers (www.ftd.de, 08.03.2010). Im Auswärtigen Amt, so Staatsminister Hoyer, sehe man Brasilien inzwischen als strategische Frage. Dies ist ein interessanter Kontext, um einen Blick auf die kulturpolitischen Strategien Brasiliens zu werfen.

Nach anfänglicher politischer Reserve gegenüber der Idee eines völkerrechtlichen Instruments zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, vor allem wegen einer befürchteten Einschränkung geistiger Eigentumsrechte, wandelte sich Brasilien mit dem ersten Wahlsieg von Lula da Silva im Jahre 2003 zu einem besonders aktiven Befürworter dieses neuen UNESCO-Instruments. Das Leitbild „Kulturelle Vielfalt“ passte organisch zur gesellschaftlichen Mobilisierung, mit der die PT erfolgreich das Staatspräsidentenamt errungen hatte. Mit der Ernennung des weltweit bekannten Musikers Gilberto Gil zum Kulturminister gelang es zudem auf Anhieb, in internationalen Foren und Verhandlungsrunden eine überdurchschnittliche Sichtbarkeit zu erlangen. Heute dürfte Brasilien vermutlich das bislang einzige Land der Welt sein, welches im 2003 wieder neu errichteten Kulturministerium einen eigenen Staatssekretär für Fragen der Identität und der Kulturellen Vielfalt ernannt hat.

Als eines der ersten Länder ratifizierte Brasilien die UNESCO-Konvention bereits Ende 2006, aktiv flankiert von einer vitalen Koalition für Kulturelle Vielfalt, in der sich insbesondere Filmemacher und unabhängige Filmproduzenten engagieren. Im Juni 2007 wurde Brasilien, wie auch Deutschland, als eines von 24 Mitgliedern des Zwischenstaatlichen Komitees gewählt. Brasilien stellte sich 2009 erfolgreich zur Wiederwahl für ein weiteres Mandat bis 2013. Im Januar 2008 leistete Brasilien ebenfalls als eines der ersten Länder einen Beitrag in Höhe von US \$ 50.000,- zum Internationalen Fonds für Kulturelle Vielfalt. Dieser Fonds ist derzeit mit 2,4 Mio. US \$ ausgestattet, erbracht aus freiwilligen Beiträgen von gut 20 der insgesamt 108 Vertragsstaaten sowie von einem Privatspender (Stand: März 2010). Die Mittel dieses Fonds stehen Regierungen und NGOs aus Entwicklungsländern zur Verfügung. Sie sollen vorrangig für Strukturmaßnahmen zur Stärkung des Kunst- und Kultursektors sowie der Medienvielfalt im eigenen Lande genutzt werden.

In der Startphase 2007-2009 ging es im Zwischenstaatlichen Ausschuss für Kulturelle Vielfalt wesentlich darum, gemeinsam Grundlagen für die aktive Anwendung dieser kulturpolitischen Rahmenkonvention zu schaffen. Die brasilianische Delegation engagierte sich insbesondere in der Debatte über mögliche Vorzugsbehandlungen von Künstlern, Kulturschaffenden und anderen im Kulturbereich Tätigen sowie von kulturellen Gütern und Dienstleistungen aus Entwicklungsländern (Artikel 16). Dies ist einer der wenigen Artikel des UNESCO-Übereinkommens, dessen Anwendung für Industrieländer bindend ist. Der Ausschuss beauftragte dazu als Gutachterin u.a. die brasilianische Handlungsexpertin Vera Thorstensen, Genf. Als Ergebnis der Debatte wurde festgehalten, dass

diese Variante der Vorzugsbehandlungen auswärtige Kulturpolitik und Marktmechanismen auf innovative Weise verbindet: Kulturelle Zusammenarbeit soll vor allem zur Stärkung der nationalen Kulturpolitik beitragen, um in den Entwicklungsländern die Angebotsseite zu stärken. Erst wenn es in den Ländern selbst einen vitalen Kunst- und Kultursektor gibt, können Meistbegünstigungen und andere Handelsanreize greifen, die bei der Nachfrageseite ansetzen. Entscheidend ist, dass Vorzugsbehandlungen in der Regel bilateral und sehr spezifisch vereinbart werden, auch wenn sie, wie in diesem Fall, Teil der Zielsetzungen eines multilateralen Abkommens sind. Dies ist der Schlüssel zu ihrem Erfolg. Kulturelle Vielfalt geht jedoch über den Austausch von künstlerisch-kulturellen Gütern und Dienstleistungen weit hinaus. Sie ist in allererster Linie ein Prinzip der Selbstorganisation, mit der jede Gesellschaft ihren Entwicklungspfad abstecken kann.

Hier hat Brasilien in den letzten fünf Jahren einen bemerkenswerten Weg eingeschlagen: Im September 2009 verabschiedete das Parlament erstmalig per Gesetz eine mittelfristige kulturpolitische Rahmenplanung, den Plano Nacional de Cultura, der bis 2020 Zielvorstellungen für die kulturelle Infrastruktur in den Städten und Teilstaaten Brasiliens formuliert und ein kulturpolitisches Informationssystem (SNIIC) einführt. Möglich wurde diese Gesetzgebung durch eine Verfassungsänderung 2005 (Emenda Constitucional 48), die das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe (Artikel 215 der brasilianischen Verfassung von 1988) verpflichtend umsetzt. Bestandteil ist eine verabredete Arbeitsteilung zwischen der Bundesebene, den Föderalstaaten und der Zivilgesellschaft. Dies erinnert an das kulturpolitische Zusammenspiel von Kommunen, den Ländern und dem Bund hierzulande.

Der brasilianische Ausgangspunkt war eine Mischung aus Elan und Ernüchterung. Elan unter dem Stichwort Mais Cultura, der an den programmatischen Aufbruch der deutschen Kulturpolitik der 1980er Jahre erinnert (vgl. Hilmar Hoffmann: Kultur für Alle. Frankfurt am Main 1979), als Antwort auf äußerst ernüchternde Fakten: 90 Prozent der brasilianischen Städte verfügen weder über ein Theater, ein Kino oder ein Museum, 93 Prozent der Brasilianer waren noch nie in einer Kunstaussstellung oder einem Museum. Fernsehgeräte sind in fast jedem Haushalt zu finden (97 Prozent), aber nur ein Viertel der Bevölkerung ist so lesegeübt, dass sie den Inhalt eines längeren Zeitungsartikels oder eine Geschichte verstehen. Eine Lesekultur, bei der 16 Prozent der Bevölkerung über 73 Prozent der Bücher besitzt. Mais Cultura setzte mit einer dreifachen Ankündigung an (vgl. Keynote von Alfredo Manevy, Paris 2007): Mit der Schaffung eines Kulturkanals nach Vorbild der BBC und des amerikanischen PBS, mit der Verdopplung des Kulturbudgets (2,5 Mrd. US \$ 2007-2010) und einer breiten Mobilisierung verborgener kultureller Ressourcen. Als politische Antwort auf die Realität kultureller Vielfalt entschied man sich für eine breite Einbeziehung und die Mitwirkung der Bürger. An Anhörungen in allen Landesteilen beteiligten sich 2005 bis 2008 Zehntausende. Das Ministerium wollte so bereits vorhandene kulturelle Netzwerke und informelle Kulturzentren identifizieren, um die herum sich das Zusammenleben von Menschen und Gruppen mit zugleich mehrfachen, vielfältigen und dynamischen kulturellen Identitäten abspielt und die sich als Ansatzpunkt für eine kulturelle Infrastruktur eignen könnten.



Skulptur „Os Dois Candangos“ in Brasília als Symbol der Erbauer der Stadt

Foto: Christian Knepper

Die UNESCO-Konvention wurde somit als strategischer Rahmen für einen Neustart der eigenen Kulturpolitik genutzt, fast zeitgleich übrigens mit dem intensiven Arbeitsprozess der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zu „Kultur in Deutschland“ (2004–2007).

Einen erheblichen Kratzer bekam dieses Bild 2008 mit dem Rücktritt von Minister Gil. Nach fünf Jahren Dienst an der Öffentlichkeit wolle er sich wieder ausschließlich der Musik widmen, so der damals 66-jährige Star und Musikproduzent (vgl. NZZ Online vom 04.04.2008). Zu diesem Zeitpunkt hatte Gil jedoch bereits die brasilianische Ethikkommission wegen geschäftlicher Beziehungen zur Privatbank Itaú streng gerügt, und die Bundespolizei untersuchte vermutete Manipulation der Mittelvergabe durch das Kulturministerium.

Dies spiegelt die widersprüchliche Gesamtsituation in Lateinamerikas größter Demokratie: So befasst sich die UNO-Menschenrechtskommission in Genf auch 2010 wieder mit den gravierenden Missständen in brasilianischen Gefängnissen. Amnesty International in London konstatiert, das große Problem des Landes sei auch heute, dass der offizielle Diskurs wenig mit der politischen Praxis zu tun habe. Brasilien sei nach wie vor kein Rechtsstaat. Es werde weiterhin gefoltert und exekutiert, die Lage in den Gefängnissen sei unverändert grauenhaft und weiterhin gäbe es Todesschwadronen und Sklavenarbeit. Wirtschaftliche und politische Interessen würden echte Reformen weiterhin verhindern.

Dies nimmt nicht weg – und trägt zusätzlich zur Widersprüchlichkeit der Situation bei – dass die Vitalität der intellektuellen Szene und der brasilianischen Zivilgesellschaft welt-

weit beachtete soziale Innovationen hervorgebracht haben, die auch in Deutschland auf große Resonanz stoßen. Eines der markantesten Beispiele ist die Methodik des Bürgerhaushalts, die hierzulande von mehreren großen Kommunen übernommen wurde. Die Stadt Porto Alegre als legendärer Gastgeber des Weltozialforums und seit 2004 auch Initiator eines Weltkulturforums hat wesentlich dazu beigetragen, solche Zukunftsvorschläge international bekannt zu machen.

Das internationale Interesse erwacht derzeit eher aus anderen Gründen: Bis 2030 plant Brasilien, mehr als 2500 Mrd. US \$ in seine Infrastruktur zu investieren. Die zehngrößte Wirtschaftsmacht der Welt würde damit für Straßen-, Bahn- und Kraftwerksbau zum wichtigsten Markt der Welt werden. Mit Deutschland verbindet Brasilien seine Ambition auf einen ständigen Sitz im Welticherheitsrat, wobei Brasilien mit diesem Anliegen weltweit auf Zustimmung stößt. Auch in der Klimadiplomatie wurde im Dezember 2009 in Kopenhagen überdeutlich, dass der brasilianische Präsident an allen entscheidenden Verhandlungsrunden beteiligt war.

Man könnte versucht sein, dies auch als Impuls für die weitere Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zu lesen, das vielfach als „Kyoto-Abkommen der Kultur“ bezeichnet wurde. Gil's ehemaliger Stellvertreter, der heutige Kulturminister Juca Ferreira und seine sehr fähigen Kollegen Américo Cordula und Alfredo Manevy und ihre Mitstreiter halten jedenfalls unbeirrt Kurs: Erstmalig ist es seit der Wiedereinrichtung des Kulturministeriums 2003 überhaupt gelungen, der kulturellen Vielfalt der Breitenkultur einen solch sichtbaren

Stellenwert für die Demokratisierung des Landes einzuräumen, und darin öffentlich anerkannt auch Homosexuelle einzubeziehen. Mit der Entscheidung des Parlaments vom September 2009 ist dies auf zehn Jahre abgesichert. Die politische Option Vielfalt ist für dieses 180 Millionen Volk mit 180 unterschiedlichen Indianervölkern, den Nachfahren von vier Millionen Afrikanern, die während des dreihundert Jahre andauernden Sklavenhandels auf den Kontinent kamen, sowie Nachfahren emigrierter Deutschen, Libanesen, Japaner und vieler weiterer, eine kluge Wahl ohne Alternative. Ob und wie sich Diskurs und Praxis annähern können, hängt von vielen Faktoren ab. Die kritische Präsenz der Zivilgesellschaft gehört sicherlich entscheidend dazu.

Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World der Deutschen UNESCO-Kommission und der Kontaktstelle für das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksweisen
/www.unesco.de. ■

Mehr zum Thema:

www.cultura.gov.br/diversidade
Zeitschrift des Observatório Itaú Cultural, Sao Paulo, Numero 8 /2009, Diversidade cultural: contextos e sentidos (180 S.) (ISSN 1981-125X), Schwerpunktheft zur Umsetzung der 2005-er UNESCO Konvention in Brasilien Alfredo Manevy, Exekutivsekretär, Brasilianisches Kulturministerium, Keynote zur Kulturstrategie Mais Cultura, Roundtable Cultural Diversity in Practice, UNESCO Paris, November 2007
www.nzz.ch
www.ftd.de
www.hart-brasilientexte.de
www.amnesty.org

The Promised City und die Deutsch-Wagen-Tour

Ein Porträt des Goethe-Instituts Warschau • Von Gabriele Lesser

Gelb. Knallig Gelb. So leuchtet es überall im Goethe-Institut Warschau. „The Promised City“ steht auf dem Logo. „Das ist unser größtes Kultur-Projekt, das wir je realisiert haben“, sagt Martin Wälde. Vor knapp drei Jahren kam der promovierte Philosoph aus dem indischen Kalkutta zurück nach Europa. Seither leitet er das Goethe-Institut in der Hauptstadt Polens.

Wir haben Künstler und Kuratoren eingeladen – von Berlin nach Warschau und von Warschau nach Berlin“, so Wälde. „Wir haben ein Rechercheprogramm für sie vorbereitet, ließen sie selbst die andere Stadt entdecken.“ Und so entstanden die Ideen und Projekte für die Metropolen, die Millionen Träume wahr werden oder auch zerplatzen lassen. Die indische Megacity Mumbai (Bombay) kam später hinzu. „Wir wollten die europäische Perspektive mit einer asiatischen erweitern und auch konfrontieren“, so Wälde. Insgesamt sind am Kunst-Projekt „The Promised City“ Künstler, Kuratoren, Schriftsteller und Intellektuelle aus vier Städten beteiligt: Berlin, Warschau, Bukarest und Mumbai. Federführend waren das Goethe-Institut Warschau und das Polnische Institut Berlin, die zum ersten Mal über Jahre hinweg zusammenarbeiten.

Renata Prokurat legt einen ganzen Stapel bunter Hefte auf den Tisch. „Promised City“ ist zwar unser größtes Projekt“, erzählt sie, „aber daneben läuft die normale Kulturarbeit natürlich weiter.“ Die Germanistin ist seit Gründung des Goethe-Instituts in Warschau dabei. Als Beauftragte für Kulturprogramme organisiert sie vor allem Filmabende, Tanz-Workshops und Gastspiele oder Seminare zu historischen und gesellschaftspolitischen Themen. Dorota Swiniarska, ebenfalls Beauftragte für Kulturprogramme, kümmert sich um die bildenden Künste, Theater, Literatur und Musik.

„Die Anfänge des Goethe-Instituts in Polen waren schwierig“, erinnert sich Prokurat. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde das ehemalige Kulturzentrum der DDR in Warschau aufgelöst. In Zeiten des Realsozialismus hatten Polen dort nicht nur die gesammelten Werke von Marx und Lenin sowie die Klassiker der deutschen Literatur kaufen können. Vielmehr gab es auch Mangelwaren aller Art: Wolldecken, Wörterbücher, Kochtöpfe. „In das ehemalige DDR Kulturzentrum und zugleich in den leer stehenden Laden zogen wir 1990 ein. Zwar stand nun „Goethe-Institut“ an der Eingangstür, aber die Besucher fragten aus alter Gewohnheit immer wieder nach Decken und Töpfen.“ 1991 zog das Institut in den Kulturpalast um. Dort konnte sich zwar das Institut auf zwei Stockwerken ausbreiten, einen Vorlesungssaal mit ansteigenden Sitzreihen nutzen, sowie eine Galerie und eine Bibliothek betreiben, doch mit den steigenden Immobilienpreisen in Polen wurde die Unterbringung zu teuer. Im Jahr 2004 zog das Institut erneut um. Diesmal in ein modernes Bürogebäude im ruhigen Hinterhof der Chmielna-Straße. Die Zahl der festen Mitarbeiter stieg im Lauf der Jahre von vier auf heute 32 an, und ca. 30 Honorarlehrkräfte für Deutschkurse

„Polen hält den Weltrekord! In keinem anderen Land der Welt lernen so viele Menschen Deutsch“, schwärmt Hans Werner Schmidt, Leiter der Spracharbeit im Goethe-Institut Warschau. Er zieht einige Statistiken und eine Landkarte aus der Schreibtischschublade und fährt mit dem Finger hin und her: „Hier Po-

len – über 2,3 Millionen Polen lernen Deutsch, dort Russland – 1,6 Millionen Lernende, und hier Frankreich mit einer Million Deutschlernenden auf den nächsten Plätzen.“

Doch auch in Polen war Deutsch jahrelang auf dem Rückzug insbesondere als erste Fremdsprache. Es gab auch hier die Tendenz zu einer Welt-Einheitssprache Englisch. Aber inzwischen bekennt sich Polen zur Mehrsprachigkeit und hat diese mit der Einführung der ersten Fremdsprache ab Klasse 1 und der zweiten ab Klasse 7 im Schulsystem verankert. Das eröffnet neue Chancen für Deutsch. Das Goethe-Institut will dazu beitragen, dass diese Chancen genutzt werden: durch Werbung für Deutsch, durch Lehrerfortbildung und durch attraktive Materialien. Dem promovierten Fremdsprachendidaktiker Schmidt liegt besonders die „Deutsch-Wagen-Tour“ am Herzen. Im April 2009 starteten von Warschau aus fünf bunt bemalte „Deutsch-Wagen“ ihre Tour durch Polen. Von Lublin, Kielce, Olsztyn (Allenstein), Poznan (Posen) und Wrocław (Breslau) aus steuern sie fast täglich einen anderen Ort an, wo der „Deutsch-Wagen“ und die lustigen Sprachspiele und Wettbewerbe die Attraktion des Tages darstellen. „Das wirkt oft lange nach“, so Schmidt. „Inzwischen ist die Nachfrage von Schulen so groß, dass wir kaum noch nachkommen.“

Die Bibliothek des Goethe-Instituts Warschau verfügt über 16.000 Bücher, CDs, Spiel- und Dokumentarfilme, sowie Medienpakete für den Deutschunterricht. „Wir haben drei große Schwerpunkte“, erklärt Kerstin Wesendorf, die Bibliotheksleiterin. „Moderne deutsche Literatur, möglichst auch in Form von Hörbüchern, dann Deutsch als Fremdsprache,



Goethe-Institut Warschau

Foto: Jale Vural-Schmidt

außerdem Medien zur aktuellen Entwicklung in Kunst, Wirtschaft und Politik in Deutschland sowie zu den Geschichts- und Erinnerungsdebatten.“ Die Bibliothek organisiert nicht nur Autorenlesungen und Fortbildungen für Bibliothekare, sondern arbeitet mit an der Internetseite „Bücher, über die man spricht“ in deutscher und polnischer Sprache. Häufig werden dann polnische Verleger auf die Bücher aufmerksam und kaufen die Lizenz für den polnischen Markt. Das Goethe-Institut fördert auch Übersetzungen aus dem Deutschen ins Polnische.

„Kunst ist ein großartiger Mittler“, begeistert sich Wälde, der gerade von der Vernissage „Building Memory“ aus Lodz, Polens drittgrößter Stadt, zurückgekommen ist. Er breitet ein großes Plakat auf dem Tisch aus. „Kunst funktioniert nonverbal, denkt man. Doch dann will man darüber reden, reden und reden.“ Auf dem Plakat ist die gepanzerte Luxuslimousine Papst Benedikt XVI. zu sehen, wie sie langsam durch das ehemalige KZ Auschwitz rollt, eskortiert von einem knappen Dutzend Bodyguards. Außerdem Bilder eines Kibbutz, das 2009

in Warschau entstand. „Diese Bilder haben die heutigen Polen im Kopf. Sie gestalten ihre Erinnerung und also ihr Bewusstsein. Wir müssen diese Bilder kennen, um unsere Nachbarn verstehen zu können. Umgekehrt gilt das natürlich genauso“, sagt Wälde, nimmt das Programmheft von „Promised City“ und eilt zum nächsten Termin. Und so leuchtet es weithin, wie überall im Goethe-Institut Warschau: Gelb. Knallgelb

Die Verfasserin ist freie Journalistin mit dem Schwerpunkt Osteuropa ■

Zwischen Konsolidierung und Innovation

Werte und Wandel – Die kirchlichen Beiträge zur Kulturhauptstadt RUHR 2010 • Von Andreas Volke

„Besuchen Sie eine Metropole, die es noch nicht gibt“. Diese Einladung spricht mit der im Ruhrgebiet gepflegten direkten Sprache unverblümt aus, dass es sich bei der Kulturhauptstadt RUHR 2010 um kein gewachsenes Zentrum als neuem Stern am europäischen Kulturhimmel handelt. Vielmehr empfehlen sich die ehemals durch Kohle und Stahl verbundenen dreiundfünfzig Städte entlang der Emscher und der Ruhr inmitten des unvollendeten Strukturwandels als Modell für Europa.

Jeder im Ruhrgebiet weiß, dass die Zukunft der Region mit ihren 5,3 Millionen Menschen wesentlich davon abhängt, die aus der heterogenen Eigenständigkeit jeder Kommune erwachsene einmalige Dichte an Veranstaltungszentren so zu vermarkten, dass nachhaltig der überregionale Tourismus ein wirtschaftliches Standbein gewinnt. Dabei wird nicht unterschieden, ob die umgewidmeten Industriebauten, Fußballarenen, Musicals die „klassischen“ Kulturstätten oder die Kirchen den Touristen den Weg weisen. Sie sollen einfach nur kommen, begeistert sein und bekannt machen, was den Bürgerinnen und Bürgern der neu ausgerufenen Metropole selbst erst langsam deutlich wird, dass hier in der Tat eine Metropole neuen Stils heranwächst. „Wo das geht, geht alles“. Kultur und Event sind für diese Zielsetzung eine gewagte Verbindung eingegangen. Strategien kreativer Ökonomie zählen in gleicher Weise zum kulturellen Handeln, wie die Förderung der Künste und das Bewahren des Erbes der Geschichte. Endlich sollen „Neue

Bilder“ um die Welt gehen, faszinierende, schrille, lebendige Bilder einer einmaligen Erlebnisregion, abseits von Kohle und Stahl

Dass aus „alten“ neue Bilder werden – Konsequenzen für die kirchliche Beteiligung

Die Ausgangslage der Kirchen kennzeichnet die Tatsache, dass bei der offiziellen Bewerbung innere Strukturdebatten die gestellte Herausforderung verdeckten wie auch „Kultur“ gleichfalls in der kirchlichen Wahrnehmung in die Obhut staatlicher Trägerschaften übergegangen zu sein schien. Anders jedoch als in den bisherigen Kulturhauptstädten, wo man auf traditionell gewachsene Verbindungen von Kirche und Stadt zurückgreifen konnte, zeigte sich die neue Metropole als ein virtueller, unbestimmter Raum. Die Kommunen waren gesetzte Partner. Für alle anderen hieß es, sich mit Projektvorschlägen zu bewerben, so auch für die Kirchen. Die „neuen Bilder“ sollten nicht identisch sein mit den alten.

Was aber bedeutet dies für eine Körperschaft, die mit ihrer tausendjährigen Geschichte nicht nur zu den „alten“ sondern fraglos zu den ältesten Bildern zählt? Die Relevanz der kirchlichen Beiträge entscheidet sich daran, wie weit es gelingt, nicht zum Museumshüter vergangener Zeiten zu werden und sich gleichzeitig der Kraft dieses historischen Schatzes bewusst zu bleiben. Die Kirche steht in der Geschichte des Ruhrgebietes am Ursprung der gesamten urbanen Entwicklung. Als Kulturprägende Körperschaft ist sie die einzige Kraft, die im Verlauf der Jahrhunderte kon-

tinuierlich prägender Teil der profanen Geschichte der Region blieb. Will man nicht der Legende aufsitzen, als hätten erst die letzten hundertfünfzig Jahre Industriegeschichte „Kultur“ in die Region gebracht, führt kein Weg an den Kirchen vorbei, die mit ihren 1250 Türmen nach wie vor die Skyline des Reviers bestimmen, weit über die verbliebenen Zechen und Schornsteine der weichenden Schwerindustrie hinaus.

Dieser historische Schatz ist es, der in einer gesellschaftlich offen geführten Kulturdebatte davor bewahrt, mit allen anderen Religionsgemeinschaften – von denen es inzwischen mehr als 150 im Ruhrgebiet gibt – in die allgemeine multireligiöse Landschaft eingeebnet zu werden. Insgesamt 3,8 Millionen Christen bedeuten noch immer etwas. Aber auch islamische Gemeinschaften können auf stattliche Zahlen verweisen. Das Kriterium bleibt neben der historischen Präsenz die nachhaltige Qualität kirchlicher Kulturarbeit, ergänzt durch ihre interkulturelle Kompetenz, gewonnen aus der sozialen wie theologischen Begleitung der Migrationsströme, die im Zuge der Industrialisierung ständig eine Herausforderung in dieser Region darstellten. Schließlich rundet die auf dem Ehrenamt beruhende Beteiligungskompetenz der Kirchen ihren Anspruch ab, unverzichtbarer Partner der neuen „Metropole“ zu sein. Kultur geschieht nie ohne einen Impuls „von unten“, wo es darauf ankommt, Menschen zu begegnen, sie zu befähigen und jeden einzelnen an der Gestaltung des öffentlichen Handelns zu beteiligen.

Kommunikation – Inspiration – Partizipation

Wo Menschen ihr Leben deuten, erwächst Kultur. Daran gemessen wird deutlich, dass Kultur auch in einer „Europäischen Kulturhauptstadt“ weder die Ansammlung von „Events“ sein kann, noch dass die Summe kultureller Veranstaltungsorte – zu denen auch die Kirchen gehören – ausreichen, eine Kulturregion zu bilden. Dietrich Bonhoeffer charakterisiert Kultur treffend als Prozess, indem er sie als „Spielraum der Freiheit“ kennzeichnet. Dieser Spielraum schützt vor der Vereinnahmung für bestimmte Zwecke. Albert Schweitzer betont dagegen, dass Menschen nicht nur Gelegenheit zur Entfaltung ihrer kreativen Potentiale brauchen, sondern gleichfalls einer ordnenden Orientierung bedürfen, die es ermöglicht, in Freiheit von Angst und Not zu leben, was die soziale Grundlage unserer Existenz ausmacht. Kultur hat in seinem Verständnis die Aufgabe „den einzelnen wie den Kollektivitäten den Kampf um das Dasein herabzusetzen“. Im Ruhrgebiet weiß man um beide Seiten dieses weit gefassten Kulturbegriffs. Darum richten sich die kirchlichen Beiträge nach folgenden Ankerpunkten aus: Kultur ist Musik – soziale Kompetenz – interkulturelle Verständigung – Reisen und Begegnung – Erbe und Auftrag.

Es zeigt sich, dass kreative kirchliche Impulse durchaus eine Nähe zu touristischen Aspekten und den damit verbundenen wirtschaftlichen Erwartungen besitzen. Alle im Pro-

Fortsetzung von Seite 26

gramm der RUHR.2010 aufgeführten evangelischen wie katholischen Beiträge lösen die Erwartung ein, Besucherinnen und Besucher aus dem In- und Ausland anzulocken. Aufbauend auf einer konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Beauftragten der Bistümer stellen wir als Evangelische Kirchen folgende Beiträge in den Vordergrund:

- „Schattenkultur“, das ökumenische Gefängnisprojekt im Altern Haft-Haus Moers, stellt in Kooperation mit dem Justizministerium NRW Kunst aus den Justizvollzugsanstalten des Ruhrgebietes aus. Dieses Projekt löst nicht nur den sozialen Aspekt im Kulturverständnis der Kulturhauptstadt ein. Es stellt einen überaus starken touristischen Anreiz dar, weil das Hafthaus selbst als Ausstellungsort hohe Attraktivität besitzt.
- „Babel“ – ein musikalisches Netzwerk ist Teil des Henze-Projektes der Kulturhauptstadt und bildet eine siebentägige Konzertreihe, wo zuletzt aus allen fünf beteiligten Städten die Konzerte der Kirchen intermedial zusammengeführt werden.
- Das ökumenische Projekt „Orgellandschaft Ruhr“ stellt bis auf Widerruf das weltweit größte überregionale Orgelfestival dar, indem es die bedeutenden Orgelstandpunkte beider großen Kirchen wie auch die Orgeln in den kommunalen Konzerthäusern des gesamten Ruhrgebietes vernetzt und ihre Programme unter einer gemeinsamen Dachmarke zusammenführt.
- „Momente der Ewigkeit“ nennt sich ein Konzertprogramm, das in der Gestalt einer „geistlichen Abendmusik“ an 36 Sonntagen Kantaten von Johann Sebastian Bach aufführt, verbunden mit einer kurzen Interpretation gedacht als „Atempausen“ zur Kulturhauptstadt.
- „Kirche der Kulturen“ ist ein ganzjähriges Programm fünf großer Stadtkirchen von Duisburg bis Dortmund, das mit je eigenem

Schwerpunkt fünf touristische Anlaufpunkte zu einer Passage entlang der A40 verbindet und damit Menschen einlädt, sich von Stadt zu Stadt auf Spurensuche zu begeben.

- „Pilgern im Pott“ lädt zu einem evangelischen Pilgerweg ein, der ca. einhundertzwanzig Kilometer misst und von der Mündung bis zur Quelle entlang der Emscher dazu auffordert, sich mit den existentiellen Fragen unseres gemeinschaftlichen Lebens auseinanderzusetzen, etwa, wenn er mitten durch das CentrO-Einkaufszentrum in Oberhausen führt, oder durch ein Tanklager der regionalen Ölindustrie und in Dortmund sogar in einer Bank Station macht.
- „Church Tours RUHR“ führt in Verbindung mit einer ortsansässigen Agentur Reisegruppen in drei Routen quer durch das Ruhrgebiet zu den Ursprungsorten entlang des Ruhrtals, zu den alten Handelsplätzen entlang der A 40 und zu Synagogen, Moscheen und Kirchen, die sich in besonderer Weise der interreligiösen Begegnung geöffnet haben. Weiter bietet Church Tours RUHR die „Night Line“ an, eine Nachtfahrt unter kirchenpädagogischer Führung sowie Orgelfahrten zum Projekt „Orgellandschaft RUHR“. Diese touristische Infrastruktur stellt eine direkte Investition der Kirchen in den ersten Arbeitsmarkt dar.
- 400 Jahre Duisburger Synode 1610 – 2010 feiert unter dem Logo der Kulturhauptstadt wie auch unter dem Motto „Wir sind so frei“ als Initiative der Rheinischen Landeskirche das historische Erbe der presbyterial-synodale Grundordnung, die bis heute einen Impuls darstellt zur Gleichstellung und gleichberechtigten Mitwirkung aller in der Gesellschaft. Schwerpunkt wird der September in der Duisburger Salvatorkirche sein.
- Das Martin Luther Forum RUHR hat in Gladbeck eine umgewidmete Kirche in ein modernes Bildungszentrum verwandelt, das die Geschichte der Protestanten im Ruhrgebiet ausstellt. Es blickt dabei weit vor-



Kreuz ruhr 2010

© Evangelisches Kulturbüro Ruhr 2010

aus bis auf das Lutherjahr 2017. Die Nacht der offenen Gottes- und Gebetshäuser ist ein ökumenischer Projektvorschlag zur interreligiösen Begegnung, der in zahlreichen Städten des Ruhrgebietes umgesetzt wird. Weitere starke Impulse gehen von den 22 Kirchenkreisen vor Ort aus, die über das „Local Hero“ Prinzip der RUHR 2010 jeweils vor Ort in den 53 Städten aktiv mitwirken. Dabei sind neben

den Eröffnungsgottesdiensten zahlreiche „Kerkepads“ und andere Kirchenpfade entstanden, die über die Tourismuszentralen angeboten werden. Nicht zuletzt findet das gemeinsam in Auftrag gegebene Kulturhauptstadt-Kreuz von Pater Abraham große Beachtung, das durch die Städte wandert und anschließend nach Tallin zur Kulturhauptstadt 2011 weiterziehen wird.

Wir freuen uns auf alle Besucherinnen und Besucher der Metropole Ruhr. Informationen zu den Evangelischen Projekten bietet die Website www.evangelisch2010.de. Die katholischen Beiträge finden Sie unter <http://kirchevorort.de/bet3/einrichtg/hort/>

Der Verfasser ist Gemeindepfarrer und Geschäftsführer des evangelischen Kulturbüro RUHR 2010 in Essen ■

Forschung mit Praxisfeldern verknüpfen

Gabriele Schulz im Gespräch mit dem Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Stephan Schaede

Am 8. April 2010 wurde der neue Direktor der Evangelischen Akademie Loccum feierlich in sein Amt eingeführt. *politik und kultur* sprach mit ihm über seine Vorhaben.

politik und kultur: Herr Schaede, was hat Sie bewogen aus Heidelberg und dem dichten Rhein-Neckar-Raum nach Loccum zu gehen?

Stephan Schaede: Mich hat an der neuen Perspektive dreierlei gereizt. Erstens kenne ich Loccum aus Zeiten meines Vikariats, die Hannoversche Landeskirche aus meiner Arbeit als Pfarrer. Die Mentalität ist mir vertraut und ich mag den Umgangston. Zum zweiten reizt mich dort konsequent weiter zu entwickeln, was ich bereits in Heidelberg während meiner interdisziplinären Arbeit konsequent verfolgt habe. Ich möchte die wissenschaftliche Forschung mit Praxisfeldern systematisch verknüpfen. Gerade die Evangelische Akademie Loccum ist hierfür ein anerkannter und etablierter Ort in Deutschland. Zum dritten ist eine entscheidende Stärke von Loccum, eine Akademie mit protestantischem Hinterland zu sein. Erstaunlich viele Menschen auch jenseits kirchlicher Arbeitskontexte in Unternehmen, Verbänden, Wissenschaft und Kultur sind bereit, sich als Protestanten zu positionieren oder beobachten mit Interesse, was die Kirche tut und lässt.

puk: Loccum haftet, wie anderen Evangelischen Akademien auch, der Ruf an, etwas „ab vom Schuss“ zu sein. Wie sehen Sie das?

Schaede: Der angebliche Standortnachteil und angebliche Anachronismus der Akademien wird in Zukunft eine ihrer entscheidenden Stärken sein. Jenseits eines kurzlebigen medienwirksamen Tumults können weltläufige Christenmenschen mit gesellschaftlichen Gruppierungen zusammengebracht werden, die mit der Kirche fremdeln. Letztere sind wieder zu gewinnen, durch gemeinsames Nachdenken, Zuhören und wechselseitiges Aufklären über erste und letzte Fragen. Da ist die relative Abgeschlossenheit eine Chance. Hier geht es eben nicht um schnelle Antworten, die manchmal auch beliebig sind, sondern um Hintergründe und um Debatten, die über einen längeren Zeitraum tragen. Loccum bietet mit seiner wunderschönen Umgebung und der Klosteranlage einen idealen Ort zur Diskussion. Der besondere Charme von Veranstaltungen in Loccum ist, dass die Teilnehmer auch tatsächlich dableiben und so eine ganz eigene Tagungsdynamik entsteht. Hier ist es anders als bei Veranstaltungen in großen Städten, bei denen sich die Tagungsteilnehmer einzelne Programmpunkte „herauspicken“ und nur zu denen anwesend sind.

Allerdings liegt mir auch daran, dass die Akademie nach draußen gehen soll und in anderen Orten in Niedersachsen Veranstaltungen durchführen könnte. Ich denke an



Evangelische Akademie Loccum

Foto: Reinhard Behnisch

Weiter auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

Interview Stephan Schaede

Veranstaltungen in öffentlichen Institutionen wie Museen, Rathäusern, Theatern, Konzerthäusern, Behörden in Osnabrück, Lüneburg, Uelzen, Göttingen, Hannover und warum nicht auch einmal in Berlin. **puk:** Welche Akzente wollen Sie als Akademiedirektor setzen? **Schaede:** Hierzu muss ich zunächst vorausschicken, dass ich nicht bei Null anfangen. Ich finde ein wohl bestelltes Haus vor. Die Studienleiterinnen und -leiter sind ein hochmotivierter Kreis, Experten auf ihren Gebieten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Auch hat eine Akademie wie Loccum, die den Anspruch hat, über den Tag hinaus zu denken und deren Veranstaltungen keine Halbwertszeit von einem halben Jahr haben, bis die nächste Mode

kommt, einen entsprechend langen Vorlauf. So werden wir im Mai das erste Halbjahr 2011 bereits planen. Dennoch habe ich natürlich auch eigene Ideen. Fortsetzen werde ich meine Beschäftigung mit den Fragen von Recht, Ethik, Biologie und Medizin. Hier geht es um Grundfragen des Menschseins und der Lebensgestaltung. Ich denke, sie gehören in eine Akademie wie Loccum. Zum anderen verstehe ich meine Arbeit zum einen als eine, bei der leise gesellschaftliche Stimmen verstärkt werden. Wir müssen das Ohr für gesellschaftliche Herztöne schulen. Was in Ohnmacht verstummt, muss sich in Kopf und Herz melden können. Ebenso sehr ist aber auch eine Förderung von Eliten wichtig. Eliten aus der Wirtschaft, der Kultur, der Kirche usw. **puk:** Könnten Sie das näher konkretisieren? Haben sich die Unternehmenseliten nicht in der Wirtschafts- und Finanzkrise teilweise selbst diskreditiert? Können sie ein Vorbild sein oder meinen Sie etwas anderes?

Schaede: Pauschalurteile sind vom Teufel! Schon Martin Luther schärfte das ein. Den guten Theologen, die gute Theologin zeichne die Kunst aus, unterscheiden zu können. Es gibt Eliten in unserem Land, die verantwortungsvoll Verantwortung übernehmen. Wir haben inmitten von Bankhäusern, Versicherungsunternehmen, mittelständischen und Großbetrieben, im Handwerk Protestantinnen und Protestanten, die deutlicher spüren müssen: Die evangelische Kirche ist froh, dass sie dort oftmals geräuschlos für ihre Überzeugungen eintreten, dass sie ihrer Kirche die Treue halten. Wir sind an der vertieften Auseinandersetzung und am orientierenden Gespräch mit ihnen interessiert. Ich möchte auch diesen Milieus in Loccum etwas bieten. **puk:** Kommen wir zum Schluss noch zur Kultur bzw. Kulturpolitik. Loccum hat gerade in kulturpolitischen Diskussionen eine bestimmte Tradition. Wollen Sie diese Tradition fortführen? **Schaede:** Sicherlich werde ich an di-

ese Tradition anknüpfen. Zum einen, weil mich das Thema selbst interessiert. Ich war an der FEST für den Arbeitsbereich Religion und Kultur verantwortlich. Zum anderen haben wir im Haus mit Albert Drews einen Studienleiter, der kulturpolitisch und kulturwissenschaftlich ausgewiesen ist. Mit ihm gemeinsam werde ich überlegen, welche Akzente wir in der Zukunft setzen wollen. Dabei kommt es mir auf ein Gesamtkonzept an. Alle Bereiche unserer Akademie stehen im Dialog miteinander. Das herauszustellen, ist mir wichtig. Ebenso plane ich den Kreis der Kooperationspartner zu erweitern. **puk:** Auch um den Deutschen Kulturrat? **Schaede:** Selbstverständlich auch um den Deutschen Kulturrat. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir für das nächste Jahr etwas gemeinsam „aushecken“ würden. **puk:** Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und danken für das Gespräch.

Dr. Stephan Schaede

geb. 1963
1984-1991: Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen, Rom und Göttingen
1991-1998: Assistent am Lehrstuhl von Eberhard Jüngel in Tübingen
1998-2004: Vikar und Pfarrer der Hannoverschen Landeskirche
2002 Promotion
2004-2010: Leiter des Arbeitsbereiches Religion und Kultur an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg
...
seit 01.04.2010: Direktor der Evangelischen Akademie Loccum

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates. Stephan Schaede ist Direktor der Evangelischen Akademie Loccum. ■

LUTHER 2017 LUTHER 2017

Thron und Altar

Von Georg Ruppelt

2014, drei Jahre vor dem großen Luther-Gedenken, wird man in Deutschland und der Welt an den Ersten Weltkrieg – manche sagen auch den Zweiten Dreißigjährigen Krieg – und seine Millionen Toten erinnern.

Im Jahre 1914 erschien ein 400 Seiten starkes, großformatiges und reich illustriertes Buch unter dem Titel „Ein feste Burg. Predigten und Reden aus eherner Zeit“. Herausgegeben wurde es von Lic. theol. Bruno Doehring, Königlichem Hof- und Domprediger in Berlin. Auf dem Vorderumschlag ist in Gold auf Schwarz ein Schwert zu sehen, dessen Knaufspitze ein Tatenkreuz krönt und das von einer Aura in Kreuzform umgeben ist, darüber im Halbrund der Titel. Das Buch enthält 57 Predigten und Reden, die alle auch irgendwo, irgendwie etwas mit Jesus von Nazareth zu tun haben und die gehalten wurden von Männern mit wohl klingenden Titeln und Amtsbezeichnungen. Im Folgenden seien ohne Kommentar Titel dieser Reden aufgeführt, einige mit ihren Urhebern und dem Anlass der Rede, sowie wenige Illustrationen reproduziert.

„Gehet ein durch die enge Pforte.“ Predigt über Matth. 7, 13 und 14, am Tag der Mobilmachung, Sonntag, den 2. August, gehalten von Hofprediger Geh. Konsistorialrat Kritzinger in Berlin.

„Furchtlos und treu.“ Rede über Offenbarung Joh. 2, 10, am 2. August am Bismarckdenkmal geh. von Hofprediger Lic. Doehring in Berlin.

„Fürchte dich nicht, du wirst nicht sterben.“ Kriegspredigt über Richter 6, 23, am Kriegsbetttag im Dom zu Berlin gehalten von dem Hof- und Domprediger Vits in Berlin.

„Das Leben für die Brüder lassen.“ Predigt über 1. Johannes 3, 16, im Dom zu Berlin gehalten von Oberhofprediger D. Dryander in Berlin.

„Der Herr Zebaoth ist mit uns.“ Predigt über Psalm 46, 1-8 am Tage der Mobilmachung im Militärgottesdienst des I. Armeekorps Bock in Königsberg i. Pr., Militäroberpfarrer des I. Armeekorps.

„Heilige Rüstung!“
„Der Geist, in dem wir kämpfen.“
„Der Väter würdig!“
„Wir fürchten uns nicht.“

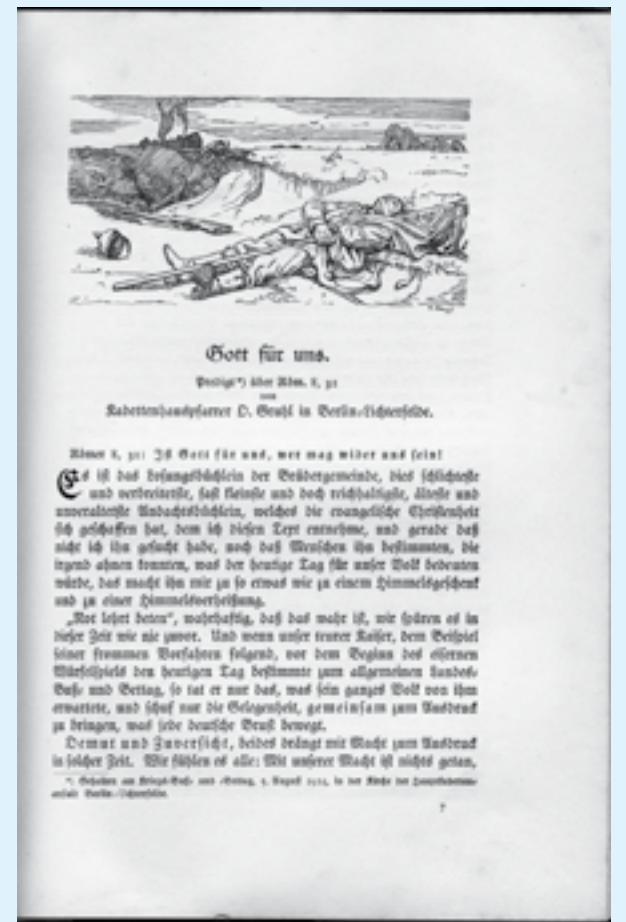


Foto: Georg Ruppelt

„Die rechte Christenlösung für eiserne Zeit.“

„Opferfreudigkeit.“
„Unser Gott, willst du sie nicht richten?“
„Tust du deine Pflicht?“
„Ein Vater unser im Kriege.“
„Der christliche Heldenmut.“
„Euer Herz erschrecke nicht!“
„Daß wir tüchtig sind, ist von Gott.“
„Sorget nicht für euer Leben!“
„Vom rechten Opfersinn.“
„Ich muß wirken.“

„Nehmt den Kampf unseres Vaterlandes zum Vorbild eures Christenlebens.“ Konfirmationsrede über 1. Tim. 6, 12 von Pastor Lic. Riemer in Berlin.

„Der Herr hat Großes an uns getan.“ Predigt nach der Befreiung Insterburgs von der Russenherrschaft über Psalm 126, 3 von Superintendent Kuhn in Insterburg.

„Der Gewinn, den wir aus diesem großen Kriege haben sollen.“
„Sichel und Schwert.“
„Das Recht unseres freudigen Stolzes auf unser Volk.“
„Gott beruft unser Volk zum Seher einer gesegneten Zukunft.“ Predigt nach dem Fall Antwerpens über 4. Mos. 24,

1-9 von L. Jacobskötter, Pastor am Dom in Bremen.

Aus dem Schluss der „Vertheidigungsrede“ über Off. Joh. 2, 10 von Oberpfarrer D. Dr. Riemann in Charlottenburg, Militärseelsorger der Garnison:

„Schreibt das Wort Disziplin groß in eurem Soldatenleben! Die deutsche Disziplin, die uns unsere Feinde nicht nachmachen können, verbürgt uns unsere Erfolge, und in den Erfolgen habt ihr dann auch schon eine herrliche Erfüllung der Verheißung: ‚So will ich dir die Krone des Lebens geben.‘ ...

Und ist das nicht auch ein Stück wahren Glückes, wenn ihr als treue Vaterlandsverteidiger euch einmal werdet sagen dürfen: Ich habe auch etwas dazu beitragen können, daß mein Volk, mein liebes deutsches Volk, nun der Kulturträger für die Welt geworden ist, der Kulturträger einer rechten, wirklich verchristlichten Kultur, nachdem die falsche eines elenden Scheinchristentums sonderlich durch Englands Schuld so jammervoll Fiasko gemacht hat! Ob wohl nicht!?

Aber freilich, voll und ganz wird die Verheißung erst erfüllt werden, wenn wir, getreu bis an den Tod, auch diesen letzten Feind überwunden haben und eingegangen sein werden in das Heilsland des ewigen Friedens. Und dabei denke ich nun an die teuren gefallenen Helden unseres ruhmreichen Regiments, von unserem lieben Major Cuno von Bredow, dem Edelmenschen, herab bis zu dem jüngsten Leutnant und bis zu den letzten Toten im letzten Gliede, dessen gewiß, Gott, der Herr, hat ihnen in seiner Gnade um unseres Heilandes Jesu Christi willen ihre Erdentreue mit seinem Himmelsheil belohnt.

Kameraden, seid ihr auch so treu, treu bis in den Tod! Er wird euch die Krone des Lebens geben. Wohl, in diesem Sinne schwört nun euren Fahneneid als deutsch-christliche Männer! Gott, der Herr, rüste euch dazu aus mit seinen Gaben und Kräften, dass ihr ihn jetzt recht leistet und dann allezeit recht haltet! Amen.“

Der Verfasser ist Vizepräsident des Deutschen Kulturrates. ■

Regionales Kulturerbe – ein Konzept beginnt zu wirken!

Kulturelle Wurzeln lassen sich touristisch nutzen • Von Axel Redmer

„In Berlin schreien die Steine“, resümierte Dr. Erhard Eppler, als 1991 im Zuge der deutschen Einheit über die künftige Bundeshauptstadt gestritten wurde. Im selben Jahr machte sich in Birkenfeld der spätere Staatssekretär Dr. Ernst Theilen auf, das regionale Kulturerbe seines Landkreises verstärkt touristisch zu nutzen. Bis heute ist daraus ein ganzes Maßnahmenbündel entstanden. Das Gesamtkonzept wird so immer deutlicher erkennbar.

Ausgehend von angelsächsischen „Heritage“-Projekten sollte im Nahe-Hunsrück-Raum der Versuch unternommen werden, „die Besinnung auf das Erbe aus Zivilisation, Kultur und Landesnatur“ finanziell abzuschöpfen, ohne die dafür notwendigen Grundlagen zu versilbern. Bereits 1992 konnte der Öffentlichkeit ein erstes von einer fünfköpfigen Arbeitsgruppe ausgearbeitetes „Kulturerbe-Konzept für den Landkreis Birkenfeld“ vorgelegt werden. Berufliches Sachwissen brachten die Gruppenmitglieder aus den Fachgebieten Fremdenverkehr, Geologie, Kunst/Literatur, Natur/Umwelt und Geschichte mit. So entstand ein Ideen-Steinbruch, dem auch noch nach fast zwei Jahrzehnten sinnvolle und praktikable Anregungen zu entnehmen sind.

Touristisch vermarktete Objekte fanden die ersten „Kulturerbesammler“ im Berg- und Hüttenwesen ihrer Heimat genauso wie in der Schmuckindustrie; unter Burgen, Schlössern und Kirchen, aber auch bei den zahlreichen Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern; in der Geologie ebenso wie in der Historie. Nicht zuletzt der Kunstgeschichte verdankte man Erkenntnisse, die dem kollektiven Gedächtnis der Region fast schon entfallen waren.

Kern des regionalen Kulturerbes ist unbestreitbar die weltweit einmalige Schmuck- und Edelsteinindustrie mit dem Deutschen Edelsteinmuseum in Idar-Oberstein als besonderem Leuchtturm. Doch auch das Besucherzentrum der wasserradgetriebenen Weiherschleife am Idarbach, der Besucherstollen des Steinkaulenbergs und der erst vor wenigen Jahren als deutschlandweit einmaliges Kleinindustriedenkmal entdeckte Bengel-Komplex, in dem während der 1920er-Jahre international gefragter Art Déco-Schmuck produziert wurde, verblüffen die Besucher mit Schätzen, die weit über die Grenzen bloßen Kunsthandwerks hinausreichen.

Neben dem Steinkaulenberg finden sich im Landkreis weitere bemerkenswerte Besucherstollen: das

Fischbacher Kupferbergwerk und das Bundenbacher Schieferbergwerk; beides Zeugnisse Hunsrück- Bergbaugeschichte, die lediglich unter allzu begrenzten Marketingmitteln leiden.

So bekannt die Obersteiner Felsenkirche ist, so wenig reicht der Ruf anderer Gotteshäuser über die enge Nahe-Hunsrück-Region hinaus. Dabei rühmen Kunsthistoriker die evangelische Pfarrkirche in Stipshausen als die reichste und besterhaltene aller Kirchen zwischen Nahe und Mosel. Kreuz und Kerzenständer stammen aus der Werkstatt des weltweit bewunderten Edelsteindesigners Bernd Munsteiner. Dessen Sohn und Schwiegertochter haben im benachbarten Rhaunen ein mit Bergkristallen und Citrinen besetztes Vortragekreuz gestaltet. In Heimbach, am Rande des Westtrichs, finden sich in der katholischen Schutzengelkirche Wandmalereien des berühmten schlesischen Expressionisten Alfred Gottwald. Und nicht nur in Sulzbach, sondern in etlichen anderen Orten des Landkreises gehören die Musikinstrumente der bekannten Orgelbauerfamilie Stumm zu den besonderen kirchlichen Schätzen, deren Vorzüge bei regelmäßigen „Orgel-Wanderungen“ immer wieder ins Bewusstsein zahlreicher Musikfreunde gerückt werden.

In kaum einer anderen Region außerhalb Bayerns gibt es in Deutschland auf ähnlich engem Raum so viele kirchliche Kleinodien zu bewundern wie im Kreis Birkenfeld. Mit einer 2009 herausgegebenen Kulturkarte hat dies die Kreisverwaltung einprägsam verdeutlicht und damit sogar viele ihrer heimatkundlich interessierten Bürgerinnen und Bürger verblüfft. Zudem lädt die Kreisvolkshochschule künftig zu einer jährlichen Laukhard-Predigt in die evangelische Kirche von Veitsrod ein, in der von 1804 bis 1811 der Spätaufklärer Magister Friedrich Christian Laukhard als Pfarrer tätig war. So soll einerseits an den unkonventionellen Pfarrer und Literaten erinnert werden, dessen Autobiografie „Leben und Schicksale“ selbst Johann Wolfgang von Goethe Anregungen für seine „Kampagne in Frankreich“ entnahm, während andererseits die Idee der Aufklärung aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven im Sinne des kritischen Magisters beleuchtet wird. Mit einem Vortrag über „Die Protestanten und der Staat“ beginnt in diesem Frühjahr Erhard Eppler die ambitionierte Veranstaltungsreihe.

Birkenfeld ist „die“ Malerstadt an der Nahe. Von Carl Ludwig Frommel,



© Reinhard Bartz

der den Stahlstich in Deutschland einführte, über den Pferdemaal Emil Volkers, dem die rumänische Post vor drei Jahrzehnten zwei Sonderbriefmarken widmete, bis zu Edvard Frank, dem bedeutendsten Aquarellmaler der „Verschollenen Generation“, lebten und arbeiteten in Birkenfeld immer wieder bildende Künstler von beachtlichem Rang, ohne dass ausdrücklich von einer „Birkenfelder Schule“ gesprochen werden könnte. Lange Zeit wussten nicht einmal die Birkenfelder selbst, welch großartige Maler in ihrer Stadt gewirkt hatten. Erst im Zuge der Sanierung und Restaurierung des am Rande des Oldenburgischen Regierungsviertels gelegenen Maler-Zang-Hauses geriet die Malertradition der Kreisstadt wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung. Hochkarätige Wechselausstellungen mit Werken von Alfred Hrdlika, HAP Grieshaber und Gertrude Degenhardt, aber auch zeitgenössische Arbeiten junger Birkenfelder Künstler wie Christian Hinz und Petra Warrass, die sich längst in München und Düsseldorf etabliert haben, locken seit zwei Jahren selbst Besucher aus Trier, Kaiserslautern, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Köln-Bonner-Raum nach Birkenfeld. Ergänzt werden die Ausstellungen im Maler-Zang-Haus durch Lesungen bedeutender Autoren wie Cees Nooteboom und Christoph Hein sowie

Konzerte von Emil Mangelsdorff und anderen Jazz-Musikern.

Weil nicht nur Kommunen bauhistorisch erhaltenswerte Objekte pflegen und schützen sollen, führte der Landkreis vor wenigen Monaten das Gebäudesiegel „Regionales Kulturerbe“ ein. Besonders wichtige und ortsbildprägende Bauten werden von einer Fachjury bewertet und erhalten nach einem positiven Votum eine Metallplakette, die neben dem jeweiligen Hauseingang befestigt werden kann und damit den Wert im Rahmen des regionalen Kulturerbes hervorhebt.

Zum regionalen Kulturerbe gehört weit mehr als die Erinnerung an den einstigen Betrieb von Bergwerken, die Erhaltung bemerkenswerter Bausubstanz und die Rückbesinnung auf bildende Künstler von Rang. Auch Naturdenkmäler, geologische Besonderheiten und eine nach wie vor durch die Menschen bedrohte Pflanzen- und Tierwelt sind unverzichtbare Bestandteile des regionalen Kulturerbe-Konzepts.

Tatsächlich haben sich gerade beim Wandertourismus dank der Beteiligung am Saar-Hunsrück-Steig, dem mit Abstand besten Fernwanderweg Deutschlands, die größten touristischen Mehrwerte erzielen lassen. Durch „Traumschleifen“ genannte Kurzwanderwege wie den Herrsteiner Mittelalterpfad oder den Frauenberger Gräfin Lorettafpfad finden auch die geologischen Besonderheiten des Land-

kreises Birkenfeld mehr und mehr das Interesse der Wandergäste. Mit der Ansiedlung einer Wildkatzenstation im Wildfreigehege auf der Wildenburg wird man vom Saar-Hunsrück-Steig aus auch die heimische Wildtierwelt stärker als in der Vergangenheit wahrnehmen können.

So gewinnt das Konzept des „Regionalen Kulturerbes“ immer mehr Konturen und lässt mit jeder neuen Facette deutlicher erkennen, welche Kulturschätze auch außerhalb von Metropolregionen zu entdecken sind.

Literatur:

Kreissparkasse Birkenfeld (Hg.): Kunst und Kultur im Birkenfelder Land. Geschichtliche Zeugnisse im ländlichen Raum, Mainz 1982

Landesamt für Denkmalpflege Rheinland-Pfalz (Hg.): Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz. Band 11. Kreis Birkenfeld, Worms 1993

Landkreis Birkenfeld (Hg.): „Heritage-Konzept“ für den Landkreis Birkenfeld – als Beispiel für den Hunsrück-Nahe-Raum, Birkenfeld 1991

Landkreis Birkenfeld (Hg.): Kulturerbe-Konzept für den Landkreis Birkenfeld, Birkenfeld 1992

Der Verfasser ist Landrat und Vorsitzender des Schul- und Kulturausschusses des rheinland-pfälzischen Landkreistags ■

Kulturlandschaft Deutschland

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat ihren Auftrag ernst genommen und eben nicht nur jene Bereiche des kulturellen Lebens in den Blick genommen, die jedem selbstverständlich sind, sondern hat eine umfassende Bestandsaufnahme des Kulturlebens in Deutschland vorgelegt.

In diesem Zusammenhang hat die Enquete-Kommission „blinde Flecken“ in der Kulturlandschaft und Kulturpolitik Deutschlands untersucht, so u.a. auch die Kultur im ländlichen Raum. Obwohl die Mehrzahl der Bundesbürger nicht in Großstädten, sondern vielmehr in Mittelstädten oder Dörfern lebt, spielt die Kultur in den Regionen zumeist eine untergeordnete Rolle. Kultur in der Provinz wird oftmals gleichgesetzt mit provinziell.

Dass dem so nicht ist, wurde bereits in der Reihe „Kulturregionen“ in *politik und kultur* deutlich. In sieben Ausga-

ben – von der Ausgabe Januar-Februar 2007 bis zur Ausgabe März-April 2008 – haben jeweils zwei der im Arbeitskreis Kulturregionen zusammengeschlossenen Kulturregionen ihre Arbeitsweise sowie ausgewählte Projekte vorgestellt. Die Unterschiedlichkeit dieser Projekte bot einen Einblick in die Vielfalt des kulturellen Lebens in Deutschland. Sie zeigte den Ideenreichtum der Akteure vor Ort und machte deutlich, dass interessante kulturelle Vorhaben überall in Deutschland zu finden sind. Seit der Ausgabe 4/2008 wird aus unterschiedlichen Landkreisen von der Kulturarbeit vor Ort berichtet.

In dieser Ausgabe stellt Volker Böhring den Uecker-Randow Kreis vor und Christiane Krüger berichtet von der Musikschularbeit in diesem Kreis. Axel Redmer stellt den Landkreis Birkenfeld vor.

Die Redaktion ■

Eine Region, die polarisiert

Der Landkreis Uecker-Randow als Kulturlandschaft • Von Volker Böhring

Der Landkreis Uecker-Randow verkörpert mit Sicherheit eine Region, die polarisiert. Entweder man ist dieser Landschaft und den Menschen, die in ihr leben, zugeneigt oder man hat eben kein Faible für die Reize des so genannten flachen Landes und zeigt diesem die kalte Schulter.

Von diesen emotionalen Extremen abweichende Mittelwerte à la „ganz nett“ erleben wir, die zwischen Haffküste und Penkuner Seenlandschaft leben, nur selten. Ähnlich fällt auch das Spiegelbild der Region in den Medien aus: Einige Journalisten machen dem Landkreis Uecker-Randow nur dann ihre Aufwartung, wenn sie den Festauftrag der Redaktion in der Tasche haben, nach Stereotypen „ostdeutschen Elends“ zu suchen. Ungleich mehr Vertreter der berichtenden Zunft besuchen

uns jedoch ebenso regelmäßig wie gerne und gestehen „außerhalb des Protokolls“, dass auch sie ihr Herz längst an die Gefilde zwischen Uecker und Randow verloren haben.

In der Tat haben die Eiszeit, preußische Kolonisten sowie pommersche Bauern und Handwerker im Laufe der Jahrhunderte ein landschaftliches Gesamtensemble aus flachen, mit Seen und Flüssen durchsetzten Wiesenflächen, mit Höhenzügen und ausgedehnten Wäldern geschaffen, in denen Fachwerk- und Feldsteinbauten zum Wohnen und Leben einladen.

Wem die Mischung aus rauer Ursprünglichkeit und der Idylle lieblichen Land- und Kleinstadtlebens zusagt, wird vom Landstrich im äußersten Nordosten Deutschlands unweigerlich positiv aufgeladen.

Der Landkreis Uecker-Randow hat bei allen Reizen natürlich auch

die handfesten Probleme einer dünn besiedelten Region ohne starke Infrastruktur zu schultern. Er ist jedoch alles andere als ein großes Heimatmuseum mit Puppenstubencharakter, sondern vielmehr die Heimat von Menschen, die seit Jahrhunderten beweisen, dass sie anpacken und Krisen meistern können. Bei uns sind leistungsstarke und hochmoderne Industriebetriebe ebenso ansässig wie innovative Familienunternehmen.

Ihre Existenz mag Beweis genug dafür sein, dass hier in der Region nicht erst seit 1990 die Ärmel hochgekrempt wurden. Dies zu tun, war an Uecker und Randow bereits unter Friedrich dem Großen erste Bürgerpflicht, um überleben zu können. Das Potenzial der Pommerschen

Weiter auf Seite 30

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

nmzMedia vor Ort

Das nmz-TV-Studio auf der **Frankfurter Musikmesse 2010**



Das **Saxophon-Quartett „clair obscur“** aus Berlin im Kinderkonzert auf der Messebühne mit dem Märchen vom „tapferen Schneiderlein“

Die kulturpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag und frisch gebackene „Pianistin des Jahres“ **Agnes Krumwiede** im Gespräch mit **Andreas Kolb**



Im Mai bekommt er als erster Musiker überhaupt den ECHO in der Kategorie Jazz verliehen: **Klaus Doldinger** über „Jazz made in Germany“



Wirtschaftskrise – Kulturkrise?! **DOV-Geschäftsführer Gerald Mertens** spricht mit nmz-Herausgeber **Theo Geißler**



„**Korb 2**“ und die Folgen: Urheberrecht versus Industrieinteressen kontrovers diskutiert von Vertretern aus **GEMA, Politik und Wirtschaft**



Mit vollem Körpereinsatz: der Komponist und Pianist **Moritz Eggert** spielt aus dem „**Hämmerklavier**“ und spricht über seine Musik



Außerdem: Gespräche mit Bettina Münzberg (Ruhrtriennale), **Monika Bestle** (Sonthofer Kulturwerkstatt), **Susanne Schmidt** (Bregenzer Festspiele), **Uli Wüster** (JMD), **Winfried Richter** (VdM), **Christian Höppner** (DMR), **Brigitte Zypries** (SPD) und vielen anderen interessanten Gästen



kostenlos unter:
www.nmz.de

Fortsetzung von Seite 29

Eine Region, die polarisiert

Sturheit, das „Sich-Nicht-Sofort-Beeindrucken-Lassen“ gepaart mit enormem Durchhaltevermögen sollte man auch im 21. Jahrhundert als Aktivposten der Region nie unterschätzen.

Mit einer Lage an den Achsen Stettin-Hamburg und Stettin-Berlin sowie einem Hafen mit Ostseeanbindung über das Haff präsentiert sich die Region als ernstzunehmender Standort für das produzierende Gewerbe. Im Landkreis Uecker-Randow ist leicht nachzuvollziehen, wie eine Synthese von intakter Natur, von über Jahrhunderte gepflegter Kulturlandschaft, von liebenswerten Menschen und von florierendem Gewerbe aussehen kann.

In dieses Bild fügt sich die Kreismusikschule Uecker-Randow nahtlos ein: Es liegt auf der Hand, dass es sich sehr viel schwerer gestaltet, qualitativ hochwertigen, zertifizierten Musikunterricht in einem Flächenkreis anzubieten als

beispielsweise in einer größeren Stadt mit zentral gelegenen Unterrichtsgebäuden. Die Lehrkräfte der Kreismusikschule Uecker-Randow beweisen jedoch die gleiche Flexibilität und ein gleichermaßen ausgeprägtes Organisationstalent wie die übrige Bevölkerung.

Nur so ist es zu erklären, dass diese Institution nicht nur Mädchen und Jungen ab einhalb Jahren an die elementare musikalische Grundausbildung, an Musikinstrumente, Gesang, Tanz, Musiktheater sowie zahlreiche Ensemble- und Ergänzungsfächer heranführt.

Die Kreismusikschule richtet sich darüber hinaus mit einem bemerkenswerten Spektrum von Klassik bis Unterhaltungsmusik an alle Altersstufen und Gruppen der Bevölkerung.

Absolute Priorität besitzt bei dieser Angebotsfülle, die an einem Dutzend Unterrichtsorten mit 22 Fächern vorgehalten wird, stets die Qualität der Ausbildung. Zwölf hauptamtliche Lehrer, über 900 Schüler und eine Vielzahl von Wettbewerben, Ausscheiden und Konzerten mit deutlich über 150.000 Besuchern in jüngster Vergangenheit

bilden die Eckzahlen dieser Gesamtleistung.

Ein Landstrich und sicher auch ein Landkreis als Gebietskörperschaft, die als Kristallisationspunkt für Heimatgefühl fungiert, wirkt und lebt vor allem durch die mannigfaltigen Aktivitäten ihrer Einwohner. Nicht zuletzt über kulturelle Traditionen gelingt es, sich mit dem angestammten oder mit dem als Lebensmittelpunkt gewählten Stück Erde zu identifizieren. Die Kreismusikschule Uecker-Randow trägt seit über fünf Jahrzehnten ihres Bestehens bis zum heutigen Tage dazu bei, dass bei uns im Landkreis Uecker-Randow jungen Menschen die Türen zur Welt der Musik offen stehen.

Vor diesem Hintergrund dürfte auch klar sein, dass aus Sicht des Landkreises die Musikschule trotz ihres Haushalts-Status als Leistung freiwillig, aber dennoch unverzichtbar ist! Wir können es uns nicht leisten, uns die musikalische Ausbildung unserer Jugend nicht mehr leisten zu können!

Der Verfasser ist Landrat des Uecker-Randow-Kreises ■

„Da rocken ja die Hühner“

Kreismusikschule Uecker-Randow • Von Christiane Krüger

Dem ein oder anderen wird dieser Titel eines Kindermusicals von G. Weyer und G. A. Weiler ein Schmunzeln abringen oder ihn vielleicht zu einer ironischen Nebenbemerkung verleiten – „Typisch Provinz“.

Aber so provinziell geht es hier gar nicht zu. Mit Ausschnitten aus diesem Musical begeisterten Schülerinnen und Schüler des Musiktheaters der Kreismusikschule Uecker-Randow z.B. hunderte Besucher auf der Grünen Woche 2010 in Berlin. Nicht nur einmal hörte man die bewundernde Bemerkung: „Solche Leistungen hätten wir gar nicht erwartet“.

Ja, was erwartet man denn von Menschen, die in den eher ländlichen Räumen der Republik ihr Zuhause haben? Manch einem ist vielleicht gar nicht so bewusst, dass auch auf dem flachen Land Menschen leben, die sich genau wie andere für das Leben hier und jetzt interessieren, die die gleichen Wünsche und Interessen haben wie andere. Eltern, die ihren Kindern das Beste wünschen und Kinder, die stolz auf ihre Eltern sein wollen! Der Wunsch auf Chancengleichheit und Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen spielt eine Rolle. Der Wunsch auf ein erfülltes Leben, auf Erfolge, auf schöne und tolle Momente. Nicht anders, sondern genau so, wie in anderen Teilen Deutschlands.

Zu diesen Ansprüchen gehören zweifelsohne Kultur und Bildung. Ob man es nun so bewusst formuliert, tangiert oder eher zufällig partizipiert. Wir in der Kreismusikschule Uecker-Randow sehen gerade hier eine Riesenherausforderung und Verantwortung.

Die Kreismusikschule Uecker-Randow wurde 1959 gegründet, in ihrer heutigen Struktur gibt es sie seit 1993. Der Landkreis übernahm 1991 die Trägerschaft und steht auch heute noch fest hinter seiner Musikschule. Ebenfalls 1991 wurde die Musikschule Mitglied im Verband deutscher Musikschulen e.V. Als musische Bildungs- und Kultureinrichtung konnte sich die Kreismusikschule in der Region etablieren und stellte in den Jahren in vielfältigster Weise ihre Qualität zum Nutzen der Kinder- und Jugendarbeit unter Beweis. Im Jahr 2001 implementierte die Kreismusikschule als eine der ersten Musikschulen Deutschlands

das Qualitätsmanagementsystem „QsM“. Die gerade im Februar 2010 durch alle Kommunalen Spitzenverbände Deutschlands, so auch vom Präsidium des Deutschen Landkreistages, verabschiedeten „Hinweise und Leitlinien für Musikschulen“ bieten eine hervorragende Basis für die weitere Entwicklung und die kontinuierliche Qualitätsarbeit der Musikschulen.

Seit 1989 vergrößerte sich die Schülerzahl unserer Einrichtung auf das etwa 5 ½ fache. Es gab bisher keine zurückgehenden Schülerzahlen, was sicher auch der Angebotsbreite und Alterstruktur geschuldet ist, welche sich übrigens nahtlos in den jüngst aktualisierten Strukturplan des Verbandes deutscher Musikschulen einfügen. Viele Bereiche wie z.B. die Musikalische Früherziehung, Musikgarten, Chöre, Musiktheater, Kooperationsprojekte bis hin zu Behindertenarbeit kamen in den vergangenen 20 Jahren dazu. Breitenarbeit und Talentförderung auf hohem Niveau gehören gleichermaßen zu den Aufgaben der Pädagogen. Gab es vor gut zwei Jahrzehnten vier Unterrichtsorte, so sind dies inzwischen 40 Unterrichtsstätten an 12 Unterrichtsorten des Landkreises. Und hier gibt es dann doch gravierende Unterschiede zum Beispiel zu städtischen Einrichtungen. Die Wege sind oft immens und ungleich weiter.

Die Pädagogen unserer Einrichtung legen täglich viele Kilometer mit ihrem PKW zurück, um an die Unterrichtsorte zu gelangen. Im kurzen Zeitfenster des Nachmittags oftmals eine Meisterleistung. Der örtliche Nahverkehr bietet den außerschulischen Bildungsträgern nur geringe Möglichkeiten der Teilnahme. Auch der Gedanke an ggf. noch größer werdende Kreisstrukturen durch anstehende Reformen wird von den Mitarbeitern in Bezug auf Wege, regionaler Identität und direkter Ansprechpartner eher kritisch und mit sehr gemischten Gefühlen gesehen. Musikalische Ausbildung ist sicher ein Bereich, der realistisch nur mit menschlicher direkter Kommunikation möglich ist. Das Internet kann diese Arbeit nicht übernehmen.

Rund 930 Musikschüler aller Altersgruppen nutzen derzeit das breit gefächerte Angebot. Dabei reicht die Palette von Eltern-Kind-Kursen, über die Instrumental- und Gesangsfächer bis hin zum Erwach-

senen- und sogar einem Seniorenchor. In den Ergänzungsbereichen wird u.a. Musiktheater, Gehörbildung, Tanz und Studienvorbereitung angeboten. Seit vielen Jahren gibt es eine Pop-Abteilung. Das Ensemblespiel mit vielen kleinen und großen Ensembles, wie z.B. den „Uecker-Randow-Sinfonies“, dem Akkordeon- und Gitarrenorchester, dem Chor „New Voices“, den „Keyboard-Kids“ und den „Mini-Sinfonies“ wird in der Musikschule ganz groß geschrieben.

Es gibt intensive Kooperationen mit 20 Vorschuleinrichtungen, 14 allgemein bildenden Schulen und anderen Bildungs- und Jugendeinrichtungen. Besonders stolz sind wir auf unsere ersten Bläserklassen. Dazu kommen Projekte in Förderschulen und den Gemeinnützigen Wohn- und Werkstätten. Zu den Partnern der Musikschule zählen die Städte und Gemeinden des Landkreises sowie Vereine und Verbände, besonders auch der Förderverein der Kreismusikschule, die Konzertvereine des Landkreises und eine sehr aktive Elternvertretung. Regelmäßig nehmen Musikschüler erfolgreich an Wettbewerben teil. Und dies von der Regional- bis hin zur Bundesebene!

In der Region sind unsere Musikschüler und deren Lehrer aber vor allem durch ihre vielen Vorspiele und Konzerte bekannt und bereichern sehr engagiert mit ihrer Musik das kulturelle Leben der Uecker-Randow-Region. Im Jahr 2008 gab es über 190 Veranstaltungen und Konzerte. Rund 18.000 Besucher konnten dabei die jungen Musiker beim kleinen Vorspiel, dem Minikonzert im Altersheim über Orchester- und Chorkonzerte, Gestaltung des jährlichen Neujahrsempfangs des Landkreises bis hin zur Mitwirkung bei Veranstaltungen der allgemein bildenden Schulen, Stadtfesten und der Ueckermünder Haff-Sail erleben. Und dass die Aufführungen des Musiktheaters dabei zu den Highlights gehören, hat sich inzwischen rumgesprochen. Nach „Schwein gehabt“ geht es weiter mit dem Traumzauberbaum von Reinhard Lakomy, auf welches sich Kindergartenkinder und Grundschüler der Umgebung schon ganz besonders freuen.

Die Verfasserin ist Leiterin der Musikschule des Landkreises Uecker-Randow ■

Wie Kunst und Kultur die Wirtschaft fördern können

Reiner Deutschmann, kulturpolitischer Sprecher der FDP • Von Andreas Kolb

„Ich kenne keine Stadt, die ihren Haushalt retten konnte, in dem sie eine Kultureinrichtung geschlossen hat. Es ist dieser eigenartige Blick zuerst zur Kultur, wenn's um Haushaltskürzungen geht.“ Reiner Deutschmann redet Klartext: „Wo schaut man zuerst hin, wenn irgendwo gespart wird? Zur Kultur! Denn das sind freiwillige Ausgaben. In Sachsen würde man sagen: Nein, Kultur ist keine freiwillige Ausgabe. Es steht in der Verfassung des Freistaates und im Kulturraumgesetz, dass sie für Länder und Kommunen eine Pflichtaufgabe ist.“

Für Reiner Deutschmann, den neuen kulturpolitischen Sprecher der FDP, steht deshalb auch bundespolitisch das Staatsziel Kultur ganz oben in seiner kulturpolitischen Agenda. „Einerseits bezeichnen wir uns als Kulturnation, und dann tun wir uns wieder so schwer, diesen Begriff auch wirklich in unserem Grundgesetz zu verankern. Man verfügt deswegen nicht über mehr Geld, aber Kunst und Kultur erhalten damit einen anderen Stellenwert.“

Reiner Deutschmann ist FDP-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Bautzen und lebt in Kamenz. Die Stadt mit nicht ganz zwanzigtausend Einwohnern liegt in der Lausitz und ist Teil des so genannten Städtedreiecks Hoyerswerda-Kamenz-Bautzen, das als das intensivste Siedlungsgebiet der Sprachminderheit der Sorben gilt. Deutschmanns Name könnte einen Hobby-Etymologen wie den Autor dieses Porträts auf die Idee bringen, dass seine Vorfahren als „zugereiste“ Deutsche ihren Nachnamen erhalten hätten. Amüsiert weist einen dann Deutschmann darauf hin, dass in seinem Namen ja auch der sorbische „Ducman“ stecken könnte, was so viel bedeutet wie „Derjenige, der voranreitet. 1871 wurde der Name dann eingedeutscht. Ich selbst spreche kein Sorbisch, aber stehe dem ‚KRABAT e.V. - Verein zur regionalen Entwicklung in der zweisprachigen Lausitz‘ seit vier Jahren vor. Ich finde es wichtig, dass man sich auch aus deutscher Sicht dafür einsetzt, dass die Zweisprachigkeit ein wertvoller Schatz für Sachsen und Brandenburg ist und deshalb erhalten bleiben muss.“

Gerade jetzt schlägt die Diskussion um die drei Theater im Kulturraum Oberlausitz/Niederschlesien bundesweit Wellen. Das Theater Görlitz, das vorwiegend als Musiktheater fungiert, fusioniert mit dem Gerhart-Hauptmann-Theater in Zittau. In Bautzen dreht sich die Diskussion auch darum, inwieweit eine Fusion des Sorbischen Nationalensembles mit dem zweisprachigen Deutsch-Sorbischen Volkstheater Bautzen denkbar und sinnvoll wäre.

So verwurzelt Deutschmann mit der Region Lausitz ist, seit September 2009 zieht es ihn Woche für Woche nach Berlin, wo er seit dem Beginn der neuen Legislaturperiode als kulturpolitischer Sprecher der FDP tätig ist. Berlin ist Deutschmann nicht ganz unbekannt, denn 1974 hatte er Kamenz schon einmal verlassen und sich zum Lehrstudium an der Humboldt Universität zu Berlin eingeschrieben. „Ich wollte nicht an eine Pädagogische Hochschule, denn die erschien mir zu verschult. Die Universität hat mich auch politisch stark geprägt, gerade bei Humboldt kamen noch Hochschullehrer aus dem ‚bürgerlichen Lager‘“. Auf das Studium folgten elf Jahre Schuldienst in Hermsdorf bei Dresden und dann wieder in Kamenz an der II. POS. Eine gewisse Gleichförmigkeit hatte sich in Deutschmanns Berufsleben eingestellt und er suchte nach neuen Herausforderungen.

Sein persönlicher Wunsch nach Veränderung fand die ideale Entsprechung in den politischen Umwälzungen im Jahr 1989. Deutschmann, der bereits seit 1987 Mitglied der NDPD war, wurde 1989 für ein Jahr Stadtrat für Kultur der Stadt Kamenz, ab 1990 Beigeordneter der Stadt.

„Als ich mich entschieden hatte, in die Stadtverwaltung zu wechseln“, erinnert sich Deutschmann, „war mein kulturelles Interesse zunächst die Rockmusik gewesen. Ich war während meiner Berliner Studienzeit viel in Konzerten gewesen, fuhr auch in den 1980er-Jahren häufig nach Berlin, sah u.a. Springsteen, Bryan Adams, Uriah Heep und Joe Cocker. Das war meine Welt. Die Hutbergbühne in Kamenz lag im Dornröschenschlaf, und ich sagte mir: ‚Mensch, hier kannst du große Konzerte machen.‘“

Die Hutbergbühne fasst 10.000 Menschen und gehört zu den führenden Open-Air-Bühnen in Sachsen. Auf der Freiluftbühne sind seit der Wiedervereinigung Hunderte von Bands aufgetreten, darunter Größen des nationalen Showgeschäftes wie Silbermond, Matthias Reim, Nina Hagen und Wolfgang Petry, aber auch internationale Stars wie Creedence Clearwater Revival, Joe Cocker, Chris de Burgh, Deep Purple, Joan Baez, Jethro Tull u.a. haben hier Triumphe gefeiert. Längst ist das jährliche Pfingstkonzert mit den Pop-Ikonen der untergegangenen DDR, den Puhdys, das die Saison auf dem Hutberg eröffnet, zur Tradition geworden.

Dass Deutschmann neunzehn Jahre lang das kulturelle Leben seiner Heimatstadt Kamenz stark prägen konnte, hing unter anderem auch mit seinem recht ausgeprägten Unternehmergeist zusammen. Er gründete den eigenständigen Kulturbetrieb Lessingstadt Kamenz. In seiner Ägide wurde das Stadttheater erweitert, das Lessing-Haus neu strukturiert, die stadtgeschichtliche Sammlung im Malzhaus eröffnet und – wie bereits beschrieben – die Freilichtbühne auf dem Hutberg für ein überregionales Publikum ausgebaut.

„Die Zeit bei der Stadt empfand ich als spannend, weil ich da bereits 1994/95 begonnen hatte, die Kultur auf andere Füße zu stellen, das heißt, sukzessive aus der Verwaltung abzukoppeln. Ich gründete einen ersten kleinen Eigenbetrieb, der ähnlich betrieben wurde wie eine GmbH, aber



Reiner Deutschmann

Foto: privat

noch als Sondereigentum der Kommune galt. Kommunale Eigenbetriebe gibt es vorwiegend im Bereich der Wohnungswirtschaft, Abwasserwirtschaft, also eher in der kommunalen Daseinsfürsorge. Ich habe das Prinzip auf die Kultur angewandt und zuerst die Hutbergbühne Kamenz ausgegliedert, denn die passte in kein kommunales Rechnungsschema. Man kann ja nicht ein Jahr im Voraus planen, was man auf einer Bühne mit großen Ver-

anstaltungen einnimmt und ausgibt. Man muss eine gewisse Flexibilität haben. Die ersten Kernstücke dieser Politik waren die Hutbergbühne und die Tourist-Information.“ Den Kulturbetrieb Lessingstadt Kamenz leitete Deutschmann bis 2008, seither ist er selbstständig in der Kommunal- und Unternehmensberatung tätig.

Als Beigeordneter der Stadt Kamenz hat Reiner Deutschmann die Zusammenarbeit der kleineren Kul-

turstädte Deutschlands gesucht und gefördert. Kamenz hat die Initiative „www-Kulturstädte“ begleitet, die deutlich machen will, dass auch relativ kleine Städte wie Wittenberg, Wolfenbüttel, Weimar, Kamenz und Halberstadt für die Kulturbewahrung in Deutschland enorme Bedeutung haben und auch für eine Förderung durch den Bund in Frage kommen.

„Nehmen wir die Lutherdekade, die insbesondere in Wittenberg läuft, das sind alles Zeichen dafür, dass diese relativ kleinen Städte tatsächlich auch im medialen Interesse stehen, aber ihre Projekte zum großen Teil aus kommunaler Kraft stemmen müssen.“

Wenn man Kamenz sagt, dann meint man auch Gotthold Ephraim Lessing, der dort 1729 geboren wurde. Deutschmann gelang es, die Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption als Bund-Land-Projekt am Lessing-Museum zu etablieren. „Die beinahe zwei Jahrzehnte in der Stadt Kamenz haben mich auch in der Weise geprägt, dass ich mich intensiv mit Lessing und seinem Toleranzgedanken auseinandergesetzt habe.“

Kommunal- und Bundespolitik verzahnen sich bei Deutschmann in idealer Weise: Auch die Frage Kultur- und Kreativwirtschaft treibt ihn sehr an. „Geld in die Kultur zu stecken“, sagt er, „ist nicht ein verlorener Zuschuss, sondern eine echte Investition in die Zukunft der Leute. Wer sich mit Kultur beschäftigt, ist auch in seinem Management im Unternehmen weitaus kreativer, als wenn er sich nur um seine Zahlen kümmert. Die Geschichte zeigt, in den kulturtragenden Ländern hat sich auch die Wirtschaft entwickelt. Da ist unter anderem auch Sachsen vor über 200 Jahren ein gutes Beispiel gewesen. Nach dem Siebenjährigen Krieg hat man die Kunstakademie gegründet und die Wirtschaft gefördert. Schließlich hat sich in Sachsen eine Wirtschaft entwickelt, die bis nach dem Ersten Weltkrieg für Deutschland mit tragend gewesen ist. Zu sagen, die Wirtschaft muss Kultur fördern, ist nur eine Seite. Kunst und Kultur fördern genauso die Wirtschaft durch ihre Kreativität. Diese positive Verbindung von Kultur und Wirtschaft ist für mich ein ganz zentraler Ansatz.“

Der Verfasser ist Redakteur von politik und kultur ■

Wertvoller Blick in die Geschichte der Kulturpolitik

Von Gabriele Schulz

In dem letzten Jahrzehnt sind zwei vermeintlich neue kulturpolitische Akteure aufgetreten, die bürgerschaftlich Engagierten und die Kulturwirtschaft. Vor ziemlich genau zehn Jahren nahm die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ihre Arbeit auf. Pünktlich zum Internationalen Jahr der Freiwilligen 2000 wurde das Ende des alten Ehrenamts verkündet und die Politik machte sich für eine Reform des Stiftungsrechts stark, nicht zuletzt um neue Mittel für den Kulturbereich zu gewinnen.

Nach dem diese „Sau“ ausreichend lange „durchs Dorf getrieben“ war, galt es neues Feld zu entdecken, die Kulturwirtschaft. Auf einmal rückten jene in den Mittelpunkt des Interesses die Kultur erwerbswirtschaftlich verwerten. Die Kulturwirtschaft schien ein ganz neues Aktionsfeld zu sein, fast konnte der Eindruck gewonnen werden, als hätte es zuvor noch nie kulturwirtschaftliche Akteure gegeben.

Gegenüber die Schnelllebigkeit der kulturpolitischen Diskurse und teilweise auch Moden hat Bernd Wagner in dem Buch „Fürstenhof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik“ den ganz großen Bogen geschlagen. Seine Ausgangsfrage sind die historischen Wurzeln der Kulturpolitik heute. Er fängt an bei der Kulturpolitik der Frühen Neuzeit, geht dann zur Kulturpolitik an den absolutistischen Höfen, greift die bürgerliche Kultur und Kulturförderung auf, um sich schließlich mit der Ausbildung und Begründung öffentlicher Kulturpolitik im langen 19. Jahrhundert zu befassen.

Über diesen langen Zeitraum hinweg weist er nach, dass alle drei Säulen des kulturellen Lebens: öffentlicher Kulturbetrieb, bürgerschaftliches Engagements und erwerbswirtschaftliche Kulturwirtschaft immer präsent waren. Jeweils unterschiedlich groß war ihre Bedeutung für das kulturelle Leben insgesamt. Es kann aber keineswegs davon gesprochen, dass einer der



Bereiche neu erfunden werden müsse. Der Kulturpolitik kann diese Langzeitbetrachtung wertvolle Hinweise für ihre Begründung geben. Kulturpolitik ist einerseits zeitgebunden, andererseits muss sie über den aktuellen Zeithorizont hinaus gehen. Ein Beispiel hierfür ist das kulturelle

Erbe, das aus der Vergangenheit für die Zukunft bewahrt wird.

Bernd Wagner Buch ist eine Fundgrube für denjenigen, der sich mit der Kulturpolitik früherer Jahrhunderte auseinandersetzen möchte. Es gibt kein vergleichbares Werk, in dem ein so großer Bogen geschlagen wird und sich so intensiv mit kulturpolitischen Begründungen der Vergangenheit auseinandergesetzt wird. Es gibt zugleich die Gelassenheit, dass kulturpolitische Moden auch wieder vorüberziehen und Kulturpolitik sich auf ihren Kern konzentrieren sollte. Und was nicht vergessen werden darf, das Buch ist ein Beispiel für „prodesse und delectare“. Es macht Spaß darin zu lesen und es bildet.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Bernd Wagner: Fürstenhof und Bürgergesellschaft. Zur Entstehung, Entwicklung und Legitimation von Kulturpolitik. Bonn, Essen 2009. ISBN 978-3-8375-00224-4



Karikatur:
Freimut Woessner

Kurz-Schluss

Beichte: Wie ich einmal auf vielen Umwegen zum richtigen Glauben fand

Alle hacken zurzeit auf der Kirche rum, als wär sie der Sündenbock jedweder real existierender Malaise. Tausende Steuerzahler schicken diesen Bock in die Austritts-Wüste, vermutlich weniger aus Gründen moralischer Entrüstung denn aus gleisnerisch ethik-ummäntelter Knauserie. Als Aufklärungsfetischist und Gerechtigkeitsfanatiker liegt mir natürlich daran, objektiver Wahrheit Bahn zu brechen – am ehrlichsten wohl dank einiger autobiographischer Exempel. Schon um zu belegen – auch in Glaubensfragen gilt der Satz: per aspera ad astra...

Die Grundlagen meiner körperlichen, seelischen und geistigen Kraft, die verschleißshalber erst jetzt im hohen Alter so langsam nachlässt, wurden in meinem kleinen oberbayerischen Geburtsort gelegt – dank eines historisch gewachsenen Glaubenskrieges. Als einziger Protestant in einer katholischen Zwergschulklasse oblag es mir, meine Religionsgemeinschaft wider die wohlgenährten Rotten bäuerlicher Erstkommunion-Kandidaten zu verteidigen. Nicht dass ich immer obsiegt hätte: Abgesehen von etlichen Landungen in Schlamm- und Odel-Pfützen – die immer auch noch elterliche Sanktionen mixaesken Stils nach sich zogen – war die Verachtung, die mir glaubenshalber von den angehenden Jungbäuerinnen entgegenschlug, schon in frühester Jugend psychisch besonders belastend.

Wer nun glaubt, meine Situation hätte sich durch den Bau einer provisorischen evangelischen Kirche – bedingt durch den Zuzug reformierter Flüchtlinge in unser Dorf – verbessert, irrt. Erstens fiel für mich die allzeit willkommene Freistunde „Katholisch“ weg. Zweitens trat an ihre Stelle „Evangelisch“, ausgerichtet von einer Lehrkraft, die ihrem Spitznamen „Jungfer Tatzentstock“ alle Ehre machte.

Ein Ehrenamt hingegen war es, das mich damals dennoch im meinethalben echten Glauben verharren ließ:

Nach einigen Bier- und weinseligen Abenden bei meinen Eltern erkor mich der vitale Gemeinde-Vikar im Alter von neun Jahren zum Leichenzug-Kreuzträger. Das hatte den Vorteil einer für damalige Zeiten sehr üppigen Zuwendung von fünfzig Pfennigen pro Beerdigung. Außerdem gelang mir – das fand ich überaus aufregend – immer wieder ein Blick aus nächster Nähe auf die leibhaftigen Toten, bevor der Sargdeckel geschlossen wurde. Die bläuliche Haut und das aufgeschwemmte Gesicht einer ertrunkenen jungen Haushälterin fixierten meine Frömmigkeit monatelang.

Auch weil ich im Rahmen von Krippenspielen als Hirte meine exorbitanten schauspielerischen Fähigkeiten egostärkend ausleben konnte, schwor ich mich beruflich bereits auf eine Gemeindepfarrer-Laufbahn ein. Sie schien mir, bescheiden wie ich war, vor allem materiell höchst solide. Denn wenn schon der Hilfs-Messner (allerdings ein Katholik) gut den halben Erlös einer ökumenischen Sammelaktion – wir Grundschüler waren fürs Müttergenesungswerk mit Schepper-Büchsen ausgeschwärmt und bespitzelten heimlich die Auszählung – durchs Knacken der Blei-Plomben für sich vereinnahmen



Theo Geißler, Herausgeber von „politik und kultur“ und Moderator von „taktlos“
Foto: C. Oswald

konnte – wie reich musste dann erst der Pfarrer sein?

So blieb ich dem Protestantismus bis zur Konfirmation relativ eng verbunden. Es wäre nicht ganz ehrlich, diesen – in meinem Falle gründlich missratenen Eingemeindungs-Akt als einzigen Grund meiner späteren tiefen Zweifel anzuführen: Als allerdings unser ebenso kurzsichtiger wie seniler Pfarrer bei der Segnung sämtliche Konfirmanden-Namen durcheinander schmiss und mich als (sagen wir) Anna Mühlbauer in den Schoß der Kirche holte, gesellte sich zum peinlichen Lachkrampf vor dem Altar auch schon ein gewisser Unmut.

Wahrscheinlich infolge dessen schienen mir bald die Reden der Ostermarschierer glaubwürdiger als sonntägliches Kanzel-Salbader. Ich wurde „schwer erziehbar“, landete in protestantischen Internaten, die Metten, Ettal, den Domschatzen oder der Odenwaldschule an Brutalität nicht nachstanden. Die weiteren hundert Jahre, reich an Irrungen und Wirrungen, überspringe ich gnädig um auf den Punkt zu kommen, der mich endlich zum Kirchenaustritt bewog. Es war die – sicher sehr subjektive – Erkenntnis, dass die Institution Kirche und viele ihrer Vertreter mit dem Christenglauben wenig zu tun haben. Als mein Vater – ein begnadeter Agnostiker, der mich karfreitags immer zum Bratwurst-Essen eingeladen hatte – starb, sollte ich erst mal seine Kirchensteuer-Schulden begleichen, bevor sich ein Pastor zur Grabrede bereiterklärt hätte. Das wars für mich mit der Amtskirche – nach langer dulddender Freundschaft. Und heute bin ich ein fröhlicher freier Christ, ohne konfessionelle Bindung, der all den homophoben, zölibitären, vertuschenden und teils schlicht unehrlichen – deshalb sehr menschlichen Benedikts, Mixas, Müllers und Zollitschs Matthäus 23, Vers 12 anempfiehlt: „Denn wer sich selbst erhöht, der soll erniedrigt werden...“.

Theo Geißler ■

Impressum

politik kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenten
Philipp Colaço, Verena Kurz

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (<http://www.kulturrat.de>) heruntergeladen werden. Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter <http://www.kulturrat.de> abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages

Diese Ausgabe enthält folgende Beilage: Kampagne „Geben gibt.“ c/o Bundesverband Deutscher Stiftungen e. V.

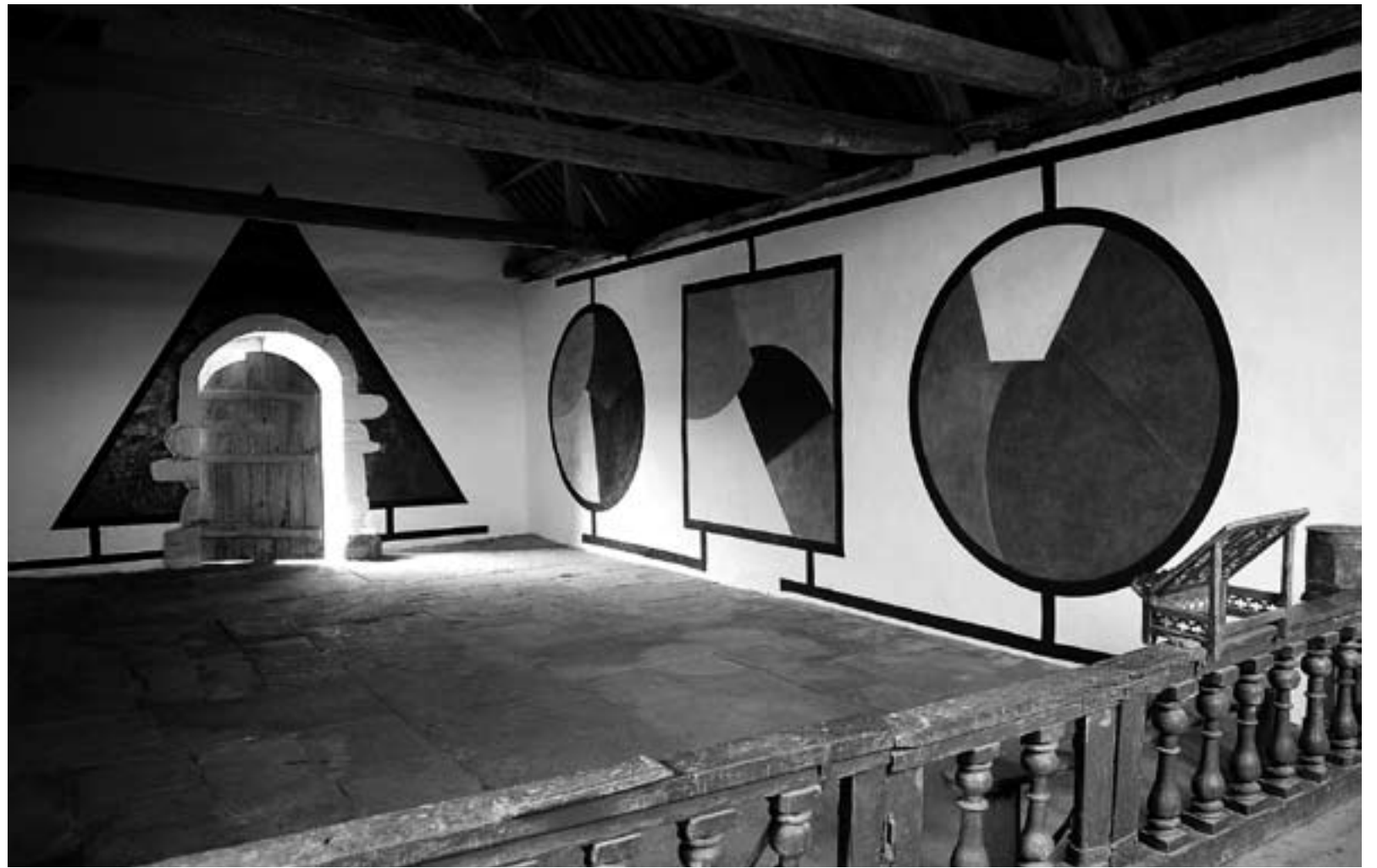
Transkulturalität: Fata Morgana oder Realität?

Von Christian Höppner

Die Integrationsbeauftragten schießen wie Pilze aus dem Boden, die Diskussion über die Höhe der Minarette hallt von den Schweizer Bergen bis in unsere boulevardeske Medienlandschaft, die Glut der Leitkultur glimmt immer noch unter der Asche – angefacht durch die multikultiversetzte Blindheit –, die Kultusministerkonferenz betreibt mit ihrem Beschluss zum neuen Studienbereich „Ästhetische Bildung“ Etikettenschwindel auf Schillers Rücken und beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ ist nach einer „Bundesbegegnung Baglama“ noch immer nicht eine Instrumentenauswahl anderer Kulturkreise in den Kanon der Wertungskategorien integriert.

Deutschland 2010 – eine Nusschale im Strom der Gezeiten oder aktiv bei der Gestaltung aktueller und kommender Themen unserer Gesellschaftsentwicklung? So unterschiedlich wie diese Frage beantwortet werden wird, so einig ist die Prognose, dass der steigende Anteil von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft unser Zusammenleben weiter verändern wird. In typisch deutscher Tradition werden dabei aus Herausforderungen – dank geschürter und erfahrungsbezogener Ängste – Probleme. Eine potentialorientierte Debatte, die sich auf die Chancen dieser Entwicklung für unsere Gesellschaft konzentriert, findet so gut wie nicht statt. Stattdessen breitet sich unter dem Motto „Wir haben Euch alle lieb“ das Gutmenschentum der Integrationswüteriche aus. Den Gegenpart übernehmen – mehr oder weniger verbrämt – die Vertreter der Leitkultur. In dieser wenig zielführenden Debatte ist nun zudem eine Diskussion um Begrifflichkeiten entbrannt. Das Musikforum, das Magazin des deutschen Musiklebens, widmet sich in seiner Ausgabe 01/2010 unter dem Titel „Über Grenzen hinaus“ in seinem Schwerpunktthema der Transkulturalität, was den Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, zu einer Replik veranlasste, die in der Ausgabe 02/2010 veröffentlicht wurde. Olaf Zimmermann hat sich im Leitartikel der letzten Ausgabe von Interkultur mit der Frage der Interkulturalität auseinandergesetzt.

Im Kern geht es in der Diskussion um die Frage, ob wir ein interkulturelles oder transkulturelles Gesellschaftsbild anstreben. Hinter diesen beiden Begriffen versammeln sich nicht nur sehr unterschiedliche Anschauungen darüber, wie der Dialog mit anderen Kulturen abläuft bzw. zu gestalten sei, sondern auch sehr unterschiedliche



David Tremlett (*1945): *Wall Drawings*, Chapelle Notre-Dame des Fleurs, Moric, Moustoir-Remungol, Frankreich, 2008 © und Foto: David Tremlett

Definitionen. Ein Luxusstreit? Beileibe nicht. Es ist höchste Zeit für diese Auseinandersetzung, weil scheinbar ähnliche Termini für sehr unterschiedliche Gesellschaftsbilder stehen. Der Begriff der Interkulturalität geht von einem Containermodell aus – die eigene (deutsche) Kultur begegnet der anderen (nichtdeutschen) Kultur. Von dieser Annahme ausgehend hat sich der Begriff der Integration entwickelt. Doch wer integriert hier wen? Der Unterfranke den Niederbayern? Der Schwabe den Ostfriesen? Der Westberliner den Ostberliner? Oder der Deutsche (Integrationsbeauftragte) den Türken.....? Allein die Wortwahl „Integration“ macht den Rückzug in das WIR und EUCH deutlich. Wir Deutschen müssen Euch Ausländer integrieren. Dieses Containerdenken entspricht dem Herderschen Ansatz des Kugelmodells. Der Dialog

zwischen den Kulturen hat aber auch historisch betrachtet – mit Ausnahme autokratischer Gesellschaftssysteme – so nie stattgefunden. Die Begegnungen vor dem Hintergrund kultureller Strömungen waren und sind die Grundlage der Veränderungen kulturellen (Er)Lebens. Begegnungen, die das Eigene im Anderen und das Andere im Eigenen deutlich werden lassen können. Deshalb ist das Selbstverständnis einer Begegnungsebene im Erleben des Anderen die zentrale Ausgangsplattform für die transkulturelle Kommunikation. Das Andere lässt sich dabei mit dem (noch) Unbekannten bzw. mit dem Bekannten, aber (noch) nicht Eigenen, umschreiben. Das Eigene bildet eine jeweilige Momentaufnahme des „sich selbst bewusst seins“ ab. Der permanente Prozess der Durchdringung des Eigenen mit dem Anderen und des Anderen mit dem Eigenen hängt in seiner Intensität stark von den Rahmenbedingungen des täglichen (Er)Lebens und von den prägenden Einflüssen – insbesondere in der ersten und nachhaltigsten Prägungsphase bis zum etwa 13. Lebensjahr – ab. Dieser Prozess im Erleben und in der Kommunikation mit der Umwelt läuft „automatisch“ auf der Begegnungsebene – besonders gut bei Neugeborenen und Kleinkindern zu beobachten – ab und kann im weiteren Lebensverlauf zunehmend durch (mediale) Manipulation bzw. Gewalteinflüsse gesteuert und damit verengt werden. Die Gegner der Transkulturalität sind offenbar im Wesentlichen von einer Verlustangst bezüglich der eigenen Identität getrieben – in der irrigen Annahme, dass das Andere die Möglichkeit habe, das Eigene zu dominieren oder gar zu verdrängen. Wir können uns überhaupt nicht vor der Einflussnahme des täglichen Erlebens unterschiedlicher Kulturen – auch nicht im weitesten Sinne – verschließen. Jedes Erleben hat seine Wirkung und führt zu bewussten aber auch unbewussten Veränderungen. Diese Veränderungen im menschlichen Denken und Handeln stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Fähigkeit und Bereitschaft, Veränderungen wahrzunehmen und proaktiv zu steuern. Sie sind und bleiben aber in Bezug auf die bewussten Veränderungen immer eine Entscheidung

des Einzelnen. Transkulturelle Kommunikation schärft das je Eigene – ganz im Sinne des 2. Berliner Appells des Deutschen Musikrates – und damit die Wahrnehmung des Anderen. Ohne das Selbstverständnis einer transkulturellen Kommunikation wäre auf Dauer keine demokratische Gesellschaftsordnung überlebensfähig.

Freiheit und Verantwortung

Vielfalt ist zunächst einmal ein Wert an sich, weil sie ein bedeutender Indikator für die Balance von Individuum und Wertegemeinschaft ist. Eine Wertegemeinschaft, in der die Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die Schöpfung in einem unauflöselichen Zusammenhang steht. Werden die Entwicklungsmöglichkeiten für das Individuum im Hinblick auf die bestmögliche Stärkung seiner je eigenen kulturellen Identität eingeschränkt, gerät die Balance aus Freiheit und Verantwortung ins Wanken. Dabei bleiben viele Potentiale auf der Strecke, weil sie nicht erkannt bzw. gefördert werden. Beispiele für diese Zusammenhänge gehören in zunehmendem Maße zum Lebensalltag in unserem Land.

Vielfalt und Globalisierung

Weltweit gesehen haben wir tagtäglich einen Verlust von Vielfalt zu verzeichnen – ob in der Natur mit dem Rückgang der Artenvielfalt oder bei den kulturellen Ausdrucksformen, wie zum Beispiel mit dem Verlust von Sprachen. Diese Entwicklung wird durch die Globalisierung beschleunigt und lässt ihre Chancen zu sehr in den Hintergrund treten. Chancen, die sich vor allem auf die Wahrnehmung von Zusammenhängen beziehen. Chancen, die Plattformen für gemeinsames Handeln eröffnen. Chancen, die sich aus der technologischen Entwicklung ergeben. Chancen, die beispielsweise durch die fortschreitende Digitalisierung und die damit verbundene Veränderung unseres Denkens und Handelns allerdings auch in Frage stehen, weil

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Vielfach stellt sich in der Kunst die Frage, wie das Kunstwerk eines Künstlers in einem anderen Land oder sogar einem anderen Kulturkreis wirkt. Wie wird die Kunst dort aufgenommen? Wie wird sie verstanden? Welche kollektive und kulturelle Erinnerung ist an das Kunstwerk geknüpft und welche Elemente werden aus der kulturellen Heimat des Künstlers vermittelt? Diese Fragen werden bei der Kunst im öffentlichen Raum noch dringlicher, prallen doch in der Ästhetisierung des öffentlichen Raums Kunst und Kultur unmittelbar aufeinander.

Seit Ende der 1970er Jahre arbeitet der als Bildhauer ausgebildete Brite David Tremlett als Wandzeichner und bearbeitet mit seinen Wandmalereien den öffentlichen Raum in Ländern wie Frankreich, Tansania, Polen, Deutschland, Kenia, Italien oder Großbritannien. So entstanden in den letzten Jahrzehnten Wandmalereien in Museen, privaten und öffentlichen Gebäuden, Synagogen, Kirchen und Ruinen. Seine Kunst bildet eine Einheit mit dem vorgefundenen

Raum, indem die Malerei versucht, die originäre Ästhetik des Raumes aufzunehmen und in einen neuen Zusammenhang zu überführen. Tremlett schafft damit stets neue, ortsspezifische Werke. Dabei sind Form- und Farbvokabular inspiriert durch den Ort, an dem er gerade arbeitet. „Mit seinen Interventionen gelingt dem Künstler die poetische Vervollständigung oder Re-Konstituierung bespielter Räume“, so die Ausstellungsmacher der Hamburger Kunsthalle, in der vom 25. Juni bis 31. Oktober 2010 Tremletts Werke zu sehen sein werden. Durch die aktive Auseinandersetzung mit dem Raum und der Aufnahme spezifischer Charakteristika dieser Räume lässt Tremlett eine neue künstlerische Einheit entstehen, jenseits örtlicher oder kultureller Festschreibungen.

Die Beilage INTERKULTUR zeigt einige Arbeiten von David Tremlett, die ab Sommer in der Hamburger Kunsthalle zu sehen sein werden.

DIE REDAKTION ■

➔ Fortsetzung von Seite 1

Transkulturalität

die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu ausschließlich unter technologischen und Urheberrechtsfragen betrachtet werden. Chancen, die durch falsche Prioritätensetzungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entscheidungsebenen im Hinblick auf die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen konkretisiert werden.

Die Kulturelle Vielfalt ist in diesem Globalisierungsprozess mit seinen Chancen und Risiken inzwischen zu einer nicht mehr verhandelbaren Größe geworden: Über 100 Staaten und Staatengemeinschaften haben die „UNESCO Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ ratifiziert – auch die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union. Inwieweit sich diese völkerrechtlich verbindliche Konvention in ihrer faktischen

Wirkungsweise von einer Berufungsgrundlage zu einem politischen und juristisch belastbaren Handlungsinstrument entwickeln kann, steht noch vor dem Praxistest. Nur wenn die Umkehr von dem bildungskulturellen Raubbau und der damit verbundenen Verarmung an Kultureller Vielfalt vor Ort für den Einzelnen erfahrbar wird, besteht die Chance auf eine transkulturelle Kommunikation.

Kulturelle Vielfalt und Transkulturelle Kommunikation

Kulturelle Vielfalt ist die zentrale Voraussetzung für das Erkennen und Verstehen des je Eigenen und des je Anderen. Ohne Kulturelle Vielfalt ist transkulturelle Kommunikation nicht bzw. nur sehr eingeschränkt vorstellbar, weil die Voraussetzungen für das Entstehen, Erhalten und Fortentwickeln von Vielfalt ein Bewusstsein für das je Eigene und das je Andere bedingen. Wieso auch sollten zwei Klone miteinander kommunizieren?

Die UNESCO Konvention zur Kulturellen Vielfalt deckt mit ihren drei Grundsäulen, dem Schutz und der Förderung

- des kulturellen Erbes
 - der zeitgenössischen künstlerischen Ausdrucksformen (stilübergreifend, einschließlich der bekannten Jugendkulturen)
 - der Kulturen anderer Länder
- die wesentlichen Elemente der transkulturellen Kommunikation ab. Alle drei Elemente gehören gleichermaßen zu dem Begriff der Kulturellen Vielfalt. Die vor allem medial vermittelte Verengung auf die dritte Grundsäule unterstreicht noch einmal das Problem der containergeprägten Kommunikation.

Das Ringen um adäquate Rahmenbedingungen, um kulturelle Vielfalt für den Einzelnen und die Gesellschaft erfahrbar zu machen, bedingen das Bewusstsein für den Wert der Kreativität und die Bedeutung der Kulturellen Vielfalt für nahezu alle Bereiche menschlichen (Zusammen)Lebens. Ein Bewusstsein als Voraussetzung, um Prioritäten neu zu setzen

und damit Ressourcen für die Umsetzung zu schaffen. Eine Kultur- und Musikpolitik, die ihre Arbeit in diesen gesellschaftspolitischen Zusammenhang stellt, kann mit dazu beitragen, die Begegnung in das Zentrum menschlichen Zusammenlebens zu rücken. So gesehen ist Kulturpolitik Gesellschaftspolitik und damit Teil der Innenpolitik und der Auswärtigen Kulturpolitik. Vielleicht verbindet sich damit auch die Perspektive, dass die Aufwendungen für die Integrationsbeauftragten gezielt für die bildungskulturelle Infrastruktur umgewidmet werden können.

DER VERFASSER IST VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND GENERALSEKRETÄR DES DEUTSCHEN MUSIKRATES ■

Die in *Interkultur* und im *Musikforum* erschienenen Artikel von Olaf Zimmermann und Christian Höppner zum Thema *Interkultur versus Transkultur können im Internet unter: <http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=114> nachgelesen werden.*

Ringens um Anerkennung

Berliner Stadtteilmütter begeben sich auf die Spuren der Geschichte / Von Jutta Weduwen

An einem regnerischen Sommertag besuchte eine Gruppe Stadtteilmütter das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Sie beschäftigten sich dort mit der kontroversen Entstehungsgeschichte des Ortes und verbrachten lange Zeit in der Ausstellung, die Briefe, Tagebucheinträge und Berichte verfolgter Jüdinnen und Juden dokumentiert. Bei ihrem Gang durch das Stelenfeld zogen die Frauen viele verwunderte Blicke auf sich. Eine Gruppe, die äußerlich überwiegend als muslimisch erkenntlich ist, wird an diesem Ort eher nicht erwartet.

Spricht man von Migrantinnen aus Neukölln und Kreuzberg, assoziieren viele Menschen zunächst bildungsunwillige Musliminnen, die an einer Integration in die deutsche Gesellschaft wenig Interesse haben. Man stilisiert ein Umfeld aus arbeitslosen Vätern, überforderten Müttern, kriminellen Söhnen und Töchtern, die zwangsverheiratet werden. Bildungspolitisch werden sie oft defizitär dargestellt. Sie seien nicht an Themen der deutschen Gesellschaft interessiert, traditionell verhaftet, emanzipiert und tendenziell antisemitisch.

Wir haben in unseren Bildungsprogrammen andere Migrantinnen kennengelernt. Im vergangenen Jahr führte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) zum fünften Mal Seminarreihen mit Neuköllner und Kreuzberger Stadtteilmüttern zum Thema Nationalsozialismus durch. Die Stadtteilmütter sind Frauen mit Migrationshintergrund, die in einem sozialen Brennpunkt leben und von der Diakonie zu Familienberaterinnen ausgebildet werden. Sie traten mit dem Wunsch an uns heran, gemeinsame Seminare zum Thema Nationalsozialismus zu entwickeln. Dieser Initiative sind wir gerne nachgegangen und so entstand das Kooperationsprojekt „Stadtteilmütter auf den Spuren der Geschichte“. Die Frauen wollten verstehen, wie der Nationalsozialismus als politisches und gesellschaftliches System funktionieren konnte, ob und wo es Kontinuitäten in der aktuellen deutschen Gesellschaft gibt und wo die Geschichte noch heute sichtbar und spürbar ist. Die Teilnehmer der Seminarreihe hatten ein großes Interesse daran, sich generell mit den Mechanismen von Ausgrenzung, Verfolgung und Völkermord zu beschäftigen. Die meisten Frauen wussten wenig über den Holocaust, da das Thema in ihrer Schulzeit nur knapp oder gar nicht behandelt worden war und sie wenig Zugang zu weiterführenden Informationen hatten, die ihnen Auskunft über die NS-Zeit geben konnten. Anders geht es ihren Kindern, die im Rahmen des Schulunterrichts Gedenkstätten besuchen und sich oft intensiver als ihre Eltern mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Die Stadtteilmütter wollten ihren Kindern Antworten geben können und sich mit ihnen über dieses wichtige zeitgeschichtliche Thema austauschen. Für einige Frauen haben der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg zudem eine wichtige Bedeutung für die Beziehung ihres Herkunftslandes zu Deutschland.

Die Seminarreihen umfassten jeweils zehn Termine und eine Wochenendfahrt. Wir besuchten gemeinsam Gedenkstätten, trafen Überlebende und ihre Nachkommen, die als Verfolgte den Holocaust überlebt haben, setzten uns mit der



David Tremlett (*1945): Bleiglasfenster, Eglise Saint-Pierre-et-Saint-Paul, Villenauxe-La-Grande, 2005 © David Tremlett, Foto: Jacques Philippot, DRAC Champagne-Ardenne

Täterseite in Filmen und Dokumenten auseinander und versuchten auch die Motivation der Mitläufer nachzuvollziehen. Einen wichtigen Stellenwert hatten zudem im Seminar die individuellen Migrationsgeschichten der Stadtteilmütter. Mit Methoden aus der biografischen Arbeit thematisierten wir die eigenen Geschichten der Migration, der Flucht, der Bürgerkriege in den Herkunftsländern und des Lebens mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft und diese Tatsache sollte sich auch in dem Diskurs über deutsche Geschichte ausdrücken. Zur deutschen Geschichte gehören auch die Geschichten der hierher eingewanderten Menschen.

Unsere Geschichte – ihre Geschichten?

Wenn wir von den ASF-Seminaren mit den Stadtteilmüttern berichten, stoßen wir häufig auf große Verwunderung darüber, dass sich Migrantinnen auf eigene Initiative hin mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Dabei ist das Interesse an der Auseinandersetzung mit einem systematischen Genozid, der den Glauben an die Menschlichkeit zutiefst erschüttert, nachvollziehbar, unabhängig von der ethnischen Zuordnung zu einer Täter-, Opfer- oder Mitläuferseite. Die Annahme, dass Migrantinnen mit der Geschichte des Nationalsozialismus aufgrund ihrer Herkunft nichts zu tun hätten, ist zudem historisch unzutreffend. Die meisten Herkunftsländer, aus denen Einwanderer

nach Deutschland gekommen sind, hatten sehr konkrete Erfahrungen mit Nazi-Deutschland – weil sie von der Wehrmacht besetzt wurden oder Zufluchtsorte für NS-Verfolgte waren.

Häufig haben wir erlebt, dass der Verblüffung auf der Seite der Herkunftsdeutschen eine Einteilung in unsere und ihre Geschichte zugrunde liegt. Die Stadtteilmütter berichteten uns, dass ihnen immer wieder gesagt wurde, dass sie sich mit dieser schweren deutschen Geschichte nicht beschäftigen müssen. Dieser Rat mag gut gemeint sein, ist in der Wirkung aber belehrend und ausschließend.

Berührungspunkte mit eigenen Gewalterfahrungen

Für manche Frauen bot die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen Anknüpfungspunkt für die Beschäftigung mit dem eigenen Leid und eigenen traumatischen Krieges- und Gewalterfahrungen. Beeindruckend war für mich, dass es den Frauen oft gelang, diese Gewalterfahrungen zueinander in Beziehung zu setzen, ohne sie gleichzusetzen und zu vereinnahmen. Eine Teilnehmerin, die als Kind vor dem Bürgerkrieg in Eritrea fliehen musste, wurde gefragt, ob ihre Traumata mit dem Holocaust zu vergleichen seien. Sie verneinte und unterschied zwischen dem Krieg in ihrem Herkunftsland und dem systematischen Mord an den Juden während des Nationalsozialismus.

Sicherlich ist diese Fähigkeit zur Differenzierung nicht immer möglich, vor allem, da ja das indi-

viduell erlebte Leid einer Frau während eines Bürgerkriegs gefühlt vergleichbar sein kann mit einem individuellen Leid innerhalb eines Genozids. Erst wenn man die Ebene der persönlichen Erfahrungen verlässt, ist es leichter möglich, Unterschiede festzustellen – so, wie es die Seminarteilnehmerin aus Eritrea getan hat.

Sehr deutlich wurde, dass viele Frauen Geschichten in sich tragen, die mit Gewalt, Leid, Armut, Ausgrenzung und Verfolgung zusammenhängen – unabhängig davon, ob dies selbst erlebt, beobachtet oder als Bedrohung gespürt wurde. Deutlich wurde auch, dass diese Geschichten sehr selten gehört werden, dass die Frauen ihre Geschichten viel zu selten erzählen können.

Empathie und politisches Interesse

Obwohl viele Frauen um die Anerkennung ihrer Geschichte ringen, waren sie sehr offen für die Themen des Seminars. Ich habe in ähnlichen Seminaren mit Herkunftsdeutschen selten Teilnehmerinnen erlebt, die mit einer derartigen Neugierde und Empathie gelernt haben. Dies zeigte sich vor allem in Gesprächen mit Holocaustüberlebenden.

Die Frauen brachten einen großen Bildungshunger mit, der sich nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrückte, sondern sich auf allgemeine menschliche, histo-



→ Fortsetzung von Seite 2

rische, religiöse, gesellschaftliche und politische Fragen bezog. Eine Teilnehmerin sagte zum Abschluss: „Es war das traurigste Seminar, das ich in meinem Leben besucht habe. Und gleichzeitig hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. Durch das Seminar ist mein Interesse an Politik und Geschichte gewachsen. Ich bin wach geworden, möchte mehr wissen, mehr lesen, mehr erfahren und mehr verstehen.“

Schlussfolgerungen für die interkulturelle Praxis historisch-politischer Bildung

Teilhabe an deutscher Gesellschaft durch Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus? Manchmal habe ich mich kritisch gefragt, ob sich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus eignet, um Migranten aktiv in die deutsche Gesellschaft einzubinden. Die Auseinandersetzung erschütterte die Frauen. Immer wieder haben sie sich die Frage gestellt: Wollen wir in einer Gesellschaft leben, die diese Gräueltaten hervorgebracht hat? Dennoch: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus kann nicht zur Disposition stehen – weder für Herkunftsdeutsche, noch für Migranten. Jede und jeder sollte die Möglichkeit haben, diese Geschichte zu kennen,

zu reflektieren, sich selbst zu dieser Geschichte in Beziehung zu setzen und zu überlegen, was dieses Wissen für das eigene politische Handeln bedeutet. Jeder sollte verstehen können, wo die Geschichte auch in der Gegenwart noch relevant ist. So werden in Deutschland häufig ethische Debatten etwa um Militäreinsätze, Asylpolitik oder Menschenrechte unter Bezugnahme auf den Nationalsozialismus geführt. Ebenso erschließen sich internationale Beziehungen nicht, wenn die Konflikt-Geschichten ausgeblendet werden. Die Sorge, dass Migranten sich bei der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht positiv mit Deutschland identifizieren könnten, gilt ja für Herkunftsdeutsche ebenso. Viele Deutsche sehnen sich nach einer „unbelasteten nationalen Identität“. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, dass diese erreicht werden könnte, wenn der Nationalsozialismus weniger Thema wäre, wenn „ein Schlussstrich“ gezogen würde. Dies würde weder den Opfern und ihren Nachkommen gerecht, noch würde es helfen, die deutsche Gesellschaft zu verstehen, zu der diese Geschichte gehört. Migranten fällt es nicht leichter, sich mit Deutschland zu identifizieren, wenn die Geschichte ihnen nicht erzählt wird. Voraussetzung ist vielmehr, dass sie ernst genommen und als Gleichberechtigte akzeptiert werden. Dazu gehört, dass sie sich dialogisch mit der Geschichte und Politik Deutschlands beschäftigen können und am öffentlichen politischen und historischen Diskurs beteiligt werden.

Anerkennung

Anerkennung, treffender gesagt: fehlende Anerkennung, war ein Schlagwort, das sich wie ein roter Faden durch die Seminare zog. Die Frauen ringen um Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder dieser Gesellschaft; sie suchen Aufmerksamkeit für ihre eigenen Geschichten, die zu selten gehört werden; sie möchten, dass man ihnen die Auseinandersetzung mit Themen der Aufnahmegesellschaft gleichberechtigt zugesteht und sie kämpfen gegen abwertende und ausgrenzende Klischees, die der Komplexität ihrer Lebensrealität nicht gerecht werden. Ein Beispiel für diese abwertenden Zuschreibungen lieferte im Oktober 2009 der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin. In einem Interview für *Lettre Internationale* spricht der Politiker davon, dass siebzig bis neunzig Prozent der türkischen und arabischen Bevölkerung Berlins den deutschen Staat ablehne, sich nicht um „die Schulbildung ihrer Kinder kümmern und ständig neue Kopftuchmädchen produzieren“. Die Äußerungen Sarrazins lösten in der Öffentlichkeit eine polarisierende Debatte aus. Auf der einen Seite gab es heftige Kritik an seinen politisch untragbaren Aussagen, die unter anderem zu einer Teilentmachtung seiner Vorstandstätigkeit bei der Deutschen Bundesbank führten. Auf der anderen Seite gab es aber auch prominente seriöse Stimmen, die ihm für seine Offenheit dankten. Bei mir ent-

stand der Eindruck, dass weder Sarrazin, noch seine Befürworter ausreichend Kontakt zu den Menschen haben, über die sie feste Meinungen vertreten. Es hatte so wenig mit den Migranten zu tun, die wir in unseren Seminaren treffen und die auf den ersten Blick den Bildern Sarrazins entsprechen könnten.

Einige Stadtteilmütter tragen Kopftücher, viele haben bislang in Deutschland wenig Zugang zu Bildungseinrichtungen gehabt, einige sprechen schlecht Deutsch, einige sind in Vereinen organisiert, die sich auf ihre kulturelle oder nationale Herkunft oder ihre Religion beziehen. Den Wunsch, sich mit dem Nationalsozialismus intensiv zu beschäftigen, haben wir als sehr aktive und engagierte Auseinandersetzung mit der Aufnahmegesellschaft erlebt. Wir konnten dabei keinerlei Unterschiede feststellen hinsichtlich der Bildungsabschlüsse, der Deutschkenntnisse oder des Umstandes, ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN DES PROJEKTBEREICHES INTERKULTURALITÄT BEI AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE ■

In der Broschüre „Unsere Geschichten – eure Geschichte?“ schildern vierzehn Neuköllner Stadtteilmütter ihre persönlichen Erfahrungen der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und erzählen ihre individuellen Migrationsbiografien. 72 Seiten. 3,- EUR. Zu beziehen über infobuero@asf-ev.de.

Vereint für Eltern und Kinder

Die Föderation der Türkischen Elternvereine in Deutschland / Von Berrin Alpбек

Die Organisierung türkischer Migranten in Deutschland hat eigentlich eine lange Tradition, wobei es zum Anfang des 20. Jahrhunderts zu den ersten „türkischen Vereinsgründungen“ kam. Aber auch die Arbeitsemigranten aus der Türkei, die seit Anfang der 1960er Jahre nach Deutschland kamen, begannen sich relativ schnell in Vereinen zu organisieren. Die Tätigkeit der meisten dieser Vereine war ca. zwei Jahrzehnte lang stark von der Tagespolitik der Türkei geprägt und somit auf das Herkunftsland gerichtet. So haben sich die türkischen Migrantenorganisationen erst Mitte der achtziger Jahre verstärkt dem Thema „Situation der türkischstämmigen Kinder im Bildungssystem“ zugewandt. In dieser Zeit wurden in verschiedenen Bundesländern Türkische Elternvereine gegründet, um aktiv zur Lösung der migrationsbedingten Erziehung und Bildungsprobleme der Kinder türkischer Herkunft beizutragen. Es dauerte jedoch noch ca. 10 Jahre, bis 1995 türkische Elternvereine aus verschiedenen Bundesländern die „Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland“ (FÖTED) gründen konnten. Die mittlerweile auf eine 15-jährige Geschichte zurückblickende FÖTED – mit mehr als 60 Mitgliedsvereinen – setzt sich seit ihrer Gründung für mehr Partizipation und Gleichberechtigung von Menschen mit Migrationshintergrund ein.

Das Bildungs- und Beschäftigungssystem in Deutschland hat den Migranten bislang leider weniger Chancen auf gleichberechtigte Partizipation eröffnet. Es ist mittlerweile nachgewiesen, dass das stark selektierende, dreigliedrige Schulsystem besonders für eine positive Entwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund nicht geeignet ist. Unser Bildungssystem braucht dringend grundlegende Veränderungen, um auch den Erfordernissen der Kinder mit Migrationshintergrund Rechnung tragen zu können. Des Weiteren sind wir davon überzeugt, dass es eine grundlegende Verbindung zwischen der Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft, der Integrationsbereitschaft der Migranten und dem Spracherwerb gibt. Entscheidungen bzw. Vereinbarungen zum Verbot der Migrantensprachen an Schulen taugen nicht als integrationspolitische Maßnahme, sondern bewirken eher das Gegenteil. Das Erlernen der deutschen Sprache, das ohne Zweifel ein wirksames Mittel der Partizipation und für den Bildungserfolg ist, setzt nicht nur Deutschkurse und Förderunterricht voraus. Vielmehr werden auch Kontakte und Kommunikationsorte der kulturellen Bildung gebraucht. Das Ziel sollte vielmehr sein, die Bedeutung der Sprache für gesellschaftliche Integration und Verständigung – und zwar nicht nur der deutschen Sprache, sondern auch der Muttersprachen der

Kinder mit Migrationshintergrund – als eine kostbare Ressource anzuerkennen. Es ist an der Zeit, dass die Bildungs- und Kulturinstitutionen ihre Aufmerksamkeit auch auf die Bedürfnisse der Eltern und Kinder mit unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Hintergründen lenken und solche Bildungskonzepte anwenden, die ihre unterschiedlichen Lebensverhältnisse berücksichtigen, ohne sie zu stigmatisieren. In diesem Sinne ist auch die interkulturelle Öffnung der Kulturinstitute dringend notwendig. In Anlehnung an die oben genannten Ausführungen verfolgt FÖTED die Erreichung ihrer Ziele u.a.:

- durch Aufstellen von bildungspolitischen Forderungen
- als Ansprechpartner für die Politik und gesellschaftlicher Institutionen
- durch die Entwicklung von eigenen Lösungsansätzen zum Beispiel durch Projekte, Kampagnen u. ä. Aktivitäten.

Die bildungspolitischen Forderungen der FÖTED haben auch heute noch von ihrer Aktualität leider nichts eingebüßt. Hierzu gehören u. a.:

- Die Einführung eines verbindlichen und kos-

tenlosen Kindertagesstättenbesuchs, um die qualifizierte Früherziehung und Frühsprachförderung aller Kinder zu gewährleisten.

- Ein flächendeckendes Angebot von Ganztags-schulbetreuung, um die Defizite der sozial benachteiligten Kinder auszugleichen, und die Einführung des gemeinsamen Unterrichts aller Schüler bis zur 10. Klasse.
- Die verbindliche und kontinuierliche Durchführung des Unterrichts „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) und die Schulung ausreichender Lehrkräfte für das Fach DaZ.
- Die stärkere Berücksichtigung der Situation von Schülern nicht deutscher Herkunftssprache und ihres migrationspezifischen Hintergrunds in Lehramtsstudium und Erzieherausbildung sowie in den Rahmenplänen für Erziehung und Bildung, damit die kulturelle Vielfalt in Schulen und Gesellschaft gewährleistet wird.
- Die Reform der Bildungseinrichtungen, um die Multikulturalität und Mehrsprachigkeit besser zu fördern. Die großen Minderheitensprachen müssen – wie etwa Türkisch – als

muttersprachlicher Unterricht in die Rahmenpläne der Bildungseinrichtungen als zeugnis- und versetzungsrelevante Fächer mit einem interkulturellen Ansatz aufgenommen werden.

- Die FÖTED als (Ansprech-)Partner der Politik und gesellschaftlicher Institutionen.

Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird mittlerweile auch von der Politik erkannt. Zu den daraus resultierenden Konsequenzen gehören u.a. der Integrationsgipfel, der Islamgipfel sowie die Entwicklung eines Integrationsprogramms des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Wir waren an diesen Prozessen von Anfang an aktiv beteiligt. Auch unsere Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an Runden Tischen, Bündnissen und Netzwerken auf lokaler, regionaler oder auf Länderebene. Die Beteiligung der FÖTED an den Runden Tischen des Deutschen Kulturrates ist ein aktuelles Beispiel dafür.

→ Seite 4



David Tremlett (*1945): *Mjimwema Drawings, Tanzania, 1989* © und Foto: David Tremlett

→ Fortsetzung von Seite 3

Vereint für Eltern und Kinder

Entwicklung von eigenen Lösungsansätzen

Mit unserer Arbeit tragen wir dazu bei, dass Eltern Selbstbewusstsein und Sicherheit in ihren Erziehungsaufgaben entwickeln können und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Hierzu gehören u.a. Elternakademien (NRW), Elterntrainings zur Fortbildung, Motivierung und Aktivierung der Eltern und Multiplikatoren (Projekt MOQA in Berlin, NRW und Baden-Württemberg), Berufsbildungs-/ Förderprojekte für Jugendliche (Schleswig-Holstein, Elmshorn)

sowie die Unterstützung der muttersprachlichen Förderung für Kinder und Jugendliche.

Mit der „Bildungskampagne“ der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) in Zusammenarbeit mit der FÖTED, der Föderation Türkischer Lehrervereine (ATÖF) und dem Bundesverband Türkischer Studierendenvereine (BTS) wird das Ziel verfolgt, die Zahl der türkischstämmigen Schüler ohne Abschluss zu halbieren, mit mittlerem Abschluss und mit Abitur deutlich zu erhöhen, sodass in fünf Jahren der Anteil der türkischstämmigen Elternvertreter dem Anteil der türkischstämmigen Schüler in den Schulen angepasst und die Zahl der türkischstämmigen Schülervertreter in den Schulen gesteigert werden soll.

Die FÖTED hat gemeinsam mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland am 10.10.2009 zum

ersten Mal den „Tag der Bildung“ in Deutschland ausgerufen. An diesem Tag werden jedes Jahr bundesweite Aktionen für eine bessere Bildung veranstaltet.

Wir sind Partner der „online Unterschriftenkampagne für Mehrsprachigkeit“ der TGD, die am 22.03.2010 begann. Wir wünschen uns als FÖTED eine Politik der Mehrsprachigkeit und unterstützen mit dieser Kampagne die Veränderung der Politik in diese Richtung als Zeichen der Anerkennung des Reichtums der vielfältigen Kulturen und sprachlichen Fähigkeiten, die Menschen anderer kultureller Herkunft mitbringen und zu tatsächlichen Kompetenzen in Zeiten zunehmender Internationalisierung, auszubauen. Dabei hoffen wir auf die Unterstützung der Gewerkschaften, Wissenschaftlern, Wohlfahrtsverbänden, Prominenten mit Migrations-

hintergrund und allen organisierten und nicht organisierten Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Kampagne kann mit einer Online-Unterschrift für Mehrsprachigkeit auf der Website von TGD-MOQA unter <http://www.moqa-tgd.de> unterstützt werden. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, alle erdenklichen Aktionen für Mehrsprachigkeit sind uns Willkommen. Die FÖTED hat mit ihrer bisherigen Arbeit bewiesen, dass der begonnene Weg richtig war und wird auch in der zukünftigen Arbeit ihre Hauptzielrichtung, die „Reformierung des Bildungssystems hin zu einem gleichberechtigten System“, beibehalten.

DIE VERFASSERIN IST BUNDESVORSITZENDE DER FÖDERATION TÜRKISCHER ELTERNVEREINE IN DEUTSCHLAND ■

International, binational und multikulturell

Beziehungen und Partnerschaften über Grenzen hinweg / Von Maria Ringler

Die zunehmende Mobilität der Menschen wirkt sich auch auf die Liebe aus. Immer mehr Frauen und Männer finden ihren Partner bzw. ihre Partnerin grenz- und kulturübergreifend. Binationale Partnerschaften sind dabei nicht nur private Lebensentwürfe Einzelner, sie sind zugleich Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen.

Schon lange drückt der Begriff „binational“ oder „bikulturell“ nicht mehr das aus, was umschrieben werden soll: eine Personengruppe, die innerhalb ihrer Familie mindestens einen Angehörigen mit Wurzeln eines anderen Landes hat. Doch selbst die Umschreibung wird schon schwierig, denn was bedeuten Wurzeln? Bis in welche Generation soll denn zurückgeblendet werden? Oder anders gefragt: ab wann gehört man einfach dazu – ohne weitere Erklärungen?

Nur all zu oft werden Fragen an den Verband binationaler Familien gerichtet, in denen nach der zahlenmäßigen Entwicklung der Personengruppe binationaler Familien in Deutschland und in Europa gefragt wird. Detaillierte Auskünfte können nicht gegeben werden, da die Datenlage unzureichend ist. Das Statistische

Bundesamt unterscheidet hinsichtlich der Eheschließungen, Scheidungen und Geburten allein nach Staatsangehörigkeit und erfasst somit nicht die Interkulturalität der Familien. Hinter diesen Zahlen verbergen sich vielfältige Formen. Selbst bei Ehen, in denen beide Partner die deutsche Staatsbürgerschaft haben, können Einwanderungsbiographien das Zusammenleben bestimmen und eine andere kulturelle Verbundenheit bestimmend sein. Dies ist z.B. die Situation, wenn eine Aussiedlerin aus Russland einen Deutschen heiratet. Auf der anderen Seite muss eine binationale Ehe, die sich zusammensetzt aus einer Deutschen und einem Türken, nicht unbedingt bikulturell sein, z.B. wenn die Deutsche in einer türkischen Familie aufwuchs und nun ihren Cousin aus der Türkei heiratet.

Die Bandbreite binationaler Familienkonstellationen und Lebenslagen ist so groß wie die Vielfalt individueller Lebensentwürfe. Soziale Herkunft, Einkommen und die Bildung bestimmen den unterschiedlichen Rahmen, in dem die einzelnen Familien leben. Gemeinsam ist ihnen jedoch die Nähe zur Migrationserfahrung. Ihr Lebenszusammenhang ist damit auch gekennzeichnet durch eine Auseinandersetzung mit Zuschreibungen des Andersseins und der Nichtzugehörigkeit.

Im täglichen Miteinander geht es darum, kontinuierlich mit Uneindeutigkeiten und Differenz umzugehen, Kompromisse zu finden und Lösungen auszuhandeln. Dies kann zur Zerreißprobe werden oder Möglichkeiten neuer, kreativer Lösungen eröffnen. Immer geht es auch um die Anerkennung als Person, um die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, um die Planbarkeit von Zukunft und wie viel Fremdheit und Unsicherheit man jeweils verträgt. – Das sind die Eckpunkte interkulturellen Zusammenlebens, ob familiär oder gesellschaftlich gestaltet. Und das sind die zentralen Themen unserer Verbandsarbeit.

Unsere Tätigkeitsfelder liegen vor allem in den Bereichen Beratung, Bildung sowie Öffentlichkeits- und Gremienarbeit.

Beratung

Jährlich wenden sich ca. 15.000 Ratsuchende mit unterschiedlichsten Fragestellungen an die Beratungsstellen unseres Verbandes, darunter auch zunehmend Fachkräfte anderer Einrichtungen sowie Behördenmitarbeiter.

Wir beraten insbesondere

- in rechtlichen Fragen (Eheschließung, Familienzusammenführung, Kindermachzug, Staatsangehörigkeit u.a.),
- bei Partnerschaftskonflikten und Sorgerechtsproblemen (Krisen, Trennung/Scheidung, Begleiteter Umgang, Kindesmitnahme) und
- in Fragen interkultureller Erziehung (Sprachförderung, Mehrsprachigkeit, interkulturelle Spielmaterialien, vorurteilsfreie Erziehung).

Von uns herausgegebene Publikationen („Die Balance finden – psychologische Beratung mit bikulturellen Paaren und Familien“ 2008, „Wie Kinder mehrsprachig aufwachsen“ 2002, „Kompetent mehrsprachig – Sprachförderung und interkulturelle Erziehung im Kindergarten“ 2004, u.a.) sind im Buchhandel erhältlich und erreichen ein breites (Fach)Publikum.

Bildung

Hier gründen sich unsere Themen auf Kenntnisse und Erfahrungen aus unserer Beratungs- und Bildungsarbeit sowie aus unserer Mitgliedschaft. Mehrsprachige Erziehung, Umgang mit Diskriminierung und Rassismus, Fragen aus dem Bereich des Zuwanderungs- und Familienrechts, Fragen interkulturellen Zusammenlebens sowie die Qualifizierung ehrenamtlichen Engagements stehen dabei im Vordergrund. Die Bandbreite der Angebote reicht von niedrigschwelligen Angeboten vor Ort (Gesprächskreise, Themenabende, Mutter-Kind-Gruppen etc.) bis zu bundesweiten Fachtagungen sowie thematischen Workshops und Trainings.

Aus besonderen Fragestellungen der Einwanderungsgesellschaft entwickeln wir (Modell)Projekte im interkulturellen Themenfeld:

- zur interkulturellen Öffnung von Verwaltungsinstitutionen,
- zur Qualifizierung von Berater/innen in Regeldiensten,
- zur Sprachförderung in Kindertagesstätten mit interkulturellem Lebensumfeld wie z.B. im Projekt „Unsere Omas und Opas erzählen in vielen Sprachen“.

Öffentlichkeits- und Gremienarbeit

Ergebnisse und Forderungen aus unserer bundesweiten Beratungs- und Bildungsarbeit nutzen wir zur Information der Öffentlichkeit und

bringen sie in die politische Diskussion ein. Auf Bundesebene sind wir in Netzwerken wie dem Deutschen Frauenrat, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Forum gegen Rassismus oder der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention vertreten.

Wir versuchen im Bereich der öffentlichen Positionierung immer wieder deutlich zu machen, dass Migration und Integration nicht nur aus einem problemorientierten Blickwinkel heraus diskutiert und betrachtet werden können. Es geht uns darum, Chancen und Potentiale deutlich zu machen, auf mitgebrachte Ressourcen und auf erworbene Kompetenzen hinzuweisen und die darin liegende gesellschaftliche Bereicherung aufzuzeigen.

Es geht längst nicht mehr darum, ob wir kulturelle Vielfalt befürworten oder ablehnen, mit wem wir zusammenleben wollen oder nicht, sondern darum, wie wir das Zusammenleben gestalten, gemeinsame Aufgaben wahrnehmen, Probleme angehen und neue Wege beschreiten – die einen mit, die anderen ohne Migrationshintergrund.

Struktur

Die Geschäftsstellen unseres Verbandes befinden sich im gesamten Bundesgebiet, in neun Städten stehen dabei hauptamtliche Mitarbeiter für Ratsuchende zur Verfügung und führen Angebote durch, in weiteren Städten ist der Verband ausschließlich ehrenamtlich tätig. Die Bundesgeschäftsstelle des Verbandes garantiert die Kontinuität der Angebote, sie unterstützt die regionalen Aktivitäten, führt Qualifizierungsmaßnahmen durch, initiiert und begleitet Projekte im interkulturellen Themenfeld, ist Herausgeber der Publikationen des Verbandes und Zentrale für die Verwaltungsaufgaben.

Mehrsprachigkeit

Kindertageseinrichtungen sind Orte interkultureller Begegnung. Hier machen Familien erste Erfahrungen mit Bildungseinrichtungen. Für die Sprachentwicklung von mehrsprachig aufwachsenden Kindern ist es zudem eine entscheidende Unterstützung, wenn die mitgebrachte Erstsprache und die Zweitsprache Deutsch als elementare Sprachsysteme von Anfang an gleichermaßen gefördert werden.

Es gibt bereits eine Reihe von Projekten, in denen zur Förderung der deutschen Sprache Vorleser oder Geschichtenerzähler eingesetzt werden. In dem Projekt „Unsere Omas und Opas erzählen in vielen Sprachen“ stehen jedoch die Förderung der mitgebrachten Familiensprachen und die Fortbildung älterer Migranten im Mittelpunkt. Dazu gibt es bisher keine vergleichbaren Angebote und Ansätze, die sowohl generationen- als auch kultur- und sprachenübergreifend arbeiten.

Kernstück des Projektes ist die Qualifizierung und fachliche Begleitung der Erzählomas und -opas. Sie werden durch muttersprachliche Fortbildner sowie in gemeinsamen Schulungen in deutscher Sprache für ihren Einsatz qualifiziert.

Die mitgebrachten Ressourcen älterer Migranten (Lebenserfahrung, insbesondere eigene Migrationserfahrung, Sprachkenntnisse) werden im Rahmen zusätzlicher Förderangebote in den Einrichtungen eingesetzt. Diese Angebote entlasten pädagogische Fachkräfte im Kindergarten.



David Tremlett (*1945): Wall Drawings, Villa Caldogno, Vicenza, Italien, 2006 © und Foto: David Tremlett



→ Fortsetzung von Seite 4

Darüber hinaus werden die Kinder an die im späteren Schulalltag bedeutende Literacy-Kompetenz herangeführt. Das Projekt bringt Kinder, Eltern und Großeltern generationenübergreifend zusammen.

Der Einsatz findet jeweils für eine feste Kindergruppe mit durchschnittlich einer Einheit pro Woche statt. Je Projektstandort/Stadt werden dabei in mehreren Kitas etwa 12-15 Erzählomas/-opas eingesetzt, die zusammen z.B. drei Familiensprachen (z.B. Türkisch, Russisch, Arabisch) abdecken. Sie erhalten für ihr Engagement eine Aufwandsentschädigung. Eine Fachkraft aus dem Verband begleitet und berät als örtlicher

Projektkoordinator den Einsatz mit dem Ziel, die beteiligten Kitas und Senioren zu motivieren, nach Projektende das Angebot in Eigenregie weiterzuführen.

Zielgruppen des Projektes sind neben den älteren Migranten und den mehrsprachig aufwachsende Kindergartenkinder, mittelbar alle Kinder einer Kita, da sie im Sinne von „language awareness“ andere Sprachen erleben, aber auch Eltern, die das Projekt als Vorbild für familiäre Sprachförderung erleben und pädagogische Fachkräfte, die Sprachförderangebote in den Familiensprachen kennen lernen und unterstützen können.

Durch die Projektmitarbeit setzen sich auch die älteren Migranten mit Bildungsthemen auseinander und tragen Informationen und Er-

kenntnisse als geachtete Respektspersonen und Multiplikatoren in ihre „communities“ weiter. Sie wirken als „Kulturvermittler“ im doppelten Sinn: als „Zeitzeugen“ können sie über Erlebtes im Herkunftsland sowie über Erfahrungen in der Migration berichten. Aus ihren Ressourcen werden in Schulungen durch muttersprachliche Fortbildner Kompetenzen (lebenslanges Lernen).

Das Projekt liefert zusätzliche Sprachförderangebote in der Kita, es beachtet unterschiedliche Förderansätze wie die Förderung der Familiensprachen (Language Diversity), eine Hinführung zu Literacy (Erzähl-, Buch- und Schriftkultur), es greift die mehrsprachige Realität (Lebensweltorientierung) auf und hat Vorbildwirkung für Familien (Vorlesen, Bücher).

Das Projekt fördert die gesellschaftliche Inte-

gration durch die Wertschätzung der Familiensprachen und die Einbindung von Migranten in das deutsche Bildungssystem. Das Bild einer Geschichten erzählenden Oma oder eines Bücher vorlesenden Opas vermittelt darüber hinaus familiäre Harmonie und positive Gefühle. Eine solche Zuschreibung einer guten Beziehung wird auch von den Kindern und Erzählomas und -opas als positive Erfahrung erlebt.

Das Angebot des Projektes ist sowohl für die Einrichtungen als auch die eingesetzten Erzählomas und -opas sehr konkret und überschaubar.

DIE VERFASSERIN IST LEITERIN DES FACHBEREICH INTERKULTURELLE BILDUNG DES VERBANDS BINATIONALER FAMILIEN UND PARTNERSCHAFTEN ■

„Closed Shop“ oder interkulturelle Öffnung?

Von Kristin Bäßler

Dass sich die vielfältige gesellschaftliche Zusammensetzung in allen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln möge, ist spätestens seit dem Integrationsplan ein zentrales Anliegen, wenn über Integration und das Zusammenleben in Deutschland gesprochen wird. Dabei geht es nicht nur um die Erhöhung des Anteils beispielsweise von Polizisten, Feuerwehrmännern oder Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte, sondern auch um stärkere Teilhabe und Partizipation von Zuwanderern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dies ist das Ziel. Wie aber sieht die Realität aus? Wo engagieren sich Migrantinnen und Migranten und wie werden die Themen „Integration und interkulturelle Bildung“ im zivilgesellschaftlichen Bereich behandelt?

Im Rahmen seines Projektes „Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung“ wollte der Deutsche Kulturrat daher wissen, wie hinsichtlich dieser Fragen die Partizipation von Zuwanderern im Kulturbereich aussieht. Ist der Kulturbereich ein „Closed Shop“? Oder aber ist er bereit, sich dem interkulturellen Dialog zu öffnen? So hat der Deutsche Kulturrat im vergangenen Jahr seinen 226 mittelbaren Mitgliedern – bestehend aus Kulturvermittlerverbänden, Künstlerverbänden, Kul-

turvereinen etc. Fragen zu zwei grundsätzlichen Themenkomplexen gestellt:

1. Wird sich in den Bundeskulturverbänden mit dem Themenkomplex „Integration und interkulturelle Bildung“ befasst?
2. Inwiefern sind Zuwanderer bzw. Migrantenorganisationen Mitglied in den Bundeskulturverbänden?

Vorab zur Klärung: In dem Fragebogen wurde weder nach der ethnischen Herkunft, noch nach der zugewanderten Generation unterschieden. Dem Deutschen Kulturrat war es bewusst, dass damit der Pluralität der Zuwanderungsgruppen in Deutschland nicht entsprochen werden konnte. Für die vorliegende Fragestellung aber war eine Differenzierung der Migrantengruppen bzw. der Frage nach der 1., 2. oder 3. Generation nicht erforderlich. Hier ging es zunächst grundlegend darum, inwiefern sich die Bundeskulturverbände überhaupt dem Themenkomplex „Integration und interkulturelle Bildung“ öffnen und ob Zuwanderer oder Migrantenorganisationen allgemein in den Bundeskulturverbänden vertreten sind. Die Abfrage nach der jeweiligen Herkunft wäre zudem auch deshalb schwierig geworden, als dass Kulturverbände zumeist keine Daten über die Staatsangehörigkeit oder Herkunft ihrer Mitglieder erheben. Von daher muss vorab betont werden, dass es sich bei den Antworten zu der Mitgliedschaft von Personen mit Migrationshintergrund um allgemeine

Einschätzungen der Bundeskulturverbände handelt.

Die wichtigsten Zahlen in Kürze

An der Befragung „Integration und interkulturelle Bildung“ des Deutschen Kulturrates haben sich 32 Prozent der Bundeskulturverbände beteiligt. Besonders groß war der Rücklauf der Verbände des Rats für Soziokultur und kulturelle Bildung. Aus dieser Sektion haben 63 Prozent der Verbände geantwortet.

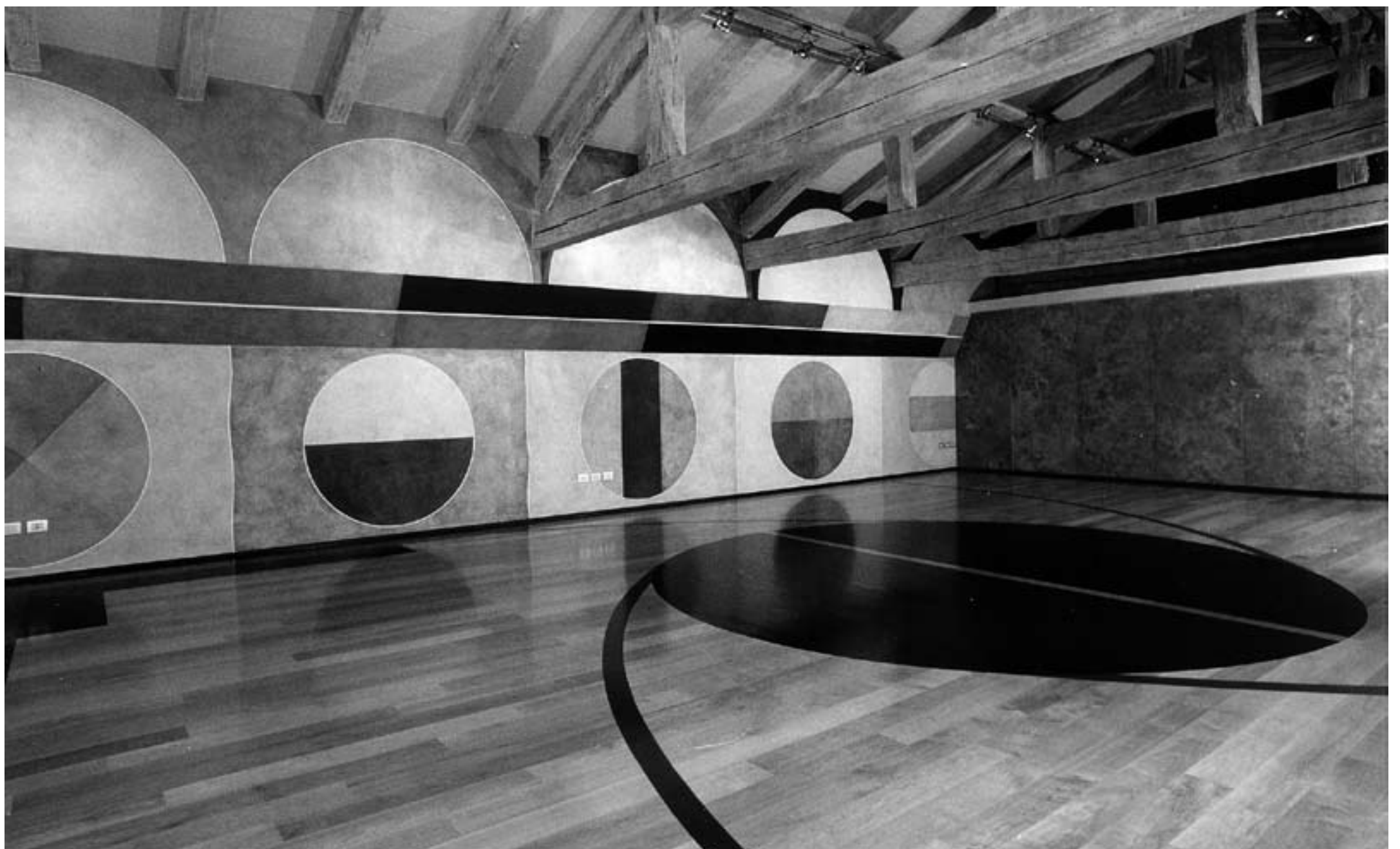
„Integration und interkulturelle Bildung“

Dieser relativ hohe Prozentsatz spiegelt sich wider bei der Auseinandersetzung mit dem Themenschwerpunkt „Integration und interkulturelle Bildung“. Insgesamt 60 Prozent aller antwortenden Bundeskulturverbände erklärten, sich mit dem Themenkomplex „Integration und interkulturelle Bildung“ zu befassen. Differenziert nach den Mitgliedstypen, gaben vor allem die Kulturvermittlungsverbände mit 83 Prozent an, sich mit diesem Themenfeld auseinanderzusetzen. Zur Erläuterung dieser Zahlen ist es notwendig deutlich zu machen, dass die Aufgabenbereiche der Sektionen des Deutschen Kulturrates je nach Sparte sehr unterschiedlich sind. So ist es beispielsweise das Kerngeschäft

des Rats für Soziokultur und kulturelle Bildung, sich mit Fragen der Kulturvermittlung und dem kulturellen Austausch zu befassen. Andere Sektionen, denen beispielsweise zumeist kulturwirtschaftliche Berufsverbände angehören, befassen sich weniger mit kulturpolitischen Bildungsfragen als mit wirtschaftlichen Aspekten. Es zeichnet sich jedoch ab, dass viele Verbände, die sich nicht originär mit der kulturellen oder interkulturellen Bildung befassen, diese Themen immer stärker als Teil ihrer Arbeit verstehen. Dies lässt sich beispielsweise gut am Rat für Baukultur erkennen. Obwohl in dieser Sektion vornehmlich Berufsverbände versammelt sind, die sich für die Rahmenbedingungen beispielsweise für Architekten und Ingenieure einsetzen, wird die bildungspolitische Vermittlung einer allgemeinen Baukultur immer wichtiger. In diesem Zusammenhang gewinnen auch Aspekte der interkulturellen Bildung eine neue Bedeutung, da auch vermehrt Zuwanderer als Zielgruppen ihrer Arbeit angesprochen werden sollen.

Die Beschäftigung mit dem Themenkomplex „Integration und interkulturelle Bildung“ verläuft bei den Bundeskulturverbänden insbesondere über Veranstaltungen, bei Projekten, in Verbandszeitschriften, in Positionspapieren sowie in verbandsinternen Gremien. Wie unterschiedlich

→ Seite 6





David Tremlett (*1945): Drawings for the Zamosc Synagogue für *Ideal Cities Invisible Cities*, Zamosc, Polen, 2006 © David Tremlett, Foto: Krystof Zielinski/European Arts Projects

➔ Fortsetzung von Seite 5

„Closed shop“

die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Integration und interkulturelle Bildung“ aber ist, zeigt sich beispielsweise an der Gegenüberstellung der Arbeitsgebiete des Goethe-Instituts und dem Institut für Bildung und Kultur. Während das Goethe-Institut ein Rahmencurriculum für Integrationskurse erstellt, Sprachförderungen im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes durchführt sowie in der Bewertungskommission des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vertreten ist, führt das Institut für Bildung und Kultur Projekte durch, die die Begegnung älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Ruhrgebiet durch kulturelle Aktivitäten befördern sollen. Der Arbeitskreis der selbstständigen Kultur-Institute wiederum organisierte 2006 ein Kolloquium „Toleranz und Integration im aktuellen Verlagsprofil“ sowie die Ausstellung „Begegnung mit den Freunden“. Eine Publikation zur kulturellen Vielfalt hat die Bundesvereinigung für kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) herausgegeben. Die Projektsammlung „Kulturelle Vielfalt leben lernen“ der BKJ zeigt verschiedene gute Praxisbeispiele für gelungene interkulturelle Kulturarbeit u.a. in den Bereichen Tanz, Theater, Musik und bildende Kunst. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz führt derzeit verschiedene interkulturelle Projekte durch. Zu nennen sind neben „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“, bei dem Unterrichtsmaterialien und Arbeitsblätter für verschiedene Lern- und Erinnerungsorte wie Synagogen oder Friedhöfe (christliches Grab, jüdisches Grab, muslimisches Grab) erarbeitet werden, das mehrjährige Projekt „Jugendbauhütten“ sowie die Denkmalakademie der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Dabei geht es um Fort- und Weiterbildungsaspekte des Handwerks in der Denkmalpflege sowie um Projekte mit anderen Ländern zum Thema interkulturelle Bildung.

Und an wen richten sich diese Projekte? 41 Prozent der Bundeskulturverbände erklärten, dass sie sich mit ihren Projekten vor allem an Pädagogen und Vermittler wenden. 17 Prozent der Verbände erklärten, als Zielgruppe Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in den Blick zu nehmen. Wiederum 19 Prozent der Kulturverbände haben explizit geantwortet, dass sich ihre Aktivitäten u.a. direkt an Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund richten, sei es als Vermittler, Schüler, Künstler oder Mitglieder. Dieser geringere Anteil muss dahingehend relativiert

werden, als dass in vielen Kulturverbänden die Tatsache, ob jemand einen Migrationshintergrund hat oder nicht, nicht ausschlaggebend für die Zielgruppenwahl ist.

Mitgliedsstrukturen der Kulturverbände

Zuwanderer bzw. Migrantenorganisationen in Kulturverbänden sind keine Ausnahme. Dennoch sind sie proportional immer noch seltener in den Kulturverbänden vertreten, als Personen ohne Migrationshintergrund. 37 Prozent der antwortenden Kulturverbände erklärten, dass sich Migranten bzw. Migrantenorganisationen als Mitglieder angeschlossen haben. Davon gab die Mehrzahl (38 Prozent) an, dass ihr prozentualer Anteil zwischen 2 Prozent und 10 Prozent liegt. Die meisten Migranten sind Mitglied in den Verbänden des Rats für Darstellende Kunst und Tanz (56 Prozent), gefolgt vom Deutschen Kunstrat mit 40 Prozent. Wird betrachtet, wie die einzelnen Mitgliedstypen geantwortet haben, so zeigte sich, dass vor allem die Künstlerverbände mit 58 Prozent antworteten, dass bei ihnen Migranten Mitglied sind. Im Gegensatz dazu gaben dies 33 Prozent der Kulturvermittlerverbände an.

Über die Gründe für eine Nichtmitgliedschaft von Zuwanderern in einem Bundeskulturverband kann nur gemutmaßt werden, da Migranten bzw. Migrantenorganisationen nicht direkt befragt wurden. Es wurden daher die Kulturverbände gefragt, was sie vermuten, warum sich ihnen keine Migranten bzw. Migrantenorganisationen angeschlossen haben. Die Mehrzahl (60%) der antwortenden Verbände haben keine Angaben dazu gemacht. Zwei Kulturvermittlerverbände erklärten allerdings, dass es ihrer Ansicht nach unter den Pädagogen noch zu wenige Zuwanderer gebe, die bei ihnen Mitglied werden könnten.

Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Die Zustufe einer Mitgliedschaft könnte zunächst die Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen bzw. Migrantenorganisationen sein. Die Auswertung des Fragebogens des Deutschen Kulturrates hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Migranten bzw. Migrantenorganisationen von vielen Bundeskulturverbänden bereits angestrebt bzw. initiiert wird. Etwas mehr als die Hälfte der antwortenden Kulturverbände schrieb zurück, dass sie bereits mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten. Die Verbände des Rats für Soziokultur und kulturelle Bildung arbeiten am

häufigsten mit Migranten bzw. Migrantenorganisationen zusammen. 67 Prozent der Verbände dieser Sektion gaben an, mit Migrantenorganisationen auf allen Ebenen (lokaler, regionaler/Länder- und Bundesebene) zusammenzuarbeiten. 7 Prozent der Kulturverbände erklärten, dass sie bisher mit keinen Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, weil es ihrer Ansicht nach keine Ansprechpartner gebe. Da aber viele Migrantenvereine vor Ort eine ganze Reihe an kulturellen Aktivitäten anbieten, könnte es in diesem Zusammenhang sinnvoll sein, verstärkt Kooperationen einzugehen, um so Netzwerke für die unterschiedlichen Bereiche aufzubauen, in denen auf verschiedene Kontakte zurückgegriffen werden kann. An diesem Punkt sollte vor allem auch politisch angesetzt werden, um die gegenseitige Kenntnis der kulturellen Aktivitäten der Bundeskulturverbände und der Migrantenorganisationen transparenter zu machen und eine Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Organisationen und Verbänden herzustellen. Der Deutsche Kulturrat hat mit der Initiierung des Runden Tisches „Lernorte interkultureller Bildung“ bereits einen Grundstein für einen solchen Austausch gelegt.

Was folgt daraus?

60 Prozent aller Bundeskulturverbände erklärten, dass sie sich mit dem Themenfeld „Integration und interkulturelle Bildung“ befassen; 37 Prozent aller Bundeskulturverbände gaben an, dass bei ihnen Migranten bzw. Migrantenorganisationen Mitglied sind. Obwohl es keine Korrelation zwischen der Tatsache gibt, ob Zuwanderer Mitglied der Bundeskulturverbände sind und der Beschäftigung dieser Verbände mit dem Thema „Integration und interkulturelle Bildung“, und zudem Zuwanderer bzw. Migrantenorganisationen immer noch seltener Teil der Kulturverbandsstrukturen sind als Nichtmigranten, zeigt es sich doch, dass sich die Bundeskulturverbände inhaltlich und strukturell interkulturell öffnen. So sind es auf der einen Seite vor allem die Kulturvermittler, die sich mit dem Thema „Integration und interkulturelle Bildung“ befassen; auf der anderen Seite vor allem die Künstlerverbände, denen sich Zuwanderer anschließen.

Im Hinblick auf Partizipation geht es aber nicht nur darum, dass Zuwanderer stärker Teil der Verbandsstrukturen der Bundeskulturverbände werden, sondern auch darum, dass mit einer vermehrten Anzahl von Zuwanderern in den Kulturverbänden möglicherweise auch andere Zielgruppen erreicht würden. Gerade mit Blick auf Teilhabe- und Zugangschancen wäre die Mitgliedschaft von

Migranten in den Bundeskulturverbänden von großer Relevanz. An diesem Punkt sollte konkret angesetzt und die Förderung von Migranten insbesondere im Bereich der (Kultur)pädagogik verstärkt werden. So würden nicht nur Vorbilder gefördert, die auch ein positives Beispiel für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte darstellen, sondern auch neue inhaltliche Themenschwerpunkte eingebracht, die wiederum eine stärkere kulturelle Vielfalt für die Bundeskulturverbände bedeuten könnten. Closed Shop oder interkulturelle Öffnung? Der Kulturbereich ist kein „Closed Shop“. Er ist bereit, sich neuen kulturellen Impulsen zu öffnen und Angebote zu unterbreiten, die sich an eine kulturell vielfältige Gesellschaft richten.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Impressum interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion

Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout

ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für
Bildung und Forschung